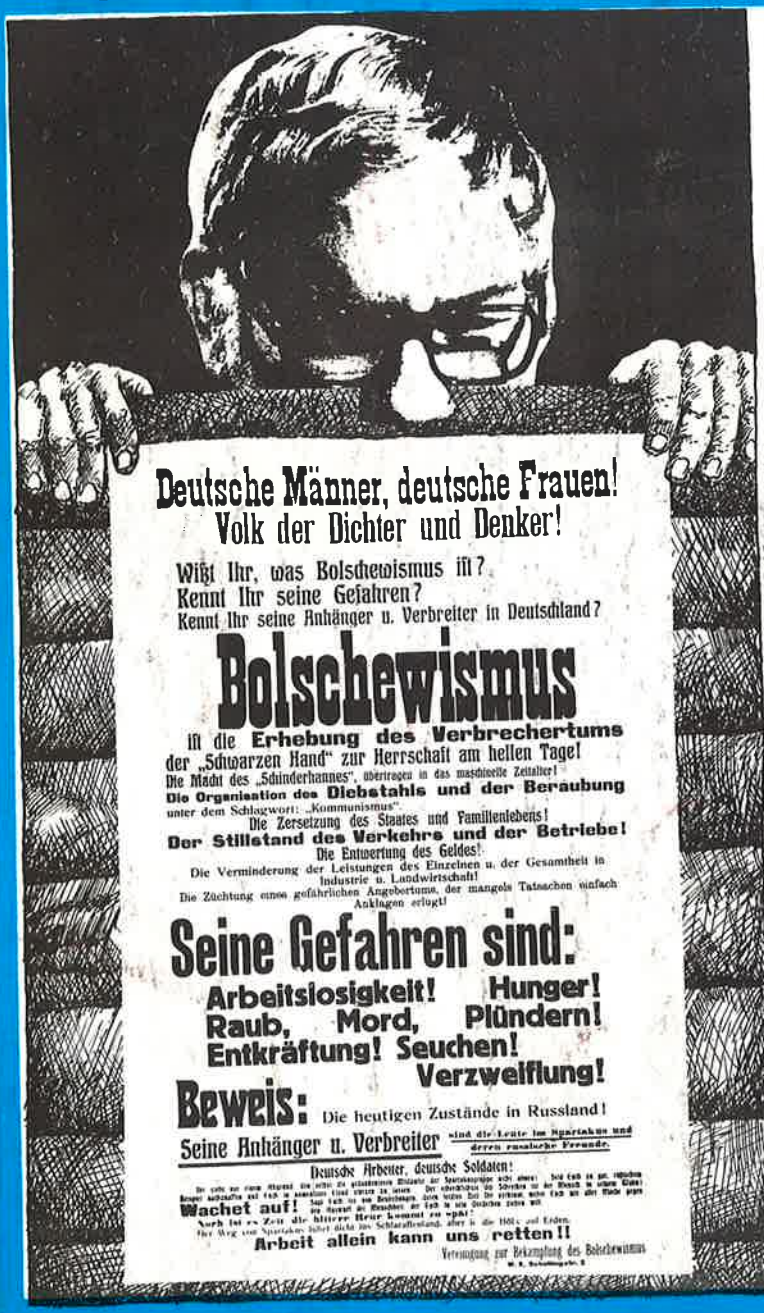
FACIT 35

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

10. Jahrgang
Preis 2,50 DM



Kampf gegen Anti-kommunismus

●

Peter Heß: Stamokap

●

Restauration des Kapitalismus?

●

Antikommunismus in der Kulturpolitik

●

Sozialismus und Persönlichkeit

●

Sofortforderungen im revolutionären Kampf

●

Facit-Forum: Imperatives Mandat?

FACIT 35

Juni/Juli 1974

Inhalt:

Editorial
Was ist Antikommunismus . . . 1
Peter Heß:
Wider den imperialistischen Ökonomismus. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker 5
Christof Strawe:
Die maoistische Mär von der Restauration des Kapitalismus in der SU 22
Kaspar Maase:
Geßler- und andere alte Hüte – Zum Antikommunismus in der Kulturpolitik 47
Hans Dietz:
Sozialismus und Entfaltung der Persönlichkeit 59
Renate Kunitz:
Emanzipation der Frau im Sozialismus 73
Edith Laudowicz:
Die Bedeutung tagespolitischer Forderungen im revolutionären Kampf 85
Facit-Forum:
Ralph Peters:
Studentenschaft und imperatives Mandat 97
Dokumentation:
Boris Ponomarjow:
W. I. Lenin und die kommunistische Weltbewegung 101
Rezensionen:
1. Pol.-Ök. 113
2. Robert Jungk 114
3. F. Herve 115
Literaturübersicht zum Thema des Heftes 116
Unsere Autoren 117

Impressum

erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Franz Hutzfeld, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Paul Schäfer, verantwortl. Redakteur: Karlheinz Heinemann

Redaktionsbeirat: Wolfgang Adamczak, Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Christiane Reymann

Gestaltung: Jürgen Meyer

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,– DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM, bzw. 4,– DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH, Neuss

Editorial

Die wachsende ökonomische und politische Labilität des imperialistischen Systems, die in den letzten Wochen und Monaten immer stärker hervortritt, läßt in der Bevölkerung unseres Landes ebenso wie unter den Studenten die Unzufriedenheit mit der eigenen Lage anwachsen. Die objektiven Bedingungen werden günstiger, um größere Massen in den Kampf um ihre eigenen Interessen einzubeziehen. Wie die demokratischen Massenbewegungen bei uns, unter den Studenten, aber auch in anderen westeuropäischen Ländern, wie. z. B. Frankreich, Italien, Dänemark, Portugal zeigen, nehmen dabei die kommunistischen Parteien, die marxistischen Organisationen einen ganz hervorragenden Platz ein. Die Erfahrungen, die wir in der Studentenbewegung der letzten Jahre und Monate ganz konkret an den einzelnen Hochschulorten sammeln konnten, beweisen, daß die breite Einbeziehung von Studenten nicht nur in kurzfristige Aktionen, sondern in kontinuierliche Bewegungen weitgehend abhängig ist von der Stärke der marxistischen Organisationen, ganz konkret des MSB Spartakus an den Hochschulen und der Entwicklung der Aktionseinheit in der Studentenbewegung.

Es sollte uns deshalb nicht verwundern, wenn die Herrschenden in dem Moment, wo die objektiven Kampfbedingungen günstiger werden, ihre Angriffe auf diese beiden Eckpfeiler des demokratischen Massenkampfs verstärken, wenn sie den ideologischen und politischen Antikommunismus anheizen.

Dieser Antikommunismus richtet sich zunächst gegen die marxistischen Organisationen im eigenen Land. Für die Bekämpfung des Marxismus, der Ideen des Sozialismus ist die ideologische Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern für die Herrschenden nach wie vor von sehr großer Bedeutung. Durch das Beschreiten des Weges zur Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten nimmt die Bedeutung des ideologischen Angriffs auf sie eher zu – denn, wenn schon die Angst vor der Bedrohung aus dem Osten, diese alte Hauptsäule antikommunistischer Erziehung, ihre Wirkung langsam einbüßt, so setzen die Herrschenden doch alles daran, um in der Bevölkerung, besonders unter der Jugend, den Blick für eine reale Alternative, die die Mängel des kapitalistischen Systems endgültig überwindet, gründlich zu verstellen.

Der Kampf gegen den Antikommunismus ist deswegen aus zwei Gründen besonders aktuell:

Erstens gilt es, allen Versuchen entgegenzuwirken, den Einfluß und die Stärke der marxistischen Organisationen zu schwächen, weil nur sie in der gegenwärtigen Krise die brennendsten Probleme des Volkes in Sofortforderungen aufgreifen, die größere Massen zum Kampf um die Verbesserung ihrer sozialen und politischen Lage mobilisieren können,

zweitens ist es angesichts der immer offensichtlicher werdenden unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus, der mit den gesellschaftlichen Problemen wie Bildung, persönliche Entfaltung, Nutzung des geschaffenen Reichtums zum Wohle aller, Sicherheit der gesamten Reproduktionsbedingungen nicht mehr fertig wird, notwendig, zu zeigen, daß es eine Alternative zu diesem System gibt, daß der Sozialismus auch für unser Land notwendig ist und daß die existierenden soziali-

stischen Länder zeigen, wie die Probleme unseres Landes prinzipiell lösbar sind. Denn auch das Bewußtsein davon, daß es eine Alternative zum Imperialismus gibt, vermittelt den notwendigen Mut zu kämpfen.

Der Antikommunismus ist mit der Herausbildung der Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus entstanden. So mußten sich schon Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" mit antikommunistischen Verfälschungen der Ziele der Kommunisten auseinandersetzen.

Seit dieser Zeit ist der Antikommunismus, in den verschiedensten Gewändern verkleidet, als wichtigste politisch-ideologische Waffe von der Bourgeoisie benutzt worden. Von Anfang an erweist er sich als Feind des gesellschaftlichen und geistigen Fortschritts. Die Ermordung von 30 000 Kommunarden in Paris und das Sozialistengesetz Bismarcks, es wurden über 1000 Jahre Freiheitsstrafen über Sozialdemokraten verhängt und 500 Familienväter ausgewiesen, sind nur die Spitze eines Eisbergs.

In der Epoche des Imperialismus, besonders seit der Existenz der Sowjetunion, die historisch die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, nimmt der Antikommunismus eine neue Qualität an. Wiederaufrüstung, NATO-Eintritt, die ganze Rollback-Strategie der Vernichtung der sozialistischen Länder, Verbot der KPD usw. sind Beweis genug.

Trotz vielfältiger „Wandlungen" ist der Antikommunismus aber von Anfang an auf ein Ziel gerichtet: Die Bekämpfung des wissenschaftlichen Sozialismus, der Arbeiterbewegung und, seit ihrer Existenz, der sozialistischen Länder. Dabei führt jede Form des Antikommunismus zwangsläufig zu einer Verteidigung des imperialistischen Systems, er ist „Grundtendenz und charakteristischer Wesenszug der gesamten imperialistischen Ideologie und Politik". Es haben sich daher Grund„argumente" gefunden, um die sich der Antikommunismus gruppiert. Die meisten sind schon im „Manifest" zu finden: Eigentum, Freiheit, Persönlichkeit, Vaterland etc.; einige neue Varianten sind noch hinzugekommen: Pluralismus und Totalitarismus, Sozialimperialismus, Verrat an der Weltrevolution. Robert Steigerwald charakterisiert den heutigen Antikommunismus so: „Heute stellt der Antikommunismus eine Kombination vielfältiger, vor allem ideologischer und politischer Methoden, primitiver und diffiziler Art, Methoden der Massenmanipulation sowohl wie der theoretischen Arbeit zu dem skizzierten Zweck."

Jeder Nichtkommunismus ist nicht gleich Antikommunismus. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen mit aller Deutlichkeit, daß ohne die Aktionseinheit, d. h. der gemeinsame Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen fortschrittlichen Kräften, kein Erfolg im Klassenkampf zu erringen ist. Die Frage ist also mehr eine praktische als theoretische Frage.

Es lassen sich zwei Kriterien benennen, die Antikommunismus von Nichtkommunismus trennen:

1. Die Erörterung eines jeden Problems wird der Feindschaft gegen den Kommunismus untergeordnet.
2. Unsachlichkeit und Falschinterpretation in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Die Verfechter des Antikommunismus selbst sind deshalb auch die Feinde der Nichtkommunisten, es sei nur an den Parteiratsbeschluß der SPD und an die

Berufsverbotspraxis erinnert. Sie sind von Anfang an nicht nur gegen jene Kommunisten gerichtet, sie treffen genauso diejenigen, die in irgendeiner Form für gesellschaftlichen Fortschritt, Mitbestimmung, Abrüstung oder andere, gegen die Monopolherrschaft gerichtete Veränderungen eintreten.

Der Antikommunismus ist nicht nur die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts (Thomas Mann), sondern Haupthindernis für jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt und eine ständige Gefahr für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker.

Dieses Heft setzt sich nun vorwiegend mit einigen „modernen" Formen des Antikommunismus auseinander. Der Aufsatz von Peter Heß, der auf einem Referat beruht, das er kürzlich in Marburg gehalten hat, legt noch einmal anschaulich und komprimiert die Grundlinien der Imperialismustheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar, wobei er vor allem den notwendigen inneren, logischen und historischen Zusammenhang ihrer Grundkategorien mit den von Marx und Engels entwickelten darlegt und sich so mit den ökonomistischen Kritikern auseinandersetzt, die die Leninsche Imperialismustheorie, die theoretischen Grundlagen heutiger marxistischer Strategie der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie entgegensetzen wollen. Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Sozialimperialismus, das sind heute gängige antikommunistische Floskeln, die denen leicht über die Lippen gehen, die die Restauration des Kapitalismus, den Imperialismus in unserem Land für verteidigungswert halten. Aber weil sie gerade bei denen eingängiger sind als schlichte Kapitalismusapologien, denen man wegen ihrer Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus den Blick auf eine Alternative verstellen möchte, sind sie heute wichtiger Bestandteil des antikommunistischen Repertoires. Christoph Strawe setzt sich mit den Grundzügen der These von der „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" auseinander, wie wir sie durchgängig bei den maoistischen Gruppierungen in der BRD finden.

Auch viele Studenten, die sich in die antiimperialistische Bewegung unseres Landes eingereiht haben, ist in manchen Fragen nicht bewußt, was nun das Vorbildhafte, das qualitativ Neue am Sozialismus ist. Sie suchen Antwort auf die Fragen, die auch von rechten und linken Antikommunisten aufgeworfen werden. Uns kann es dabei nicht darauf ankommen, auf jede neue Meldung in der bürgerlichen Presse über Folterungen in Irrenhäusern und sechsköpfige Massendemonstrationen vor der BRD-Botschaft in Moskau ein Dementi parat zu haben. Wir wollen ja nicht nachweisen, daß der Sozialismus gar nicht so schlimm ist, wie er immer dargestellt wird, vielmehr wollen wir beispielshaft klarmachen, warum der Sozialismus dem Kapitalismus prinzipiell überlegen ist. Das können wir durch die beispielhafte Gegenüberstellung verschiedener Lebensbereiche im Kapitalismus und Sozialismus, etwa durch die Gegenüberstellung der Breite und Vielfalt der kulturellen Entwicklung in den sozialistischen Staaten zu der geistigen Verarmung bei uns, nicht zuletzt verschuldet durch den Antikommunismus. Damit beschäftigt sich Kaspar Maase in seinem Artikel.

Wie steht das mit den Entfaltungsmöglichkeiten der Persönlichkeit im Sozialismus? Wird dort nicht alles der Arbeit, der Produktion untergeordnet? Kommt der Mensch nicht zu kurz? Mit diesen gerade unter Intellektuellen verbreiteten

Ängsten setzt sich Hans Dietz auseinander. Der Artikel von Renate Kunitz stellt dar, wie sich in der DDR das Bebel-Wort bewahrheitet, daß der Sozialismus nicht von der Emanzipation der Frau zu trennen sei.

Besonders verweisen möchten wir auf die Artikel, die sich mit unserer Strategie und Politik beschäftigen. Wegen des besonderen Interesses, den er in der marxistischen Bewegung mit Recht gefunden hat, weil er die neuen Entwicklungen des weltrevolutionären Prozesses prägnant auf den Begriff bringt und für unsere Politik höchst wichtige Einschätzungen beinhaltet, haben wir den Artikel von Boris Ponomarjow aus dem Neuen Deutschland vom 11. April nachgedruckt.

Leider können wir in diesem Heft noch keine Stellungnahmen zu dem im Facit 34 in der Rubrik „Facit-Forum" abgedruckten Artikel über den SLH aufnehmen, da der Erscheinungstermin von Facit 34 und der Redaktionsschluß dieses Heftes zu dicht beieinander lagen. Die Diskussion darum wird aber in und außerhalb der Spartakus-Gruppen geführt, und wir erwarten weitere Beiträge bis zum 15. Juli.

Auch für den diesmal abgedruckten Artikel von Ralf Peters zum imperativen Mandat gilt, daß er sicher noch keine abgerundete Stellungnahme darstellt, sondern daß zu diesem Thema noch Erfahrungen und Stellungnahmen gesammelt werden müssen. Wir halten diesen Artikel deswegen für veröffentlichenswert, weil er dezidiert in einer Frage Stellung bezieht, die in der Studentenbewegung recht intensiv diskutiert wird.

Kleine Rote Reihe

Kleine Rote Reihe 1 — Vorwärts und nicht vergessen! Lieder der Arbeiterbewegung. Mit Noten! 1,— DM

Kleine Rote Reihe 3 — Trotz alledem! Liebknecht-Luxemburg-Report. 1,— DM

Kleine Rote Reihe 6 — W. Schwettmann: Lenin und die Jugendbewegung heute. Zur Entwicklung der marxistischen Jugendpolitik. 1,— DM

Kleine Rote Reihe 12 — Zu Gast bei Freunden. Geschichten und Gedichte, um die Verträge von Moskau und Warschau mit Leben zu erfüllen. 104 Seiten, 3,— DM (Herausgegeben von P. Schütt)

Kleine Rote Reihe 13 — Nguyen van Troi. Das Leben eines vietnamesischen Revolutionärs. 104 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 14 — Drushba — Freundschaft. So lebt die Jugend in der UdSSR. 50 Seiten, 2,— DM

Kleine Rote Reihe 15 — Die Weltfestspiele gestern und heute. Eine Chronik von den I. Weltfestspielen in Prag 1947 bis zu den X. Weltfestspielen in Berlin. 68 Seiten, 2,— DM

Kleine Rote Reihe 17 — Berufsausbildung — Misere eines Systems. 124 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 18 — Christiane Knauf/Frederik Vahle: Die Maultrommel. Kinderlieder-Arbeitsheft. Mit Noten. 184 Seiten, 5,— DM

Kleine Rote Reihe 19 — Mit den Kommunisten für die Rechte der Jugend. Arbeiterjugendkonferenz der DKP. 160 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 20 — Jugend und Freizeit. Aktionskonferenz von SDAJ und elan. Referate und Diskussionsergebnisse. Ca. 80 Seiten, 3,— DM

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10

Peter Heß

Wider den imperialistischen Ökonomismus

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre ökonomistische Kritik*

Die Diskussion zu Fragen des heutigen Kapitalismus hat auch in der Bundesrepublik einen bemerkenswerten Aufschwung genommen; das ist zwar günstig für die Entwicklung der Theorie, wie immer man im einzelnen die Beiträge einschätzt, macht es aber auch notwendig, sich der Mühe zu unterziehen, aus der Fülle von Einzelfragen die Kernprobleme herauszufinden. Ich mußte mich entscheiden, ob ich mich im Gewühl der politökonomischen Gefechte herumschlagen sollte und dabei auch im einzelnen gegen Mißverständnisse, falsche Auffassungen, Fehlinterpretationen und direkte Fälschungen zur Wehr setzen, oder ob ich den Versuch machen sollte, meine Position ohne viel Polemik zu einigen Hauptfragen darzulegen, um von daher zu einigen politischen Fragen vorzudringen, die ausgesprochen oder unausgesprochen, bewußt oder unbewußt der Diskussion zugrunde liegen. Das letztere schien mir nicht nur geboten, sondern auch am ehesten in der kurzen Zeit machbar. Je mehr ich die Ansichten der Kritiker der kommunistischen Auffassung vom heutigen Kapitalismus studierte, desto stärker wurde allerdings der Reiz, auf eine Vielzahl einzelner politökonomischer Fragen einzugehen. Erst vor einigen Tagen habe ich beispielsweise die Kritik Margaret Wirths an Robert Katzensteins Beitrag zum staatsmonopolistischen Kapitalismus während der Diskussion am Otto-Suhr-Institut in Westberlin im vorigen Jahr gelesen.[1] Da stellte sich zu meiner großen Überraschung heraus — ich habe nämlich Margaret Wirth in Frankfurt einmal als überlegte Diskussionspartnerin erlebt —, daß bereits der nur vier Druckseiten umfassende einleitende Teil ihres Beitrags eine verwirrende Vielfalt von nach meiner Überzeugung grundlegenden Fehlleistungen im Hinblick auf die Marxsche ökonomische Theorie bietet. Als ich dann Arbeiten anderer Kritiker zur Hand nahm, z. B. Christel Neusüß[2] und Joachim Schubert[3], mußte ich die gleichen Unkenntnisse und Fehlinterpretationen feststellen. Dabei dreht es sich nicht um Randprobleme oder offene Fragen. Es geht um solche Fragen wie Wertgesetz und Konkurrenz, um den grundlegenden Mechanismus des Kapitals, um das Wesen und die Rolle der Krisen u. a. m.

Damit das nicht als unbewiesene Behauptung im Raum stehen bleibt, darf ich ein Beispiel anführen, das durchaus keinen Ausnahmecharakter trägt. Joachim Schubert hat in „Mehrwert" Nr. 4, September 1973, einen fast hundertseitigen Beitrag zur Kritik — wie er sagt — zentraler Aussagen der Theorie des staatsmonopolisti-

* Dieser Aufsatz ist das vom Autor überarbeitete Manuskript eines Vortrages in Marburg/L. am 8. 4. 1974.

1 vgl. Margaret Wirth: Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Probleme des Klassenkampfes (Prokla), Heft 8/9, 1973.

2 vgl. Christel Neusüß: Imperialismusanalyse und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972.

3 vgl. Joachim Schubert: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — Kritik der zentralen Aussagen. In: ‚Mehrwert", Nr. 4, Sept. 1973, S. 1—102.

schen Kapitalismus veröffentlicht. Da heißt es auf S. 45 z. B., daß die Ware zur herrschenden Kategorie wird in dem Maße, „wie sich die freie Konkurrenz als Synonym für die kapitalistische Produktionsweise historisch durchsetzt". Und dann zitiert er Marx wie folgt: „Keine Kategorie der bürgerlichen Ökonomie, nicht die erste, z. B. die Bestimmung des Werts, wird daher erst wirklich durch die freie Konkurrenz, d. h. den wirklichen Prozeß des Kapitals, der als Wechselwirkung der Kapitalien aufeinander erscheint . . ."[4] Schlimm ist, daß Schubert nicht einmal merkt, daß sein Marx-Zitat genau das Gegenteil dessen besagt, was er gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus beweisen will. Man soll nicht meinen, daß ich hier kleinlich an einer geringfügigen Ungenauigkeit herumnörgele.

Diese Frage ist grundlegend, weil Schubert wie Neusüß, Wirth und andere unserer Auffassung vom Monopol als Negation der freien Konkurrenz damit entgegentreten, daß damit faktisch die Wahrheit der allgemeinen Bestimmungen des Kapitals aufgehoben würden. Ähnliches findet man beispielsweise bei Neusüß[5] (wo sie nebenbei vom Wesen eines ökonomischen Gesetzes eine Auffassung vertritt, daß Gott erbarm). Ich gestatte mir noch ein Zitat zum Gebrauch durch die Hohepriester der Marx-Rezeption, die uns unentwegt „mangelhafte Marx-Rezeption" vorwerfen, hinzuzufügen: „Die Konkurrenz überhaupt, dieser wesentliche Lokomotor der bürgerlichen Ökonomie, etabliert nicht ihre Gesetze, sondern ist deren Exekutor. Illimited competition ist darum nicht die Voraussetzung für die Wahrheit der ökonomischen Gesetze, sondern die Folge — die Erscheinungsform, worin sich ihre Notwendigkeit realisiert."[6]

Wer unvoreingenommen ist, wird zugeben müssen, daß schon hier eine Grundprämisse der „linken" Kritik an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus arg angeschlagen ist.

Genug der Zitate. Wenn die strengen Kritiker Lenins (das ist jetzt bei einigen Leuten Mode) und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (das gehört bei ihnen zum guten Ton) sich nicht des Verdachts der wissenschaftlichen Unredlichkeit zugunsten einer politischen Auffassung aussetzen wollen, dann müssen sie sich schon theoretisch gründlicher und unvoreingenommen in die Probleme hineindenken. Es wird immer noch Raum für Diskussion geben, auch wenn es ihnen nicht gelingen kann, uns der Unkenntnis oder der Fehlinterpretation von Marx zu überführen. Wir jedenfalls erheben keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit. Unsere Ansichten entwickeln sich mit dem Gegenstand, in der Diskussion und der Auseinandersetzung. Man kann immer noch diskutieren, ohne Lenin zu fälschen.[7] Man kann immer noch diskutieren, ohne Kommunisten dumme Unterstellungen zu machen. Z. B. zitiert Schubert auf S. 65 ein DDR-Ökonomenkollektiv, das sagt, daß die staatsmonopolistische Entwicklung Probleme in den Mittelpunkt rückt, deren Lösung nicht unmittelbar Sozialismus bedeutet, und schließt daraus, daß diese Ökonomen damit der ökonomischen Überfälligkeit des kapitalistischen Systems keine zentrale Bedeutung beimessen.[8] Neusüß, Wirth und Schubert sind nur drei

4 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 545.
5 Neusüß, a. a. O., S. 64.
6 Grundrisse, S. 450.
7 z. B. Wirth, a. a. O., S. 24 ff., Schubert, a. a. O., S. 9, Neusüß, a. a. O., S. 38 ff.
8 a. a. O., S. 65.

von denjenigen, die heutzutage mit großem polemischen Aufwand und einer Überfülle von meist falschplazierten Marxzitaten einen eigentlich nicht ganz verständlichen Kampf führen. Was ihnen aber klar ist, und darin stimmen wir überein, ist die Bedeutung der Theorie für den Klassenkampf. Es gibt andere „Kritiker", die ein solches Verständnis total vermissen lassen. Von den bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologen des Imperialismus will ich gar nicht erst reden. Das trifft beispielsweise aber auch auf die „Anti-Stamokap"-Diskutanten bei den Jungsozialisten zu, die die Revolutionstheorie als systemstabilisierend begreifen — wie z. B. bei Horst Heimann nachzulesen ist.[9] Bei ihm, wie bei Strasser oder bei Christian Schmidt und Genossen in ihrem Beitrag zur Strategiedebatte in der Juso-Landesorganisation Hamburg, wird weitgehend atheoretisch und vordergründig politisch diskutiert.

Mir schien es notwendig, diese Bemerkungen der Darstellung meines Standpunktes zu einigen Hauptfragen vorwegzuschicken. Es ist offenkundig, daß die Leninsche Imperialismustheorie, deren immanenter Bestandteil die Auffassung vom heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, als Abweichung von Marx dargestellt wird, um eine der Plattform der kommunistischen Parteien entgegengesetzte Linie zu begründen. Diejenigen, die da scheinbar als Gralshüter der Theorie auftreten, zeigen aber — um es ganz unterkühlt zu formulieren — zumindest eine nicht ganz zureichende Beherrschung der Theorie und der Methode von Marx. Wem kann man es da verübeln, wenn der Verdacht aufkommt, daß es vielleicht gar nicht um die Verteidigung von Marx ginge. Dennoch ist es meine Überzeugung, daß viele Intellektuelle, die links denken und fühlen, aber den Kommunisten in grundsätzlichen Fragen kritisch gegenüberstehen, von theoretischen Irrtümern zu politischen Positionen gelangen, denen man widersprechen muß, während einige wenige von einer politischen Antiposition ausgehen und dieser ihre sogenannten „Theorien" unterordnen. Bei diesen ist es wichtiger, ihre Motive aufzuzeigen, als sich in detaillierte Diskussionen einzulassen. Möge sich jeder die Jacke anziehen, die ihm paßt. Was mich betrifft, so führe ich die theoretische Diskussion in der Hoffnung, einen kleinen Beitrag zum Bemühen der Kommunisten leisten zu können, alles was wirklich antikapitalistisch ist und sich dem Kampf der Arbeiterklasse und dem Sozialismus verpflichtet fühlt, auf gemeinsamen theoretischen Positionen zu vereinigen.

II.

Die Auffassung, daß der Imperialismus, der heutige Kapitalismus eben staatsmonopolistischer Kapitalismus ist, ergibt sich aus der Untersuchung der objektiven Bedingungen des kapitalistischen Profitsystems auf seiner heutigen Entwicklungsstufe, d. h. aus den objektiven Bedingungen, unter denen die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft leben und kämpfen, d. h. also aus den objektiven Bedingungen der revolutionären Arbeiterbewegung. Deswegen, im Gegensatz zu den vordergründig verleumderischen Auffassungen von Mandel oder auch von Petrowsky[10] ist diese Auffassung die theoretische Grundlage der Strategie und

9 Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm, Reinbek 1973, S. 22.
10 vgl. ders.: Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla, Heft 1.

Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung, der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt. Und deswegen wird sie so heftig von den Gegnern der kommunistischen Weltbewegung bekämpft. Das wird verschiedentlich auch offen gesagt. So Rolf Ebbighausen und Rainer Winkelmann:

„Zum Angriffspunkt ist sie (die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus – P. H.) dabei bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer aktuellen Relevanz als analytischer Begründungszusammenhang für die gegenwärtige Taktik der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas geworden."[11]

Natürlich stimmt diese Aussage im einzelnen weder hinten noch vorne. Denn es handelt sich weder nur um den „Begründungszusammenhang", noch nur um „Taktik" noch nur um die „kapitalistischen Länder Europas". Aber daß die Kritik politisch bedingt ist, stimmt völlig, und nur so ist sie zu begreifen und auch im einzelnen zu verstehen, nur so ist ihr zu begegnen.

Vordergründig liegt allen Meinungsverschiedenheiten, soweit sie theoretisch begründet werden, die unterschiedliche Auffassung vom Monopol zugrunde. Ich will und kann hier nicht alles wiederholen, was Dutzende Male geschrieben und gesagt wurde. Vielmehr möchte ich die Aufmerksamkeit zunächst auf einige theoretische Gesichtspunkte lenken, die mir zum Verständnis wesentlich erscheinen. Ich beginne mit der

Profittheorie als theoretisch-methodische Grundlage

Der Kapitalismus ist immer ein Profitsystem und nur als solches in jeder Hinsicht zu begreifen. Muß das so betont werden, ist das nicht unbestritten? Verbal wohl, aber wir behandeln diese Aussage meistens wie ein nicht weiter zu erläuterndes Axiom. Es scheint jedoch notwendig zu sein, weiter über sie nachzudenken; denn sie darf kein Glaubensbekenntnis werden, das man als Fahne vor sich her trägt, um dann in der aktuellen Arbeit zu sogenannten konkreten Dingen überzugehen. Die wissenschaftliche Antwort auf die Frage, was es heißt, daß der Kapitalismus auf allen Stufen der Entwicklung seinem Wesen nach ein Profitsystem ist, kann nur sein, daß hier der Profit, darin eingeschlossen, die Bedingungen seiner Produktion, d. h. die Anforderungen der Kapitalakkumulation, seine Rückverwandlung in Kapital objektiver Selbstzweck ist, dessen zwangsweise Verfolgung die gesamte ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung bestimmt, dem alle subjektiven Handlungen der Kapitalisten, ob individuell oder kollektiv, zugrunde liegen. Als Privateigentümer von Produktionsmitteln, als Personifizierung des Kapitals, kann der Kapitalist nur existieren, wenn er soviel Profit produziert, wie ihm unter den gegebenen Produktionsbedingungen von der Konkurreznz aufgezwungen wird. Hinter den Konkurrenten im Hinblick auf das Ausmaß der Profitproduktion zurückzubleiben, heißt enteignet zu werden. Hieraus folgt, daß das Kapital (und subjektiv folglich der Kapitalist) nur auf Profitzwänge reagiert und bei Strafe des Untergangs auch nur reagieren kann.

Auch für die Monopoltheorie gilt, daß man absolut nichts vom Kapitalismus verstehen kann, wenn man nicht hiervon ausgeht. Die Grundlage des geschichtlichen

11 Rolf Ebbinghausen/Rainer Winkelmann: Zur aktuellen politischen Bedeutung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und zum Stellenwert einer Kritik ihrer Marx-Rezeption. In: Dies. (Hg.), Monopol und Staat, Frankfurt/M. 1974, S. 9.

Prozesses der Gesellschaftsentwicklung überhaupt ist die Entwicklung der Produktivkräfte. Das Kapital als historisch notwendige und vorübergehende Form entwickelt die Produktivkräfte als Voraussetzung und Mittel der Profitproduktion und verschlechtert eben dadurch tendenziell die Möglichkeiten der Profitproduktion. Das ist der Kern der ökonomischen Theorie von Marx, der Kern der „Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft", wie Lenin „Das Kapital" nannte.

Es genügt eben nicht, wenn man anerkennt, daß die Produktion von Profit erstes Ziel im Kapitalismus ist. Dieser Satz wird heute auch von vielen bürgerlichen Theoretikern anerkannt. Die Dialektik, die den revolutionären Zündstoff enthält und deren Verständnis folglich das Klasseninteresse der Arbeiter voraussetzt, besteht darin, daß Produktivkraftentwicklung als Voraussetzung und Mittel der Profitproduktion unabdingbar die Kapitalverwertung immer wieder in Frage stellt, daß das Ziel der kapitalistischen Produktion ständig in Konflikt mit den zu seiner Verwirklichung angewandten Mitteln gerät, daß die Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft unvermeidlich ihren kapitalistischen Ausdruck in einer sinkenden Tendenz der Profitrate findet. Für den Kapitalismus ergibt sich gerade hieraus einerseits der schrankenlose Trieb zur Entwicklung der Produktivkräfte, ohne Rücksicht auf seine Schranken, wodurch diese ständig neu und höher errichtet werden, andererseits die fortwährende Produktion von Kapital, das bei den gegebenen Profitbedingungen und Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion unfähig zur Anlage, also realtiv überschüssig ist. Beide Tendenzen sind Ausdruck des grundlegenden Widerspruchs des Kapitalismus in allen Phasen seiner Entwicklung zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, der zu einem wachsenden Druck auf die Verwertungsbedingungen führt. Dieser Druck besteht darin, daß zur Bewältigung der sich entwickelnden Produktivkräfte, der jeweils neuen Produktionsanforderungen der Gesellschaft, deren Berücksichtigung im Kapitalismus durch die Konkurrenz erzwungen wird, das Kapital in konzentrierten Massen und in Formen vorhanden sein muß, daß diese Aufgaben nicht überhaupt, sondern profitbringend, als privatkapitalistisches Geschäft durchzuführen sind.

Ist somit der schrankenlose Trieb zur Entwicklung der Produktivkräfte Ausdruck des Profitstrebens, so gleichermaßen der ständige Zwang, die objektiv notwendigen Bedingungen der Profitproduktion, die die Tendenz haben, sich zu verschlechtern, zu entwickeln. So nur, und grundlegend durch nichts anderes, lassen sich Konzentration und Zentralisation des Kapitals erklären, hier ist die objektive Triebkraft für die Herausbildung des Monopols und seiner Formen sowie für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Deswegen ist dieses Gesetz das vom historischen Standpunkt das wichtigste, das für die bürgerliche Ökonomie wegen seines revolutionären Inhalts ein „großes Mysterium" ist.

Es ist geradezu witzig, wenn Neusüß,[12] Wirth[13] sowie andere Konzentration und Zentralisation, Monopol und seine Attribute usw. der Verwertungsproblematik gegenüberstellen. Zugegeben, verschiedene Autoren räumen der Verwertungsproblematik einen unterschiedlichen Stellenwert ein, bei uns gibt es eine sehr

12 z. B. a. a. O., S. 31.
13 z. B. a. a. O., S. 24, Schubert an vielen Stellen.

lebendige Diskussion. Aber unabhängig davon, wenn die Kritiker unentwegt sagen, nicht Konzentration, nicht Herrschaft und Gewalt, nicht Staat, sondern die Verwertungsbedingungen lägen den Widersprüchen und Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft zugrunde, dann ist das ja ihr eigenes, und zwar grundlegendes Mißverständnis.

Kein Marxist trennt die Monopolproblematik vom kapitalistischen Profitstreben. Der Profit aber ist eine bestimmte historische Aneignungsweise der Ergebnisse der Produktion. Diese Aneignungsweise ist identisch, setzt voraus und hat immer wieder zum Ergebnis, daß die sachlichen Bedingungen der Produktion sich als kapitalistisches Eigentum mit ihrem Träger, dem Kapitalisten, gegenüber den von den sachlichen Produktionsbedingungen getrennten subjektiven Produktionsbedingungen, also dem eigentumslosen Arbeiter, dem Träger der Lohnarbeit darstellen. Die durch die Entwicklung der Produktivkräfte sich verändernden Anforderungen an die Produktion von Profit stellen sich so notwendig dar als Stufen in der Entwicklung des kapitalistischen Eigentums. Diese Entwicklungsstufen des kapitalistischen Eigentums erweisen sich als Formen eines kapitalistischen Enteignungsprozesses, ohne den es keine Entwicklung in dieser Ausbeuterordnung gibt. Dies spielt bei unseren „Kritikern" überhaupt keine Rolle, obwohl es die Frage aller Fragen ist. Methodologisch ist nämlich das Monopol als eine Entwicklungsstufe des dem Kapitalismus immanenten Enteignungsprozeß zu betrachten, nicht als irgendein fertiges oder irgendwie sich schlechthin vergrößerndes Machtgebilde. Eine solche Ansicht ist einfach bürgerlich – man möge schon entschuldigen. Nur als Enteignungsprozeß kann man die innere Kerngestalt des Monopols, seinen Funktionsmechanismus begreifen. Von dieser Seite erweist sich das Monopol als eine zwangsläufige Stufe der Entwicklung des Kapitalverhältnisses. Auch von dieser Seite erweist sich die Monopoltheorie als untrennbarer Bestandteil der gesamten Theorie des Kapitalismus, und ihre Gesetze sind von dieser abzuleiten. Man versteht, wie merkwürdig es klingt, wenn z. B. Christel Neusüß oder Petrowsky unentwegt davon sprechen, daß das Monopol an die Stelle des Kapitalbegriffs gesetzt würde.

Die historische Berechtigung des Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus bestand darin, daß die Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln bei den Funktionären des Kapitals, die die Produktionsmittel zur Ausbeutung des doppelt freien Lohnarbeiters zwecks Produktion von Profit einsetzten, eine gewaltige und rücksichtslose Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichte. Daß der Kapitalismus aber nur eine historisch begrenzte Produktionsweise ist, äußerte sich frühzeitig darin, daß die Enge der Eigentumsverhältnisse gegenüber der Entwicklung der Produktivkräfte durch die breite Entwicklung des Kredits, des zinstragenden Kapitals und seine vielfältigen Formen, des fiktiven Kapitals, eine Trennung des Kapitals als Eigentum, d. h. die bloße Verfügungsgewalt über Profit, vom Kapital als Funktion erzwang.

Diese für das Verständnis des Monopols ebenfalls wesentliche Fragestellung sucht man vergeblich bei unseren theoretischen Kritikern. Diese Trennung war einerseits unerläßlich, um die historische Aufgabe des Kapitals, die Produktivkraftentwicklung, mit seiner inneren Natur, die Profitproduktion, in Übereinstimmung zu bringen und damit im Zusammenhang andererseits Ausdruck dafür,

daß das Kapital seinen Reproduktionsprozeß nur vollziehen konnte, indem seine Funktionäre zunehmend enteignet wurden. Andererseits war sie Ausdruck der „Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise" (Marx), eben weil die Entwicklung des kapitalistischen Eigentums als Rahmen für Produktivkraftentwicklung die zunehmende Enteignung, also die Durchbrechung der Eigentumsschranken der vielen Kapitalfunktionäre voraussetzt. Und dies ist nur der historische Anzeiger für die Notwendigkeit der Enteignung der Ausbeuterklasse überhaupt. Marx sprach in diesem Zusammenhang von der „Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst", von der „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst", von der „Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf der Grundlage des kapitalistischen Systems selbst . . ."

Wenn wir nun den Sprung in die kapitalistische Gegenwart machen, so bleibt die rücksichtslose Entwicklung der Produktivkräfte in der Form des industriellen Kapitals einziges Mittel, Profit zu produzieren. Ist das einzelne industrielle Kapital im Ergebnis dieses Triebs rasant gewachsen und wächst es auch weiter, so noch unvergleichlich mehr die Notwendigkeit, seine Grenzen eigentumsmäßig zu durchbrechen. Das stellt sich so dar, daß das kapitalistische Eigentum in Form des monopolistischen Konzernkapitals, Bankkapitals, des staatlich mobilisierten und verwendeten Kapitals usw. jedes für sich und um so mehr in ihrer Verflechtung und Verschmelzung die Grenzen der vielen individuellen industriellen Kapitale weit überschreiten. Dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion entspricht mehr und mehr der gesellschaftliche Charakter des Kapitals. Auf einer unendlich höheren Stufe stellt sich das Kapital heute einerseits als Eigentum außerhalb des Produktionsprozesses, andererseits als Funktion im Produktionsprozeß dar. Bedeutete die Trennung von Eigentum und Funktion im vormonopolistischen Kapitalismus die bewußte und gewollte Aufteilung des Profits in Form einer juristischen Transaktion, so handelt es sich jetzt um die Herstellung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse. Dieser von Wirth, Neusüß, Schubert u. a. so verschmähte, so mißdeutete Begriff heißt im Kern aber folgendes: Die monopolistischen Eigentümer reduzieren mit ökonomischer und außerökonomischer Macht und Gewalt alle anderen Eigentümer dauerhaft in ihren Profit- und Einkommensansprüchen, reduzieren aber auch die Masse der Funktionäre des Kapitals in ihren Ansprüchen auf einen Teil des Profits und verwandeln sie tendenziell in Bezieher eines (in der Regel recht hohen) Verwaltungslohns. Das ist nichts Subjektives, keine Aufhebung des Wertgesetzes usw. usf. wie überhaupt das von Marx wiederholt gebrauchte Wort der Kapitalmacht, der gesellschaftlichen Macht des Kapitals, der Konzentration von Kapitalmacht die Kritiker auf sonderbare Weise reizt.

Natürlich – das muß ich gegen einige der genannten Kritiker sagen – kann man das Wesen des Monopols nur verstehen, wenn man das Wesen der Konkurrenz verstanden hat. Sie ist im Kapitalismus die notwendige Form, in der sich die Produktivkräfte innerhalb des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung durchsetzen. In einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft kann der gesellschaftliche Zusammenhang nur durch das gegenseitige Aufeinanderwirken der Kapitale hergestellt werden.

Die Konkurrenz bringt den inneren Zusammenhang der äußerlich getrennten Kapitale zur Geltung, also die Erfordernis der gesellschaftlichen Produktion unter den Bedingungen der privaten Aneignung. Da das Kapital nur als viele Kapitale existieren kann, ist kapitalistische Produktion ohne Konkurrenz nicht einmal vorstellbar. Nur: Da die Konkurrenz eben keine nur logische Abstraktion ist, wie z. B. M. Wirth meint, sondern auch, und ganz im Gegensatz zu ihrer Meinung, eine historische Kategorie, muß man als Marxist nach den spezifischen Formen der gegenseitigen Einwirkung der Kapitale fragen, was die Kritiker überhaupt nicht tun. Im vormonopolistischen Kapitalismus war es die freie Konkurrenz (das ist eigentlich eine Tautologie, weil Monopol ja die Einschränkung der Freiheit des Kapitals bedeutet). Die freie Konkurrenz und nur sie bewirkte, daß der gesellschaftlich produzierte Profit sich entsprechend der Größe der beteiligten Kapitale aufteilte, was entsprechend dem damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung und der Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit eine Notwendigkeit war. Über den Durchschnittsprofit wurde die gesellschaftliche Arbeit entsprechend den damaligen Bedingungen verteilt. Das entsprach dem Begriff des Kapitals, denn der Kapitalismus entwickelte sich historisch seinem Begriff gemäß. Dies hat Marx analysiert. Aber der Kapitalismus seinem Begriff gemäß ist ein lebendiger Widerspruch und Marx hat auch gezeigt, wohin dieser Widerspruch im Rahmen des Kapitalismus hintreibt. Warum fällt es so schwer zu begreifen, daß die Existenzbedingungen des Kapitals, d. h. die Bedingungen, unter denen es Profit produzieren muß, sich beständig entwickeln, daß diese widerspruchvolle Formation zu Bedingungen seiner Existenz gelangt, die seinem Begriff tatsächlich nicht mehr entsprechen, da sie mehr und mehr gesellschaftliche Anforderungen an die Produktion von Profit stellen und folglich die Negation der Freiheit des Kapitals, also der freien Konkurrenz voraussetzen. Die Begriffe, Zwang, Macht, Herrschaft wollen die Kritiker nur moralisch, nur als Kampfbegriffe, wie sie sich ausdrücken, verstehen und gelten lassen. Sie begreifen nicht, daß es um ökonomische Notwendigkeiten geht, solange der Kapitalismus auf dieser hohen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung fortexistiert. Sie begreifen nicht, daß Marx, abgesehen von vielen Einzelbemerkungen, das ökonomische Wesen der Sache im Kapitals anhand der Grundrente ausführlich dargestellt hat (warum geht keiner der gestrengen Kritiker hierauf ein?), daß das für den Kapitalismus auf jener Stufe aber ein zufälliges Monopol war. Sie begreifen nicht, daß der Kapitalismus sich selbst zu negieren beginnt, wenn die objektive, ökonomische Notwendigkeit der Reduzierung aller Einkommens- und Profitbezieher zugunsten des herrschenden Großkapitals gegeben ist und durchgesetzt wird. Es sind Zwang und Herrschaft in den ökonomischen Beziehungen, auch und gerade in den Beziehungen der Kapitale, also monopolistische Konkurrenz, die jetzt der Exekutor der ökonomischen Gesetze wird; das ist der Inhalt der spezifischen Form der Konkurrenz, die nun wirkt, sie ist nun die Erscheinungsform, worin sich die Notwendigkeit der ökonomischen Gesetze realisiert. Dies wird in unserer Auffassung grundlegend gerade aus der Zuspitzung der Verwertungsproblematik auf einer bestimmten Stufe der Produktivkraftentwicklung erklärt. Es handelt sich um die notwendig gewaltsame Ausdehnung des für den Kapitalismus typischen Enteignungsprozesses über die unmittelbaren Produzenten hinaus auf die

Kapitalisten selbst. Es ist eine Stufe des Kapitalverhältnisses, die – wie es Lenin in voller Übereinstimmung mit Marx formulierte, die Negation wesentlicher Grundeigenschaften des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus selbst bedeutet. Und ich wiederhole gern den von den Kritikern so heruntergeputzten Satz: Das Monopol widerspricht bereits dem Kapitalismus seinem Begriff gemäß, entspricht dem Kapitalismus im Stadium seines Sterbens. Von dieser sogenannten „2-Phasen-Theorie" wollen die Kritiker nichts wissen. Sie haben wohl nie davon gehört, daß der Kapitalismus historisch ein System war, das dem Fortschritt der Menschheit diente und sich zu einem System entwickelt hat, das den Fortschritt aufhält und es bis zur Bedrohung der physischen Existenz der Gesellschaft gebracht hat. Wer das aber leugnet, wie alle Genannten, der kann doch nicht als Revolutionär auftreten. Worin besteht dann denn eigentlich der wissenschaftliche Inhalt seiner Kapitalismuskritik? Der ist doch aufs Moralisieren beschränkt.

III.

Von hier aus wird die Kategorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verständlich. Ich muß auch hier auf alle Einzelheiten und auf die so dringend gebotene Widerlegung der Kritiker im einzelnen verzichten. Gehen wir von unleugbaren Fakten aus. Der imperialistische Staat vollzieht ökonomische Funktionen in der kapitalistischen Gesellschaft, aber er ist kein Produzent von Wert und Mehrwert. Dies ist, im Unterschied zu jedem Kapitalisten, auch nicht das Ziel seiner ökonomischen Tätigkeit. Seine Rolle im Kapitalverwertungsprozeß wird von den herrschenden Eigentumsverhältnissen und den daraus resultierenden Produktionsverhältnissen bestimmt, deren Sicherung und Aufrechterhaltung sein Ziel ist. Daß er nicht selbst dem Zwang der Kapitalverwertung unterliegt, ist der eigentliche springende Punkt zur Erklärung seiner Rolle. Er kann und muß Kapital so mobilisieren und verwenden, daß die Verwertung des monopolistischen Kapitals ermöglicht, gestützt, verbessert wird. Heutzutage kann, das wird keiner leugnen, nur dadurch die Produktion als Kapitalproduktion überhaupt noch betrieben werden. D. h. daß die ökonomische Funktion des Staates nur auf der mit staatlichem Zwang durchgesetzten Umverteilung des Nationaleinkommens beruhen kann. Diese Umverteilung ist gegen den Mechanismus der gleichmäßigen Verteilung des Profits gerichtet, daher nennen wir sie wissenschaftlich korrekt „monopolistische Umverteilung", und der Staat tritt so als Monopolist kraft staatlichen Zwangs auf.

In seiner Umverteilungsfunktion erfaßt der imperialistische Staat alle Kapitalisten und Einkommensbezieher. In einem außerordentlich komplizierten System, dessen Differenzierung von großer politischer und ideologischer Bedeutung ist, reduziert er mit vielfältigen direkten und indirekten Methoden Einkommen und Profit der einen, um Profit und Einkommen der Begünstigten zu erhöhen. Dies bedeutet aber, daß der Staat gleichzeitig die Bewegung aller ökonomischen Kategorien des Systems beeinflußt, diese in ihrer Bewegung jetzt auch staatlich bestimmt sind. Die staatlich Begünstigten können relativ unabhängig von ihren – sozusagen inneren – Verwertungsbedingungen akkumulieren, die Nichtbegünstigten werden relativ und auch absolut eingeschränkt. So wirkt die staatliche Monopolisierung auf die Konkurrenzverhältnisse ein, die staatlichen Maßnahmen sind niemals neu-

tral, sie müssen letztendlich immer in Richtung einer Verstärkung der Konzentration und Zentralisation wirken. Die Darlegung zeigt aber auch, daß entgegen allen Anwürfen der Kritiker, die uns die gegenteilige Meinung unterschieben wollen, die den wirklichen Prozeß aber gerade nicht verstehen, der Staat nur innerhalb des Kapitalverwertungssystems seine Funktionen erfüllen kann, aber auch muß, und diese Funktionen vom Kapitalverwertungssystem bestimmt werden.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß das staatlich mobilisierte und verwendete Kapital für sich genommen kein selbständiges Kapital ist. Kapital wird es nur im Mechanismus der Kapitalverwertung insgesamt. Dies denjenigen, die sagen, weil es sich nicht als staatliches Kapital verwertet, könne es auch kein Kapital sein. Es verwertet sich selbstverständlich. Durch den Staat wird es erst für das Monopolkapital verwertbares Kapital. Abgesehen davon beschränkt sich die staatliche Monopolisierung nicht auf staatliche Kapitalmobilisierung. Z. B. braucht eine neue Differenzierung innerhalb der Profitbesteuerung das Steueraufkommen nicht zu erhöhen und doch den Kaptalverwertungsprozeß stark beeinflussen, das gleiche gilt für die Veränderung von Wechselkursen usw. Der Staat ist so kein neues ökonomisches Element gegenüber der Monopolherrschaft, sondern ein Instrument ihrer Ausdehnung und Vertiefung.

Nun ist der Staat aber eine politische Machtorganisation, die die Gesellschaft umfaßt, mit Attributen wie Parlament und Regierung, Gerichte und Gefängnisse usw. Er treibt eine Innen- und eine Außenpolitik. Er ist — im Gegensatz zu jeder Kapitalorganisation — gewissermaßen öffentlich. Wenn dieser Staat im Kapitalverwertungsprozeß und nicht nur in der allgemeinen Regelung der Klassenbeziehungen eine Rolle spielt, und zwar zunehmend, dann stellen sich die Widersprüche eben dieses Kapitalverwertungsprozesses — das sind aber Widersprüche zwischen Klassen und innerhalb der Klassen — auch staatlich dar. Dann ist die Frage des Lohns eben nicht mehr nur eine Frage zwischen Arbeiter Müller und Kapitalist Meyer, sondern auch eine Frage der staatlichen Politik; und um so mehr alle anderen Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Das bleibt aber staatliche Politik, und um diese Politik kann, muß und wird gekämpft und daher entsteht selbst für die Monopolbourgeoisie das Problem, wie sie dieses ihr Instrument sicher und dauerhaft beherrschen im eigenen wohlverstandenen Interesse, und die Konzeptionen darüber gehen selbst innerhalb der Monopolbourgeoisie auseinander, und das ist keineswegs nur subjektiver Zunder.

Ich möchte deshalb auf einige politische Schlußfolgerungen unserer Auffassung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus eingehen. Grundsätzlich wird uns Kritik aus zweierlei Richtungen entgegengehalten: Strasser, Heimann, Weisskirchen u. a. sich auf Basso, Gorz u. a. stützend, sagen uns, wir würden die Rolle des Staates als Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals versimpeln, die Frage des antimonopolistischen, demokratischen Kampfes nur als Taktik betrachten, die Möglichkeit zum Sozialismus über „systemüberwindende Reformen" verkennen, mit der Theorie von der Revolution das System stabilisieren usw. Neusüß, Wirth, Schubert u. a., sich teilweise auf Mandel stützend, sagen uns, wir würden die Theorie ihres revolutionären Inhalts berauben, die Fragestellung der Durchsetzung

revolutionär-demokratischer Forderungen, des antimonopolistischen Bündnisses, der Erkämpfung antimonopolistischer Demokratie sei ein Abgehen von der Revolution, vom Sozialismusziel usw.
Die einen werfen uns also vor, wir seien hinterhältige Revolutionäre, die anderen wir seien hinterhältige Nichtrevolutionäre. Gelegentlich treffen und durchkreuzen sich beide Richtungen. Eine schwierige Lage.
Wie sehen wir's wirklich?
Für den heutigen Kapitalismus ist die widersprüchliche Verflechtung und gegenseitige Bedingtheit ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller und ideologischer Prozesse kennzeichnend, das Zusammenwirken der auf ihrer Basis entstehenden Konflikte. Das rührt daher, daß der Kapitalismus heute eine Vielzahl von komplexen Bedingungen der Profitproduktion berücksichtigen muß, die zum Teil auch außerhalb des unmittelbaren Produktions- und Verwertungsprozesses liegen Wenn in den ökonomischen Beziehungen das Prinzip des Monopols herrscht, so kann im Überbau nicht mehr das Prinzip Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit herrschen, sondern, wie Lenin sagte, politische Reaktion auf der ganzen Linie. Die Demokratisierung der Gesellschaft wird somit angesichts der immer stärkeren Zentralisation der Entscheidungen, die für die Bedürfnisbefriedigung eine wesentliche Bedeutung erreicht haben, zu einem objektiv bedingten materiellen Bedürfnis der Arbeiterklasse und anderer arbeitender Schichten. Dies zwingt die Monopolbourgeoisie nicht nur, neben Repressionsmaßnahmen zu scheindemokratischen Losungen zu greifen, sondern auch, in Abhängigkeit von der Stärke der Arbeiterklasse, zu Zugeständnissen, um einen offenen Ausbruch der Klassenkonflikte im Maßstab der Gesellschaft zu vermeiden.
Zu den Bedingungen der Profitproduktion in der heutigen Welt gehört vor allem die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital im Weltmaßstab, d. h. die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus. Der Kapitalismus stößt bei der Entwicklung der Produktivkräfte sowie der Eigentums- und Produktionsverhältnisse, bei der Gestaltung seiner Herrschaftsstrukturen und der Formen der Kapitalmachtausübung beständig auf die Schranken des Sozialismus im Weltmaßstab. Der Sozialismus erscheint dem Monopolkapital in der Gegenwart als eines der wesentlichen Zwangsgesetze des Handelns.
Von seinen historischen Möglichkeiten her kann der Kapitalismus allen Pressionen auf die Kapitalverwertung nur durch die Vertiefung und Erweiterung seiner Ausbeutungsbasis entgegenwirken, indem der kapitalistische Enteignungsprozeß über die unmittelbaren Produzenten hinaus auf die Kapitalistenklasse selbst ausgedehnt wird, Profit umverteilt und mehr und mehr die gesamte Gesellschaft (zunehmend auch gleichgültig gegenüber den nationalen Grenzen innerhalb des kapitalistisch beherrschten Weltsystems) in das Ausbeutungsfeld des monopolistischen Gropkapitals verwandelt wird. Das bedeutet eine fortschreitende Durchbrechung der Schranken des Privatkapitals und durch neue Formen und Stufen der Kapitalmachtausübung. Die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution erreichte Stufe der Vergesellschaftung spitzt diese Problematik gewaltig zu.

Die objektiven Bedingungen, unter denen das Monopolkapital heute Profit produzieren muß, stellen auch vielfältige gesellschaftliche Anforderungen im Bereich der Wissenschaft und Bildung, bei der Gestaltung der Struktur der großen gesell-

schaftlichen Produktionsbereiche, bei der Raumplanung, dem Umweltschutz usw. Sie stellen gleichzeitig Anforderungen im Bereich der Innen- und Außenpolitik, der Ideologie, der Gesellschaftspolitik und in anderen Bereichen. Die Schärfe des Konflikts liegt auf der Hand: In einem Produktionssystem, das auf privater Aneignung der Produktionsergebnisse beruht, auf der Produktion des Privatzwecks Profit, müssen in gewaltigen gesellschaftlichen Maßstäben Aufgaben bewältigt, müssen innere und weltweite politische Umstände, auf die die Monopolbourgeoisie zum Teil schon keinen oder mindestens keinen ausschließlichen Einfluß mehr hat, berücksichtigt werden, und das bereits teilweise gegen das eigentliche kapitalistische Motiv, nämlich unmittelbar, d. h. in möglichst kurzer Frist möglichst hohen Profit zu produzieren.

Typisch ist dabei, daß die Reproduktionserfordernisse des Kapitals heute mehr und mehr komplex auftreten, einander in ihrer Durchsetzung bedingen. Eine neue technische Stufe der Produktion verlangt zum Beispiel mehr und andere Bildung. Bildung ist aber ein Faktor, der gesellschaftliche Aufwendungen und Systeme verlangt, die ohnehin nur der Staat gewährleisten kann, so daß diese ökonomische Frage von vornherein eine politisch-staatliche wird. Bildung wirft aber auch Probleme auf in Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Bildungsmonopols — das heißt letztlich auch der Herrschaft der Bourgeoisie — mit dem Umfang, dem Inhalt und der Richtung der Bildung, bei der verschiedene Varianten der bürgerlichen Ideologie mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse konfrontiert werden. Bildung ist auch ein Kulturproblem. Wenn die politisch-gesellschaftlichen Organe der herrschenden Klasse sich mit der Bildung befassen müssen, stehen sich sofort die Kultur der Arbeiterklasse und die Kultur der Monopolbourgeoisie feindlich gegenüber. Der Einfluß des Sozialismus wirkt hier über die Forderungen der Arbeiterklasse in unmittelbarer Weise.

Wird unter diesen Bedingungen Kapital angelegt, so wird die neue Stufe des Zusammenwachsens ökonomischer, politischer, technischer, sozialer und ideologischer Probleme sichtbar. Auf dieser Basis entstehen gesellschaftliche Konflikte, die entsprechend komplexe Reaktionen des Kapitals herausfordern und eben dadurch die ökonomischen Anforderungen zu Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung machen, zu Fragen des Klassenkampfes.

Bedeutungsvoll sind hier vor allem die Konflikte, die, heute schon absehbar, sich in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend aus den neuen Reproduktionserfordernissen des Kapitals im Angesicht der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben werden. Die neuen Probleme, die mit den Erfordernissen auf dem Gebiete der Infrastruktur, dem Umweltschutz, wie überhaupt der Sicherung der physischen Lebensbedingungen, der Raumordnung der Bildung und anderen, können vielfach nur unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Anforderungen in Angriff genommen werden.

Es sind dies zumeist gleichzeitig auch qualitativ neue Elemente der Reproduktion der wichtigsten Produktivkraft, der Arbeitskraft. Diese neuen objektiven Reproduktionsbedingungen zeigen die veränderte Stellung der Arbeiter im Reproduktionsprozeß an. Gegen diese Veränderung, bzw. gegen deren reale Anerkennung stemmt sich das Kapital, weil sie letztlich die Grundvoraussetzung der kapitali-

stischen Ausbeutung negiert und die revolutionäre Ablösung des kapitalistischen Ausbeutungssystems voraussetzt. Die Reproduktion des Wertes der Ware Arbeitskraft kann sich auch hier nur im Kampf gegen die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals durchsetzen. Gleichzeitig ist offensichtlich, daß sich viele der neuen Elemente des Wertes der Ware Arbeitskraft nur in Form gesellschaftlicher Konsumtion realisieren können, in Formen also, die über die Möglichkeiten des privaten Kapitalverwertungssystems hinausgreifen.

Es ist folglich klar, daß der imperialistische Staat, um die Herrschaft der Monopole, und damit das Profitsystem aufrechtzuerhalten, mehr und mehr die Bedingungen für den Verwertungsprozeß des Kapitals schaffen muß, vor allem als monopolistischer Umverteiler von Profit und Einkommen zugunsten der Finanzoligarchie. Der Staat muß aber auch eine Vielzahl weiterer, mit seiner ökonomischen Rolle im Kapitalverwertungsprozeß eng verflochtenen, aber mit dieser Rolle nicht identischer Aufgaben übernehmen. Er muß die Arbeiterbewegung in einen Rahmen zwängen, der die Verwertung einerseits nicht in Frage stellt, das System andererseits, angesichts des wachsenden Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und des Einflusses des Sozialismus, nicht gefährdet. Er muß die Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten so regeln, daß trotz verschärfter Gegensätze die Konflikte in dem heute erzwungenen Rahmen gehalten werden können. Er muß dafür sorgen, daß die monopolkapitalistische Gesellschaft auf den Kampf gegen den Sozialismus ökonomisch, politisch, militärisch und ideologisch eingestellt ist.

Die Tatsache, daß der Staat eine so unerläßlich große und wachsende Rolle im Verwertungsprozeß des monopolistischen Kapitals und in der gesamten kapitalistischen Gesellschaft spielt, wirft auch neue Probleme für die Finanzoligarchie auf. Die Formen der Beherrschung all der politisch-gesellschaftlichen Kräfte, die auf den Staat Einfluß haben oder erlangen können, gewinnen immer größere Bedeutung für sie. Indem der Staat in all seinen Funktionen die Existenzbedingungen der Masse der Bevölkerung immer stärker beeinflußt, werden die ökonomisch-sozialen Auseinandersetzungen auch zu Auseinandersetzungen mit dem Staat. Nur der imperialistische Staat kann die Bedingungen schaffen, die zur Inangriffnahme vieler neuer Aufgaben der Reproduktion des Werts der Ware Arbeitskraft, soweit das vom kapitalistischen Standpunkt überhaupt möglich ist, notwendig sind. Der imperialistische Staat kann diese Aufgaben aber nur nach kapitalistischen Prinzipien durchführen, entsprechend seiner historischen Funktion im Verwertungsprozeß des Kapitals. Die neuen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft werden so zu einer entscheidenden objektiven Grundlage für die Verflechtung der heutigen Reproduktionserfordernisse des Kapitals mit dem Entstehen, der Erweiterung und der Zuspitzung neuer Sozial- und Gesellschaftskonflikte. Die Arbeiterklasse gerät auf der Grundlage dieses objektiven ökonomischen Zusammenhangs direkt mit dem Staat in Konflikt, mit der gesamten gesellschaftlichen Herrschaftsorganisation, die heute im erheblichen Maße alle gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflußt. Die Arbeiterklasse zwingt den Staat in Abhängigkeit von der Kraft und Klarheit ihrer Bewegung zu vielerlei ökonomisch-politisch-ideologischen Manövern und selbst Zugeständnissen, unterliegt aber selbst der Gefahr der Illusionen über diesen kapitalistischen Staat und über die

Ursachen der gesellschaftlichen Zwänge, die auf ihr lasten. Das wirft die Frage der Beziehung von Reform und Revolution auf. Sie ist aber mitnichten neu. Lenin kannte seine strengen Kritiker von heute.

Während zu Lenins Zeit es die Kautskyianer waren, die Forderungen reformistisch stellten, die nur revolutionär zu stellen waren (d. h. in Hinblick auf die Vorbereitung der Revolution, nicht auf eine evolutionäre Entwicklung des Kapitalismus), wollte Bucharin diese Forderungen als „unrealisierbar" überhaupt nicht stellen, wollte folglich das Minimalprogramm der Partei über Bord werfen. Demokratische Losungen schon im Kapitalismus aufstellen, meinten die „imperialistischen Ökonomisten", wäre Verrat an der Losung des Sozialismus. Ich denke, einige Kritiker werden sich da wiedererkennen. Ihnen antwortete Lenin:

„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion — und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die ‚idealsten' demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen."[14]

Gerade durch die Klarstellung der Beziehungen des Kampfes für Demokratie und für Sozialismus hat Lenin im Kampf mit dem Opportunismus die Theorie der sozialistischen Revolution weiterentwickelt. Die theoretische Begründung hierfür lieferte aber die wissenschaftliche Analyse des neuen, monopolistischen Stadiums des Kapitalismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus. Interessante Aufschlüsse enthalten in diesem Zuammenhang die verschiedenen Diskussionen um das Parteiprogramm; ich will nur zwei eng miteinander verbundene Punkte kurz angehen: der zu verschiedenen Zeiten von Bucharin, Pjatakow, Smirnow und anderen geführte Kampf einerseits zur Streichung aller Ausführungen über den „alten Kapitalismus" und andererseits zur Liquidierung des Minimalprogramms.

Auf die erste Forderung antwortete Lenin vor allem mit folgendem wesentlichen Hinweis: „Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus."[15]

Vom Standpunkt der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterklasse war dieser Hinweis deshalb von so großer Bedeutung, weil unter den herrschenden Bedingungen die sozialistische Revolution nicht mit einem Schlage siegen konnte. Es durfte folglich kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Teilsiege, die man über den Imperialismus errang bzw. erringen konnte, noch nicht den Endsieg über den Kapitalismus bedeuteten. Sollte der Kampf gegen den Imperialismus proletarisch-revolutionären Charakter tragen, so durfte bei der Forderung nach und der Durchsetzung von antimonopolistischen, antiimperialistischen demokratischen Maßnahmen dieser Endsieg nicht aus den Augen verlorengehen. Das

14 Lenin, Werke, Bd. 23, S. 14.
15 LW, Bd. 24, S. 465.

zu tun hätte bedeutet, in den vornehmlich durch Kautsky repräsentierten Sumpf der faktischen Aussöhnung mit der Bourgeoisie, des Verzichts auf die Macht der Arbeiterklasse und die revolutionäre, sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu geraten. Ich denke, es ist klar, wer sich diese Jacke heute anziehen kann.

Lenin wies nach, daß demokratische Reformen von Revolutionären nur vom Standpunkt des Endziels der proletarischen Revolution gestellt werden dürfen. Den Kautskyianern hielt er entgegen: „Wir sind für demokratische Forderungen, wir allein kämpfen für sie ohne Heuchelei, denn die objektive historische Lage gestattet nicht, sie ohne Zusammenhang mit der sozialistischen Revolution zu stellen."[16]

Die Forderung nach Liquidierung des Minimalprogramms aus dem Programm der Partei lief dagegen in dieser Frage faktisch darauf hinaus, auf revolutionärdemokratische Forderungen überhaupt zu verzichten, da sie ohnehin im Imperialismus „undurchführbar" seien und der Sozialismus auf der Tagesordnung stand. Das war eine „links"opportunistische Haltung. Lenin wies aber nach, daß gerade der Imperialismus die objektive Notwendigkeit hervorbringt, den Kampf um den Sozialismus mit dem Kampf um Demokratie zu verbinden und, daß der Verzicht auf diese Verbindung die Preisgabe der Revolte überhaupt bedeute. Gerade deswegen ist Lenin auf diese Frage wiederholt und in den verschiedensten Zusammenhängen in den Jahren vor der Revolution zurückgekommen. So sagte er in einem Brief an Inès Armand gegen Bucharin und Pjatakow:

„Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet. Darin liegt die ganze Schwierigkeit; darin liegt das ganze Wesen der Sache."[17]

Lenin hob gegenüber dem „linken" und dem rechten Opportunismus hervor, daß, wer wirklich die proletarische Revolution anstrebe, unbedingt für Demokratie noch innerhalb der bürgerlichen Ordnung kämpfen müsse. Gerade der Kampf um die Erweiterung der Demokratie für die Arbeiterklasse heißt, die Positionen der Arbeiterklasse auf Kosten der Macht des Monopolkapitals zu stärken: zur Überwindung der ausweglosen Konflikte des Imperialismus, als Schritte zur Vorbereitung der revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt.

Dem Opportunismus aller Schattierungen hielt Lenin folgende wissenschaftlich begründete Auffassung entgegen:

„Die sozialistische Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten um alle Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropiration der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endzieles müssen wir einer jeden unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben. Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, bevor

16 LW, Bd. 22, S. 167.
17 LW, Bd. 35, S. 241.

sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat als eine geschichtliche Klasse die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus."[18]

Es geht also darum, Reformen als Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Staat mit dem Blick auf die proletarische Revolution, auf die Errichtung des Sozialismus aufzufassen. In den verschiedenen Varianten bourgeoiser Ideologie ist der Staat natürlich nicht einmal Klassenstaat. Aber auch im Konzept der „Systemüberwindenden Reformer" fehlt nicht nur die Revolution, es fehlt sogar ein tieferes Verständnis des Klassenkampfes, indem gewollt oder nicht vorausgesetzt wird, die Kapitalisten würden sich der allmählichen sozialistischen Umgestaltung durch parlamentarische Mehrheiten beugen. Die „links"opportunistischen Auffassungen vom kapitalistischen Staat laufen aber darauf hinaus, die soziale, politische und ideologisch-theoretische Vorbereitung der Revolution zu „verbieten" und dabei revolutionäre Losungen auszustoßen. Wenn wir von der großen Bedeutung des subjektiven Faktors angesichts der objektiven Reife des Systems für die Revolution sprechen, dann nennen das unsere strengen Kritiker von „links" Voluntarismus. Der Kampf um revolutionär-demokratische Forderungen wird als Verzicht auf die sozialistische Revolution denunziert.

Das heißt aber in Wirklichkeit, sein Desinteresse zu zeigen an den wirklichen, komplexen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse wie sie objektiv in dem Monopolkapitalismus gegeben sind und maßgeblich durch die staatsmonopolistische Herrschaftsform des Finanzkapitals bestimmt werden. Was den Staat betrifft, so sagte Lenin, der nicht nur „kritisiert" wird, sondern gelegentlich auch gegen uns ausgespielt werden soll:

„Die Sozialisten treten für die Ausnutzung des modernen Staates und seiner Institutionen im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ein . . ."[19]

Und gegen die halbanarchistischen Ansichten Bucharins, der davon redete, daß der Krieg gezeigt habe, wie tief die „Wurzeln der Staatlichkeit in die Seelen der Arbeiterschaft hineingedrungen" seien, schrieb Lenin 1916:

„Nicht die ‚Staatlichkeit' ist mit der Negation der der Staatlichkeit zusammengeprallt, sondern die opportunistische Politik (d. h. die opportunistische, reformistische, bürgerliche Einstellung zum Staat) ist mit der revolutionären sozialdemokratischen Politik zusammengeprallt (*d. h. mit der revolutionären sozialdemokratischen Stellung zum bürgerlichen Staat und zur Ausnützung des Staates gegen die Bourgeoisie zum Sturz der Bourgeoisie).*"[20]

Dieser Kampf ist angesichts seiner Kompliziertheit und der Heterogenität der neu zur Arbeiterklasse stoßenden Kräfte weniger denn je ohne die Führung durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse möglich.

Entgegen allen bürgerlichen und revisionistischen Verfälschungen geht der Marxismus-Leninismus davon aus, daß die Bedingungen der sozialen Revolution nicht

18 LW, Bd. 21, S. 415 f.
19 LW, Bd. 23, S. 165/166.
20 LW, Bd. 23, S. 166, Hervorhebung P. H.

identisch sind mit ihrer Durchführung. Die Bedingungen sind überreif, das ist der Inhalt der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Krise des staatsmonopolistischen Systems. Die Durchführung hängt nicht zuletzt von der Reife der politischen Bewegung ab.

Daher organisieren und führen die kommunistischen und Arbeiterparteien das Proletariat für den Kampf um seine unmittelbaren ökonomischen Interessen in enger Verbindung mit dem Kampf gegen das gesamte gesellschaftliche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, was auch den Kampf gegen den im Imperialismus unvermeidlichen Krebsschaden des Opportunismus aller Schattierungen einschließt.

Der Druck der Monopole auf alle Schichten der Gesellschaft, der Zwangstribut, den das Monopol von Arbeitern und Nichtarbeitern, selbst von kleinen und mittleren Kapitalisten erhebt, muß die antimonopolistische, die antiimperialistische Bewegung, selbst wenn man die imperialistischen Länder nur für sich betrachtet, vielschichtig und kompliziert gestalten. Daraus ergibt sich: „Wer eine ‚reine' soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben."[21]

Und Lenin fügte hinzu:

„Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen — ohne eine solche Teilnahme ist ein *Massen*kampf *nicht* möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineintragen. Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen, und die klassenbewußte Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern . . ."[22]

21 LW, Bd. 22, S. 364.
22 Ebenda.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,—

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name .....
Ort .....
Straße .....

Ich bestelle:
..... **Exemplar(e) des Protokolls**

Schicken an: Weltkreis-Verlag-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Christoph Strawe

Die maoistische Mär von der „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“

„Der entscheidende Sieg der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten über die verbündeten Gutsbesitzer und Kapitalisten hat das Gesicht der Welt verändert. Heute gibt es keine bedeutsame politische Erscheinung in der Welt, die nicht durch die Existenz der Sowjetunion beeinflußt wird.“[1]

1925, als Ernst Thälmann dies sagte, hatte die Sowjetunion gerade erst die schweren Prüfungen der imperialistischen Intervention und des Bürgerkrieges bestanden und tat die ersten Schritte zum Aufbau des Sozialismus. Heute ist in der Sowjetunion die entwickelte sozialistische Gesellschaft errichtet, wird mit dem Aufbau des Kommunismus begonnen. Die Sowjetunion schickt sich an, im wirtschaftlichen Wettstreit das reichste kapitalistische Land, die USA, zu überholen.

Es war die Sowjetunion, deren Opfern wir die Befreiung von der Pest des Faschismus verdanken, deren politische, wirtschaftliche und militärische Macht die Imperialisten nicht nur daran gehindert hat und hindert, einen neuen Weltkrieg vom Zaune zu brechen, sondern dazu beiträgt, den Frieden sicherer zu machen, eine Wende vom kalten Krieg zur Entspannung einzuleiten.

Aber gerade deshalb, weil die Ausstrahlungskraft der Sowjetunion als lebendiges Beispiel des real existierenden Sozialismus auf die progressiven Kräfte in aller Welt ständig zunimmt, ist seit 1917 und erst recht in der Gegenwart Antikommunismus immer Antisowjetismus, sind Hetze und Verleumdung der Sowjetunion das verbindende Band aller Feinde des Friedens und des Fortschritts, werden immer neue Lügen und Verleumdungen über die Sowjetunion erfunden.

1919 reichte dem amerikanischen Journalisten R. Wilton noch die Behauptung: „vom ökonomischen Standpunkt ist das Weiterbestehen des Sowjetregimes unmöglich, vom politischen Standpunkt ist dies eine Absurdität“,[2] um die erschreckten Kapitalisten und Gutsbesitzer zu beruhigen.

Noch in den dreißiger Jahren sprachen L. v. Mises, J. A. Schumpeter und andere bürgerliche Ökonomen von der wirtschaftlichen Unmöglichkeit des sozialistischen Systems, Rußland könne „bei einem Sozialisierungsversuch nicht ernstgenommen werden“.[3]

Inzwischen ist die sozialistische Staatengemeinschaft zu einem Faktor geworden, der nicht nur ernstgenommen werden muß, sondern der den Handlungsspielraum des Kapitals bereits entscheidend eingeengt hat. Die im RGW vereinigten sozialistischen Länder erzeugten im Jahre 1950 zusammen 17,8 Prozent der industriellen Weltproduktion, die kapitalistischen Staaten noch 75 Prozent. Im Jahre 1972 stellten die RGW-Länder etwa 34 Prozent und die kapitalistischen Staaten etwas mehr als 50 Prozent her.[4]

1 Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1958, S. 265.
2 Wilton, R.: Russia's Agony, New York 1919, S. 335.
3 Schumpeter, J. A.: Sozialistische Möglichkeiten von heute, in: Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen 1952, S. 482.

Mit anderen Worten: Im Verlaufe dieser zwei Jahrzehnte veränderte sich dieses Verhältnis von 1:4,2 auf 1:1,5. Dieses Wachstum der ökonomischen Kraft der sozialistischen Länder schuf die Basis für die systematische Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen, für die rasche Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie für die Überlegenheit der sozialistischen Militärkoalition. In der Sowjetunion betrug das produzierte Nationaleinkommen im Jahre 1972 das 112-fache gegenüber 1922; allein von 1950 bis 1971 wuchs es auf das 5,6fache – in den USA in der gleichen Zeit dagegen nur auf das 2fache.[5]

In den ersten beiden Jahren nach dem XXIV. Parteitag der KPdSU erhöhte sich die Industrieproduktion der UdSSR um 15 Prozent. Schon 1972 produzierte die sowjetische Industrie doppelt soviel wie in der gesamten Zeit der Fünfjahrpläne vor dem Kriege, also in einem einzigen Jahr doppelt soviel wie in den 13 Jahren von 1928 bis 1941. Das ist in der Welt einmalig.
Seit dem XXIV. Parteitag nahmen in der Sowjetunion über 8000 neue Großbetriebe die Produktion auf. Die Konsumgüterproduktion stieg um 14 Prozent.[6]

Angesichts dieser Entwicklung, die scharf kontrastiert zu seiner eigenen wachsenden Labilität und Krisenanfälligkeit ist der heutige Imperialismus gezwungen, alles an die antikommunistische Front zu werfen, was es an bürgerlicher, rechts- und linksrevisionistischer Ideologie gibt. Die imperialistischen Kräfte mobilisieren den Antikommunismus und Antisowjetismus, um den Entspannungsprozeß abzubremsen und die Hochrüstung zu rechtfertigen, als Rechtfertigung für den immer weitergehenden Abbau der Demokratie, als ideologische Waffe gegen das Streben der Volksmassen nach gesellschaftlichen Veränderungen, als Mittel der Spaltung der demokratischen Kräfte.
Mit diesem Versuch, die Achse des politischen Lebens stärker nach rechts zu verlagern, sind auch die demokratischen Kräfte in unserem Land, darunter die Studentenbewegung, in wachsendem Maße konfrontiert. Im Kampf für Abrüstung, demokratische Rechte, für gesellschaftliche Veränderungen ist die Zurückweisung der antikommunistischen und antisozialistischen Propaganda-Kampagnen der herrschenden Kräfte zu einer Tagesaufgabe geworden, deren Lösung im Interesse aller an Fortschritt Interessierten liegen muß.

Schützenhilfe erhalten die herrschenden Kräfte durch die ultralinke Variante der Verleumdung des real existierenden Sozialismus und der Hetze gegen die Sowjetunion. Sie zielt auf systemkritisch eingestellte Menschen, besonders Jugendliche, die durch scheinbar „linke“ Argumentationen an der Überwindung des Antikommunismus gehindert und so gegen die demokratische Bewegung mißbraucht werden sollen.

4 Vgl.: Reinhold, O.: Internationale Auseinandersetzung und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus; Einheit 28 (1973), 11, S. 1308.
5 Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, 1972, S. 29.
6 Vgl. Sieg des Oktober eröffnete Ära des Übergangs zum Sozialismus; aus der Festansprache von G. Grüneberg zum 56. Jahrestag der Oktoberrevolution, ND; 28 (1973), 7. 11., S. 3.

Hier bestätigt sich Lenins Ausspruch: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden."[7]
Solcherart als Marxisten verkleidet beziehungsweise verbrämt, betätigen sich gleichermaßen Renegaten wie Fischer, Garaudy und neotrotzkistische und maoistische „Theoretiker" wie Bettelheim, Sweezy, Gustavson, Neumann u. a. als „Bewahrer des Marxismus" vor der Entstellung durch die „modernen Revisionisten" beziehungsweise „Sozialimperialisten", womit die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten gemeint sind.
In dieser unheiligen Allianz des Antikommunismus tun sich die ultralinken maoistischen Gruppierungen in unserem Land besonders hervor.

Faktisch treffen sie sich in der Stoßrichtung der Argumentation mit den fanatischen Antikommunisten unter den bürgerlichen Apologeten wie Drucker, Rostow und anderen.
Dreh- und Angelpunkt der ultralinken „Kritik" am real existierenden Sozialismus ist die These von der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern.
So sehr sich die maoistischen Gruppen wie die sog. „KPD", der „KBW", die „KPD/ML", der „KAB" und wie sie alle heißen, auch gegenseitig befehden mögen, diese These bildet das gemeinsame Standbein ihrer Politik, und, wie sich herausstellen wird, ihren gemeinsamen Pferdefuß.
So schreibt die sog. „KPD" in ihrem neuen Programmentwurf über die Sowjetunion: „Die Herrschaft der neuen Bourgeoisie unterliegt den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus: Anarchie der Produktion, kapitalistische Konkurrenz, Krisen und Stagnation charakterisieren diesen Restaurationsprozeß."[8]

Der „KBW" charakterisiert in seinem Programm die Entwicklung in der Sowjetunion als „Sieg des Revisionismus in der Sowjetunion, d. h. die Rückeroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie, und die Restauration des Kapitalismus, die diesen ersten proletarischen Staat in eine sozialimperialistische Macht verwandelt haben . . ."[9]
Diese Zitate ließen sich aus den Dokumenten maoistischer Gruppen in der BRD beliebig ergänzen.
Die Maoisten machen selber deutlich, daß mit der These von der Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der SU seit Stalins Tod ihre Theorie und Politik steht und fällt. Um so mehr fällt ins Auge, daß verglichen mit dem zentralen Stellenwert antisowjetischer Losungen und Parolen in ihren Publikationen, die Versuche einer theoretischen Begründung in der besagten These schon quantitativ sehr dürftig ausfallen.[10]

7 Lenin, W. I.: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, Werke, Bd. 18, Dietz Verlag, Berlin, S. 578.
8 Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Entwurf, Verlag Rote Fahne, Westberlin, 1974, S. 13.
9 Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands. In: Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Selbstverlag, 1973, S. 12.
10 So veröffentlichte z. B. das „Neue Rote Forum", damals noch „theoretisches" Organ der maoistischen „kommunistischen" Gruppe Mannheim/Heidelberg (heute KBW) in seiner Nr. 4/5/1972 einen großaufgemachten Artikel mit der Überschrift „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion", verfaßt von einem gewissen G. R. Dieser Artikel bildet eine nahezu vollständige Zusammenfassung des Arsenals der ultralinken „Kritik" am real existierenden Sozialismus. Die Verworrenheit der dort vorgetragenen Thesen, ihr Eklektizismus und Pragmatismus zeigt sich allerdings allein schon darin, daß der gleiche G. R. in Heft 3/73 eine Stellungnahme zu seinem Artikel veröffentlicht, die einige vorher aufgegriffene Aussagen in ihr Gegenteil verkehrt – übrig bleiben Postulate, eben das Postulat von der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und von der Existenz einer „neuen Monopolbourgeoisie", und es stört diese „Theoretiker" auch nicht, wenn sie das eine mit dem anderen Postulat beweisen müssen . . .
Im Prinzip nicht anders, nur um einige Grade plumper, argumentieren die Verfasser eines dreibändigen Traktats „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" (in: Revolutionärer Weg, Probleme des Marxismus/Leninismus, gemeinsames theoretisches Organ von KPD (ML), um den „revolutionären Weg" und KAB (ML), Verlag neuer Weg, Tübingen, Nr. 7/71, 8/72 und 9/72. Ab Nr. 9/72 firmiert diese Zeitschrift als „theoretisches Organ des kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands"). In „Wissenschaft und Klassenkampf", wissenschaftliche Zeitschrift des kommunistischen Studentenverbandes (KSV), Verlag rote presse Korrespondenz GmbH, Dortmund, Nr. 1/73, werden dieselben Argumente in einem Artikel „Der Restaurationsprozeß des Kapitalismus in der DDR" wiedergekäut.
11 Marx, K.: Das Kapital, Bd. III, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin, S. 799/800.

Aber gerade weil die maoistischen Gruppen offensichtlich auf die Unkenntnis antiimperialistischer Menschen, was die Theorie von Marx, Engels und Lenin, aber auch die Wirklichkeit des Sozialismus angeht, spekulieren, haben wir Veranlassung, uns mit den von ihnen kolportierten ultralinken Thesen maoistischer Herkunft auseinanderzusetzen, deren geistige Anleihen bei alten und neuen bürgerlichen antikommunistischen Schulen nicht zu übersehen sind. Es geht uns dabei darum, das antimarxistische Wesen der maoistischen Politik aufzudecken und zugleich das Verständnis für die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten und Probleme des Aufbaus des Sozialismus zu entwickeln und zu vertiefen.

Die ultralinke Entstellung des sozialistischen Eigentums

Karl Marx sah in der jeweiligen historischen Form des Eigentums „das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion".[11] Diese These gehört zum Abc des Marxismus-Leninismus.

Die sozialökonomische Bestimmtheit des Eigentums an Produktionsmitteln als gesellschaftliches oder privates Eigentum charakterisiert, auf welche Art und Weise die beiden Faktoren des Arbeitsprozesses, die Arbeitskraft und die Produktionsmittel sich im Produktionsprozeß miteinander vereinigen, welche Klasse damit über die Produktionsmittel verfügt und wem demzufolge auch die Ergebnisse des Produktionsprozesses gehören. Daraus resultiert der sozialökonomische Inhalt aller übrigen Phasen des Reproduktionsprozesses, des Austausches, der Verteilung und der Konsumtion.

Aus den Eigentumsverhältnissen der Menschen an den Produktionsmitteln ergibt sich ihre Stellung als Klasse oder Gruppe in der Produktion und damit in der Gesellschaft überhaupt, das heißt, ob sie als Klasse herrscht oder unterdrückt und ausgebeutet wird. Die herrschende *Form des Eigentums* an den Produktionsmitteln ist deshalb für den Charakter und die Entwicklung aller Seiten der Produktionsverhältnisse als der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, ihrer ökonomischen Basis, bestimmend.

Marx wies nach, daß die kapitalistische Produktion „mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation“[12] erzeugt. „Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“[13] Die hier von Marx genannte Notwendigkeit eines Naturprozesses, das ist die notwendige Entwicklung der Produktivkräfte, der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit. Zugleich wies Marx nach, daß die „Expropriation der Usurpatoren durch die Volksmasse“ das Werk der „stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ sein kann.[14]

Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum, das heißt, die Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse beseitigt die kapitalistischen Fesseln der Produktivkräfte, schafft ihnen neue, ihrem Entwicklungsniveau entsprechende gesellschaftliche Bewegungsformen.

Das ist der Inhalt der Forderung der Klassiker des Marxismus-Leninismus an das siegreiche Proletariat: „... der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“[15]

In allen sozialistischen Ländern wurde diese Forderung der Klassiker des Marxismus-Leninismus verwirklicht. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ist das Ergebnis des Sieges des Proletariats, seiner politischen Machtergreifung und Bedingung, ökonomische Basis für die Macht der Arbeiterklasse.

Die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ist der Kern der sozialistischen Produktionsverhältnisse, auf seiner Grundlage entwickeln sich die neuen, dem Sozialismus entsprechenden Beziehungen der Menschen in der Produktion. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet zugleich die ökonomische und politische Entmachtung der Kapitalisten, die endgültige Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, weil gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln die Identität von gesellschaftlichen Produzenten und Eigentümern der Produktionsmittel bedeutet, die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und den Resultaten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses beseitigt und damit objektiv das neue Ziel der Produktion im Sozialismus hervorbringt. Der *grundlegende* Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus besteht eben deshalb in der jeweiligen historischen Form des Eigentums an den Produktionsmitteln.

Gerade deshalb gehört es von jeher zum Arsenal der Antikommunisten aller Schattierungen, das Wesen des sozialistischen Eigentums zu entstellen und ihm revisionistische Eigentumsmodelle entgegenzustellen.

12 Marx, K.: Das Kapital, Bd. I, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin, S. 791.
13 Ebenda.
14 Ebenda.
15 Marx, K., Engels, F.: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin, S. 481.

Auch hier finden wir in trauter Gemeinschaft bürgerlicher Apologeten rechte und linke revisionistische Ideologen. In unterschiedlichster Verpackung, mehr oder weniger demagogisch, mehr oder weniger offen antikommunistisch, gebrauchen sie, wenn es um die Diffamierung des real existierenden Sozialismus geht, die gleichen Thesen.

Von P. Drucker über Garaudy und Djilas bis Bettelheim, Sweezy und den Schreibern der maoistischen Gruppen in der BRD finden wir die Behauptung, die jeweilige historische Form des Eigentums an den Produktionsmitteln sei nicht objektive Basis neuer Produktionsverhältnisse[16] bzw. das gesellschaftliche Eigentum sei „staatskapitalistisches“ Eigentum, es diene einer wie auch immer benannten neuen herrschenden Klasse als Grundlage ihrer Macht.[17]/[18]

Im Wesen geht es den ultralinken wie extrem rechten Ideologen darum, den gesellschaftlichen Charakter des sozialistischen Eigentums zu entstellen, die historische Konsequenz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu negieren und damit die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern vom Kampf um die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln abzuhalten.

Was bedeutet es für einen Arbeiter, Genossenschaftsbauern, einen Angehörigen der Intelligenz in einem sozialistischen Staat, gesellschaftlicher Eigentümer der Produktionsmittel zu sein? Wodurch wird der gesellschaftliche Charakter des sozialistischen Eigentums sichtbar?

Erstens bedeutet gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, daß die für die Ausbeuterordnung charakteristische Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und den Ergebnissen der Produktion aufgehoben ist. Produzent, Eigentümer und Nutznießer der gesellschaftlichen Produktion sind identisch.

„Zum erstenmal nach Jahrhunderten der Arbeit für andere, der unfreien Arbeit für die Ausbeuter, bietet sich ihm (dem Arbeiter – der Verf.) die Möglichkeit, *für sich selbst* zu arbeiten, gestützt auf alle Errungenschaften der modernen Technik und Kultur.“[19]

Daraus ergibt sich objektiv das Ziel der Produktion im Sozialismus – sie dient der immer vollständigeren Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse aller Werktätigen.

16 Vgl. Bettelheim, Ch.: „Sozialismus bedeutet nämlich nicht und nicht einmal hauptsächlich eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Eine solche Veränderung kann rein format bleiben. Sozialismus bedeutet auch und vor allem eine Veränderung der Produktionsverhältnisse“; in: China 1972, Verlag Wagenbach, Berlin 1972, S. 35.
17 Vgl. Restauration des Kapitalismus: .., a.a.O., S. 57. So konstruiert sich auch G. R. in „Neues Rotes Forum“ seinen „Beweis“ dafür, daß das gesellschaftliche Eigentum in den sozialistischen Ländern „staatskapitalistisch“ sei. Bezogen auf die Sowjetunion schreibt er: „Aber streift man den Eigentumsverhältnissen ihren bloß formellen, bloß der sozialimperialistischen Demagogie dienenden Charakter ab, so bleiben unter dieser Hülle im wesentlichen nur noch kapitalistische Formen der gesellschaftlichen Entwicklung übrig.“
18 Vgl. auch den Programmentwurf der maoistischen KPD, a.a.O., S. 13: „Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln wurde zum Instrument der monopolkapitalistischen Entwicklung.“
19 Lenin, W. I.: Wie soll man den Wettbewerb organisieren, Werke, Bd. 26, Dietz Verlag, Berlin, S. 405.

„Nur der Sozialismus wird es ermöglichen, die gesellschaftliche Erzeugung und Verteilung der Güter nach wissenschaftlichen Erwägungen umfassend zu verbreiten und richtig zu meistern, ausgehend davon, wie das Leben der Werktätigen aufs äußerste erleichtert, wie ihnen ein Leben in Wohlstand ermöglicht werden kann."[20]

Die Objektivität dieses hier von Lenin formulierten Zusammenhanges von Sozialismus und planmäßiger, wissenschaftlich organisierter Produktion mit dem Ziel der *höchsten Wohlfahrt* und der *freien* Entwicklung *aller* Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft[21] besteht, wie Friedrich Engels in seiner Schrift „Karl Marx" entwickelte, darin, daß die „den Händen der Bourgeoisie entwachsenen gesellschaftlichen Produktivkräfte nur der Besitzergreifung durch das assoziierte Proletariat harren, um einen Zustand herzustellen, der jedem Gesellschaftsmitglied die Teilnahme nicht nur an der Erzeugung, sondern auch an der Verteilung und Verwaltung der gesellschaftlichen Reichtümer ermöglicht und durch planmäßigen Betrieb der gesamten Produktion der gesellschaftlichen Produktivkräfte und deren Erträge derart steigert, daß eine Befriedigung aller rationalen Bedürfnisse eines jeden in stets steigendem Maße gesichert bleibt".[22] In den Ländern des real existierenden Sozialismus findet dieses Ziel der sozialistischen Produktion in der Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien ihren konkreten Ausdruck.

„Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt", heißt es im Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, „alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir."[23]

Diese Zielstellung findet ihren konkreten Ausdruck in den vom XXIV. Parteitag der KPdSU und von den Parteitagen der Kommunistischen Parteien der anderen sozialistischen Länder beschlossenen Hauptaufgaben, die strategische Wirtschafts- und sozialpolitische Programme darstellen und in deren Mittelpunkt die weitere bedeutende Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen auf der Grundlage einer hocheffektiven gesellschaftlichen Produktion steht.

Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden und bildeten von jeher im Sozialismus eine untrennbare Einheit.

Die Angriffe der ultralinken Ideologen auf die von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zielstrebig und erfolgreich betriebene Entwicklung der Abteilung I, die Errichtung einer hochleistungsfähigen Produktionsmittelindustrie zielen auf nichts anderes als Dummenfang. Wie wohl sollte die materiell-technische Basis des Sozialismus und Kommunismus aussehen? Etwa — wie Bettelheim meint — eine auf handwerklicher Basis beruhende Kleinindustrie mit einer

20 Lenin, W. I.: Rede auf dem I. Kongreß der Volkswirtschaftsräte, Werke, Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin, S. 408.
21 Vgl. Lenin, W. I.: Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin, S. 40.
22 Engels, F.: Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin, S. 104.
23 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 5.

mittelalterlichen Produktivität? Eine solche materiell-technische Basis wird — das von Bettelheim glorifizierte Beispiel Chinas[24] zeigt das — kaum ausreichen, die dringendsten Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen — ganz zu schweigen von der Schaffung eines Überflusses an materiellen Gütern.

Lenin schrieb in diesem Zusammenhang, daß „... die Produktionsmittel nicht um ihrer selbst willen erzeugt (werden), sondern nur deshalb, weil immer mehr und mehr Produktionsmittel in den Industriezweigen erforderlich sind, die Konsumtionsmittel herstellen".[25]

Die Programme der sozialistischen Staaten sind lebendige Realität. Davon zeugen die wachsenden Realeinkünfte der Werktätigen in den sozialistischen Ländern, die wachsende Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern ebenso wie die erfolgreichen Bemühungen um die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Werktätigen und die steigenden Leistungen der sozialistischen Staaten auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Konsumtion (Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen).[26]

Gegenüber dem vorrevolutionären Rußland hatte sich so beispielsweise das Realeinkommen der Arbeiter in der Sowjetunion bis 1971 fast verneunfacht und das Realeinkommen der Kolchosbauern stieg auf das Zwölffache.[27] Von 1940 bis 1970 erhöhte sich das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung in der Sowjetunion um 400 Prozent.[28] Allein von 1965 bis 1970 verbesserten sich die Wohnverhältnisse für etwa 55 Millionen Sowjetbürger — das ist etwa die Gesamtbevölkerung solcher Länder wie der BRD oder Großbritannien. Das vom XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossene und heute bereits zu wesentlichen Teilen realisierte sozialpolitische Programm setzt diese Entwicklung fort. Ebenso wird in allen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft der wirtschaftliche Aufbau auch hier immer spürbarer auf die Verbesserung des Lebens des Volkes orientiert.

Das vom VIII. Parteitag der SED beschlossene sozialpolitische Programm beinhaltete solche bereits in wesentlichen Teilen realisierten Maßnahmen wie: Anhebung der unteren Einkommensgruppen, Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung, Erweiterung des Feriendienstes, Erhöhung der Renten, Förderung berufstätiger Frauen und junger Ehen durch die Gewährung günstiger Kredite und Beihilfen bzw. durch differenzierte Verkürzung der Arbeitszeit für alle vollbeschäftigten Mütter mit drei und mehr Kindern, ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm, das inzwischen durch die 10. Tagung des ZK der SED auf den Zeitraum bis 1990 erweitert wurde und beinhaltet, durch den Neubau bzw. die Neugestaltung von etwa 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen das Wohnungsproblem im wesentlichen zu

24 Vgl. Bettelheim, Ch.: „Einige wirtschaftliche Folgen der Proletarischen Kulturrevolution", in: China 1972, Verlag Wagenbach, Berlin 1972, S. 40 ff.
25 Lenin, W. I.: Antwort an Herrn P. Neshdanow, Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin, S. 155.
26 Diese Leistungen stiegen z. B. in der UdSSR je Kopf der Bevölkerung von 24 Rubel (1940) auf 262 Rubel (1970). In der DDR betrugen sie einschließlich der Leistungen der Sozialversicherung pro Kopf der Bevölkerung 1736 Mark, monatlich pro Arbeiter- und Angestelltenhaushalt 337 Mark. (Vgl.: Politische Ökonomie — Sozialismus — Anschauungsmaterial, Dietz Verlag, Berlin 1973, S. 54, Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, S. 341.)
27 Vgl.: Politische Ökonomie — Sozialismus — Anschauungsmaterial, a.a.O., S. 55.
28 Errechnet nach: Ebenda, S. 54/55.

lösen – und das bei stabilen Mieten für Neubauten! Diese Fakten unterstreichen: gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln bedeutet: immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse *aller* Werktätigen, bedeutet soziale Sicherheit für alle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft. Dabei zeigt sich, daß im Sozialismus der Zusammenhang zwischen Produktion und den Bedürfnissen der Menschen immer unmittelbarer wirksam wird, wodurch immer neue Energien der Werktätigen zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion freigesetzt werden.

Übrigens müssen die Bettelheim, Sweezy u. a. selbst zugeben, daß die Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder auf Wirtschaftswachstum und Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen gerichtet ist, angeblich jedoch nur deshalb, weil sich sonst die „neue Monopolbourgeoisie" nicht an der Macht halten könnte. Damit ist faktisch die These vom angeblichen staatsmonopolistischen Eigentum in den sozialistischen Ländern selbst widerlegt.

Zweitens bedeutet gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, daß jedes Mitglied der sozialistischen Gesellschaft an der Ausübung effektiver wirtschaftlicher Macht beteiligt ist. Die Werktätigen entscheiden im Sozialismus mit ihren Arbeitsanstrengungen selbst über die Höhe ihres Lebensniveaus.

„Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden' zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden', d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit."[29] Dieses von Lenin charakterisierte Verhältnis zur Arbeit, das verantwortungsbewußte Handeln sozialistischer Produzenten, die schöpferische Tätigkeit der Millionen Werktätiger in den Ländern des Sozialismus – das ist die entscheidende Grundlage des unaufhaltsamen Siegeszuges des Sozialismus.

„Je größer der Schwung, je größer das Ausmaß der geschichtlichen Aktionen, desto größer die Zahl der Menschen, die an diesen Aktionen teilnehmen und umgekehrt, je tiefer die Umgestaltung, die wir vollbringen wollen, desto mehr muß man Interesse und bewußte Einstellung zu ihr wecken, muß man immer neue und neue Millionen und Abermillionen von dieser Notwendigkeit überzeugen."[30]

Dieser von Lenin geprägte Grundsatz ist die entscheidende Maxime der Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder; die schöpferische Aktivität der Werktätigen, ihre umfassende Teilnahme an der Leitung des Staates – das ist ein nie versiegender Quell schöpferischer Kraft. Er entspringt dem Sozialismus, und *nur* dem Sozialismus und auf ihm ruht sein unaufhaltsamer Siegeszug. In der DDR wetteifern beispielsweise mehr als 150 000 Kollektive mit über drei Millionen Mitgliedern in der großen Bewegung „sozialistisch arbeiten, lernen und leben". Aus den Vorschlägen der 1,2 Millionen Neuerer, das sind etwa 25 Prozent der Berufstätigen, konnte ein Nutzen von über 3,2 Milliarden Mark

29 Lenin, W. I.: Die Große Initiative, Werke, Bd. 29, Dietz Verlag, Berlin, S. 417.
30 Lenin, W. I.: VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, 22.–29. Dez. 1920, Werke, Bd. 31, Dietz Verlag, Berlin, S. 494–495.

erwirtschaftet werden. Über eine Million Jugendlicher fanden in der Bewegung der Messen der Meister von morgen ein schöpferisches Betätigungsfeld.[31]

Der sozialistische Wettbewerb bewirkt, daß sich gerade bei der Arbeit zur Schaffung des materiellen Reichtums der Gesellschaft als der wichtigsten Sphäre des gesellschaftlichen Lebens, die den Menschen – wie Friedrich Engels einmal sagte – selbst geschaffen hat, sozialistische Persönlichkeiten entwickeln und bewähren.[32]

Hier stellt die Arbeiterklasse praktisch unter Beweis, daß sie in der Lage ist, einen modernen Industriestaat zu leiten und zu planen. Der sozialistische Wettbewerb ist Ausdruck des zutiefst demokratischen Charakters der sozialistischen Gesellschaft, er ist ein wichtiges Instrument, *alle* Werktätigen in die aktive gesellschaftliche Tätigkeit, in die unmittelbare Leitung der Wirtschaft einzubeziehen, wo sie „aus eigener Erfahrung lernen, den Staat zu regieren und die Produktion zu leiten".[33]

Die Maoisten sollten – anstatt von politischer Entmachtung der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern, von einem Widerspruch zwischen Eigentumsverhältnissen und Machtverhältnissen und ähnlichen Widersprüchen zu fabulieren – in einen sozialistischen Großbetrieb gehen und beispielsweise an der Plandiskussion, an einer Vertrauensleutevollversammlung oder an der Rechenschaftslegung des Direktors vor dem Betriebskollektiv teilnehmen. Sie könnten erleben, wie die Werktätigen auf allen Ebenen der sozialistischen Gesellschaft ihre Rechte und ihre Pflicht als gesellschaftliche Eigentümer der Produktionsmittel verantwortungsbewußt wahrnehmen.

„Der Sieg des Sozialismus . . . hat einen früher in der Geschichte der Menschheit unbekannten Arbeitsenthusiasmus der Massen hervorgebracht, wie die Stachanow-Bewegung, die Bewegung für kommunistische Einstellung zur Arbeit und andere. Der Arbeitswettbewerb hat wahrhaft Volkscharakter angenommen."[34] Das ist die Realität.

Drittens bedeutet gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, daß mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen neue Beziehungen zwischen ihnen, zwischen der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern und der Intelligenz entstehen. Sie sind durch kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe gekennzeichnet.

Dieser aus dem gesellschaftlichen Charakter des sozialistischen Eigentums objektiv begründeten Tatsache halten in bemerkenswerter Übereinstimmung bürgerliche, rechts- wie linksrevisionistische Ideologen die Verleumdung von der Existenz bzw. der Entwicklung einer neuen privilegierten Klasse, einer „neuen Monopolbourgeoisie" innerhalb der sozialistischen Gesellschaft entgegen. Diese neue

31 Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, S. 70–72.
32 Siehe: Engels, F.: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin, S. 448.
33 Lenin, W. I.: Wie soll man den Wettbewerb organisieren. Werke, Bd. 26, Dietz Verlag, Berlin, S. 402.
34 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an den XXIV. Parteitag; Referent: L. I. Breshnew, APN Moskau/Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 113.

privilegierte Klasse – eben jene „neue Monopolbourgeoisie" – würde das Proletariat politisch und ökonomisch entmachten und deshalb sei eben selbst auf der Grundlage des staatlichen sozialistischen Eigentums eine Restauration des Kapitalismus möglich, weil es einen Widerspruch zwischen Eigentums- und Aneignungsverhältnissen gebe.

Diese These ist unmittelbar gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse, die marxistisch-leninistische Partei und gegen den Klassencharakter des sozialistischen Staaten gerichtet. Zugleich dient sie u. a. der chinesischen Führung dazu, immer neue bourgeoise Klassenfeinde zu erfinden, immer neue Säuberungsaktionen durchzuführen; schließlich dient diese These auch zur Begründung der „Theorie" vom „Kampf der zwei Linien" innerhalb der Partei, nämlich der sozialistischen und der kapitalistischen Linie. So wurden und werden dann in der VR China aus bewährten proletarischen Internationalisten, Kämpfer für den Aufbau des Sozialismus, die sich der antimarxistischen Politik Mao-Tse-Tungs widersetzen, je nach Bedarf „Agenten" des Kapitalismus oder des „Sozialimperialismus".

Zunächst sei betont, daß kein Marxist jemals die *Existenz* von Klassen und sozialen Schichten im Sozialismus – der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation – bestritten hat. Klassen und soziale Schichten sind keine subjektiven Konstruktionen, die durch Proklamation zu überwinden sind.

„Die Klassen abzuschaffen", schrieb Lenin, „bedeutet, *alle* Bürger in ein *gleiches* Verhältnis zu den *Produktionsmitteln* der gesamten Gesellschaft zu bringen, bedeutet, daß alle Bürger *gleiche* Arbeitsmöglichkeiten mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln, auf gesellschaftlichem Grund und Boden, in gemeinschaftlichen Fabriken und so weiter haben."[35]

Die sozialistische Gesellschaft hat durch die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln *alle* Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft in das gleiche Verhältnis zu den Produktionsmitteln gesetzt. Das sozialistische Eigentum ist in seinen *beiden Formen* gesellschaftliches Eigentum, allerdings mit unterschiedlichem Niveau der Vergesellschaftung.

Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ist nicht aufteilbar; *kein* Werktätiger ist davon ausgeschlossen, ebenso, wie es *niemand,* so groß sein individueller Anteil am geschaffenen gesellschaftlichen Produkt entsprechend seiner Leistung auch sei, monopolisieren oder zur eigenen Bereicherung durch die Arbeit anderer ausnutzen kann.

Jeder hat als gesellschaftlicher Eigentümer der Produktionsmittel die gleiche Stellung, das gleiche Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Es handelt sich hierbei um faktische und keineswegs bloß formale Gleichheit, d. h. um Gleichheit nicht nur im juristischen, sondern auch im ökonomischen Sinn, der Verfügung und Nutzung der Produktionsmittel.

Die *tatsächliche* Gleichheit im Verhältnis zu den Produktionsmitteln äußert sich in dem gleichermaßen freien Zutritt zu den Produktionsmitteln, in dem für alle

35 Lenin, W. I.: Ein liberaler Professor über die Gleichheit. In: Werke, Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin, S. 139.

gleichen Recht, mit den vergesellschafteten Produktionsmitteln zu arbeiten, und zwar als unlösbares Glied des Kollektivs der sozialistischen Gesellschaft und den gleichen Bedingungen für den Erhalt der Konsumgüter nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit. Das sozialistische Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung beinhaltet für alle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft den *gleichen Maßstab* für die Aneignung der Güter der individuellen Konsumtion – die Arbeitsleistung. Dabei nimmt zugleich die Inanspruchnahme der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds zu.

Wo soll da nun ein Widerspruch zwischen Eigentums- und Aneignungsverhältnissen begründet sein?

Infolge der tatsächlichen Gleichheit im Verhältnis zu den Produktionsmitteln kann sich im Sozialismus nicht nur keine neue Klasse entwickeln, vielmehr ist der Sozialismus der *erste Schritt* zur Abschaffung der Klassen überhaupt. Gerade weil im Sozialismus reale Gleichheit im Verhältnis zu den Produktionsmitteln existiert, sind im Sozialismus die im Privateigentum an den Produktionsmitteln wurzelnden antagonistischen Klassengegensätze als erste Stufe zur Abschaffung der Klassen verschwunden.

Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern sind zwei befreundete Klassen auf Basis des gleichen sozialökonomischen Inhalts der beiden Grundformen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln.

Der Unterschied in den konkreten Arten der Arbeit im Sozialismus bedeutet keineswegs einen sozialen Unterschied im Verhältnis der Menschen zur Nutzung der Produktionsmittel, da die Vereinigung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln im Produktionsprozeß der verschiedenen Zweige der volkseigenen Industrie, bei den verschiedenen Berufsgruppen einheitlich ist.

Im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen liegen zugleich die gesellschaftlichen Grundlagen, warum mit dem weiteren Fortschritt der Entwicklung der Produktivkräfte beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus allmählich die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Tätigkeit, einfacher und komplizierter Arbeit überwunden werden, die Arbeit immer mehr physische Schwere und Eintönigkeit verliert, so daß ihr Charakter als freie, schöpferische Tätigkeit für jeden Werktätigen immer deutlicher spürbar wird.

Resümieren wir: Die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ist die Grundlage neuer Klassenbeziehungen im Sozialismus, es bewirkt die Annäherung der Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft und ist der erste Schritt zu ihrer völligen Beseitigung. Deshalb müssen die Ultralinken nach neuen, nach anderen Klassenursachen suchen.

G. R. macht es sich einfach, die neue Monopolbourgeoisie werde durch die noch nicht völlig sozialistischen Produktionsverhältnisse erzeugt und verhindere ihre weitere sozialistische Entwicklung.

Philipp Neumann sieht den Ursprung dieser „neuen Bourgeoisie" in der „proletarischen Intelligenz".[36]

Ähnliche Begründungen finden wir bei Bettelheim, Sweezy und anderen.

Es ist bemerkenswert, daß die sich ansonsten als Hüter und Verteidiger des Marxismus-Leninismus aufspielenden ultralinken Ideologen hier auf Zitate der Klassiker verzichten, mit denen sie so gern die Beweiskraft ihrer Theorien zu untermauern suchen. Es bleibt im Wesen beim Postulat und bei Verweisen auf Lenin, der in den ersten Jahren nach der siegreichen Oktoberrevolution die Partei auf den schonungslosen Kampf gegen Bürokratismus und kleinbürgerliche Gewohnheiten orientierte.

Die wissenschaftliche Klassendefinition Lenins ist eindeutig: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen", schrieb Lenin in seiner Arbeit „Die große Initiative", „die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gemeinschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen."[37]

Aber damit kann die „neue Bourgeoisie" nicht begründet werden. Deshalb wird diese eindeutige marxistisch-leninistische Bestimmung der Zugehörigkeit der Menschen zu einer Klasse infolge ihres jeweiligen Verhältnisses zu den Produktionsmitteln durch solche Kriterien wie die konkrete ausgeübte Tätigkeit, Bildungsniveau und solche subjektiven Merkmale wie ideologische Haltung[38] usw. ersetzt. Bei etwa 7 Millionen Hochschul- und 10 Millionen Fachschulkadern in der Sowjetunion, deren größter Teil unmittelbar aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist, und der allgemeinen Zehnklassenbildung in der Sowjetunion kann man wohl schwerlich von einer „sich selbst reproduzierenden Elite" oder vom „Bildungsmonopol" der angeblich herrschenden „neuen Monopolbourgeoisie" sprechen. Was bleibt also außer dem Postulat einer neuen „Monopolbourgeoisie"?

Es bleibt pseudorevolutionäres Geschwätz. Würden sie ernsthaft an die Überprüfung ihrer Thesen herangehen, müßten Bettelheim und auch das „Neue Rote Forum" solche Tatsachen der realen Machtausübung durch die Arbeiterklasse zur Kenntnis nehmen wie:

36 Neumann, Ph.: Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation", Kursbuch 28, März 1971; Kursbuch Verlag/Wagenbach, S. 140.
„In einem langen Prozeß hat sich aus der proletarischen Intelligenz heraus eine neue herrschende bürgerliche Klasse entwickelt, die die Produktionsmittel kollektiv besitzt. Aus der neuen Stellung im Produktionsprozeß, beeinflußt durch die Ideen, Verhaltensweisen und Ideologie der alten Gesellschaft, hat sie Sonderinteressen entwickelt, die sie in Gegensatz zur Arbeiterklasse brachte. Sie verfügt kollektiv über die Produktionsmittel, die Produktionsprozesse und die Produkte; ihr Interesse ist die Erhaltung und Festigung ihrer herrschenden Position. Die Basis für die Herrschaft, für ihre privilegierte Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und für ihren relativ hohen Anteil am gesellschaftlichen Produkt ist die Ausbeutung der Arbeiter.
Durch die Wirtschaftsreformen wird ihre Herrschaftsposition verfestigt und abgesichert."

37 Lenin, W. I.: Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Dietz Verlag, Berlin, S. 410.

38 So schreibt z. B. Bettelheim: „Auf der Ebene des Überbaus entscheidet der Klassenstandpunkt über den Klassencharakter der Menschen, die keine direkten Produzenten sind." In: China 1972, a.a.O., S. 55.

60 Millionen Sowjetbürger sind als Deputierte, in gewählten Funktionen der Gewerkschaft, in Aktivs und Kommissionen direkt an der Machtausübung beteiligt. Sollten sich diese 60 Millionen von der Masse gelöst haben?

Über 80 Prozent der Sekretäre der Zentralkomitees der KP der Unionsrepubliken der Sowjetunion, der Parteikomitees der Regionen und Gebiete und der leitenden Staatsfunktionäre, 70 Prozent der Minister und der Vorsitzenden der staatlichen Komitees der UdSSR stammen aus Arbeiter- und Bauernfamilien; mehr als die Hälfte der Direktoren größerer Industriebetriebe der Sowjetunion sind Arbeitersöhne. Soll das eine „neue Monopolbourgeoisie" sein?

Zwei Drittel der etwa 200 000 Abgeordneten der Volksvertretungen der DDR gehören der Arbeiterklasse oder der Klasse der Genossenschaftsbauern an.[39] 60 Prozent der leitenden Mitarbeiter der zentralen Staatsorgane, 70 Prozent der Mitarbeiter der Bezirke und Kreise, 75 Prozent der Bürgermeister in den Städten und Gemeinden, 75 Prozent der Leiter in der sozialistischen Volkswirtschaft, über 80 Prozent der Staatsanwälte und Offiziere der Nationalen Volksarmee, 74 Prozent der Richter entstammen der Arbeiterklasse bzw. waren selbst Arbeiter gewesen.

Auch hierin zeigt sich der Klassencharakter der Staatsmacht, zeigt sich die Realität sozialistischer Demokratie, deren Überlegenheit gegenüber jeder Spielart bürgerlicher Demokratie sich eben darin zeigt „daß die Arbeiter die Politik des sozialistischen Staates und die Art und Weise ihrer Durchführung – also auch die Art und Weise des Staatsapparates – bestimmt und daß die Werktätigen durch die aktive Ausübung von Leitungsfunktionen selbst die Fähigkeiten erwerben, alle gesellschaftlichen Prozesse in ihrem Interesse zu gestalten."[40]

Die subjektivistische Entstellung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie

Der Marxismus-Leninismus verbindet das durch den historischen Materialismus begründete Herangehen an die gesellschaftliche Entwicklung als an einen naturhistorischen Prozeß, der vom Willen und Bewußtsein der Menschen unabhängigen Gesetzen unterworfen ist, mit der Anerkennung der Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft bewußt und planmäßig aufgebaut wird. Die planmäßige Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus, die gesetzmäßig wachsende Rolle des subjektiven Faktors infolge der möglichen und notwendigen bewußten Ausnutzung der objektiven gesellschaftlichen und ökonomischen Gesetze, hat jedoch nichts gemein mit Subjektivismus, dessen abenteuerliche Zuspitzung wir in den Thesen des Maoismus finden. Hierin zeigt sich besonders deutlich, daß die Maoisten die materialistische Geschichtsauffassung durch subjektiven Idealismus ersetzt haben, daß sie versuchen, die objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze zu negieren und sie der subjektiven Tätigkeit der Menschen metaphysisch gegenüberzustellen.

Im Gegensatz zu der einzig wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Theorie vom Sozialismus und den realen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus lassen

39 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, S. 493, und Handbuch der Volkskammer, VI. Wahlperiode.

40 Kurt Hager: Das „Manifest der Kommunistischen Partei" und der revolutionäre Weltprozeß, Dietz Verlag, Berlin 1973, S. 37.

sich die trotzkistisch-maoistischen Ideologen von subjektivistischen Zielsetzungen leiten, sie mißachten die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Entstellung des Verhältnisses von Objektivem und Subjektivem, von Ökonomie und Politik, von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist die Grundlage des Voluntarismus, des Subjektivismus und Pragmatismus der Ideologie des Maoismus. Die Theorie wird je nach Bedarf zurechtgezimmert!

Der theoretischen Legitimierung der maoistischen Politik und Praxis und gleichzeitig der Verleumdung des real existierenden Sozialismus dient die These, die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder hätten mit dem Primat der Politik gegenüber der Ökonomie gebrochen, sie hätten die Klassenziele des Proletariats aufgegeben und den politischen Kampf dem ökonomischen Kampf untergeordnet.

So konstatiert z. B. „Neue Rote Forum" unter Berufung auf Mao-Tse-Tung, daß sich in der UdSSR „ein kapitalistisches Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Staat (offenbar soll das bedeuten — zwischen Basis und Überbau — d. V.) hergestellt hat, daß nicht mehr die politische Linie des Staates die Produktionsverhältnisse revolutioniert (was eben allein die sich auf Klassenkampf gründende proletarische Linie der Diktatur des Proletariats vermag), sondern daß umgekehrt die naturwüchsig sich herstellenden Reproduktionserfordernisse der Produktion die politischen Schritte des Staates bestimmen".[41]

Zur Begründung dieser Behauptung wird Lenins in der Auseinandersetzung mit den Ökonomisten herausgearbeitete These zitiert, daß die Politik „notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik"[42] habe, „vergessen" wird jedoch seine Auseinandersetzung mit Trotzki und Bucharin und die Forderungen Lenins in seinem Werk „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", daß die Ökonomik innerhalb der Politik der Partei die überragende Bedeutung gewinnt. „Die Aufgaben der Verwaltung des Staates, die jetzt in erster Linie vor der Sowjetmacht steht, hat auch noch die Eigenart, daß es sich jetzt und wohl zum erstenmal in der neuesten Geschichte der zivilisierten Völker um ein Verwalten handelt, bei dem die überragende Bedeutung nicht die Politik, sondern die Ökonomie erlangt."[43]/[44]

Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Verhältnis von Politik und Ökonomie besagt also:

1. Die ökonomischen Verhältnisse sind die in letzter Instanz bestimmenden Verhältnisse.
   Die Ökonomik ist folglich die materielle Grundlage der Politik.

2. Die Politik hat als konzentrierter Ausdruck der Ökonomie das Primat gegenüber der Ökonomie.

41 Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, a.a.O., S. 35.
42 Lenin, W. I.: Noch einmal über die Gewerkschaften, Werke, Bd. 32, Dietz Verlag, Berlin, S. 73.
43 Lenin, W. I.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1966, S. 7.
44 Vgl. zum folgenden auch: Der Restaurationsprozeß des Kapitalismus . . ., a.a.O., S. 73 ff.

Die Leninsche These vom Primat der Politik im Sozialismus stellt die unabdingbare Forderung an alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen des sozialistischen Staates dar, sie so zu treffen, daß ihre Realisierung zur Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führt. Das aber schließt die Anerkennung, die bewußte Ausnutzung der objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaft, der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus nicht nur nicht aus, sondern erfordert sie objektiv.

Die Gruppe „Neues Rotes Forum" sollte Lenin gründlicher studieren! Liest man Lenins Werke, in denen er sich mit den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus beschäftigt — zum Beispiel „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" — oder seine Schriften gegen Trotzki und Bucharin, so wird man finden, daß es Lenin nie um eine Gegenüberstellung von Politik und Ökonomik ging.
Nachdem die russische Arbeiterklasse die politische Macht erobert hatte, erklärte Lenin im Hinblick auf die Aufgabe eben dieser proletarischen Staatsmacht: „Für die Sowjetmacht ist gerade die Organisation der Arbeit in den einzelnen Großbetrieben und in den einzelnen Dorfgemeinden die wichtigste, grundlegendste und brennendste Frage des gesamten gesellschaftlichen Lebens."[45]

Die Lösung dieser ökonomischen Aufgabe ist — wie Lenin feststellt — Sache der Sowjetmacht, ohne die Sowjetmacht kann das Proletariat seine ökonomischen Aufgaben nicht lösen.
Die Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates bedeutet deshalb Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen unter Führung der Partei zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, die mit den grundlegenden Interessen aller Klassen und sozialen Schichten der sozialistischen Gesellschaft identisch sind.

Es kann hier kein Entweder-Oder geben.

Politik und Ökonomie bilden in der sozialistischen Gesellschaft eine untrennbare Einheit. Ihr Inhalt ist im Sozialismus durch den Klassencharakter der Politik der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates geprägt, alles zu tun für das Wohl der Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.
Unter Verdrehung dieser von den Klassikern des Marxismus-Leninismus begründeten Dialektik von Objektivem und Subjektivem, von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, schließlich der Dialektik von Basis und Überbau und von Politik und Ökonomie im Sozialismus bemühen sich die ultralinken Ideologen nachzuweisen, daß die Gestaltung und weitere Entwicklung der einmal errichteten sozialistischen Produktionsverhältnisse sich unabhängig von den Produktivkräften, lediglich entsprechend dem Bewußtsein der Menschen vollziehe. Deshalb — so schreibt „Neues Rotes Forum" — sei der Vorwurf des Subjektivismus gegenüber der chinesischen Führung gerade „keine Kritik, denn die politisch bestimmte Diktatur des Proletariats unter der Führung der KPCh ermöglicht diesen ‚Subjektivismus' ".[46]

45 Lenin, W. I.: Ursprünglicher Entwurf des Artikels „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht". In: Werke, Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin, S. 193.
46 Die Restauration des Kapitalismus . . ., a.a.O., S. 35.

Hat Lenin seine Auseinandersetzung mit den Ökonomisten geführt, um politisches Abenteuertum, um Subjektivismus zu begründen? Wohl kaum.

Lassen wir die Realität des sozialistischen Aufbaus sprechen:

In der DDR vollzog sich der Übergang der einzelbäuerlichen Produktion zu genossenschaftlicher Produktion im Verlaufe vieler Jahre und fand erst 1960 seinen Abschluß. Dieser nach der Schaffung des Volkseigentums wichtigste Schritt auf dem Wege zur Lösung der Frage wer – wen? zugunsten des Sozialismus bedeutete zugleich die Schaffung sozialistischen Eigentums auf dem Lande und schuf damit die Grundlage für ein prinzipiell gleiches Verhältnis der Arbeiter und der Genossenschaftsbauern zu den Produktionsmitteln. Er wurde gründlich vorbereitet und demokratisch mit den Bauern vollzogen. Eben weil die SED nicht subjektivistisch, abenteuerlich an diese grundlegende Umwälzung heranging, sondern den Entwicklungsstand der Produktivkräfte auf dem Lande und die Reife des Bewußtseins der Bauern berücksichtigte, vollzog sich die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bei ständig steigender Produktion und in Übereinstimmung mit den Interessen der Bauern, wurden die Grundlagen für die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft der Gegenwart gelegt. Wozu dagegen Wunschdenken, Mißachtung oder Unterschätzung der objektiven und subjektiven Bedingungen, der objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus führen, zeigt das Scheitern des sogenannten „Großen Sprunges" und anderer wirtschaftspolitischer Experimente in China.

Die dialektischen Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften, sozialistischen Produktionsverhältnissen und dem gesellschaftlichen Überbau werden mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer intensiver. Das erfordert von den Parteien und den Staatsführungen der sozialistischen Länder ein konsequent wissenschaftliches Herangehen an die sozialistische Planung und Wirtschaftsführung. Vor allem die gewachsenen Dimensionen der Volkswirtschaft der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, die höheren Anforderungen der Gesellschaft an die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion und die Erfordernisse der sozialistischen ökonomischen Integration stellen neue Anforderungen an die Leitung, Planung und effektive Organisation des einheitlichen sozialistischen Reproduktionsprozesses. Eben darin besteht das Wesen der Wirtschaftsreformen in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Staaten. Es geht um die bessere Beherrschung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, um die volle Ausschöpfung der Vorzüge und Triebkräfte der sozialistischen Produktionsweise im Sinne des höchsten Maßes gesellschaftlicher Effektivität, im Sinne der bestmöglichen Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen.

Eben diesen Prozeß – den Kampf für eine schnelle Entwicklung der Wirtschaft, für eine rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität und hohe Effektivität, der politische Kampf für die Stärkung des Sozialismus, der letztlich Kriterium des Sieges des Sozialismus über den Kapitalismus ist – bezeichnen die ultralinken Theoretiker als „Zurückweichen vor den Sachzwängen der Produktivkräfte", oder wie Neumann meint: „Die Voranstellung der Produktion vor die Revolution", die

bedeute, „die Arbeiterklasse zu entpolitisieren, sie von der politischen Bühne zu entfernen, sie von ihrem Hauptinteresse abzulenken und auf den Ökonomismus hin zu orientieren".[47]

Wird die politische Macht der Arbeiterklasse geschwächt durch hohe Wirtschaftskraft der sozialistischen Länder, durch ein ständig wachsendes Lebensniveau? Wohl kaum ein Mensch ohne Scheuklappen käme auf diesen Gedanken.

Die sozialistischen Staaten festigen die ökonomische und damit die politische Macht der Arbeiterklasse, festigen das politische Bündnis mit allen werktätigen Klassen und Schichten und errichten eine Gesellschaft, deren Ziel die „Sicherung der *höchsten* Wohlfahrt und der *freien* allseitigen Entwicklung *aller* Mitglieder der Gesellschaft"[48] ist.

Die ultralinke Einstellung des Wesens der sozialistischen Planung

Die sozialistische Wirtschaft ist Planwirtschaft, das ist einer der historischen Vorzüge des Sozialismus. Weil die wichtigsten Produktionsmittel Eigentum des ganzen Volkes sind, vereinigt das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln die Betriebe, Bereiche und Zweige der Wirtschaft zu einem einheitlichen Wirtschaftsorganismus. Damit ist die durch das kapitalistische Privateigentum bedingte Zersplitterung der Produktion, die im Kapitalismus gesetzmäßig Konkurrenz und Anarchie hervorbringt, beseitigt, wodurch die planmäßige Entwicklung und Leitung der Volkswirtschaft durch die Gesellschaft entsprechend dem objektiven ökonomischen Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft ermöglicht und zugleich erforderlich wird.

Deshalb schrieb Lenin, daß „nur ein nach einem großen allgemeinen Plan vorgenommener Aufbau, der sich die gleichmäßige Ausnutzung der ökonomischen und wirtschaftlichen Werte zur Aufgabe stellt, verdient, sozialistisch genannt zu werden".[49]

Die Planung ist das Herzstück der sozialistischen Leitung der Volkswirtschaft, die politischen Charakter trägt. Die mit dem einheitlichen Wirtschaftsplan durch den sozialistischen Staat festgelegten Produktionsaufgaben entsprechen den politischen Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Sie werden nicht willkürlich festgelegt, sondern entsprechend den Erfordernissen der objektiv im Interesse des arbeitenden Volkes wirkenden ökonomischen Gesetze des Sozialismus unter Berücksichtigung der konkret-historischen Bedingungen. Die sozialistische Planung erfolgt auf wissenschaftlicher Grundlage.

Wollte man allerdings dem „KBW", der „KPD" usw. und prominenten ultralinken Ideologen wie Bettelheim, Neumann und anderen glauben, so müßte wahrhafte „proletarische Planung" allein auf subjektiven Wunschvorstellungen beruhen. Nach Bettelheim beinhaltet Planung, „daß die Ökonomie aufhört, von ökonomi-

47 Neumann, Ph.: Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation . . .", a.a.O., S. 103.
48 Lenin, W. I.: Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows. In: Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin, S. 40.
49 Lenin, W. I.: Rede in der Konferenz der Vorsitzenden der Gouvernementssowjets. In: Werke, Bd. 28, Dietz Verlag, Berlin, S. 21.

schen Gesetzen beherrscht zu werden, beinhaltet die Beherrschung der Ökonomie durch den Willen der Menschen. Kurz, sie setzt voraus, daß an die Stelle der ökonomischen Notwendigkeit die menschliche Freiheit tritt..., daß der Mensch die Ökonomie befehligt".[50]

Das klingt sehr revolutionär und angesichts der Brutalität und Anonymität der kapitalistischen Konkurrenz zunächst als erstrebenswerter Gegensatz zur kapitalistischen Konkurrenz- und Profitwirtschaft. Aber kann man sich vorstellen, daß sich die Volkswirtschaft beispielsweise der DDR, in der 1973 täglich rund 100 Millionen Mark investiert wurden, erfolgreich entwickeln könnte, würde man die Proportionen zwischen Zulieferindustrie und Finalproduktion, Produktion und Transportwesen, Warenfonds und Kauffonds außer acht lassen? Wohl kaum! Kann ein solch umfangreiches und weitreichendes Wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, wie es die von den kommunistischen Parteien sozialistischer Länder beschlossenen Hauptaufgaben darstellen, ohne zentrale staatliche Planung, die von der Erforschung der Bedürfnisse der Bevölkerung, der Bilanzierung des Bedarfs der Bevölkerung und der Wirtschaft mit den verfügbaren Ressourcen ausgeht, bewältigt werden? Niemals!
Subjektivistische Wunschvorstellungen können wohl zu „großen Sprüngen" ins wirtschaftliche Chaos, nicht aber zu langfristigem und stabilem Wirtschaftswachstum im Interesse eines immer höheren materiellen und kulturellen Lebensniveaus aller Werktätigen führen.

Eine Wirtschaft wie die der sozialistischen Staaten, deren innere Verflechtungen und äußere Beziehungen zu den sozialistischen Bruderländern immer enger und intensiver werden, deren Ziel es ist, die wachsenden Bedürfnisse der Menschen immer besser und mit immer geringerem Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit zu befriedigen, kann sich nur dann entwickeln, wenn konsequent von den objektiven ökonomischen Gesetzen des Sozialismus ausgegangen wird.

Friedrich Engels prägte den Gedanken: „Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen."[51]
Dieser von Engels skizzierte Zusammenhang gilt auch für die ökonomischen Gesetze.
Die Anerkennung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze hindert eben nicht die geschichtsgestaltende Kraft der Menschen, wie es Bettelheim und seine Nachbeter im „Neuen Roten Forum" glauben machen wollen.[52]

Es besteht ein enges Wechselverhältnis zwischen den objektiven ökonomischen Gesetzen und dem bewußten Handeln der Werktätigen. Je besser die Gesetze und

50 Bettelheim, Ch.: Theorie und Praxis sozialistischer Planung, trikont, München 1971, S. 26.
51 Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 206.
52 Schmierer konstruiert die Alternative, „ob das Proletariat vorwärtsschreiten soll in der unmittelbaren Vergesellschaftung der Produktion, oder ob es als bewußtes Subjekt der Geschichte abdanken soll zugunsten von ökonomischen Gesetzen, die hinter seinem Rücken den gesellschaftlichen Charakter der Produktion durchsetzen".
Schmierer, J.: Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus, Neues Rotes Forum, 3/1973, S. 52.

ihre Erfordernisse erkannt werden, je exakter sie wirtschaftspolitischen Entscheidungen zugrunde gelegt werden, desto größer ist die vorausschaubare Wirksamkeit der Initiative der Werktätigen.

Planung bedeutet im Sozialismus also nicht die Alternative zum Wirken der objektiven ökonomischen Gesetze, sondern ihre bewußte und planmäßige Ausnutzung. Die „Sachzwänge", von denen ultralinke Theoretiker reden und vor denen die Wirtschaftspolitiker der KPdSU und der anderen kommunistischen Parteien zurückweichen würden, verstehen wir als objektive Erfordernisse der Gestaltung der sozialistischen Produktionsweise, als Erfordernisse der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Und hierbei muß auch betont werden, daß auf Basis des sozialistischen Eigentums an den Produktiosmitteln nur solche ökonomischen Gesetze wirken können, deren Erfordernisse im Interesse der Werktätigen liegen. Dieser Gegensatz zu den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus wird deutlich an der Gegenüberstellung Mehrwertgesetz – ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus als der Bewegungsgesetze, die jeweils die Wirkungsrichtung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus bzw. des Sozialismus sowie der allgemeinen ökonomischen Gesetze bestimmen, die in mehreren Produktionsweisen wirken.

Eben diese Erfordernisse der im Sozialismus wirkenden objektiven ökonomischen Gesetze werden immer besser erkannt und durch die Vervollkommnung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung ausgenutzt. Dadurch wiederum werden Tempo und Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung erhöht.

Darin eben besteht auch das Wesen der Wirtschaftsreformen, die gegenwärtig in den sozialistischen Ländern verwirklicht werden.

Mit dem Aufbau des Kommunismus in der UdSSR und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in einer Reihe sozialistischer Staaten – mit der Entwicklung der Produktivkräfte bei der Festigung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Gesellschaft bzw. dem Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus und der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse – verändern sich die Bedingungen, unter denen die objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus wirken. Es sind vor allem, wie auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU hervorgehoben:

- die völlig neuen Maßstäbe der Volkswirtschaft, ihre gewachsenen Dimensionen,
- die sich rasch entfaltende wissenschaftlich-technische Revolution,
- die ökonomische Integration der sozialistischen Länder,
- die Verstärkung der Rolle des ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Wettbewerbs der beiden Weltsysteme.

Das gibt der Partei, wie L. I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU erklärte, „die Grundlage dafür, den wirtschaftlichen Aufbau noch mehr auf die Verbesserung des Lebens des Volkes zu orientieren".[53]

53 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Referent: L. I. Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU. Moskau 1971, S. 57.

Und das soll Restauration des Kapitalismus sein?
Um die Tätigkeit der Gesellschaft zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung besser zu organisieren, die vollständigste Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten zu sichern und die Hunderttausende Betriebskollektive und -zig Millionen Werktätige noch enger um die Hauptziele der Parteipolitik zusammenzuschließen, wird die Leitung der Wirtschaft vervollkommnet.
Entsprechend dem Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus wird die zentrale staatliche Leitung und Planung im Sinne der Erhöhung ihrer Qualität und Zuverlässigkeit gestärkt und zugleich die demokratische Mitwirkung der Werktätigen in den Betrieben bei der Planausarbeitung, Plandurchführung und -abrechnung vertieft und wirksamer gestaltet.

Und das soll Restauration des Kapitalismus sein?
Die Masseninitiative der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb hat an Breite und Qualität gewonnen, ist zu einer Alltagserscheinung geworden, die von einer massenhaften Veränderung in der Einstellung zur Arbeit, die zu einer freien schöpferischen Tätigkeit geworden ist, Zeugnis ablegt. Und das wachsende Lebensniveau der Werktätigen wirkt als eine mächtige Triebkraft in dieser Richtung. Ist das ein dem Kapitalismus eigener Wesenszug?

Sind Plan und Warenproduktion wirklich unvereinbar?

In der Tat, die Warenproduktion existiert in den sozialistischen Ländern nicht nur, sondern die Vervollkommnung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung orientiert geradezu auch auf die immer effektivere Gestaltung der Ware-Geld-Beziehungen, die planmäßige Ausnutzung der Kategorien der Warenproduktion. Die Existenz der Warenproduktion und die erfolgreiche Ausnutzung ihrer Gesetzmäßigkeiten im Sozialismus sind von jeher besondere Angriffspunkte der Antikommunisten.
Während ultrarechte bürgerliche Ideologen wie P. Drucker, Renegaten wie Sik und Garaudy die immer breitere Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung bei Ausnutzung der ökonomischen Gesetze der Warenproduktion und der Marktwirtschaft über die sozialistische Planwirtschaft auslegen, andere bürgerliche Ökonomen wie Tinbergen und Galbraith darin einen Ausdruck der Konvergenz der beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen sehen, sprechen die ultralinken Ideologen wie Bettelheim, Sweezy, Neumann und die Vertreter der maoistischen Gruppen in der BRD von einer Entartung des Sozialismus, von der Restauration des Kapitalismus, die allerdings die Sowjetunion schon nach der Periode des Kriegskommunismus befallen hätte.

Gemeinsam ist allen diesen Auffassungen das Nichterkennen beziehungsweise die bewußte Leugnung der neuen Qualität der Warenproduktion im Sozialismus, die Gegenüberstellung von Planmäßigkeit und Ware-Geld-Beziehungen als sich ausschließende Elemente. Im „Neuen Roten Forum", in „Wissenschaft im Klassenkampf" und den anderen zitierten Publikationen hört sich das so an: Die sozialistischen Länder hätten mit der Einsicht gebrochen, daß erst die Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen die gesellschaftlichen Fesseln für die Entwicklung der Produktivkräfte aufhebt.

Die Wirtschaftsreformen würden die staatliche Planung aushöhlen, sie zum Instrument des betrieblichen Gewinnstrebens machen und damit den Plan dem Markt subsumieren.[54]

Wie verhält es sich mit Plan und Warenproduktion im Sozialismus? Worin besteht der neue Inhalt, das neue sozialökonomische Wesen der Warenproduktion und ihrer Kategorien bei Existenz sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln?

Der Charakter der Warenproduktion im Sozialismus ist dadurch bestimmt, daß auf der Grundlage der Existenz des sozialistischen Eigentums die Waren als gesellschaftliches Eigentum produziert werden und die Arbeitskraft keine Ware mehr ist.

Die Warenproduktion ist im Sozialismus planmäßig organisierte Warenproduktion, konkrete und abstrakte Arbeit sind zwei Erscheinungsformen *unmittelbar* gesellschaftlicher Arbeit. Die sozialistischen Betriebe arbeiten nicht wie kapitalistische Unternehmen auf eigenes Risiko, sondern nach einem verbindlichen Plan. So enthält das System der Warenbeziehungen im Sozialismus keinerlei Bedingungen und Möglichkeiten für ein blindes Spiel der Marktkräfte, für Anarchie und Konkurrenz. Die sozialistische Wirtschaft ist Planwirtschaft. Nicht die Planwirtschaft ist Element der Warenproduktion, sondern die Warenproduktion Element der sozialistischen Planwirtschaft.

Einige dieser Gedanken sollen näher erläutert werden: Jede Ware hat Doppelcharakter, ist Einheit von Gebrauchswert und Wert, weil die warenproduzierende Arbeit selbst Doppelcharakter hat, nämlich konkrete und abstrakte Arbeit darstellt. Auch im Sozialismus und beim Übergang zum Aufbau des Kommunismus bestehen für lange Zeit noch wesentliche Unterschiede zwischen einfacher und komplizierter, zwischen körperlicher und geistiger und zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Tätigkeit. Diese Unterschiede sind durch das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte bedingt und bewirken, daß die auf die Herstellung der Produkte verwandte gesellschaftliche Arbeit nicht direkt vergleichbar, sondern nur über den durch die abstrakte Arbeit geschaffenen Wert vergleichbar ist. Deshalb kann die sozialistische Planung nicht allein nach Gebrauchswertkennziffern (Menge, Qualität, Sortiment) erfolgen, wie sie sich auch nicht nur auf finanzielle Kennziffern (Preis, Gewinn, Kosten) stützen darf, sondern muß als Einheit von materieller und finanzieller Planung erfolgen.

54 Unter dem Zwang des Postulats, daß die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion Restauration des Kapitalismus bedeute, vollführt G. R. hier eine wahre Akrobatik (vergleiche auch seine eigene Stellungnahme zu seinem Artikel in der Nummer 3/1973 des „Neuen Roten Forums").
In seinem Artikel „Die Restauration des Kapitalismus . . ." konstruiert er die Alternative: Entweder es wirkt das Wertgesetz und es herrscht Warenproduktion, oder es wird planmäßig produziert. In seiner eigenen (!) Stellungnahme zu dieser These heißt es dann, „das Fortwirken des Wertgesetzes ist prinzipiell nicht Ursache, sondern Ausdruck der Widersprüche und Schwierigkeiten, die sich bei der planmäßigen Produktion und Verteilung noch ergeben". (Neues Rotes Forum Nr. 3/1973, S. 58). Ähnliche Argumente finden wir – vielleicht weniger verworren aber gleichen Inhalts – bei allen ultralinken, trotzkistisch-maoistischen Ideologen.

Marx hat nachgewiesen, daß Wert und Gebrauchswert als die zwei Seiten des Doppelcharakters der Ware in ihrem Verhältnis zueinander durch die jeweils herrschende Form des Eigentums an den Produktionsmitteln und das daraus abgeleitete Ziel der Produktion bestimmt werden.

Marx stellt dazu fest:

„Warenproduktion und Warenzirkulation sind aber Phänomene, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiedenem Umfang und Tragweite. Man weiß also noch nichts von der differentia spezifica dieser Produktionsweisen und kann sie daher nicht beurteilen, wenn man nur die ihnen gemeinschaftlichen, abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt."[55]

Und gerade das tun die „Kritiker" des real existierenden Sozialismus, bürgerliche, rechts- wie linksrevisionistische. Aber wie ist es in Wirklichkeit?

Im Kapitalismus beruht die Warenproduktion auf der Profitrealisierung als dem letztlichen Ziel der kapitalistischen Produktion. Den Kapitalisten interessiert deshalb nicht der Gebrauchswert, sondern der Tauschwert einer Ware. Es besteht infolge des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein antagonistischer Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert der Waren, der nur den Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit ausdrückt. Er setzt sich im Widerspruch zwischen Ware und Geld fort und führt im Kapitalismus zum antagonistischen Widerspruch zwischen Produktion und Markt als einer Krisenursache. Im Gegensatz dazu ergibt sich im Sozialismus aus dem durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bedingten objektiven Ziel der sozialistischen Produktion, daß das Primat des Wertes gegenüber dem Gebrauchswert beseitigt ist. Für den Sozialismus hat nicht das Anwachsen des Wertes die entscheidende Bedeutung: Das Ziel der sozialistischen Produktion, die immer bessere Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen, wird nicht durch eine hohe Wertsumme, sondern unmittelbar durch das Wachstum der Gebrauchswerte verwirklicht.[56] Dabei ist die sozialistische Gesellschaft selbstverständlich daran interessiert, diese wachsende Gebrauchswertmasse mit möglichst geringem Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit zu erzeugen.

Das heißt: Der sozialistischen Gesellschaft geht es vor allem um die Senkung des Wertes je Erzeugnis und nicht um ein Anwachsen der Wertsumme schlechthin. Das Ziel der sozialistischen Produktion verlangt eine nach Sortiment und nach Qualität bedarfsgerechte Produktion von Gebrauchswerten. Eine Unterschätzung der Rolle des Wertes würde jedoch dazu führen, die Senkung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes beziehungsweise die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Erhöhung der Effektivität der verausgabten gesellschaftlichen Arbeit sowie die Organisierung effektiver Beziehungen zwischen Produzent und Verbraucher zu vernachlässigen.

„Die Frage des Geldes ist dabei sehr wichtig", sagte Lenin auf dem X. Parteitag der KPR (B), „weil die Geldzirkulation ein Ding ist, durch das vorzüglich kon-

55 Marx, K.: Das Kapital, Bd. I, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 128.
56 Genau davon versuchen die Maoisten abzulenken, indem sie wie die Autoren des Artikels „Der Restaurationsprozeß des Kapitalismus in der DDR" aus dem Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus, seiner gesamtgesellschaftlichen Gültigkeit als entscheidenden Regulator der Produktion zu konstruieren (vgl. a.a.O., S. 66 ff.).

trolliert wird, ob der Warenumsatz eines Landes begriedigend ist, und wenn dieser Umsatz nicht völlig funktioniert, verwandelt sich das Geld in wertloses Papier."[57]

Auf Grund der neuen Wesensmerkmale der Warenproduktion im Sozialismus haben sich auch Stellung und Wirkungsweise des Wertgesetzes als des allgemeinen ökonomischen Gesetzes der Warenproduktion gegenüber dem Kapitalismus prinzipiell verändert. Es ist integrierter Bestandteil des Systems ökonomischer Gesetze des Sozialismus. Folglich wird seine Wirkungsrichtung — wie die aller anderen im Sozialismus wirkenden objektiven ökonomischen Gesetze — durch das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus bestimmt. Es *kann* und *muß* ebenfalls — wie alle ökonomischen Gesetze des Sozialismus — durch die sozialistische Gesellschaft bewußt und planmäßig ausgenutzt und damit beherrscht werden. Damit hat das Wertgesetz aufgehört, spontaner Regulator der Produktion zu sein.

Das Erfordernis des Wertgesetzes, die Wertgröße durch den gesellschaftlich notwendigen Aufwand unter Berücksichtigung des zahlungsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnisses zu bestimmen, stimuliert die Betriebe, alle Quellen zur Senkung dieses Aufwandes pro Erzeugniseinheit zu erschließen. Die bewußte Ausnutzung der Erfordernisse des Wertgesetzes dient deshalb der Realisierung des Ziels der sozialistischen Produktion — die wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen mit niedrigstem Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit zu befriedigen. Hieran kann man die ganze Demagogie Bettelheims erkennen, der schreibt: „Die Wirkung des Wertgesetzes auf die Verteilung der Produktion ist durch die Wirksamkeit politischer Forderungen aufgehoben worden."[58]

Ebensowenig kann die sozialistische Gesellschaft wirtschaftliche Rechnungsführung und materielle Interessiertheit beseitigen, es sei denn, sie würde auf die Realisierung des Ziels der sozialistischen Produktion verzichten. Auch diesen Zusammenhang hat schon Lenin umfassend begründet: „Nicht aufgrund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, aufgrund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht Euch, zuerst feste Stege zu bauen . . ., sonst werdet Ihr die Millionen und aber Millionen Menschen nicht zum Kommunismus führen."[59]

Was sich bei bürgerlichen und revisionistischen „Kritikern" des real existierenden Sozialismus als unlösbarer Widerspruch, als Entartung des Sozialismus darstellt, ist in Wirklichkeit der Widerspruch zwischen einer auf Subjektivismus und Willkür basierenden Planung, die angeblich sozialistisch sein soll, und einer Warenproduktion, die man sich nicht anders als kapitalistische Warenproduktion vorstellen will oder kann — also der Widerspruch von zwei dem Sozialismus wesensfremden Prämissen.

Was bleibt also letzlich von der ultralinken These der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern?

57 Lenin, W. I.: Werke, Bd. 32, Dietz Verlag, Berlin, S. 225.
58 So Bettelheim in seinem Bericht über China. In: China 1972, a.a.O., S. 48.
59 Lenin, W. I.: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. In: Werke, Bd. 33, Dietz Verlag, Berlin, S. 38.

Es bleiben Postulate, Beschimpfungen, Entstellungen. Hinter den pseudorevolutionären, mit marxistischem Halbwissen verbrämten Thesen entpuppt sich im Kern derselbe Antisowjetismus, der sich nur durch die marxistische Schminke von dem der schwarz-weiß-roten Todfeinde des Sozialismus unterscheidet, der seit der Oktoberrevolution im Wesen der gleiche geblieben ist: ein Instrument des Imperialismus gegen Fortschritt und Sozialismus. Es bleibt schließlich die Glorifizierung des chinesischen „Sozialismusmodells", der Versuch einer Legitimation der chauvinistischen Großmachtpolitik der Mao-Tse-Tung-Gruppe, ihrer Sabotage des Befreiungskampfes der Völker im Sudan, in Bangla Desh, in Chile, ihrer Schützenhilfe für den Imperialismus im Kampf gegen Abrüstung und Entspannung, ihrer „positiven Einstellung" zur NATO und zur EWG. Übrig bleibt der Versuch, eine Politik zu legitimieren, die mit der Bekämpfung der DKP, des MSB Spartakus, der Reaktion in die Hände arbeitet. Das Märchen von der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion dient faktisch der Verfestigung des Antikommunismus in unserem Land und erweist sich so als unbezahlbare Schützenhilfe für diejenigen, die den Kapitalismus in der Bundesrepublik erhalten wollen. Unser Land braucht Revolutionäre. Ihren Platz finden sie nicht in den objektiv konterrevolutionären maoistischen Gruppen, sondern in der Deutschen Kommunistischen Partei und im MSB Spartakus.

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt –
unentbehrlich
für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare
unverbindlich und kostenlos durch

MONITOR-VERLAG GmbH
Düsseldorf, Oststraße 154
Postfach 5707

Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei

Kaspar Maase:

Geßler- und andere alte Hüte

Zum Antikommunismus in der Kulturpolitik

Im System des Antikommunismus haben die Herrschenden kulturellen Mitteln und kulturpolitischen Themen stets wachsende Bedeutung beigemessen. Den Mitteln vom Landserheft bis zum Archipel Gulag wegen ihrer besonderen sinnlich-emotionalen Wirkungsweise; den Themen von der Knechtung des Geistes bis zur Zerstörung des Kulturerbes, weil wegen der kontinuierlichen Verbesserung der materiellen und geistigen Lebensbedingungen der Werktätigen im Sozialismus Vergleiche auf dieser Ebene sich immer schwieriger zugunsten des Imperialismus drehen lassen. Dahinter steht aber auch die Furcht vor der großen Kraft, die das Bündnis mit der Intelligenz und den Kulturschaffenden, die die Gewinnung ihrer besten Vertreter als Mitkämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung verleiht. Antikommunistische Kulturpolitik soll verhindern, daß es hier zu Einbrüchen kommt, soll sichern, daß die Einwände gegen Sozialismus und Arbeiterklasse stets noch etwas größer sind als die gegen kapitalistische Reaktion und Barberei.

Das System der aggressiven ideologischen und politischen Mittel, die die Bekämpfung und letztlich Vernichtung des Sozialismus-Kommunismus – und durch seine Verleumdung die Rechtfertigung des Kapitalismus – zum Ziel haben, entwickelt sich ständig in Reaktion auf die Fortschritte des Sozialismus selbst. Zunehmend ist es gekennzeichnet durch Wahllosigkeit in der Verwendung seiner Mittel; heute sollen Marx und Engels, Lenin und Luxemburg, sollen Bert Brecht und Arnold Zweig, soll die ganze Entwicklung des Sozialismus bis gestern als Kronzeugen gegen den Kommunismus herhalten – während zugleich das Bild des 3. Reichs reingewaschen und neuer Verwendung zugeführt wird. Da kann ein Argument herkommen, wo es will – wenn es sich nur nutzen läßt für den harten Kern der Sache: Feindschaft gegen den verwirklichten Sozialismus und die Kommunisten im eigenen Land, so wie sie heute sind.

Das sind die zwei Säulen des Antikommunismus. Seit die Arbeitermacht Realität wurde, richtet sich imperialistische Politik, auch Kulturpolitik, auf ihre Beseitigung. Verzerrung und Verleumdung des in den sozialistischen Ländern Erreichten werden zur ersten Aufgabe systemerhaltender Propaganda; mit ihrer Wirkung steigen oder fallen die Chancen im Feldzug gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Land, gegen die Gewinnung einer klaren sozialen Perspektive durch alle fortschrittlichen Kräfte. Der Vorteil der Kommunisten, nicht nur Versprechungen, sondern Leistungen bieten zu können, soll ins Gegenteil verkehrt werden durch Totschweigen und Lüge nach außen wie innen – ergänzt durch Verbote und militärische Maßnahmen, wo sie für notwendig und möglich gehalten werden.

„... wenn die Kosaken kommen!"[1]

1952 erschien in Köln eine Kampfschrift gegen den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Der Verfasser versteht sie als Teil der „unerläßlichen geistigen Offensive mit dem Ziel der Befreiung Ost- und Mitteldeutschlands ... Dieser Angriff ist letzten Endes nichts anderes als ein Akt der Notwehr."[2] Der Klappentext charakterisiert den Kulturbund als „eine jener stalinistischen Tarnorganisationen, mit deren Hilfe Gesamtdeutschland für das Sowjetsystem erobert werden sollte. Um die politische Abwehrfront von innen aufzurollen, weihte die KPD dieses Trojanische Pferd vorgeblich der deutschen Kultur, und tatsächlich gelang es den Bolschewiki in Mittel-, aber auch in Westdeutschland immer wieder, Unwissende und Arglose zu täuschen oder für sich zu gewinnen ..."

Seit 1952 hat sich das Kräfteverhältnis in der Welt und in Mitteleuropa stark zugunsten des Sozialismus verändert; das kann auch auf den Antikommunismus nicht ohne Auswirkungen bleiben — als Grundmotiv bürgerlicher Ideologie und Politik bleibt er unverändert, aber die Gegenkräfte wachsen und damit müssen die Formen seines propagandistischen Einsatzes teilweise modifiziert werden. Dabei wirkt jedoch eine besondere Dialektik der Anpassung: „Mit dem Bestreben, neuen Entwicklungen taktisch Rechnung zu tragen, ist die Tendenz verbunden, an den alten reaktionären Grundpositionen festzuhalten, sie womöglich noch zu versteifen."[3]

Der Geist verschärfter Reaktion weht aus dem Urteil, das das Bundesverwaltungsgericht Ende 1973 in der „Rechtssache Kommunistischer Kulturbund" erließ. Auch heute sei der DKBD eine der „zahlreichen Vereinigungen, mit deren Hilfe das kommunistisch ausgerichtete sowjetzonale System innerhalb der Bundesrepublik den Boden für eine Übernahme des in der Zone herrschenden gesellschaftlichen Aufbaus vorzubereiten ... sucht." Unter Berufung auf das KPD-Verbot wird er als verfassungsfeindlich eingestuft.

Zu den Hauptsünden des Kulturbunds gehörte es, zur falschen Zeit für geistige Kontakte und kulturelle Beziehungen mit der DDR eingetreten zu sein — bevor die Phrase vom freien Austausch der Menschen, Informationen und Meinungen ins gewandelte imperialistische Konzept paßte. Die Parteien und Kräfte, die sich heute als Gralshüter der Einheit der Nation aufführen, praktizierten damals mit allen Mitteln die Isolierung der DDR. Das umfaßte die Diffamierung aller, die

1 Auf der kulturpolitischen Konferenz der CDU/CSU in Gelsenkirchen 1960 erklärte Eugen Gerstenmaier, „daß es müßig ist für ein Volk, kulturelle Anstrengungen zu machen, wenn sich ihre Voraussetzung auflöst, wenn die Freiheit verschwindet, wenn sie nicht bewußt und auf jedes Risiko hin verteidigt wird. ‚Was helfen die besten Sozialgesetze, wenn die Kosaken kommen!' Dieses Wort Friedrich Naumanns gilt sinngemäß auch für jeden kulturellen oder kulturpolitischen Entwurf" (Erziehung — Bildung — Ausbildung, Bonn 1961, S. 10). Der gleiche Geist wehte auf der kulturpolitischen Konferenz der SPD im Jahr davor. Willy Brandt erklärte: „... wir stehen in einer auf Leben und Tod gehenden Auseinandersetzung mit dem, was Kultur nicht ist", und forderte die Mitwirkung der Kultur an der „geistigen Mobilmachung unseres Volkes" (Kultur und Politik in unserer Zeit — Dokumentation des Kongresses der SPD ‚Kultur und Politik in unserer Zeit', Hannover 1960, S. 67, 71).

2 Gerd Friedrich, Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Köln 1952, S. 121.

3 Oskar Neumann, Die Rechtsentwicklung in der Kulturpolitik, Marxistische Blätter 6/1971, S. 25.

gegen die Spaltung, für die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeiten und Beziehungen im humanistischen Geist, für eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung eintraten, als Kommunisten, nützliche Idioten, Trojanische Herde. Und dazu gehörten Verbote von Organisationen und gesamtdeutschen Tagungen ebenso wie die Verhaftung von Künstlern und Kulturschaffenden aus der DDR bei Einreise in die Bundesrepublik. Im Oktober 1952 sollte in Bayreuth die Jahrestagung des Deutschen Kulturtages stattfinden. 200 Gäste, unter den 40 aus der DDR Anna Seghers, Johannes R. Becher und Arnold Zweig, waren schon anwesend, als der bayerische Innenminister Hoegner (SPD) in Absprache mit Bundesinnenminister Lehr (CDU) das Treffen verbot; mehrere DDR-Teilnehmer wurden für zwei Tage in Haft genommen.[4] Gleiches geschah noch 1960 Kulturschaffenden, die aus der DDR zu einer Diskussion nach München gekommen waren.[5] Das angeführte Kulturbund-Pamphlet stellt klar, warum die Herrschenden in der ersten Hälfte der 50er Jahre gegen jeden kulturellen Kontakt waren: „Die Betonung des Gemeinsamen über alles Trennende hinweg ... bezweckte natürlich nur, die Westdeutschen zu immer weitgehenderen Konzessionen an die Pankower Kulturpolitik zu veranlassen."[6] Antifaschistische und demokratische Kulturansätze wären durch das DDR-Beispiel nur gefördert worden. So führte der Besuch bundesdeutscher Chöre auf dem Wartburg-Treffen Deutscher Sänger 1954 zu einem positiven Bericht im Verbandsorgan. Franz Thedieck, Staatssekretär im gesamtdeutschen Ministerium, stellte dazu besorgt fest: „Die Parole von der ‚Volkskultur' hat bei ihnen restlos verfangen." Er nahm dies zum Anlaß, vor der sowjetzonalen „Politik mit Geige, Feder und Fußball" zu warnen, weil sie nur zu unerwünscht „vielen Kontakten und engen Beziehungen" führe. Eine gewisse Umorientierung deutete sich an, als er seine Vorstellung von Kontakten darlegte: „Das Gespräch ... soll nicht geführt werden mit den Funktionären, sondern mit den Trägern der Kultur."[7]

Unter der Losung geistiger und künstlerischer Freiheit und Modernität im Westen hoffte man bei Kulturschaffenden im Sozialismus Verwirrung und Stützpunkte schaffen zu können; seit der Mitte der 50er Jahre wird die Kulturpolitik als Mittel geistiger „Brückenschläge" in die sozialistischen Staaten ständig ausgebaut. Massenwirksamkeit versprach man sich allerdings eher von der Kette der Rundfunk- und Fernsehsender, die über die Grenzen der BRD und von Westberlin aus den DDR-Bürgern das verlockende Bild des goldenen Westens in Haus bringen sollten. Mit welchen Hoffnungen, mag ein Kommentar aus der Westfälischen Rundschau zum 17. Juni 1961 beleuchten: „Zwei Drittel der Zone werden heute von den Fernsehsendern diesseits der Linie bedient. Der bayerische Sender auf dem Ochsenkopf im Fichtelgebirge ist ein Hort der Freiheit, und man sollte auf diesem Berg nach der Wiedervereinigung einen Gedenkstein errichten!"[8]

4 Vgl. Ruth Kähler, Varianten ohne Perspektive, Berlin (DDR) 1972, S. 47.
5 Ebenda, S. 51.
6 G. Friedrich, a. a. O., S. 97 f.
7 Franz Thedieck, Politik mit Geige, Feder und Fußball, Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 211, 1954, S. 1905.
8 Zitiert nach Hannes Stütz, Die Hauptaufgaben unserer Kulturpolitik, in: Kulturpolitisches Forum der DKP am 12./13. Juni 1971 in Nürnberg, Hamburg 1972, S. 29.

Die Bundesbürger allerdings wurden auf jede Weise an sachlicher Information über die Kultur der DDR und der anderen sozialistischen Länder gehindert. Beispielsweise erschien von 1950 bis 1960 in der BRD nichts von Arnold Zweig, Johannes R. Becher, Willi Bredel, Hans Marchwitza, Erwin Strittmatter, von Anna Seghers nur der „Aufstand der Fischer von St. Barbara".[9] In dieser Zeit waren Hauptwerke der Sowjetliteratur als staatsgefährdend verboten, ihre Verbreitung wurde verfolgt.[10] Bekannt sind die von 1953 bis 1961 mehrfach wiederholten Versuche, an den Bühnen der Bundesrepublik einen Brecht-Boykott zu erzwingen – ebenso bekannt ist ihr Scheitern.[11]

Das Bild der Kultur im Sozialismus – zwischen „hündischer Unterwürfigkeit" und dem Heroismus der Dissidenten

Noch 1961 war im SBZ-Archiv zu lesen, was als Ergebnis von 15 Jahren Bonner DDR- und Kulturpolitik feststand: „Gewiß konnte von einer kulturellen Einheit Deutschlands schon lange nicht mehr die Rede sein."[12] Bald darauf hätte man das lieber nicht gesagt gehabt, denn jetzt sollte mit Sprache und Kultur die Einheit der Nation gewahrt werden über die staatlich gewordenen Klassengegensätze hinweg. Stabilisierung und internationale Anerkennung führten die bundesdeutsche DDR-Quarantäne ad absurdum. War er schon nicht aufzuhalten, so sollte der Fluß von mehr und sachlicher Information über Kultur im Sozialismus doch auf neue ideologische Mühlräder geleitet werden.

Grundbestandteil dieses Vorgehens ist die Beschneidung von Kultur auf Kunst und Geist. Die neuen Entfaltungsmöglichkeiten der arbeitenden Menschen als qualifizierte Produzenten/Eigentümer, als Gestalter der sozialistischen Demokratie, ihre Eroberung der humanistischen Weltkultur und ihre Partnerschaft im aktuellen Kunstprozeß – was erfährt man in Fernsehen und Massenpresse der BRD davon? Die Industriearbeiter machen 20 bis 30 Prozent des DDR-Theaterpublikums aus, zehnmal so viel wie hierzulande; mehr als dreimal so hoch ist der Anteil der Bibliotheksbenutzer an der Bevölkerung; über eine Million DDR-Bürger beteiligen sich am kulturellen Volksschaffen – vom Klassenunterschied der Kulturinhalte ganz zu schweigen! Wo liegt denn da die einheitliche deutsche Kulturnation?!

Aus diesem Zusammenhang herausgeschnitten, werden einzelne Aspekte des Kulturlebens der DDR wie aus dem Inland stammend behandelt, über neue Filme, Bücher, Theaterstücke wird ausführlich berichtet, nicht weniges gibt es hier zu kaufen, Filme aus der DDR liefen im ZDF, alles gibt sich ganz normal und unproblematisch. Im Sinne der Gemeinsamkeit soll über weite Strecken der Eindruck erweckt werden, der Alltag hüben wie drüben ähnele sich so sehr, da müsse man doch ohne Ideologie zusammenkommen können.

Dabei bleibt Antikommunismus die Grundlage der Rezeption der DDR-Kultur in den bürgerlichen Medien: Mal als Konvergenz („die haben doch die gleichen

9 R. Kähler, a. a. O., S. 60.
10 Vgl. Jochen Hammer, Sowjetische Literatur in BRD und DDR, Kürbiskern 1/1973, S. 127 f.
11 Vgl. Alternative 93, 1973 „Brecht-Materialien II – Zur Rezeption in der BRD".
12 Heinz Kersten, Stacheldraht und Kultur, SBZ-Archiv Nr. 19, 1961, S. 298. Zit. nach R Kähler, a. a. O., S. 120.

Probleme wie wir, wozu da Sozialismus und Partei") – nicht zuletzt mit Selbstdarstellungsfunktion für den angeblichen BRD-Pluralismus; mal als Suche nach Personen und Tendenzen, in denen auch nur die geringste Chance gesehen wird, sie unter Umständen gegen den bestehenden Sozialismus ausspielen zu können. Da gibt es keine Hemmungen, da wird über, unter und zwischen den Zeilen gelesen, am wichtigsten ist, was nicht in Texten oder Bildern zu finden ist. Ergebnis ist dann zum Beispiel die folgende Besprechung der kürzlich in der Bundesrepublik erschienenen Erzählung „Der Tausch" des sowjetischen Autors Jurij Trifonow. Zum Ausgangspunkt macht der Rezensent den Satz einer Randfigur. „Großvater sprach davon, daß alles, was hinter ihm lag, sein ganzes endloses Leben, ihn nicht beschäftige. Nichts Dümmeres, als seine Ideale in der Vergangenheit zu suchen. Mit Interesse blicke er nur nach vorn, aber leider werde er nicht mehr allzuviel zu sehen bekommen." Dann wird festgestellt, dies sei nicht der revolutionäre Veteran, der in der Sowjetliteratur aufzutreten und die große Vergangenheit zu rühmen pflege. „Weil dieser Großvater das nicht tut, ist aus seinen Worten etwas Unausgesprochenes herauszuhören. ‚Leider werde er nicht mehr allzuviel zu sehen bekommen' – heißt das nicht auch: so wie die Dinge liegen, besteht kein Anlaß, von der Zukunft Großes zu erhoffen?" Am Schluß nimmt der Kritiker diesen „Fund" wieder auf: „Nur achtzig Seiten nimmt diese Erzählung ein – und enthält doch Stoff für einen ganzen Roman. Den aber hat Trifonow wohlweislich nicht geschrieben. Denn sowjetische Romane müssen noch immer positive Helden haben, sollen optimistisch die Wirklichkeit widerspiegeln. Eine paradoxe Forderung, wenn die Wirklichkeit keinen Anlaß zur optimistischen Betrachtung gibt. Offenbar tut sie das nicht . . ."[13]

Erweisen sich Hoffnungen, einen Künstler in Gegensatz zum Sozialismus bringen zu können, als Fehlschlag, so kommt wieder offen der entscheidende antikommunistische Maßstab der BRD-Rezeption zum Ausdruck: die Suche nach Bündnispartnern gegen die Arbeiter- und Bauernmacht. So kanzelt Großkritiker Joachim Kaiser Plenzdorf ab, weil der systemimmanent bleibe, „wirkliche Unsicherheit" nicht vermittle. Und da wird gleich mit allen abgerechnet, die nicht das unaufhebbare Leiden an der sozialistischen Gesellschaft zur Grundstimmung ihrer Werke machen: Kant, Plenzdorf, Hacks, Rolf Schneider. Ihnen wird Unehrlichkeit unterstellt; als wahrhaft unwiderleglichen Beweis führt Kaiser zwei Zeilen Hölderlins ins Feld: „Immer spielet und scherzt! Ihr müßt, o Freunde! Mir geht dies / In die Seele, denn dies müssen Verzweifelte nur."[14]

Solche Denunziationen richten sich nicht allein auf das uninformiert gehaltene Publikum hierzulande. Die westlichen Wertungen sollen Einfluß und Druck ausüben auf die sozialistischen Künstler selbst. Abgehend von bestimmten intellektuellen Traditionen und spezifischen Arbeitsbedingungen der Künstler auch im Sozialismus ist die Stoßrichtung der bürgerlichen Kritik eingeordnet in das antisozialistische Konzept des „Wandels durch Annäherung". Theo Sommer hat es im poetischen Bild der „Korallentheorie" umrissen: „Danach wird . . . allmählich, wie Korallenriffe sich langsam ankristallisieren, ein Gebäude gemeinsamer Inter-

13 Wolfgang Werth, Aus dem Moskauer Alltag, SZ 20. 4. 1974.
14 Joachim Kaiser, Schwarzes Schaf mit gutem Kern, SZ 24. 9. 1973.

essen entstehen, zusammengesetzt aus wirtschaftlichen, technischen, politischen und menschlichen Banden, die sich am Ende stärker erweisen werden denn alles Trennende. Auf lange Sicht muß dabei die Harmonisierung der Interessen auch Wandel schaffen in den Zielen, Hoffnungen, Befürchtungen, Gewohnheiten der Nationen."[15]

Intellektuellen und Künstlern ist im Konzept der schleichenden Konterrevolution eine besondere Rolle als Meinungsbildner zugemessen. Wo aber jegliche derartige Hoffnung eitel erscheint, erhält der blanke Haß wieder seine Funktion — nicht zuletzt die, andere Künstler abzuschrecken. So giftet Marcel Reich-Ranicki gegen Anna Segher's jüngstes Buch „Sonderbare Begegnungen". Seine „Kritik" ist nur noch Suche nach Möglichkeiten der Verdächtigung und Beschimpfung; eine kurze Injuriensammlung: „literarischer Fehltritt, moralische Schandtat, politischer Frevel, hündische Unterwürfigkeit, Umlügen, altbacken-betuliche Suada, ihre mit wenig Geist geschlagenen proletarischen Helden, hirnverbrannter Blödsinn und eine Schamlosigkeit obendrein."[16] Soviel zum Niveau des kulturellen Antikommunismus heute.

Fehlende Kenntnis der Grundzüge, Maßstäbe und Errungenschaften der sozialistischen Kulturrevolution, der Entwicklung und Leistung der Künste als Gesamtensemble im Sozialismus machen es möglich, Einzelerscheinungen, Werke und Personen herauszugreifen, zu isolieren und durch den Raster bürgerlicher Ästhetik und Ideologie zu betrachten. Das Grundmuster antikommunistischer Kulturrezeption ist immer noch schlicht. Leistungen in der Verbesserung des kulturellen Lebensniveaus der arbeitenden Menschen, der Abbau der Kluft zwischen Volk, Kunst und Künstlern, die kulturelle Selbsttätigkeit der Massen werden nach Möglichkeit totgeschwiegen; die Arbeiter und Angestellten, aber auch die Angehörigen der Intelligenz erfahren davon in den bürgerlichen Medien so gut wie nichts. Übrig bleibt die Kunst, und die fällt unter das Schema: was sozialistisch ist, muß künstlerisch schlecht und verlogen sein, nur Rückzug aus der und Wendung gegen die sozialistische Ordnung ermöglichen große Kunst. Die bürgerlichen ästhetischen Maßstäbe des Nonkonformismus, der Unvereinbarkeit von kritischem Geist und Macht sollen der neuen sozialen Wirklichkeit und ihrer Kultur aufgezwungen werden.

Die Ausgangsbasis verschlechtert sich für den Antikommunismus jedoch dauernd. Er bestimmt nicht mehr allein das Bild der sozialistischen Kultur hierzulande, zunehmend werden Möglichkeiten der Selbstdarstellung durch die sozialistische Kultur errungen, das Gewicht muß sich auf die Prägung der BRD-Aufnahme durch Kommentare, Kritik, Zusammenstellung usw. verlagern. Die Wirkung der Werke selbst kann dadurch aber nicht ausgeschaltet werden. Wer z. B. Neutschs „Auf der Suche nach Gatt" oder Wolfs „Ich war 19" kennengelernt hat, bei dem haben es die Reich-Ranicki und Kaiser schwerer, nicht leichter.

In regelmäßigem Abstand erfüllt Wehgeschrei die Feuilletons der bundesdeutschen Blätter: Die DDR hat sich immer noch nicht zu einem Kulturabkommen auf der Grundlage der einheitlichen Kulturnation bereitgefunden. Die selben Kreise haben

15 DIE ZEIT 25. 5. 1973.
16 DIE ZEIT 12. 10. 1973.

erreicht, daß die Möglichkeiten des seit Jahren bestehenden Kulturabkommens mit der Sowjetunion zum Austausch von Meinungen und Informationen nicht im Interesse wirklichen Kennenlernens, Verstehens, der Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern genutzt wurden. Von 1963 bis 1972 erschienen in der Sowjetunion 119 Werke von BRD-Autoren in 11 verschiedenen Sprachen mit einer Auflage von 6,6 Millionen, davon allein 1972 1,1 Millionen. An der Spitze stehen die führenden Werke der Gegenwartsliteratur wie Böll, Wallraff, Lenz und der hierzulande weitgehend totgeschwiegene Koeppen.[17] Böll allein hat eine Auflage von 2 Millionen. Selbst die FAZ mußte feststellen, „daß die Literatur der 60er Jahre aus der Bundesrepublik in der Sowjetunion besser vertreten ist als entsprechende russische Titel bei uns."[18] Primäres Interesse beim Kulturaustausch im Sinne der BRD ist bisher die Suche nach den Solschenizyns und Maximows. Das treibt dann solche Sumpfblüten wie die Herausgabe eines Romans des ukrainischen Schriftstellers O. Hontschar „Der Dom von Satschipljanka" 1970 mit der ‚Reklame', es sei ein verbotenes und von Komsomolzen verbranntes Werk. Der Verlag wußte offensichtlich, daß das Gegenteil zutrifft: Das Buch hat inzwischen in der Sowjetunion die dritte Auflage, Hontschar, Leninpreisträger von 1964, ist weiterhin Vorsitzender des Ukrainischen Schriftstellerverbandes.[19]

Was an sozialistischen Schriftstellern in BRD-Verlagen zu haben ist, bleibt infolge von Miniauflagen und Maxipreisen, schmalbrüstiger Werbung und Totschweigen der Kritik weniger als ein Feigenblatt. Alle Zusammenhänge und Traditionen fehlen, Klassiker der Sowjetliteratur wie Alexej Tolstoi, Gladkow, Fedin, Fadejew, Nikolai Ostrowski sind hierzulande so unbekannt wie zentrale Werke der Gegenwartsliteratur, die wie Nikolajewas „Schlacht unterwegs" Einblick in den sozialistischen Aufbau vermitteln.[20]

Allerdings darf man die Situation nicht isoliert sehen; große Teile des bundesdeutschen Publikums sind durch Ostkunde und Löwenthal, Konsalik und James Bond, durch den gesamten imperialistischen Kulturbetrieb so antisowjetisch und zugleich auf die Muster des Kulturersatzes eingestellt, daß ohne große Öffentlichkeitsarbeit Kunst aus den sozialistischen Ländern wirklich „nicht geht". Aber so ist das mit dem Austausch von Informationen und Meinungen eben doch nicht gedacht . . .

Wo sich Ansätze unverstellter und breiter wirksamer Vorstellung sozialistischer Kulturleistungen regen, wird Antikommunismus eingesetzt, um vorzuschreiben, was die Menschen dieses Landes wie zu erfahren haben. In diesem Sinn wird z. B. eine Meyerhold-Ausgabe als „mit Maulkorb" denunziert, weil nicht seine Arbeit vor 1917 und sein Tod infolge ungesetzlicher Übergriffe unter Stalin im Mittelpunkt stehen; der Herausgeberin wird ideologische Selbstzensur in Abhängigkeit von den sowjetischen Lizenzgebern unterstellt.[21]

Aus der sozialistischen Kultur beispielsweise Bulgariens, Rumäniens oder der CSSR ist hierzulande aber auch rein gar nichts bekannt; die Schaffung einer

17 FAZ 4. 12. 1973.
18 FAZ 15. 10. 1973.
19 Vgl. J. Hammer, a. a. O., S. 131.
20 Einen Einblick in das, was hier nicht verlegt wird, vermitteln verschiedene sowjetische Beiträge im Kürbiskern 1/1973 „Sowjetische Kultur heute".
21 Marianne Kesting, Meyerhold mit Maulkorb, DIE ZEIT 22. 3. 1974.

guten Atmosphäre für einen fruchtbaren Austausch bleibt also Aufgabe. Wiederholt, zuletzt auf der Tagung des Warschauer Pakts Mitte April 1974, haben sich die sozialistischen Staaten positiv geäußert zu Abmachungen über „kulturelle Zusammenarbeit, für Austausch von Informationen, für Kontakte zwischen Institutionen, Organisationen und Bürgern".[22] Allerdings verstehen sie darunter die Vermittlung kultureller Werte, die die Gesetze und die Gesellschaftsordnung des jeweiligen Landes achten und den Normen des Humanismus, des Friedens und des besseren Verstehens der Völker entsprechen.

Die westlichen Politiker, denen das nicht genügt, haben anderes im Sinn. Lothar von Balluseck, in den fünfziger Jahren Kultur-Antibolschewist vom Dienst, legt sein inzwischen gewandeltes Konzept der Diversion so dar: „Bei einem Kulturaustausch mit zeitgenössischer Kunst wären wir eindeutig die Gebenden — aber nicht die Dummen" — als die erhofft er sich die Werktätigen im Sozialismus, die er beglückt mit „der ansteckenden Wirkung von Massenekstasen, wie sie die Rolling Stones bei Teenagern auslösen, durch das Überfluten der Sexwelle über Mauer und Vorhang hinaus", durch „die Wirkung von ausländischen und emigrierten Künstlern".[23] Diplomatischer, aber ebenso eindeutig äußert sich zur Methode Dr. Arnold, Leiter der Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt: „... man sollte ... die Reizschwelle, die nur mit Effekten, die niemandem dienen, wesentlich überschritten werden kann, im Auge behalten, um damit eine langfristige Entwicklung zu fördern, durch welche diese Reizschwelle langsam erhöht wird. Nur dies kann das Ziel sein."[24]

Keine Solidarität mit Antikommunismus-Verweigerern — oder gewerkschaftliche Einigkeit der Kulturschaffenden?

Antikommunismus, welchen Aufhänger er immer ergreifen mag, richtet sich gegen „jede den Kapitalismus oder seine Auswirkungen in Frage stellende Ideologie, Politik, Organisation, Aktion oder jedes Bemühen zur Lösung wichtiger Fragen, an denen Kommunisten beteiligt sein könnten".[25] Den Grundstrom in der Bundesrepublik bildet der Antisozialismus und Antisowjetismus in Bildungssystem und Massenmedien; dafür sorgen Schulbücher, die es als Ziel der sowjetischen Politik darstellen, „weitere Länder — vor allem Deutschland — in ihre Gewalt zu bringen",[26] dafür sorgen Millionen Landserhefte, James-Bond- und andere Agentenfilme, Löwenthal wie Fernsehreports, die Illustrierten-Romane Konsaliks wie der politische Unterricht der Bundeswehr. Und so wie Grass in Konsequenz des Antikommunismus die geistige Freiheit im Faschismus höher stellt, werden mit der NS-Welle die schärfsten Antibolschewisten wieder ins rechte Licht gerückt.

22 UZ 20. 4. 1974.
23 Lothar von Balluseck, Bilder — Idole — Ideale, Aus Politik und Zeitgeschichte 51—52/1970, S. 22, 23.
24 Hans Arnold, Die Bedeutung der deutsch-ausländischen Gesellschaften für die auswärtige Kulturpolitik, Zeitschrift für Kulturaustausch 2/1973, S. 113.
25 Robert Steigerwald, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen, Frankfurt/M. 1972, S. 88.
26 Wir erleben die Geschichte, Bd. 2, Bayerischer Schulbuchverlag München 1968, S. 242. Zit. nach Renate Riemeck, Die Sowjetunion in unseren Schulbüchern, Kürbiskern 1/1973, S. 139.

NPD und CSU/CDU organisieren vorrangig den Druck auf die Massenmedien; ihre „Zuschauerorganisationen" schreien auf, wenn in einem III. Programm eine mit der DKP zusammenarbeitende Songgruppe gegen „Strauß und seine Bazis" singt. Die CSU läßt zweimal wöchentlich für ihre Spitzenpolitiker und Rundfunkräte Material zusammenstellen, das demokratische und kritische Sendungen als „Rotfunk", „Telekolleg für Klassenkämpfer" und „unerträgliche Agitation für eine kommunistische Weltrevolution" einordnet und die Journalisten entsprechend unter Druck setzt.[27] WDR-Intendant v. Bismarck warnt vor „extrem linken Kräften, die versucht seien, Redaktionen für Agitprop ... zu mißbrauchen."[28] Sichtbare Opfer sind liberale Journalisten wie Hoffmeister oder Merseburger; nicht sichtbar wird die große Mehrzahl der Fälle, in denen Zensur-, Selbstzensur- und andere Anpassungsentscheidungen aus der Angst fließen, mit kommunistischen Gedanken in Beziehung gebracht zu werden, denn das kann existenzbedrohende Folgen haben.

Gegenüber Kulturschaffenden und kulturpolitischen Aktivitäten, die am engsten mit den Kommunisten verbunden sind, wird, soweit es geht, immer noch die Taktik des Totschweigens angewandt. Wo erfährt der Benutzer bundesdeutscher Massenmedien etwas Sachliches über die Kulturpolitik von DKP oder SDAJ, über die vielen Künstler und Kulturgruppen, die mit ihnen zusammenarbeiten? Dieses Vorgehen trifft die Verstorbenen wie die Lebenden. Erst als fortschrittliche Verlage und Bücher aus der DDR eine reale Alternative boten, begannen auch bürgerliche Verlage, proletarisch-revolutionäre Literatur aus den 20er und 30er Jahren herauszugeben — mit entsprechenden Vor- und Nachworten. Schriftsteller wie Feuchtwanger, Leonhard Frank oder Oskar Maria Graf sind immer noch geistig ausgebürgert, weil sie den Kommunisten zu nahe kamen. Wo das Schweigen durchbrochen ist, bemüht man sich um die antikommunistische Einordnung im Wechselbad von Beschimpfung und Einverleibung; so zum Heinrich-Mann-Jubiläum 1971. Beiträge eines Sammelbandes wurden durch Zusätze ins Gegenteil verdreht, der DDR, die seine Werke bis 1960 allein herausgab, das Recht auf Heinrich Mann abgesprochen und zugleich die Ablehnung in der BRD gerechtfertigt mit seiner angeblich „kritiklosen Anbetung des sowjetischen Terrorsystems". So geschehen 1973![29]

Das gleiche Verfahren trifft Künstler und Journalisten, die sich heute auf die DKP orientieren. Kann man sie nicht mehr umgehen, werden sie diffamiert. So sieht die bundesdeutsche Kritik seit dem DKP-Beitritt von Franz Xaver Kroetz dessen Stücke plötzlich mit anderen Augen; den einen ist er nicht revolutionär genug, den anderen ist seine politische Agitation unerträglich: Er soll endlich kapieren, daß das Bekenntnis zum Kommunismus auf die Dauer seine künstlerischen Fähigkeiten ruiniert.

Diffamierung, Übergehen, berufliche Schwierigkeiten, mehr als 160 Berufsverbote einschließlich Sippenhaftung sollen nackte Angst erzeugen, zurückdrängen auf

27 SZ 16. 2. 1974.
28 SZ 19. 2. 1974.
29 Vgl. Michael Nerlich, Nun stinken sie wieder — oder wie man in Lübeck Heinrich Mann ehrt, Sozialistische Politik 27, 1973, S. 105—110; Zitat aus: Heinrich Mann 1871—1971, München 1973, S. 404, bei Nerlich, S. 109.

bestenfalls unverbindlichen Protest. So trennt man zum Beispiel bei Politsängern fein säuberlich die Schafe von den kommunistischen Böcken: „Es stört nicht die Kritik am Kapitalismus. Es ärgert auch nicht ihr Klassenstandpunkt. Das geht in Ordnung – es ist das jammervolle spießbürgerliche Einheitslied von Parteisängern, deren Leitartikel Unglaubwürdigkeit verbreiten. Ihre pauschale Kritik, ihre faßbaren Zweifel, ihre spitzen Aperçus wie auch ihre wirklich entlarvenden Gesänge wider den Kapitalismus werden unwahr, wenn sie im gleichen Atemholen eine Welt preisen, in der das alles verboten ist, was zur Luft der Liedermacher gehört . . ."[30] Nur ein bißchen Distanzierung, eine Prise Antisowjetismus – dann steht der Karriere nichts mehr im Weg!

Zu den Grundelementen antikommunistischer Kulturdemagogie zählt die Verbreitung eines Zerrbilds vom sozialistischen Realismus. Die schöpferische Methode künstlerischer Aneignung der gesamten Wirklichkeit vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse aus, in ständiger Entwicklung begriffen und in einer Vielzahl individueller Handschriften sichtbar werdend, war überzeugend kennenzulernen auf der VII. Kunstausstellung der DDR; in Presse und Fernsehen der BRD zeigte man sich überrascht vom Fehlen der plakativen Einheitsmasche unter rosaroter Glasur. Allerdings schien es einfacher, die Scheuklappen beizubehalten und eine Abwendung der Künstler von den Parteivorschriften zu mutmaßen.

Der spätkapitalistische Kunstbetrieb hat sich inzwischen eine Reihe Naturalismus-Varianten zugelegt, die er als letzten Schrei des Realismus anpreist. Wo sich aber Tendenzen künstlerischen Engagements für Arbeiterinteressen, Demokratie und Sozialismus regen, da droht man mit dem Stempel „sozialistisch eingefärbter Realismus". Werner Haftmann, einer der mit dem Kulturkreis im BDI eng verbundenen Chefideologen des herrschenden Kunstbetriebs, kramt die alten Hüte „einfacher Schlagkraft und lesbarer Deklamationsfähigkeit des Realismus" hervor;[31] Ansätze massenverbundenen Schaffens sollen gestoppt werden durch die Drohung, sie als kommunistische Parteikunst anzuprangern.

Das zielt auf die unmittelbar Angegriffenen; Wirkung ist aber zugleich beabsichtigt bei allen real und potentiell fortschrittlichen Kräften, auch den Nichtkommunisten. Kampagnen wie die Solschenizyn-Welle sollen die, die auf den verwirklichten Sozialismus orientieren, in die Ecke prügeln, von den anderen Demokraten isolieren und diesen die Perspektive abschneiden. Deshalb behauptete Grass, die Kroetz, Weiss, Herburger, Walser seien für ihn keine Kollegen mehr, als sie nicht ins antisowjetische Getön einstimmten. Treffend sprach Walser von der Funktion des „Falls Solschenizyn" als Geßlerhut, vor dem sich jeder beugen solle. Das Hauptproblem der Einpeitscher besteht darin, Nichtkommunisten, die neben ihren Vorbehalten, Einwänden, neben ihrer Kritik am Sozialismus auch noch den klaren Blick für die Fronten hierzulande behalten, in eine Reihe mit den Strategen der Berufsverbote und der Rechtsentwicklung zu drängen. Das Schwergewicht der Bemühungen – und das ist ein Zeichen für die wachsenden Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Antikommunismus – verlagert sich auf den Nachweis, das Verhältnis zum jeweils herausgestellten „Fall" müsse die entscheidende politische

30 Reginald Rudorf, Politbarden: Leitartikel zur Laute, ZEIT-Magazin 43/1973, S. 16.
31 Werner Haftmann, Was ist denn „Realismus"? Die Welt 13. 1. 1974.

Grenzlinie bilden: Wer nicht mit Strauß und der NPD, mit Genscher und Grass in dieser Frage zusammengehen wolle – sei es auch mit ultralinkem Anstrich –, der sei feige, verlogen, mit dem gebe es keine Zusammenarbeit mehr.

Einen wichtigen Ansatzpunkt für den kulturellen Antikommunismus stellt immer noch das verkehrende Aufgreifen antifaschistischer Einstellungen dar. Aller sozialen Inhalte entkleidet, wird aus der terroristischen Diktatur des reaktionärsten Großkapitals mit ihrer Massendemagogie die Verwirklichung des Prinzips Totalitarismus, dessen Wesen darin bestehe, daß eine Ideologie herrsche, Massen organisiert würden und an gemeinsame Ziele glauben. Kriterien für richtig und falsch, Unterschiede zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten verschwinden. Der in dieser Gesellschaft spontan entstehende und planmäßig gezüchtete Individualismus soll dazu dienen, den gemeinsamen Kampf für Demokratie und Sozialismus – auch und gerade in seinen kulturellen Formen – dem Faschismus tendenziell gleichzusetzen.

Anfang März 1974 fand in Bonn ein Workshop politischer Musik statt; schon vor der Eröffnung forderten CDU-Politiker, aus Gründen der Objektivität auch faschistische Lieder aufzuführen. Ein Musikkritiker unterstützt sie noch nachträglich, wenn er in seinem Bericht behauptet: „Die strukturelle Verwandtschaft von sprachlichem und musikalischem Material rückt rechte und linke, ‚sozialistische' und ‚faschistische' Lieder ins gleiche schiefe Licht . . ." „Hier werden Brüder angerufen, dort Volksgenossen, hier wird die Solidarität, dort die unverbrüchliche Gemeinschaft beschworen, . . . der starke Arm ficht für Gott, Kaiser, Vaterland, die Ausgebeuteten, gleiches Recht oder Arbeit, je nach dem . . ." „. . . dabei singen sie, singen das gleiche, und das Moment der Gruppenidentifikation, das erhebende Gefühl der Geborgenheit bei den anderen ist, wohin immer marschiert wird, das gleiche."[32]

Die perfideste Version kultureller Totalitarismus-Doktrin aber besteht darin, antifaschistische Kulturleistungen, für die Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten gemeinsam gearbeitet, gekämpft und gelitten haben, als Kronzeugen des Antikommunismus aufzurufen. Marcel Reich-Ranicki bringt es heute noch fertig, den antifaschistischen DDR-Film „Das Beil von Wandsbek" als Beleg für die „Ähnlichkeit der Verhältnisse in verschiedenen totalitären Staaten" auszuschlachten.[33] Allerdings entzieht die Entwicklung der Wirklichkeit selbst, die alle arbeitenden Menschen unabänderlich zwingt, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten, der Gleichsetzung von Gott, Kaiser und Führer mit den Arbeiterrechten, von Volksgemeinschaftslügen mit Arbeitersolidarität den Boden.

In der Abhängigkeit von der Kulturindustrie gibt es keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten. Aus der Erkenntnis gleicher Lage und notwendig gemeinsamen Handelns zur Demokratisierung der Kultur entspringt die Tendenz neuer, gewerkschaftlicher Solidarität der Kulturschaffenden und erhält Vorrang vor weltanschaulichen und politischen Unterschieden. Das konnten alle Bemühungen der bürgerlichen Presse, schon auf dem Weg in den DGB mit antikommunistischer Verdächtigung die konsequentesten Verfechter des Industriege-

32 Dietmar Polaczek, Rote Fahne und Blaue Blume, SZ 30. 3. 1974.
33 FAZ 22. 4. 1974.

werkschafts-Prinzips zu isolieren, nicht verhindern. Gemeinsame Erfahrungen im Kampf gegen gemeinsame soziale und kulturpolitische Gegner sind die besten Voraussetzungen auch für die Herausbildung eines sachlichen Verhältnisses zur sozialistischen Kultur und Kulturpolitik, sie mindern die Chancen der antikommunistischen Drahtzieher, Nichtkommunisten – gegen die eigenen Interessen – an die Seite der Reaktion zu drängen. Ein Ausdruck dieser Tendenz ist die breite Unterstützung, die über 500 Wissenschaftler, Journalisten und Künstler der Forderung nach Berufung Professor Holzers nach Marburg gaben.
Niemand hat ein größeres Interesse an der offenen, sachlichen Diskussion über sozialistische Kulturpolitik als die Kommunisten. Wie eine Basis solchen Gesprächs aussehen kann, haben die Autoren skizziert, die sich im Herbst 1973 gegen die damalige Amalrik-Kampagne wandten: „Kritik ist für uns die Verpflichtung, den gesellschaftlichen Fortschritt nach unseren Möglichkeiten weiterzubringen. Wie dieser Fortschritt zu machen sei – hier wie dort –, welche Erfolge, Mängel und Konflikte zu verzeichnen sind, darüber wäre zu reden. Dazu brauchen wir friedliche Koexistenz, die sich aber nur entfalten kann, wenn wir jede Art von Demagogie zurückdrängen."

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik

Herausgeber: FACIT e. V., 148 Seiten, 6,– DM

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front". Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit". Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf". Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller.

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Hans Dietz

Sozialismus und Entwicklung der Persönlichkeit

I. Bürgerliche Konzeptionen der Persönlichkeit und antikommunistische Ideologie

Der umgangssprachliche Gebrauch des Begriffs „Persönlichkeit" verweist auf dessen elitär-bürgerlichen Kontext. Eine Persönlichkeit zeichnet sich in aller Regel durch eine herausgehobene Stellung in der Gesellschaft aus. Neben den „historischen Persönlichkeiten" die „Geschichte machen" und gemacht haben, erhalten dieses Prädikat noch die „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" zugeschrieben. Außer dem Hofnarren der bürgerlichen Gesellschaft, der „eigenwilligen Künstlerpersönlichkeit", besitzt jedoch nur der Unternehmer Persönlichkeit per definitionem. Demgegenüber hat die arbeitende Mehrheit in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft weder die Chance noch die Ambition, diesen Inbegriff des Menschseins zu erwerben. Besitzende Persönlichkeiten (samt Anhang) und besitzlose Arbeiter leben sozial und weitgehend auch kulturell in getrennten Welten.

Es gibt jedoch auch eine demokratisch-bürgerliche Tradition der Auffassung von der menschlichen Persönlichkeit, die von der sozialistischen Bewegung aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Diese Auffassung findet sich z. B. in der fortschrittlichen Literatur, die Partei ergreift für die „Knechte" im Kampf gegen ihre „Herren", die Partei ergreift für die Ausgebeuteten und deutlich macht, daß die historische Perspektive auf ihrer Seite liegt, daß sie und nicht die Ausbeuter sich im Kampf als Persönlichkeiten erweisen. In dieser Tradition liegt die historische Wurzel für die Selbstverständlichkeit, mit der heute die demokratische und sozialistische Bewegung von einer „Arbeiterpersönlichkeit" spricht, mit der heute in den sozialistischen Ländern von der Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit der Werktätigen gesprochen wird.

Der bürgerlich-reaktionäre Persönlichkeitsbegriff hat seinen Ursprung in der gesellschaftlichen Stellung des Besitzenden, der sich scheinbar aus sich selbst heraus, tatsächlich aber auf der Basis seiner materiellen „Unabhängigkeit", „frei" entfalten kann. Diese materielle Unabhängigkeit und die damit gegebenen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung kommt faktisch nur einer sehr begrenzten Zahl bürgerlicher Individuen zu. Die Bourgeoisie hat es aber verstanden, diese ihre Ideologie zur herrschenden Ideologie zu machen, so daß z. B. in der BRD viele um ihre materielle Existenz ringende Menschen bei dem Gedanken an den Sozialismus eher um ihr persönliches Eigentum fürchten, als die dadurch gegebene Möglichkeit der individuellen Aneignung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums zu erkennen. Die direkte und zunehmend auch bewußte Erfahrung der Widersprüche im Kapitalismus läßt viele unter diesen Bedingungen lebenden Menschen nach der „Qualität des Lebens" im Kapitalismus suchen. Diese Suche ist bei uns eng verbunden mit dem Suchen nach dem „dritten Weg" jenseits von Kapitalismus und realem Sozialismus. Das von der umfassenden Realisierung seiner

Persönlichkeit abgeschnittene Individuum möchte eine wahrhaft humane Welt aufbauen, in deren Mittelpunkt der Mensch und nicht mehr der Profit und dessen Wachstum steht.

Für diese Reformer des „dritten Wegs" (wann wird sich wohl der Katzer-Flügel der CDU ebenfalls auf „den" Weg begeben?) ist eine Konvergenztheorie höherer Qualität kennzeichnend. Sie behaupten nicht mehr, daß sich die beiden Systeme immer mehr annähern unter beidseitigem Verlust bis dahin typischer Merkmale. Vielmehr gehen sie aus von einer bereits existenten Identität der Mängel beider Systeme. Diese Identität der Mängel beruht hauptsächlich auf dem „Gegensatz von Produktionsregimen und Humanisierung"[1] oder, von demselben Autor noch prägnanter formuliert: „Emanzipation erfordert heute nicht zusätzliche Arbeit, sondern ihre Verminderung."[2] Der moralistische Protest gegen die „Leistungs- und Konsumgesellschaft" wird hinter dieser Argumentation sichtbar, und es wird nicht schwer, das Mosaik zu ergänzen: Die „Bürokratie", der „Apparat", die „Technik", die „Massengesellschaft" usw. Hier sind sie alle versammelt, die bösen Geister unseres Zeitalters. Während auf der anderen Seite der Barrikade im „freien Westen" immerhin eine „Anzahl Pfadfinder des 3. Wegs ... aus eigener Initiative, häufig auf Grund bitterer persönlicher Erfahrung, zu der Einsicht gelangt sind, daß nur eine radikale Abkehr von den bisherigen Methoden und Modellen zu einer besseren, einer humaneren Ordnung führen kann."[3]

Wir dürfen, gerade auch in der BRD, nicht der Versuchung anheimfallen zu glauben, daß diese in ihrer Substanz antikommunistische ideologische Variante ohne Breitenwirkung bleiben würde. Sie trifft nämlich auf die Erkenntnis der Krise des imperialistischen Systems durch eine immer größere Zahl von Menschen. Viele dieser Menschen suchen ehrlich nach einer Alternative zum kapitalistischen System, und sie sind dankbar für jeden Hinweis, daß es diese Alternative unter Umgehung und im Gegensatz zum real existierenden Sozialismus geben könnte, d. h. vor allem ohne den Zwang, mit ihrem anerzogenen Antikommunismus zu brechen. Diese angebliche Alternative, in die man alle schönen Vorstellungen von der „Qualität des Lebens", einer „humanen Arbeitswelt" usw. hineinidealisieren kann, ohne die Anstrengungen des praktischen Denkens und Handelns auf sich nehmen zu müssen, scheut sich zumindest in ihren geschickteren Varianten nicht, den Begriff Sozialismus für sich zu beanspruchen. Allerdings geschmückt mit dem Adjektiv „human" und/oder „demokratisch".

Neben der damit verbundenen Unterstellung, der Sozialismus sei an sich weder human noch demokratisch, werden in diesem Zusammenhang eine Reihe völlig unmarxistische Gegensätze konstruiert. Der eine Pol dieser Entgegensetzungen ist immer ein um seine wahre Menschlichkeit ringendes abstraktes Individuum, das sich von der ihn umgebenden Wirklichkeit allseitig enttäuscht weiß: Der Mensch und ... (die Gesellschaft/der Staat, die Parteien/die Technik usw.)

Wir wissen, daß der relative Erfolg der These von der Qualität des Lebens seinen Ursprung darin hat, daß die arbeitenden Menschen im Kapitalismus tatsächlich von

1 Abosch, Heinz: Die Linke zwischen Zwang und Freiheit; in: Vorgänge, Zeitschrift für Gesellschaftspolitik; Weinheim; 4/1973; S. 66.
2 a. a. O.; S. 63.
3 Lindemann, Helmut: Der dritte Weg: Wunsch oder Wirklichkeit? in: Vorgänge; ebd.; S. 134.

der Qualität des Lebens abgeschnitten sind, die ihnen auf Grund des von ihnen erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums eigentlich zusteht. Es würde den Rahmen unserer Themenstellung sprengen, wenn wir versuchen würden, die ganze Bandbreite antikommunistischer Ideologie im Gewande des „humanen Sozialismus" darzustellen. Trotzdem wollen wir noch gesondert auf den in diesem Zusammenhang häufig gegenüber den sozialistischen Ländern geäußerten Vorwurf des „Ökonomismus", des „Zentralismus" und des „Kollektivismus" eingehen. Diese drei Momente werden als unvereinbar mit der Selbstverwirklichung dem Menschen, mit der allseitigen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit betrachtet.

Der Vorwurf des Ökonomismus richtet sich gegen das große Gewicht, das die sozialistischen Länder der ökonomischen Entwicklung und dem Beitrag des einzelnen zu dieser Entwicklung geben. So mokieren sich unsere „linken" Freunde gleichermaßen wie rechte Freiheitsapostel gerne über die Produktions- und Leistungspropaganda in den sozialistischen Ländern. Die verschiedenen „linken" Theorien leugnen jede individuelle Aneignung gesellschaftlicher Beziehungen und ihre kulturellen Ergebnisse in der gesellschaftlichen Arbeit als Grundlage sozialistischer Persönlichkeitsentfaltung. Der „Absentismus" als bewußte Leistungsverweigerung wendet sich gleichzeitig gegen den „Zentralismus" und propagiert seinerseits kleine selbstgenügsame und sich selbstverwaltende Produktionseinheiten als ökonomisch-politische Grundlage wahrhaft humaner Gesellschaften. Die radikale Inkarnation dieser sich selbst verwaltenden Basisgruppen ist die in Autarkie und Einsamkeit wirtschaftende Hippiefarm, die sich mit der Befriedigung rein persönlicher und letztlich physiologischer Bedürfnisse zufrieden gibt. Sie unterscheidet sich in der Qualität ihrer gesellschaftlichen Beziehungen nicht unbedingt von der großstädtischen Wohngemeinschaft, die dabei ist, eine „sozialistische Insel" aufzubauen. Insgesamt haben wir es bei diesen Erscheinungen mit einer kleinbürgerlich-reaktionären Orientierung auf einen niedrigen Stand der Vergesellschaftung und der sozialen Beziehungen zu tun. Es ist kein Zufall, daß sich diese Orientierung meist mit Sympathien für die maoistische Kulturrevolution verbindet. Das sich in radikaler Opposition zur bürgerlichen Gesellschaft befindliche Individuum ist als „negative" selbststilisierte „Persönlichkeit" häufig nur die Umkehrung der elitären „positiven" Persönlichkeit. Letztere paßt sich an die Erwartungen der Gesellschaft ebenso vollständig an, wie erstere diese Anpassung radikal ablehnt. Beide Haltungen sind die Konsequenz der radikalen Entgegensetzung von Individuum und Gesellschaft. Beide Haltungen richten sich auch mit ganzer Vehemenz gegen den von der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern praktizierten demokratischen Zentralismus, der die zentralistische soziale Macht der Monopole gebrochen hat. Die Macht der Arbeiterklasse ist deshalb auch der eigentliche Angriffspunkt aller Vorwürfe. „Die Gesellschaft von heute, die sich mühsam vom schichtenspezifischen Denken von gestern entfernt und schüchtern nach dem kreativen, kritikfähigen und sich selbstverwirklichen Menschen ruft, wird in den meisten Utopien seltsamerweise wieder zum Klassenstaat krassester Ausformung."[4]

4 Knopff, Hans-Joachim: Vom Freizeitkonsum zur Freizeitbildung; in: Volkshochschule im Westen; Köln; 4/1972; S. 153 f.

II. Grenzen persönlicher Selbstverwirklichung im Kapitalismus

In den vorkapitalistischen Gesellschaften war die Entwicklung der Persönlichkeit noch den „bornierten Voraussetzungen der Produktion" unterworfen, da die Individuen meist in unmittelbar persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen z. B. feudalen Charakters standen.

Der Kapitalismus erzeugte dagegen die realen Voraussetzungen für die umfassende Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte (Teilung und gesellschaftliche Kombination der Arbeit, Wissenschaft und Technik . . .) brachte ein immer umfassender werdendes System der Arbeitsarten, Produktionsarten, denen ein ständig erweitertes System der Bedürfnisse des Menschen entsprach. Damit schuf der Kapitalismus die „unbedingten Voraussetzungen der Produktion . . ., daher die vollen materiellen Bedingungen für die totale, universelle Entwicklung der Produktivkräfte des Individuums."[5]

Diese humane und progressive Tendenz des Kapitalismus wendet sich aber gegen die gesellschaftlichen Produzenten, da die befreiten gesellschaftlichen Tendenzen in Mittel der Ausbeutung, der Profitproduktion, verwandelt werden. Dadurch wurde das Individuum nicht nur von den bornierten Abhängigkeitsverhältnissen der vorkapitalistischen Gesellschaften befreit, sondern auch von den Möglichkeiten der subjektiven Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. In der kapitalistischen Gesellschaft „erscheint diese völlige Herausarbeitung des menschlichen Inneren als völlige Entleerung, diese universelle Vergegenständlichung als totale Entfremdung, und die Niederreißung aller bestimmten einseitigen Zwecke als Aufopferung des Selbstzwecks unter einen ganz äußeren Zweck."[6]

Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsbedingungen bedeutet die Trennung der objektiven von den subjektiven Bedingungen der Produktion. Der Gegensatz zwischen der Rolle des „doppelt freien Lohnarbeiters" (Marx) als Produktivkraft einerseits, als Verwertungsmaterial andererseits entspricht dem Gegensatz von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, konkreter und abstrakter Arbeit, einem Gegensatz, der sich beim Produzenten psychologisch und bewußtseinsmäßig widerspiegelt.[8]

III. Theoretische Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus

Die marxistisch-leninistische Persönlichkeitstheorie ist die wissenschaftliche Begründung der sozialistischen Demokratie und des proletarischen Humanismus. Sie ist integraler Bestandteil, ein durchgängiger Aspekt des Marxismus-Leninismus. In dieser Konzeption wird die Persönlichkeit als „das Maß der Aneignung des sozialen Wesens des Menschen unter bestimmten konkret-historischen Bedingungen"[9] definiert. Die Realisierung der Persönlichkeit besteht demnach in der Herausarbeitung ihres gesellschaftlichen Wesens. Die materiell-gegenständliche Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung liegt in der Möglichkeit der individuellen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums als subjektiven Reichtums

5 Marx, Karl: Grundrisse der politischen Ökonomie; Berlin 1953; S. 415.
6 a. a. O.; S. 387.
8 Vgl. Dietz/Hermsen/Proft: Die Entwicklung der marxistischen Persönlichkeitstheorie; in: Facit 32; S. 69 ff.; L. Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt, 1972.

der gesellschaftlichen Beziehungen. „Damit wird der Mensch zu einem aktiven, historisch-gesellschaftlichen Geschöpf, dessen Eigenschaften, dessen Bewußtsein, durch seine Zugehörigkeit zu einer gegebenen Gesellschaft, zu einer Klasse, durch seine Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, innerhalb der menschlichen Kultur geprägt und verändert werden."[10]

Entscheidend für die allgemeinen Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung ist der historische Prozeß. Dieser Prozeß umfaßt sowohl die Geschichte der Menschheit, den Evolutionsprozeß der Lebewesen, als auch die individuelle Geschichte des jeweiligen Menschen. Der historische Prozeß schafft die objektiven Voraussetzungen der jeweiligen gesellschaftlichen Reproduktion. Er bestimmt, unter welchen Bedingungen der vor allem in den Produktivkräften und den objektiven gesellschaftlichen Beziehungen vergegenständlichte Reichtum in der Form persönlicher Fähigkeiten, Bedürfnisse, Beziehungen angeeignet werden kann. Aus diesen Gründen ist die Frage der sozialhistorischen Verwirklichungsbedingungen der Persönlichkeit immer von größter Wichtigkeit. „Die Analyse der wirklichen Geschichte, der Ökonomie, der Klassenkämpfe, der historischen Mission der Arbeiterklasse, der Strategie und Taktik des Klassenkampfes der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der Formen der Gesellschaftlichkeit geht im Marxismus-Leninismus tendenziell immer bis zum wirklichen Leben der Individuen, ihrer Lebens- und Existenzbedingungen."[11]

Wenn wir unserer bisherigen Argumentation folgen, kann nur den sozialen, nicht aber den biologischen und psychischen Eigenschaften des Menschen eine die Persönlichkeit determinierende Funktion zugeschrieben werden. Welchen Charakter haben diese sozialen Eigenschaften? Rubinstein trifft folgende Unterscheidung: „Der Mensch ist insofern Persönlichkeit, als er seine Beziehungen zur Umwelt bewußt bestimmt . . . Ein Mensch ist maximal Persönlichkeit, wenn er ein Minimum an Neutralität, an Indifferenz, an Gleichgültigkeit und ein Maximum an „Parteilichkeit" in Bezug auf das gesellschaftlich Bedeutsame aufweist. Ohne Bewußtsein, ohne die Fähigkeit, bewußt einen bestimmten Standpunkt einzunehmen, gibt es keine Persönlichkeit."[12] Im Sinne der Bewußtheit, schöpferischen, progressiven Aktivität, kann jedes Individuum individuelle Persönlichkeit werden. Dabei darf allerdings der Persönlichkeitsbegriff nicht auf das Bewußtsein reduziert werden (und die Persönlichkeitsforschung nicht auf die Bewußtseinsforschung).

Die von uns hier dargestellten theoretischen Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung stehen im Widerspruch zu einigen Auffassungen, die nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von einigen marxistischen Theoretikern vertreten werden. Das Persönlichkeitsideal der Arbeiterbewegung ist kein „Tugendkatalog", keine „Wunschliste schöner Eigenschaften". Die Theoretiker, die den Persönlichkeitsbegriff mit einem Bündel meist positiver Werte verbinden, die sich relativ beliebig auswechseln lassen, begeben sich mit dieser Auffassung in die Nähe der von uns

9 Wörterbuch der martistisch-leninistischen Soziologie; Berlin, 1971, S. 333.
10 Neuner, Gerhard: Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung, Berlin, 1973, S. 23.
11 Neuner, Gerhard: Persönlichkeitsentwicklung und Bildung; in: Deutsche Zeitschrift für Soziologie; 10/1973; S. 1159.
12 Rubinstein, Sergej L.: Sein und Bewußtsein; Berlin, 1972, S. 283.

bereits kritisierten bürgerlich elitären Persönlichkeitskonzeption. Denn nur derjenige kann nach dieser Auffassung die Qualität „Persönlichkeit" erreichen, der über den jeweiligen Komplex positiver Eigenschaften verfügt oder zu verfügen glaubt. Diese Auffassung widerspricht nicht zuletzt auch dem Grundsatz sozialistischer Pädagogik und Rechtsprechung, in jedem Menschen die Persönlichkeit zu achten. Mit diesem Vorgehen geraten aber vor allem die objektiven Qualitäten der Persönlichkeit aus dem Blickfeld, als Klassenangehöriger Träger historisch bestimmter Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu sein, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Die Persönlichkeit kann nach unserer Auffassung aber auch nicht als Träger sozialer Rollen definiert werden, wie dies z. B. I. S. Kon in seinem Buch „Soziologie der Persönlichkeit"[13] macht. In der von Kon übernommenen Rollentheorie wird das Wesen der Persönlichkeit auf seine Funktionen in den verschiedenen Lebensbereichen und den daraus resultierenden interpersonellen Beziehungen reduziert. So schreibt Kon: „Nehmen wir an, wir wollen die Persönlichkeit von Iwan Iwanowitsch Iwanor charakterisieren. Wie werden wir das tun? Zunächst einmal dadurch, daß wir seine vielfältigen Rollen und Funktionen aufzählen (...). Diese Charakteristik erschöpft selbstverständlich nicht die Inividualität des besagten Iwan; Jede der aufgezählten Rollen ist nicht nur für ihn, sondern auch für viele andere Menschen typisch. Doch ohne eine solche Charakteristik geht es nicht."[14] Eine solche Nennung von Funktionen (Lehrer, Kommunist, Familienvater, usw.) ist zwar von Interesse für die soziale Ortung einer Person, aber ohne Aussagewert für die Charakteristik der Persönlichkeit. Von Interesse für die Charakterisierung der Persönlichkeit wäre es, wie sich Iwanor in diesen seinen sozialen Rollen verhält. Die Rollentheorie ist ein bürgerliches Modell der Anpassung persönlichen Verhaltens an beliebige gesellschaftliche Verhältnisse. Die Dialektik Individuum und Gesellschaft, Klasse und Persönlichkeit, werden in diesem Modell nicht greifbar.

IV. Die Dialektik von Klasse und Persönlichkeit im Sozialismus

Besteht die Persönlichkeit, wie wir gesagt haben, in der Aneignung des sozialen Wesens des Menschen unter bestimmten konkret-historischen Bedingungen, so findet dieser Prozeß im Sozialismus im wesentlichen als Aneignung des sozialen Wesens der Arbeiterklasse statt. Denn die „grundlegende soziale Qualität der Persönlichkeit besteht darin, Angehöriger einer Klasse zu sein, sich als Angehöriger dieser Klasse zu bestätigen und zu bewähren."[15] In dem dialektischen Verhältnis von Klasse und Persönlichkeit ist die Entwicklung der Klasse Voraussetzung für die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeiten.

Dieses Verhältnis wird durch die Tatsache bestimmt, daß die Arbeiterklasse die soziale Hauptkraft der sozialistischen Gesellschaft ist. Das ergibt sich aus ihrer besonderen Stellung zu den Produktionsmitteln, ihrem Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. „Die soziale Revolution des Proletariats ist jener historische Punkt, an dem die Trennung der Produzenten allen Reichtums von

13 Kon, I. S.: Soziologie der Persönlichkeit; Köln, 1971.
14 a. a. O.; S. 18.
15 Kretzschmar, Albrecht/Rittershaus, Joachim: Arbeiterklasse und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus; in: Pädagogik; Berlin, 1/1974, S. 16.

ihren eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsbedingungen aufgehoben wird ... Es ist der historische Punkt, von dem aus die Trennung zwischen dem sozial-historischen Prozeß und der Entwicklung der vielen einzelnen Individuen aufgehoben wird."[16]

Die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten ist zu verstehen als ein Prozeß, in dem sich die im Sozialismus arbeitenden Klassen die Produktionsmittel und die Ergebnisse der vergesellschafteten Arbeit immer umfassender aneignen. Dieser Aneignungsprozeß bedeutet gleichzeitig die persönliche Inbesitznahme durch die einzelnen assoziierten Individuen und Transformation in persönliche Kräfte, Fähigkeiten, Genüsse.

Der Persönlichkeitsentfaltung als Prozeß der Aneignung korrespondiert die Vergegenständlichung der Persönlichkeit im Arbeitsprozeß und im gesamten Sektor der gesellschaftlichen Aktivität. Die Erhöhung des Niveaus in einem Bereich führt zur Erhöhung des Niveaus in den anderen Bereichen.

Indem sich die Arbeiterklasse im Sozialismus die gesellschaftliche Macht und damit auch die Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum aneignet, wird sie zunehmend zum Subjekt der gesellschaftlichen Verhältnisse. Indem die Arbeiterklasse zunehmend Subjekt der gesellschaftlichen Verhältnisse wird, befähigt sie auch die ihr angehörenden Individuen immer besser, Subjekt der gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. Persönlichkeiten zu werden. Die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten in diesem Sinne ist selbst eine entscheidende Bedingung der Höherentwicklung der Klasse selbst. „Die Werktätigen wachsen schrittweise und in dem Maße zu entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten heran, wie sie zum bewußten schöpferischen Subjekt ihres gesellschaftlichen Lebensprozesses werden."[17]

Der Sozialismus hat den Antagonismus zwischen Individuum und gesellschaftlichen Verhältnissen beseitigt. Damit fällt die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse weitgehend zusammen mit der Entwicklung der großen Massen der arbeitenden Menschen. Die in einer gegebenen gesellschaftlichen Situation an die Arbeiterklasse gestellten konkreten Anforderungen werden von den Angehörigen der Klasse subjektiv angeeignet, zu eigenen Anforderungen gemacht. Damit wird das Entwicklungsniveau der Persönlichkeit entscheidend von der Fähigkeit bestimmt, die an die Klasse gestellten Anforderungen zu erkennen, sie sich subsubjektiv zu eigen zu machen und in eigener Tätigkeit umzusetzen.

Die Einheit von Klasse und Persönlichkeit ist nicht formal an die statistische Zuordnung der Individuen zu einer Klasse gekoppelt. Das entscheidende Kriterium ist vielmehr die soziale Tätigkeit und der Grad ihrer Übereinstimmung mit den objektiv an die Klasse gestellten Anforderungen. Die soziale Tätigkeit spielt sich immer in sozialen Gruppen ab, dem Verbindungsglied zwischen Klasse und Persönlichkeit. Die wichtigsten sozialen Gruppen im Sozialismus sind das Arbeitskollektiv, die Familie, Gruppen zur Bewältigung außerberuflicher gesellschaftlichen Aufgaben und Funktionen sowie Gruppen, die auf Grund gemeinsamer Freizeitinteressen bestehen.[18]

16 Koch, Hans: Karl Marx und die Selbstverwirklichung des Individuums; In: Einheit, 11/1973, Berlin, S. 1283.
17 Eichhorn I., Wolfgang: Individuum und Gesellschaft; in: Einheit, 7/1973, S. 785.
18 Vgl. a. a. O., S. 784.

So wie die Arbeit die wichtigste soziale Tätigkeit ist, so ist das Arbeitskollektiv die wichtigste soziale Gruppe. Im Arbeitskollektiv werden die Klasseninteressen unmittelbar in persönliches Handeln umgesetzt, wird die Arbeit des einzelnen unmittelbar als gesellschaftliche Arbeit verausgabt.

V. Die Persönlichkeit als Produktivkraft

1. Persönlichkeit und sozialistischer Charakter der Arbeit

Die Entwicklung der Persönlichkeit als Subjektivierung, Aneignung des sozialen Wesens des Menschen geschieht wesentlich in der Arbeit als Objektivierung, Vergegenständlichung des sozialen Wesens des Menschen in seinen Arbeitsprodukten und sozialen Beziehungen. Dabei „(wirkt) die volle Entwicklung des Individuums (selbst wieder) als die größte Produktivkraft (zurück) auf die Produktivkraft der Arbeit. Sie kann vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus betrachtet werden als Produktion von capital fixe, dies capital fixe being man himself".[19]

Die Produktivkräfte als konkret-historisch bestimmte Gesamtheit der subjektiven und objektiven Faktoren des Produktionsprozesses bestimmen den Produktivitätsgrad der Arbeit. Während jedoch in der kapitalistischen Produktionsweise die produktiven Fähigkeiten der Menschen im wesentlichen nur als „Produktionsfaktor" eingesetzt werden, die Entwicklung der Gesamtheit der Produktivkräfte durch die „Verarmung des Arbeiters an individuellen Produktivkräften"[20] erreicht wird, ist die Entwicklung des menschlichen Individuums im Sozialismus als Produktivkraft und als Persönlichkeit ein einheitlicher Prozeß. Die Grundlage dieses Prozesses liegt in der fortschreitenden Entwicklung des sozialistischen Charakters der Arbeit und der progressiven Veränderung des Arbeitsinhalts. Deshalb findet die Persönlichkeitsentwicklung der Werktätigen hauptsächlich statt als Verbesserung der objektiven Möglichkeiten, Arbeitsinitiative zu entwickeln, und erst an zweiter Stelle durch erzieherische Beeinflussung: „... die grundlegende Einheit von menschlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, die Einheit des Änderns der Umstände und der Menschen ist aber nur über die materielle gesellschaftliche Produktion als wesentlicher Gehalt und Triebfeder dieses Prozesses verständlich."[21]

Die „treibende Kraft" der materiellen gesellschaftlichen Produktion ist die wissenschaftlich-technische Revolution, der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Dieser ist durch drei parallele Vorgänge gekennzeichnet: Durch die Übertragung von Arbeitsfunktionen des Menschen an technische Arbeitsmittel (Technisierung = Mechanisierung/Automatisierung); durch die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft; durch die qualitativ neue Stellung des Menschen im Produktionsprozeß. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse als determinierendes Moment des neuen Charakters der Arbeit im Sozialismus geben den Rahmen ab sowohl für die Entwicklung der Wissenschaft als auch der menschlichen Persönlichkeit zur Produktivkraft im unmittelbaren Sinn.

19 Karl Marx: Grundrisse . . ., S. 599.
20 Karl Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 383.
21 Hahn, Erich: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie; Berlin, 1968, S. 119.

Wenn wir das Verhältnis des Menschen zur Arbeit in seiner Relevanz für die Entwicklung der Persönlichkeit untersuchen, können wir folgende Faktorengruppen unterscheiden:

- Allgemeine objektive Faktoren = Charakter der Arbeit:
  Produktionsverhältnisse/System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung/Sozialstruktur/Formen und Inhalt des gesellschaftlichen Bewußtseins.
- Besondere objektive Faktoren = Inhalt der Arbeit:
  funktionelle Besonderheiten der konkreten Art der Arbeitstätigkeit/objektive Möglichkeiten der Entwicklung der individuellen schöpferischen Fähigkeiten
- Subjektive Faktoren:
  gesellschaftlich-geschichtlich geformte Ansprüche, Bedürfnisse, Vorstellungen, des Arbeitenden; insgesamt: Persönlichkeit des Arbeitenden.[22]

Es wäre demnach falsch, die Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung ausschließlich aus der Berufsarbeit in der materiellen Produktion abzuleiten. Wie sich aus unseren bisherigen Ausführungen ergibt, ist die Persönlichkeitsentwicklung auch nicht primär an den konkreten Arbeitsinhalt gebunden, sondern eben an den sozialen, den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit. Trotzdem ist auch der Arbeitsinhalt nicht gesellschaftlich neutral, d. h. in bestimmten Aspekten ist auch er relevant für die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten, wie wir noch zeigen werden.

Wie kann aber der gesellschaftliche Charakter der Arbeit im Sozialismus näher bestimmt werden? Auch im Sozialismus gibt es kein automatisches Zusammenfallen der Entwicklung der Ökonomie und der Persönlichkeit: „Dieser Zusammenhang realisiert sich nur über die sozialistische Demokratie, über die bewußte Tätigkeit, vor allem der gesellschaftlichen Führungsorgane, und erfordert, alle Bewußtseinsformen komplex zu entwickeln."[23] Damit wird deutlich, daß die ökonomische Entwicklung, der wissenschaftlich-technische Fortschritt, seinerseits der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unterliegt. Während unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen die Arbeit nur ein Moment der Verwertung des Kapitals bildet und somit den materiell-technischen Elementen der Produktivkräfte und den sozialen Bedingungen der kapitalistischen Produktion unterworfen ist, kann der wissenschaftlich-technische Fortschritt unter sozialistischen Produktionsverhältnissen planmäßig im Interesse der Werktätigen organisiert werden: „Die Anforderungen an die Persönlichkeitsentwicklung und Qualifizierung im Sozialismus ergeben sich aus der Notwendigkeit der Disponibilität der Produzenten, der Teilnahme an komplexen Produktionsprozessen, bei denen die wachsende Verantwortung der Werktätigen für den Produktionsverlauf einer wachsenden Einsicht und Beteiligung an der Planung und Leitung in größeren Zusammenhängen entsprechen muß. Die wachsende Einbeziehung der Arbeiter in die Planung und Leitung, die Stimulierung ihrer schöpferischen Initiative durch Neuererbewegung, sozialistischen Wettbewerb, aber auch durch kulturelle Betätigung außerhalb der unmittelbaren Arbeit trägt dazu bei, Widersprüche zwischen der eingeengten, monotonen beruflichen Arbeit und der allseitigen Entfaltung der Per-

22 vgl. v. Heiseler, Johannes: Der Mensch und seine Arbeit; in: Das Argument 80; S. 55/56.
23 Heyden, Günther: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1/1968, S. 305; zitiert bei: Heinemann, Karl-Heinz: Arbeit und Technik in der Erziehung; Köln, 1973, S. 76.

sönlichkeit zu überwinden."[24] Entscheidend für die „Aneignung des sozialen Wesens der Arbeiterklasse" durch die Angehörigen der Arbeiterklasse selbst ist demnach die zunehmend aktive Beteiligung der Werktätigen an der Planung und Leitung der Produktion, an der Planung und Leitung der gesamten sozialistischen Gesellschaft.

Dabei ist die gesellschaftliche Tätigkeit der Persönlichkeit jeweils konkret und individuell, d. h. durch aktive Anteilnahme und Initiative ausgezeichnet und deshalb nicht einfach mit jedweder gesellschaftlichen Praxis gleichzusetzen.

Die Notwendigkeit, im Sozialismus die Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen harmonisch, planmäßig und bewußt voranzutreiben, ist die zentrale Aufgabe der Arbeiterklasse. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurden in den sozialistischen Ländern verschiedene „Bewegungen" und Arbeitsformen entwickelt. Neben der Neuererbewegung, der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" („Kollektive der sozialistischen Arbeit") gewinnt z. B. in der DDR der „ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleich" in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Insofern der ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleich verschiedene Formen des sozialistischen Wettbewerbs unter dem zentralen Gesichtspunkt der Entwicklung der Persönlichkeit der Werktätigen zusammenfaßt, wollen wir ihn im folgenden kurz stellvertretend auch für andere Initiativen darstellen.

2. *Sozialistischer Wettbewerb und Persönlichkeitsentwicklung am Beispiel des ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleichs*

Der ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleich ist eine wichtige Form der Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR. Zur Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR sagte Kurt Hager auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED: „Das kulturelle Leben der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen erhält wichtige Impulse vom sozialistischen Wettbewerb. Über drei Millionen Werktätige, das sind 55 Prozent aller Werktätigen, haben sich der Bewegung „Spezialistisch arbeiten, lernen und leben" angeschlossen. Viele dieser Brigaden kämpfen um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit". Für einen großen Teil der Brigaden ist die Arbeit mit Kultur- und Bildungsplänen zur Gewohnheit geworden. In stärkerem Maße sollte der sozialistische Wettbewerb dazu beitragen, die Einheit von ökonomischen Leistungen und kulturellen Aktivitäten zu gewährleisten. Als Bestandteil der Wettbewerbsprogramme helfen die Kultur- und Bildungspläne, den Werktätigen den Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und künstlerischen Erlebnissen zu erschließen und die politisch-moralische Qualität der Gemeinschaftsbeziehungen zu erhöhen. Solche Pläne, ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleiche und Betriebsfestspiele haben sich als wirkungsvolle Möglichkeiten zur Förderung des geistig-kulturellen Lebens der Arbeiterklasse erwiesen."[25]

Viele bürgerliche Ideologen bedauern, daß im Sozialismus der Wettbewerb abgeschafft sei. Tatsächlich besteht ein grundlegender Unterschied zwischen dem

24 Heinemann, Karl-Heinz: a. a. O., S. 70.
25 Hager, Kurt: Zu Fragen der Kulturpolitik der SED; 6. Tagung des Zentralkomitees der SED; 6./7. Juli 1972; Berlin 1972, S. 17/18.

„Wettbewerb" der Monopole, der auf dem Rücken und auf Kosten der Arbeitenden ausgetragen wird (sowohl in ihrer Rolle als Arbeiter wie als Konsumenten), und dem sozialistischen Wettbewerb, dessen Merkmal die Herausbildung der schöpferischen Potenzen der einzelnen Werktätigen und der Arbeitskollektive ist. Dabei ist durchaus auch Rivalität im Spiel, die angeregt wird durch materielle und moralische Stimulierung, aber eine Rivalität, die in ihrer Substanz eine qualitativ hochstehende Form der Zusammenarbeit der Werktätigen im Ringen um die besten Leistungen darstellt. Der sozialistische Wettbewerb wird im wesentlichen von den Gewerkschaften organisiert und beruht auf den Leninschen Prinzipien der Öffentlichkeit, Vergleichbarkeit und Wiederholbarkeit.

Im ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleich als einer Form der Führung des sozialistischen Wettbewerbs wird versucht, eine sinnvolle Verbindung zwischen der täglichen schöpferischen Arbeit im Produktionsprozeß und geistig kulturellen Tätigkeiten zu schaffen. Damit wird die Übereinstimmung zwischen den materiell-ökonomischen und den geistig-kulturellen Bedürfnissen in der sozialistischen Persönlichkeitskonzeption dokumentiert.

Grundlage des ökonomisch kulturellen Leistungsvergleichs sind folgende Bestandteile:

- die vom Betriebsplan abgeleiteten und im Betriebskollektivvertrag (BKV) eingegangenen Verpflichtungen der Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL)
- die Wettbewerbsdokumente
- die Kultur- und Bildungspläne
- Maßnahmen der Körperkultur und des Sports
- die Kennziffern der Planerfüllung und die Ergebnisse der Steigerung der Arbeitsproduktivität
- die im Haushaltsbuch der Arbeitskollektive ausgewiesene Qualitätsarbeit und Kostenrechnung
- die Mitwirkung bei der sozialistischen Rationalisierung
- die Beteiligung am Neuererwesen
- Beteiligung an Maßnahmen der Qualifizierung
- Verbesserungen der Arbeitskultur und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- die demokratische Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen und öffentlichen Gremien
- Patenschaftsbeziehungen der Arbeitskollektive zu Schulen und Schulklassen
- Partnerschaftsverträge mit Künstlern[26]

Die effektivste Form des Wettbewerbs findet zwischen zwei oder mehreren Arbeitskollektiven einer Betriebsabteilung oder zwischen vergleichbaren Abteilungen eines Betriebs statt. Die Wettbewerbspartner bestimmen sowohl die Wettbewerbsschwerpunkte, als auch die Ziele und die zu vergleichenden Positionen des Wettbewerbs. Die Öffentlichkeit der Führung des ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleichs wird durch Wandzeitungen, Betriebsfunk, Betriebszeitungen, Brigadetagebücher und selbstgestaltete Ausstellungen sichergestellt. Die Zwi-

26 Vgl. Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstands des FDGB vom 17. März 1972: Prinzipien für die Gestaltung ökonomisch-kultureller Leistungsvergleiche; in: Kulturelles Leben, 5/1972, Berlin, S. 1.

schen- und Endauswertungen werden im allgemeinen in der Form öffentlicher Veranstaltungen mit geselligem Charakter durchgeführt, an denen neben den Betriebsangehörigen auch deren Familienangehörige und Vertreter des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen. Ein wichtiger Betandteil dieser Auswertungsveranstaltungen ist die Selbstdarstellung der konkurrierenden Kollektive.

Eine Schwierigkeit bei der Bewertung des Leistungsvergleichs besteht darin, objektive Kriterien zu finden ohne in Schematismus zu verfallen. Dieser Schematismus wurde z. B. dann praktiziert, wenn alle ökonomischen und kulturellen Leistungen in ein einheitliches Punktsystem gepreßt wurden. Dann gab es für jedes von einem Brigademitglied in der Bücherei entliehenes Buch ebenso Punkte wie für einen gemeinsamen Theaterbesuch der Brigade und die Verbesserung der Qualitätsarbeit. Inzwischen wird versucht, der Selbsteinschätzung der Kollektive einen größeren Raum zu geben und neben den quantitativen auch qualitative Kriterien einzuführen, die es erlauben, auf spezifische Bedingungen der Wettbewerbsteilnehmer Rücksicht zu nehmen: „Seitdem wir kulturelle Aktivitäten nicht mehr nach Punkten bewerten, spielen die inhaltlichen Probleme des geistig-kulturellen Lebens im Erfahrungsaustausch eine viel größere Rolle. Da erkundigt man sich nicht nur, wie oft die Nachbarbrigade z. B. im Theater war, um hier vielleicht etwas wettzumachen und auch noch schnell einen Theaterbesuch zu organisieren. Vielmehr steht jetzt im Mittelpunkt, wie es gelang, dauerhafte kulturelle Bedürfnisse zu wecken und sozialistische Persönlichkeitsbeziehungen im Kollektiv zu entwickeln."[27]

Auch diese Aussage macht nochmals deutlich, daß es im sozialistischen Wettbewerb und speziell im ökonomisch-kulturellen Leistungsvergleich nicht um Sieger und Besiegte geht, sondern primär um die Stimulation des schöpferischen Erfahrungsaustauschs zwischen den Arbeitskollektiven mit vergleichbaren Tätigkeitsbereichen. Durch diesen Erfahrungsaustausch wird ein genereller Aufschwung sowohl der ökonomischen als auch der kulturellen Aktivitäten der Kollektive und der Persönlichkeiten der einzelnen Werktätigen erreicht.

3. Persönlichkeit und Inhalt der Arbeit

Eine wichtige Ebene der persönlichkeitsbildenden Funktion ist der Arbeitsinhalt. Unter Arbeitsinhalt verstehen wir die funktionellen Besonderheiten der konkreten Art der Arbeitstätigkeit und vor allem die objektiven Möglichkeiten der Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten in der Arbeit. Deshalb ist für den Arbeitsinhalt bestimmend, ob eine bestimmte Arbeit leicht oder schwer ist, vielseitig oder monoton, niedrig oder hoch qualifiziert, nur ausführend oder auch vorbereitend, einfach oder kompliziert. Dabei wird angestrebt, „die Einheit von wachsender Effektivität der Produktion und steigenden Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung vor allem auf der Basis progressiver Veränderung des Arbeitsinhalts zu lösen."[28]

27 Nestler, Alfred/Schulmeister, Wolfgang (Mitglieder der BGL des VEB Kombinat Kabelwerk Oberspree, Berlin): Durch öffentliches Vergleichen die besten Erfahrungen austauschen; in: Kulturelles Leben, a. a. O., S. 7.

28 Fitze/Nick/Pauligk/Schleiff: Persönlichkeitsentwicklung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt im Sozialismus; in: Einheit, 7/1973, S. 791.

Die „Energiequelle" der progressiven Veränderung des Arbeitsinhalts liegt in der weiteren Übertragung von Arbeitsfunktionen des Menschen an die Maschine. Die Technisierung, d. h. die Vergegenständlichung der Arbeitsfunktionen des Menschen in den Maschinen, wirkt in der Gesamttendenz dahingehend, daß körperlich schwere, einseitige und niedrig qualifizierte Arbeit reduziert wird zugunsten inhaltsreicher und interessanter Arbeit. Trotzdem haben diese Prozesse einen widersprüchlichen Charakter. Neben den Qualifizierungserscheinungen und der Bereicherung des Arbeitsinhalts sind mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch Dequalifizierungserscheinungen und „Verarmung" des Arbeitsinhalts zu konstatieren.

Wie wir bereits entwickelt haben, wird das grundsätzliche Verhältnis der Persönlichkeitsentwicklung des Werktätigen zu seiner Arbeit durch die im Charakter der Arbeit manifestierten gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt und nicht durch Technologien. Diese Aussage ist allerdings in dieser Form nur richtig, wenn wir berücksichtigen, daß sich auch die Technik nicht unabhängig vom gesellschaftlichen System entwickelt. So ist es bekannt, daß z. B. die DDR viele aus der BRD importierte Maschinen umbauen muß, um sie mit den dort gültigen Anforderungen an einen Arbeitsplatz in Übereinstimmung zu bringen. Dies betrifft sowohl Faktoren der Arbeitssicherheit und der Gesundheit, als auch der Arbeitsmonotonie, der Bedienung usw. An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Technik sehr wohl von menschlicher Planung und Kontrolle abhängig ist und kein menschenfeindliches Eigenleben führt. Die entscheidende Frage ist eben, wer die Maschine unter welchen Bedingungen in wessen Interesse konstruiert und benutzt, d. h. die Frage der gesellschaftlichen Planung und Kontrolle. Unter imperialistischen Bedingungen kommt es seit Taylor bereits zur Umkehrung dieser Verselbständigung der Technik, indem sie auf den Menschen angewandt wird: „Die Entwicklung der modernen Technik hat die Übertragung ihrer Methoden auf die moderne Menschenbehandlung auch in nichtprivatkapitalistischen Betrieben und tuch in einer nichtkapitalistischen Staatswirtschaft... unumgänglich und notwendig gemacht."[29] Nach dieser asozialen Auffassung ist die Technik zum Dämon geworden, der sich des Menschen in der Form der „Anthropotechnik" unabhängig vom gesellschaftlichen System bemächtigt hat. Die „Notwendigkeiten" der Menschenbehandlung im Sinne der Technik unter kapitalistischen Bedingungen sind eben von dem Profitinteresse und nicht von „der Technik" bestimmt. Der „Mensch als Maschine" ist der Traum des Kapitalisten, der von den schöngeistigen Apologeten des Systems zum tragischen zeitgemäßen Horrorwesen stilisiert wird.

In einer emprischen Untersuchung, die Mitte der sechziger Jahre von einem Team sowjetischer Wissenschaftler in Leningrader Betrieben durchgeführt wurde, konnten einige interessante Feststellungen zur Bedeutung des Arbeitsinhaltes für das Verhältnis des Arbeitenden zu seiner Arbeit getroffen werden. So wurde festgestellt, daß höhere Bezahlung einen niedrigen Arbeitsinhalt nicht ausgleichen konnte, sondern bestenfalls die moralischen Verluste kompensierte. Die Autoren der Untersuchung stellten ebenfalls fest, daß mit höherem Bildungsniveau auch die Anforderungen an die schöpferischen Möglichkeiten der Arbeit steigen wür-

29 Strzelewicz, Willy: Industrialisierung und Demokratisierung in der modernen Gesellschaft; Hannover 1964, Neuauflage 1970; S. 20.

den. Dabei widersprechen sie ausdrücklich „anthropotechnischen" Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem: „Ein ... Prinzip, inhaltsarme Arbeit dem ungebildeten, gehaltvolle Arbeit dem gebildeten Arbeiter, das auf der Aufrechterhaltung der sozialen Ungleichheit berechnet ist, widerspricht grundsätzlich den Idealen der sozialistischen Gesellschaft, die auf die Zukunft, auf die Beseitigung jeglicher sozialen Ungleichheit, auch der Ungleichheiten der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit gerichtet ist. Die tatsächliche Lösung des Problems besteht in der Angleichung des Inhalts der Arbeit (d. h. ihrer komplexen Automatisierung) an das Niveau der Allgemeinbildung der Arbeiter."[30]

Diese Unterschiede abzubauen, die auch Unterschiede in der Entwicklung der Arbeit zum Lebensinhalt bewirken, sind letztlich nicht von der technischen Ausrüstung als solcher abhängig, sondern vom Anteil der Arbeitsarten mit funktionellem Inhalt, deshalb heißt in diesem Zusammenhang „komplexe Automatisierung" Automatisierung unter Berücksichtigung der Entwicklungsbedingungen der menschlichen Persönlichkeit, ein Vorhaben, das sozialistische Produktionsverhältnisse als gesellschaftliche Rahmenbedingungen benötigt.

30 Autorenkollektiv unter Leitung von Jadow/Roschin/Sdrawomyslow: Der Mensch und seine Arbeit; Berlin 1971; zitiert nach v. Heiseler, a. a. O., S. 47.
31 v. Heiseler, a. a. O., S. 65.

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Facit-Reihe 7, 204 Seiten, 6,– DM

Ernst Engelberg: Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte
Rigobert Günther: Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike
Max Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als frühbürgerliche Revolution
Bernhard Töpfer: Die frühbürgerliche Revolution in den Niederlanden
Gerhard Heitz: Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa
Gerhard Schilfert: Die englischen Independenten und die deutschen Sekten in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts
Walter Schmidt: Die internationale Stellung der deutschen Revolution von 1848/49 in der Sicht von Marx und Engels
Günter Schmidt: Revolution und Konterrevolution vor dem November 1918
Hans Schleier: Zur Diskussion des Revolutionsbegriffes in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung während der Weimarer Republik
Karl Reißig: Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Renate Kunitz

Emanzipation der Frau im Sozialismus?

Probleme der Frauenqualifizierung im sozialistischen Produktionsprozeß

Vorbemerkung:

Ein wesentliches Merkmal kapitalistischer Gesellschaftsordnung ist die doppelte Unterdrückung der Frau. Sie besteht in der Ausbeutung der Arbeitskraft der Frau in Form der mehrwertschaffenden Arbeit durch das Kapital und unterscheidet sich als solche nicht von der Unterdrückung, der jeder nur seine Arbeitskraft Besitzende unterworfen ist. Darüber hinaus ist die unterdrückte Stellung der Frau auf eine bestimmte gesellschaftliche Rollenzuweisung als vom Mann Abhängige zurückzuführen, die Resultat einer Entwicklung gesellschaftlicher Arbeitsteilung und ökonomischer Interessen ist, die der Kapitalismus vorgefunden hat und seinen Gesetzmäßigkeiten entsprechend ausnutzt.

Die doppelte Unterdrückung der Frau im Kapitalismus ist eine wesentliche Ursache für die Existenz noch bestehender Ungleichheit in der Stellung der Geschlechter unter sozialistischen Verhältnissen, denn der Sozialismus „ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt."[1] Mit der Entstehung einer sozialistischen Gesellschaft sind jedoch qualitativ andere Voraussetzungen für die Lösung der Frauenfrage[2] gegeben. Ist sie im Kapitalismus verbunden mit dem Kampf der Arbeiterklasse um die Erringung politischer und ökonomischer Macht, so ist sie im Sozialismus – bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln – Bestandteil der Probleme, die sich mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft selbst stellen. Dabei erweist sich der Grad der Emanzipation der Frau als abhängig von den gegebenen Möglichkeiten der Wahrnehmung der Eigentümer- und Produzentenfunktion sowie von der Aufhebung bürgerlicher Familienstrukturen, wie sie für die kapitalistische Gesellschaft charakteristisch sind. Die Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Sozialismus ist u. a. auch daran zu messen, wie die Frauen als Teil der Arbeiterklasse unter Berücksichtigung ihrer besonderen Probleme in die Lage versetzt werden und fähig sind, ihre Eigentümer- und Produzentenfunktion auch subjektiv wahrzunehmen.

Ausgehend von diesem Zusammenhang wird am Beispiel der DDR schwerpunktmäßig die quantitative und qualitative Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß als Voraussetzung ihrer Emanzipation, der Wahrnehmung ihrer Eigentümer- und Produzentenfunktion behandelt. Ergebnisse dieses

1 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: Marx, Engels, Lenin. Über den sozialistischen Aufbau, Berlin 1971. S. 104.
2 Vgl. Katja Stern, Brigitte Boeck: Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR, hrsg. vom Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin 1970, S. 94/95.

Entwicklungsprozesses, der bedeutende Auswirkungen auf die Aufhebung bürgerlicher Familienstrukturen – wie z. B. geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt oder bestimmte Moralvorstellungen in bezug auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau – hat, können im Rahmen dieser Arbeit nur angedeutet werden.
Der Form und dem Inhalt der Darstellung liegt implizit eine Kritik an der von einigen Teilen der Frauenbewegung der BRD u. a. kapitalistischer Länder vertretenen Position zugrunde, daß in der DDR von einem „verkürzten Emanzipationsbegriff“[3] ausgegangen werde. Hauptmerkmal dieser Position ist es, den theoretischen und praktischen Zusammenhang der Teilnahme der Frau an der gesellschaftlichen Produktion mit ihrer Persönlichkeitsentfaltung nicht zu erfassen und in der Integration der Frau in den Produktionsprozeß eine ausschließlich ökonomische Notwendigkeit zu sehen – ein Mißverständnis, das seinem politischen Gehalt nach wesentliches Merkmal der bürgerlichen Frauenbewegung ist.

I.

Die zentrale Bedeutung, die der Integration der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß von den sozialistischen Theoretikern der Frauenbewegung gegeben wird, stützt sich auf Marxens Analyse der Arbeit in Abstraktion von ihrer jeweiligen Formbestimmtheit durch gesellschaftliche Verhältnisse.[4] Diese allgemeinen Bestimmungen über das Wesen der Arbeit haben ihre Bedeutung sowohl in bezug auf die Frauenlohnarbeit im Kapitalismus[4a] als auch auf die Frauenarbeit im Sozialismus. Die Arbeit als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums und als „erste Grundbedingung des menschlichen Lebens“ „bildet im Sozialismus die Grundlage für die Vervollkommung des Menschen, ist ... im Sozialismus der entscheidende Bereich, in dem sich der Mensch zu einer sozialistischen Persönlichkeit formt. Deshalb ist die sozialistische Arbeit mit ihrem von den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der technischen Revolution geprägten neuen Inhalt auch für die Frau der entscheidende Bereich für die Entfaltung all ihrer schöpferischen Talente und Fähigkeiten ... Die Berufstätigkeit einer großen Zahl von Frauen entsprechend den Anforderungen der technischen Revolution unter den Bedingungen des umfassenden sozialistischen Aufbaus ist die wichtigste Voraussetzung für die weitere Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau in **allen** Sphären.“[5]
Dabei entsprechen „die Einbeziehung der Frau ins gesellschaftliche und Berufsleben und ihre Qualifizierung sowohl der politisch-moralischen Forderung nach Gleichberechtigung der Frau als auch der ökonomischen Notwendigkeit der Entfaltung der Produktivkräfte im sozialistischen Gesellschaftssystem; beide Kriterien

3 Vgl. Gisela Helwig: Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik, in: Dokumente, Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit, Heft 4/1971, S. 280.
Dies ist implizit auch die These im Vorwort des Buches „Frauen gemeinsam sind stark!“, Texte und Materialien des Women's Liberation Movement in den USA, hrsg. und kommentiert von einem Arbeitskollektiv der Sozialistischen Frauen Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1972, S. 7–23.
4 Karl Marx: Das Kapital, 1. Bd., Berlin 1961, S. 192.
4a Jutta Menschik: Gleichberechtigung oder Emanzipation? Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971, S. 61.
5 Inge Hieblinger: Frauen in unserem Staat. Einige Probleme der Förderung der Frau unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der DDR, Berlin 1967, S. 76. Vgl. zu diesem Thema auch: Inge Tilhein: Die Bedeutung der Teilnahme der Frau am sozialistischen Arbeitsprozeß für die vollständige Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und die allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit, Berlin 1961.

jedoch sind notwendige Voraussetzungen dafür, daß Frau und Mann ihre Fähigkeiten in zunehmendem Maße entfalten, ihre Persönlichkeit entwickeln können und immer mehr in die Lage versetzt werden, ihr Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft bewußt und planend zu gestalten.“[6]

Die DDR-Theoretiker wenden sich dagegen, die Berufstätigkeit der Frau lediglich als ökonomisches Erfordernis in dem Sinne zu begreifen, daß die Frauen ein bisher zuwenig genutztes Arbeitskräftepotential sind. Diese Argumentation wird der objektiven Bedeutung der Arbeit für die sozialistische Gesellschaft nicht gerecht. Jedoch ist auch die Erweiterung der Produktivkräfte, die durch die Einbeziehung der Frau in die Produktion erreicht wird, nicht von untergeordneter Bedeutung. Die reale Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau hängt nicht nur von der Klärung ideologischer Fragen ab, sondern ist auch eine Frage des erreichten Standes der Produktivkräfte, der es allererst ermöglicht, daß z. B. die der Frau traditionell zugewiesenen Aufgaben wie Haushalt und Kindererziehung teilweise von der gesamten Gesellschaft geplant und übernommen werden können. „Die Bedeutung der Frauenarbeit besteht in der für die Gesellschaft notwendigen Produktion von Güntern **und** in der Einbeziehung der Frau in eine der wesentlichsten Formen des gesellschaftlichen Lebens.“[7]

II.

Ein Blick auf den historischen Verlauf der Integration der Frau in den sozialistischen Produktionsprozeß[8] zeigt, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR einherging mit der Schaffung der Bedingungen, die es den Frauen ermöglichen, gleichberechtigt an der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen. Durch die Bildung einer eigenständigen politischen Frauenorganisation, von Frauenausschüssen in den Betrieben, durch Maßnahmen zur Erleichterung der Hausarbeit und durch gesellschaftliche Einrichtungen der Kindererziehung kommt die Erkenntnis zum Ausdruck, daß es zur Aufhebung der besonderen Probleme, die die Frauen gegenüber den Männern noch haben, besonderer Organisationsformen und Initiativen bedarf, die jedoch nicht losgelöst von der allgemeinen politischen und ökonomischen Entwicklung der gesamten Gesellschaft existieren, sondern deren Bestandteil sind.

Mit der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft ändern sich die Anforderungen an die Lösung der besonderen Probleme der Frauen. Dies zeigt sich vor allem darin, daß mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses und der wachsenden Initiative der Werktätigen veränderte Möglichkeiten und Notwendigkeiten besonders in bezug auf die Qualifizierung der Frauen gegeben sind. „Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfordert von jedem Mann und von jeder Frau eine

6 Helga Deppe-Wolfinger, Jutta v. Freyberg: Materialien zur sozialen Lage der Frauen in BRD und DDR, in: H. Jung, F. Deppe, u. a.: BRD–DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 339.
7 Helga Hörz: Die Frau als Persönlichkeit. Philosophische Probleme einer Geschlechterpsychologie, Berlin 1971, S. 98. Hervorhebung von mir.
8 Vgl.: Um eine ganze Epoche voraus. 125 Jahre Kampf um die Befreiung der Frau, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ am Pädagogischen Institut Le ipzig, Leipzig 1970.

Qualifikation, die sie in die Lage versetzt, ihre Funktionen als Miteigentümer und Produzenten voll wahrzunehmen," wobei „der Erwerb neuester Fachkenntnisse, beruflicher Fertigkeiten und Fähigkeiten ... eng zu verbinden (ist) mit einer Erweiterung und Vertiefung der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung."[9]

Die Aufgabe, die Qualifikation der weiblichen Arbeitskräfte zu erhöhen, ist Bestandteil der Entwicklung der Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im sozialistischen Reproduktionsprozeß, wobei die planmäßige Entwicklung des gegebenen Arbeitskräftepotentials darauf ausgerichtet sein muß, Disproportionen in bezug auf die Qualifikation des männlichen und weiblichen Arbeitskräftepotentials abzubauen bzw. zu beseitigen. Disproportionen in der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse haben nicht nur ökonomische, sondern auch politisch-ideologische Folgen, Folgen, die soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse mit sich bringen, die sich vor allem auf die Herausbildung der Fähigkeit beziehen, aktiv am umfassenden Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mitzuarbeiten, also auf die Subjekfähigkeit der Arbeiterklasse. D. h., daß die Disproportionen in der Qualifikation der weiblichen und männlichen Arbeitskräfte ein Problem bei der Höherentwicklung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft insofern darstellen, als die Frauen ein Teil der Arbeiterklasse aufgrund ihrer geringeren Qualifikation objektiv und subjektiv weniger Voraussetzungen als die Männer für die Wahrnehmung der führenden Rolle der Arbeiterklasse haben.

Im gegenwärtigen Prozeß der Planung der Bildung und Weiterbildung für berufstätige Frauen lassen sich für die DDR folgende Schwerpunkte festhalten:

1. steht im Vordergrund die Qualifizierung der Produktionsarbeiterinnen zu Facharbeiterinnen und dies besonders für technische Berufe,[10]
2. kommt es darauf an, die gleichberechtigte Teilnahme der Frau an mittleren und leitenden Funktionen des Betriebes und der Wirtschaft in größerem Ausmaß durchzusetzen.[11]

Diese Bestimmungen sind Ausdruck eines objektiven Prozesses der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte, der mit dem Terminus „wissenschaftlich-technische Revolution" bezeichnet ist und der damit einhergehenden Veränderung der Stellung des Menschen im Produktionsprozeß. „Die Zielstellung zur weiteren Förderung der Frau ergibt sich aus den Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft, die die wissenschaftlich-technische Revolution meistert ... Daraus ergeben sich die Aufgaben für die Entwicklung der Stellung der Frau im Arbeitsprozeß, im

9 Horst Kuhn : Perspektivische Grundfragen der Qualifizierung der Frauen in Berufen der sozialistischen Produktion, in: Probleme der Frauenqualifizierung, hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung in der DDR, Berlin 1971, S. 62/63.
10 Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter Gen. Erich Honecker, Berlin 1971, S. 74. Dokumente des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 121. Anordnung über die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und ihre Vorbereitung für den Einsatz in leitenden Tätigkeiten, vom 7. 7. 1966, GBl. Sonderdruck Nr. 545.
11 Vgl.: Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Staatlichen Amt für Arbeit und Löhne beim Ministerrat, Berlin 1971, S. 58, § 126 (1). Dokumente des VIII. Parteitages der SED, a. a. O., S. 38. Anordnung über die Aus- und Weiterbildung ..., a. a. O.

politischen Leben, in der Familie und die Aufgaben für ihre beruflich-fachliche und politisch-ideologische Aus- und Weiterbildung."[12] Der Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution unterstützt durch die zunehmende Abschaffung körperlich schwerer Arbeit und die Zunahme geistiger Elemente im Arbeitsprozeß die Einbeziehung der Frau in alle Bereiche des Produktionsprozesse. „Andererseits erhöhen sich die Qualifikationsansprüche auf vielen Arbeitsplätzen außerordentlich, und das Aufholen des historisch bedingten Qualifikationsrückstandes der Frauen gegenüber den Männern wird besonders dringlich. An die Qualifizierungsbereitschaft der Frauen werden hohe Ansprüche gestellt. Dieser für die Frauen schwierige Prozeß ist jedoch wesentlich für die Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung der Frau und ihre Persönlichkeitsentwicklung."[13]

III.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über das tatsächliche Ausmaß der noch vorhandenen Disproportionen in der Qualifikationsstruktur männlicher und weiblicher Arbeitskräfte gegeben werden:

1971 waren 28,1 %[14] der Frauen, die in der materiellen Produktion arbeiten, Facharbeiterinnen, wobei der Anteil der Frauen bei den Arbeitern und Angestellten 1971 mit 50,2 % zum erstenmal den der Männer übetraf.[15] In einigen Bereichen, wie z. B. der Elektrotechnik und Elektronik und im Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, ist der Anteil der Facharbeiterinnen noch geringer. Er beträgt hier 18,8 bzw. 20,9 %. Die Tatsache, daß von den beschäftigten Frauen insgesamt 35,9 % über einen Facharbeiterabschluß verfügen, ist darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Facharbeiterinnen in der Landwirtschaft[16] und außerhalb der materiellen Produktion weit höher liegt als unter den Produktionsarbeiterinnen.[17] „Es besteht eine erhebliche und nicht gerechtfertigte Diskrepanz zwischen dem Ausbildungsstand der männlichen und dem der weiblichen Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie. Von vier Produktionsarbeitern sind etwa drei Facharbeiter, während bei den Produktionsarbeiterinnen von vier Frauen nur eine

12 Herta Kuhrig, u. a.: Die Qualifizierung der Frauen – ein Beitrag zur Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Stellung, in: Probleme der Frauenqualifizierung, a. a. O., S. 22/23.
13 Ilse Wolf: Probleme der Qualifizierung weiblicher Produktionsarbeiter in der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus, dargestellt an soziologischen Untersuchungsergebnissen aus der Chemiefaserindustrie, Dissertation, Leipzig 1969, S. IV.
14 1968 waren 23 % aller Produktionsarbeiterinnen Facharbeiterinnen, 1963 waren es 15 %. Vgl. Ingrid Schuster: Frauen in der DDR, in: Für die Befreiung der Frau, Hrsg. Marianne Konze, Frankfurt/M. 1972, S. 200.
15 Vgl. Horst Kuhn: Qualifizierung der Produktionsarbeiterinnen, in: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, hrsg. vom Zentralkomitee der SED, Heft 10/72, S. 1314. Statistisches Taschenbuch der DDR 1972, hrsg. von der Staatlichen Zentralverband für Statistik, Berlin 1972, S. 32. Der Anteil der Frauen an den Berufstätigen insgesamt betrug 1971 48,7 %. Vgl. ebd., S. 32.
16 In der Landwirtschaft stieg der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung von 1966 bis 1973 von 19 auf 62 % von allen dort beschäftigten Frauen. Vgl. Herta Kuhrig: Die Gleichberechtigung der Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik, Schriften des DDR-Komitees für Menschenrechte, Heft 5, Berlin 1973, S. 22.
17 Vgl.: Horst Kuhn: Qualifizierung der Produktionsarbeiterinnen, a. a. O., S. 1314.
18 Ebd., S. 1314.

die Qualifikation im Beruf besitzt.“[18] Allerdings wird der Anteil der Facharbeiterinnen in der Zukunft weiter im Steigen begriffen sein, da bereits 1970 98,5 % aller weiblichen Schulabgänger einen Lehrberuf ergreifen.[19]
Ebenso wird der Anteil der Frauen, die technische Berufe ausüben, zunehmen, was mit dem Anteil der weiblichen Lehrlinge an folgenden Berufen begründet werden kann:

– Chemiefacharbeiter und Laboranten	74 %
– Elektronische Datenverarbeitung	71 %
– Tierzüchter	64 %
– Feinmechaniker	52 %
– Maschinisten	44 %
– Betriebs-, Steuer- und Regeltechnik	44 %
– Zerspannungsfacharbeiter	18 %[20]

Auch in den leitenden Funktionen – insbesondere denen der volkseigenen Industrie – sind die Frauen noch unterrepräsentiert. So ist etwa jeder 11. Leiter in der volkseigenen Industrie eine Frau (1300 Frauen sind Direktoren). Daß diese Tatsache nicht nur mit der niedrigen Qualifikation der Frauen zu begründen ist, sondern u. a. auch noch ideologische Probleme zu bewältigen sind, beweist das Faktum, daß jeder dritte Mann mit Hochschulabschluß eine leitende Funktion ausübt, dagegen aber nur jede 17. Frau mit der gleichen Qualifikation.[21] Die Tenzenz, daß „die Schere zwischen der Gesamtzahl der ausgebildeten und der Zahl der entsprechend ihrem Wissen und Können eingesetzten Frauen ... immer größer (wird),“[22] läßt sich vor allem mit ideologischen Hemmnissen, denen die Frauen bei einem Einsatz in die leitenden Funktionen gegenüberstehen, begründen.

Ein Überblick über den Anteil der Frauen in leitenden Positionen außerhalb des Bereichs der materiellen Produktion zeigt, daß sie dort schon in höherem Maße vertreten sind. So waren 1970 13 % (= 1172) aller Bürgermeister Frauen, 25 % aller Schuldirektoren, 36 % aller Richter, 45 % aller Schöffen. 37 % der Mitglieder in Schiedskommissionen und 44 % der Gewerkschaftsfunktionäre waren Frauen.[23] Der Anteil der Frauen in den LPG-Vorständen betrug 1969 26 %.[24]

Der Anteil der Studentinnen an den Hoch- und Fachschulen, deren Besuch Voraussetzung für den Einsatz in mittleren und leitenden Funktionen ist, entwickelte sich wie folgt:

19 Katja Stern, Brigitte Boeck: Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR, a. a. O., S. 41. Der Anteil der weiblichen Lehrlinge an allen Lehrlingen betrug 1970 47 %. Vgl. Herta Kuhrig: Die gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR, in: Die DDR – Entwicklung, Probleme, Perspektiven, Frankfurt/M. 1972, S. 171.
20 Katja Stern, Brigitte Boeck: Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR, a. a. O., S. 69.
21 Ebd., S. 52.
22 Inge Lange, Inge Hieblinger: Die Rolle der Frau im Produktionsprozeß bestimmt ihre Stellung in der sozialistischen Gesellschaft, in: Einheit, Heft 3/69, S. 344.
23 Katja Stern, Brigitte Boeck: Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR, a. a. O., S. 67.
24 Bilanz unserer Erfolge, 20 Jahre DDR in Zahlen und Fakten, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1969, S. 26.

60 % der neuen Fachschulbesucher und 44 % der angehenden Hochschulstudenten waren 1969 Frauen. Der Anteil der Frauen an den Fachschulstudenten stieg von 28,6 % (1960) auf 50 % (1972).[25] Ebenso steigt der Anteil der Frauen, die ein Studium in technischen Disziplinen absolvieren. 1970 betrug der Anteil der weiblichen Studenten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an den Hochschulen 36,1 % und in den technischen Fachrichtungen 19,9 %.[26]

IV.

Zur Aufhebung der Diskrepanz zwischen dem Ausbildungsstand männlicher und weiblicher Produktionsarbeiter bedarf es besonderer Bedingungen und Formen der Frauenqualifizierung. Dabei sind neben der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte diejenigen Faktoren von besonderer Bedeutung, die ausgehend vom gegenwärtigen Stand der sozialistischen Familienbeziehungen und der objektiven Lage der Familie in der DDR, Einfluß auf die Formen der Qualifizierung der Frauen nehmen. Die Relevanz dieser Faktoren erklärt sich dadurch, daß ein Grundproblem der Gleichberechtigung der Frau darin besteht, „daß die berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit und Entwicklung mit den familiären Aufgaben der Frau in Einklang gebracht werden müssen. ... Die Frau darf nicht vor der Notwendigkeit stehen, sich für Beruf oder Mutterschaft zu entscheiden, unter völligem oder teilweisem Verzicht auf einen der beiden Bereiche. Die Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit der Frau – übrigens auch des Mannes – ist nur möglich, wenn Beruf und berufliche Entwicklung, gesellschaftliche Tätigkeit und Familienleben miteinander vereinbart werden können.“[27] Untersuchungen haben ergeben, daß neben anderen Faktoren besonders die Bedingungen in der Familie die berufliche Tätigkeit und Entwicklung der Frau beeinflussen.[28] Das Problem der Frauenqualifizierung beinhaltet also gleichzeitig, die Tatsache der Doppelbelastung miteinzubeziehen.
In bezug auf die gesellschaftliche Anerkennung und Förderung der Frauenqualifizierung soll zunächst dargestellt werden, wie sie in die gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung einbezogen ist. In diesem Zusammenhang ist der Frauenförderungsplan zu nennen, der im Paragraph 127 des Gesetzbuches der Arbeit als Teil des Betriebskollektivvertrages gesetzlich verankert und in jedem Betrieb obligatorisch ist.[29]
Jeder Betriebsleiter und die BGL müssen im Frauenförderungsplan unter Beteiligung aller Betriebsangehörigen und besonders des Frauenausschusses Maßnahmen und Verpflichtungen zu folgenden Aufgabenbereichen festlegen:

25 Herta Kuhrig: Die Gleichberechtigung der Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 21.
26 Katja Stern, Brigitte Boeck: Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR, a. a. O., S. 68.
27 Herta Kuhrig: Die gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR, a. a. O., S. 161.
28 Vgl. Wulfram Speigner, Brigitte Weichert, Horst Weske: Probleme der Teilzeitarbeit von Frauen in der Industrie der DDR, in: Sozialistische Arbeitswissenschaften, Heft 1/71, S. 21 ff., A. G. Chartschew, S. I. Golod: Berufstätige Frau und Familie, Berlin 1972, S. 87 ff. Ilse Wolf: Probleme der Qualifizierung weiblicher Produktionsarbeiter ..., a. a. O., S. 121/122 sowie Tabelle 25. Ilse Wolf: Was bewegt eine Frau, sich zu qualifizieren? in: Arbeit und Arbeitsrecht, Heft 17/65, S. 392.
29 Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik mit wichtigen Nebengesetzen, hrsg. vom Ministerium der Justiz, Berlin 1970, S. 58/59.

1. Zur politisch-ideologischen Arbeit mit den Frauen,[30]

2. zur beruflichen Qualifikation der Frauen:

Der Frauenförderungsplan bestimmt in Zusammenhang mit der technisch-ökonomischen Entwicklung des Betriebes den Anteil der zu qualifizierenden Frauen bei den Facharbeitern, Meistern, Ingenieuren, Technikern, Ökonomen und in mittleren und leitenden Funktionen des Betriebes. Gemäß den Bedingungen, von denen die einzelnen Frauen ausgehen, sind differenzierte Formen der Qualifizierung anzuwenden und festzulegen, von der stufenweisen Qualifizierung über Frauensonderklassen und -lehrgänge bis zu regelmäßigen Aussprachen mit den sich qualifizierenden Frauen über Probleme ihres Studiums. Außerdem müssen Maßnahmen zur Erleichterung der Studienbedingungen, besonders der Mütter, getroffen werden, die die Versorgung der Kinder, die zeitweilige Freistellung von der Arbeit, die Benennung eines Paten und die Organisierung des Lehrstoffs betreffen. „Durch die Anordnung über die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und ihre Vorbereitung für den Einsatz in leitenden Tätigkeiten sind die Leiter verpflichtet, mit jeder Frau ihres Verantwortungsbereiches mindestens ein persönliches Gespräch über die Qualifizierung und den beruflichen Einsatz zu führen. Die dabei festgelegten Maßnahmen müssen Bestandteil des Kaderprogramms der einzelnen Betriebe werden und im Frauenförderungsplan so zusammengefaßt werden, daß eine Kontrolle über die Einhaltung der gegenseitigen Vereinbarungen möglich ist."[31]

3. Zum Einsatz der Frauen in mittleren und leitenden Funktionen des Betriebes entsprechend ihrer Qualifikation: Der Frauenförderungsplan hat in diesem Zusammenhang hauptsächlich die Funktion zu gewährleisten, daß Frauen, die sich für eine bestimmte Funktion qualifiziert und ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, auch tatsächlich entsprechend eingesetzt werden.

4. Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der weiblichen Werktätigen, besonders der lernenden Frauen und Mütter:
In diesen Komplex fallen Festlegungen für die Inanspruchnahme der betrieblichen und kommunalen Dienstleistungseinrichtungen, die zur Erziehung und Versorgung der Kinder, zur Regelung der Öffnungszeiten der Kindergärten und -krippen nach den Bedürfnissen der arbeitenden und lernenden Frauen.[32]
Mit den Frauenförderungsplänen, die die Funktion haben, „eine planmäßige, mit der gegenwärtigen Entwicklung des Betriebes und seiner Perspektive übereinstimmende Förderung der Frauen und Mädchen zu gewährleisten",[33] ist ein wichtiges Instrument vorhanden, um auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Frauen gemäß ihren Bedingungen und unter Berücksichtigung ihrer Doppelbelastung in steigendem Maße fachlich und politisch-ideologisch zu qualifizieren und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Die Voraussetzung zur Erfüllung dieser Funktion ist, daß der Frauenförderungsplan auf der Grundlage des Perspektiv- und Jahresplanes der Volkswirtschaft ausgearbeitet und seine

30 Vgl. Inge Hieblinger: Frauen in unserem Staat . . ., a. a. O., S. 62.
31 Ilse Wolf: Probleme der Qualifizierung weiblicher Produktionsarbeiter . . ., a. a. O., S. 69.
32 Vgl. Inge Hieblinger: Frauen in unserem Staat . . ., a. a. O., S. 68–70.
33 Ebd., S. 65.

Durchführung staatlich und gesellschaftlich kontrolliert wird. „Jährlich mindestens einmal müssen der Werkdirektor und die Betriebsgewerkschaftsleitung in einer gewerkschaftlichen Mitglieder- bzw. Frauenversammlung Rechenschaft über die Durchführung des Frauenförderungsplanes geben. Darüber hinaus hat die Betriebsgewerkschaftsleitung in den vielfältigsten Formen eine **Massenkontrolle** der Erfüllung des Frauenförderungsplanes zu organisieren. Hierbei kommt dem Frauenausschuß eine große Bedeutung zu. Die Massenkontrolle darf aber dem Frauenausschuß nicht allein überlassen werden."[34]

Ein weiteres Mittel der Planung der Qualifizierung der Frauen ist der Frauenarbeitsplatzkatalog. Er wird in verschiedenen Betrieben unterschiedlich gestaltet.[35] Die Arbeitsplatzkataloge beinhalten nach neuesten Erkenntnissen des Wissenschaftlichen Arbeitsstudiums und der Arbeitsplatzgestaltung durchgeführte Arbeitsplatzanalysen im Zusammenhang mit der komplexen sozialistischen Rationalisierung.

„Aufgabe der Arbeitsplatzkataloge ist es, für jeden einzelnen Arbeitsplatz die betriebliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der Tätigkeit, die Arbeitsbedingungen und -anforderungen, das gegenwärtig und zukünftig notwendige Qualifikationsniveau, die Qualifizierungsbedingungen und -möglichkeiten, die Entlohnung sowie die weiteren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten wissenschaftlich begründet zu bestimmen. In ihnen muß ausgewiesen sein, welche Arbeitsplätze von Frauen bzw. Männern eingenommen werden und welche weiteren Arbeitsplätze – insbesondere in den technischen Berufen und im Bereich der Facharbeiter – in den nächsten Jahren mit weiblichen Betriebsangehörigen zu besetzen sind. Aufgabe der Arbeitsplatzkataloge ist es weiterhin, auszuweisen, wie im Zuge der komplexen sozialistischen Rationalisierung die einzelnen Arbeitsplätze gesünder und rationell gestaltet, mehr als bisher der physischen Konstitution der Frau angepaßt werden und welche Arbeitsplätze bis zu welchem Zeitpunkt für Frauen neu zu erschließen sind."[36]

Der Frauenarbeitsplatzkatalog hat vor allem auch eine bedeutende Funktion, wenn es darum geht, Frauen traditionell „männliche" Arbeitsplätze zu erschließen. Stiebeiner berichtet aus Erfahrungen der Arbeit mit dem Frauenarbeitsplatzkatalog der VVB Schiffbau, wo es darum ging, Frauen in die materielle Produktion als Schlosser, Schweißer, u. ä. einzugliedern. Es stellte sich heraus, daß, sollte die Gleichberechtigung der Frau tatsächlich in diesem Bereich durchgesetzt werden, Arbeitsinstrumente und Arbeitsbedingungen, die bisher nur auf Männer zugeschnitten waren, den Bedingungen der Frauen angepaßt werden mußten. Eine Untersuchung z. .B von auftretenden Bandscheibenschäden der Frauen bei der Arbeit in der materiellen Produktion ergab, daß nicht die Frauen ungeeignet für diese „männliche" Arbeit waren, sondern die Arbeitsinstrumente zu schwer waren und diese Schäden hervorriefen.[37]

34 Ebd., S. 73/74.
35 Vgl. Kurt Stiebeiner: Der Frauenarbeitsplatzkatalog – ein Mittel zur Förderung und Qualifizierung der Frauen, in: Arbeit und Arbeitsrecht, Heft 11/65, S. 250 ff.
36 Inge Hieblinger: Frauen in unserem Staat . . ., a. a. O., S. 112.
37 siehe ebenda.

Der Frauenförderungsplan, der Frauenarbeitsplatz- und der – allerdings seltener erwähnte – Fraueneinsatzkatalog[38] sind Ausdruck dafür, daß unter Berücksichtigung der Doppelbelastung der Frauen, ihrer physischen Belastbarkeit und ihrer geringeren Qualifikation, Bedingungen geschaffen werden, die einem Qualifizierungsstreben der Frauen entgegenkommen bzw. es allererst initiieren. Dies zeigt sich außerdem an den differenzierten Formen und Methoden der Frauenqualifizierung:

Bei der Qualifizierung von angelernten Frauen zur Facharbeiterinnen wird besonders die Stufenausbildung und die Erleichterung der Prüfungsbedingungen bei Frauen über 35 Jahren, die mindestens drei Jahre im entsprechenden Ausbildungsberuf tätig waren, angewendet. Die Stufenausbildung umfaßt die Ausbildung für einfache bis zu hochqualifizierten Tätigkeiten, wobei die einzelnen Kurse aufeinander aufbauen. Jede Stufe endet mit einem selbständigen Abschluß, der gleichzeitig als Bestandteil der Facharbeiterprüfung anerkannt wird.[39]

Im Ministerratsbeschluß vom 19. April 1962 wurde die Einrichtung von Frauenklassen und -lehrgängen festgelegt, die Resultat der Erfahrungen aus der Schulung für weibliche Abgeordnete waren. „Ziel und Zweck der Frauenklassen und -lehrgänge ist es, den Frauen, die durch die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mutter, durch ihre Belastungen im Haushalt ungünstigere Lernbedingungen als die Männer haben, das Studium zu erleichtern und sie trotz dieser ungünstigeren Bedingungen schnell zu befähigen, die ihnen innewohnenden Fähigkeiten auszubilden. ... Die Frauenklassen bzw. -lehrgänge dürfen daher keineswegs so verstanden werden, als ob sich die Frauen schwerer als die Männer in den Problemen unseres politischen, wirtschaftlichen, technischen, kulturellen Lebens zurechtfänden."[40]

Die an den Fachschulen in Frauensonderklassen sich qualifizierenden Frauen erhalten beispielsweise bei dreijährigem Direktstudium von ihrem Betrieb ein Stipendium in der Höhe von bis zu 80 % ihres Lohnes. Außerdem haben sie die Alternative, während der Berufstätigkeit zu studieren, d. h. drei Tage wöchentlich in ihrem Beruf tätig zu sein und an zwei Tagen die Schule zu besuchen.[41]

Für die Weiterqualifizierung der Facharbeiterinnen zu Fach- und Hochschulkadern ist die Einrichtung des Frauensonderstudiums bzw. zur Erreichung des Doktorgrades an den Hochschulen die Frauensonderaspirantur zu nennen. Für eine Teilnahme daran schließen die Betriebe mit den Frauen Studienförderungsverträge ab, in denen die Finanzierung des Studiums vereinbart wird sowie Unterstützung beim Lernen und der berufliche Einsatz nach erfolgreichem Abschluß. Wenn eine Frau aus gesundheitlichen oder familiären Gründen gezwungen ist, das Studium abzu-

38 Hans Stadlmeier: Zur Gestaltung von Frauenarbeitsplätzen, in Arbeit und Arbeitsrecht, Heft 9/69, S. 267.
39 Herta Kuhrig, u. a.: Die Qualifizierung der Frauen ..., a. a. O., S. 41. Inge Hieblinger: Frauen in unserem Staat ..., a. a. O., S. 115.
40 Ebd., S. 116.
41 Herta Kuhrig: Die gesellschaftliche Stellung der Frau in der DDR, a. a. O., S. 172. Vgl. auch Heinz Völz: Fachschule analysiert die Arbeit mit den Frauensonderklassen, in: Arbeit und Arbeitsrecht, Heft 10/69, S. 301 ff.

brechen, kann sie es bei guten Leistungen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen.[42]

Die besondere Förderung der Frau ist Ausdruck dafür, wie das „Recht der Ungleichheit"[43] im Sozialismus faktisch aufgehoben wird. Bezogen auf die Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Produktionsarbeiterinnen hat sie dazu beigetragen, daß der Anteil der Frauen an den Teilnehmern der Erwachsenenqualifizierung zum Facharbeiter seit 1967 über 50 % beträgt,[44] was bei weitem den Facharbeiteranteil der Frauen in der industriellen Produktion von 28,1 % übertrifft. Von 1966 bis 1971 haben mehr als eine halbe Million Frauen einen Facharbeiterabschluß erworben, davon 40 % im Rahmen der Erwachsenenbildung.[45] 1961 qualifizierte sich in der sozialistischen Industrie nur jede zehnte Frau. 1970 war es jede fünfte.[46] Ebenso wie an der Facharbeiterausbildung beteiligten sich die Frauen in wachsendem Maße an der Ausbildung in den Frauensonderklassen der Fachschulen. 1968/69 studierten 8200 Frauen in 320 Frauensonderklassen, 1970/71 waren es 15 000 Frauen in 700 Frauensonderklassen, davon 200 in der Landwirtschaft.[47]

Als Problem der Durchführung der verschiedenen Formen der Frauenqualifizierung wird durchweg angesehen, daß die Frauen oft noch nicht genügende Unterstützung von den Leitern der Betriebe, der Bildungseinrichtungen, vom Arbeitskollektiv bis hin zum Ehemann erhalten. Dabei ist „die Situation in den Arbeitskollektiven oft sehr kompliziert, wenn eine oder sogar mehrere Frauen sich im Sonderstudium befinden. Die Quantität und Qualität der Arbeitsaufgaben bleiben bestehen bzw. erhöhen sich in diesem Zeitraum. Es werden also an die Leiter und Kollektive, an jeden einzelnen Mitarbeiter erhöhte Anforderungen gestellt, zusätzlich einen Teil der Arbeitsaufgaben der studierenden Frau zu übernehmen."[48]

Wichtig ist daneben die Haltung des Ehemannes zur Qualifizierung der Frau, seine Bereitschaft und Fähigkeit, Aufgaben des Haushalts und der Kindererziehung zu übernehmen. Die Betriebe führen deshalb Aussprachen mit den Männern durch: „Nicht selten war es der Mann, der den Frauen eine Qualifizierung nicht gerade leichtmachte. In vielen Brigaden überließ man die Auseinandersetzung mit den falschen Ansichten ihres Mannes nicht den Frauen allein. So war es oft für die Frau viel leichter, Verständnis und Hilfe beim eigenen Mann zu finden. Aber auch bei der Überwindung bestimmter häuslicher Schwierigkeiten sprangen die anderen

42 Vgl. dazu: Anordnung zur Durchführung der Ausbildung von Frauen im Sonder-Studium an den Hoch: und Fachschulen, vom 15. Mai 1970, in: GBl. II, S. 515. Anordnung zur Qualifizierung von wissenschaftlich ausgebildeten Frauen in einer Frauen-Sonderaspirantur an Universitäten und Hochschulen in der DDR, vom 16. September 1968, in GBl. II, S. 817. Zur Durchführung der Frauen-Sonderaspirantur, vgl. auch den Erfahrungsbericht von R. Bonke, u. a.: Erfahrungen im Rahmen unserer Frauen-Sonderaspirantur, in: Forschung, Lehre, Praxis. Organ der Gewerkschaft Wissenschaft, Nr. 1/72, S. 12/13.
43 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 104/105.
44 Inge Lange, Inge Hieblinger: Die Rolle der Frau im Produktionsprozeß ..., a. a. O., S. 342.
45 Vgl. Ingrid Schuster: Frauen in der DDR, a. a. O., S. 201.
46 Katja Stern, Brigitte Boeck: Das schöne Geschlecht ..., a. a. O., S. 64.
47 Vgl. Karl-Heinz Beier, Lilli Plater: Die Familie in der DDR. Berlin 1971, S. 34.
48 Vgl. Renate Freese: Zu einigen Problemen des Frauensonderstudiums, in: Probleme der Frauenqualifizierung, a. a. O., S. 139.

Mitglieder des Kollektivs ein.“[49] Solche „Einmischung“ des Arbeitskollektivs in „Familienangelegenheiten“ hat für die Frau eine unterstützende Funktion: „Man soll nicht warten, bis die Ehefrau selbst die Auseinandersetzung mit ihrem Mann beginnt, und man soll in den vielen Fällen, wo das Leben die Ehefrau dazu geführt hat, sich mit dem eigenen Mann über solche falschen Absichten und Gewohnheiten auseinanderzusetzen, die Frauen dabei unterstützen.“[50]

Daraus geht hervor, daß die besondere Förderung der Frau ihr keine „Sonderrechte“ schafft, indem sie ihre spezifischen sozialen Bedingungen berücksichtigt. Sie stabilisiert nicht die noch vorhandenen größeren Belastungen der Frau, indem sie sie berücksichtigt, sondern leitet einen Prozeß der Entstehung neuer Formen der gesamtgesellschaftlichen und familiären Arbeitsteilung ein. Die besonderen Maßnahmen zur Qualifizierung der Frau erweisen sich in zweierlei Hinsicht als förderlich: Einmal in bezug auf die Motivation der Frauen, sich für einen bestimmten Beruf zu qualifizieren, zum anderen in bezug auf die Aufhebung der noch vorhandenen Doppelbelastung der Frau durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung. An dieser Stelle wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Stellung der Frau im Produktionsprozeß und der Aufhebung ihrer Unterdrückung in Ehe und Familie besonders deutlich.

Untersuchungen bestätigen, daß mit steigender Qualifikation der Frauen ihre Mehrbelastung im Haushalt tendenziell zurückgeht. So weist Steiner nach, daß mit Zunahme der Qualifikation der Frau „eine Tendenz zur Abnahme der für die Hausarbeit angewandten Zeit sichtbar“ wird.[51] Ebenso stellt eine sowjetische Untersuchung fest, „daß mit der Erhöhung des Bildungsniveaus eine progressive Veränderung der Ansichten über die Rolle der Frau und ihrer Arbeit in der Familie, und zwar von seiten der Frau selbst als auch von seiten des Mannes einhergeht.“[52]

Es zeigt sich also, daß im Zusammenhang mit der Lösung der Probleme der berufstätigen Frauen in der DDR gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt werden, die – im Vergleich zu einer kapitalistischen Gesellschaft – außerordentliche Möglichkeiten für eine Persönlichkeitsentfaltung der Frauen bieten und die bürgerliche Weiblichkeitsideologie in den Bereich der Geschichte verweisen.

49 Inge Tilhein: Die Bedeutung der Teilnahme der Frau am sozialistischen Arbeitsprozeß für die vollständige Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und die allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit, a. a. O., S. 235/236.
50 Ebd., S. 295.
51 Irmgard Steiner: Zur historischen und bewußtseinsmäßigen Entwicklung der Berufstätigkeit der Frau, Dissertation, Berlin 1967, S. 148.
52 A. G. Chartschew, S. I. Golod: Berufstätige Frau und Familie, a. a. O., S. 93.

Edith Laudowicz

Die Bedeutung tagespolitischer Forderungen im revolutionären Kampf

Trotz vieler Beteuerungen bürgerlicher Parteien, daß die „Freie Marktwirtschaft“ sprich: das kapitalistische System, das stabilste sei, sind gegenwärtig die Erscheinungen einer tiefgreifenden Krise dieses Systems nicht mehr zu übersehen. Die Währungskrise, die sogenannte Energiekrise und die ständig steigenden Preise sind nur die augenfälligsten Merkmale. Hinzu kommt die Tatsache, daß wir zum ersten Male in der Entwicklung der BRD einen rapiden Zuwachs der Arbeitslosigkeit und eine drastische Kürzung des Lehrstellenangebots zu verzeichnen haben. Mühelos lassen sich zahlreiche Beispiele für den verstärkten Angriff auf die sozialen und politischen Interessen und Errungenschaften der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Bevölkerung finden. Im Sozial- und Bildungsbereich spitzt sich die Situation ständig weiter zu: Es fehlen Krankenhäuser, Krippenplätze, Kindergärten, Altenheimplätze; es fehlen Studienplätze, Weiterbildungsmöglichkeiten, Schulen und Lehrer.

Die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus berühren aber auch den ideologischen Bereich. Seitens bürgerlicher Ideologen wird ständig der Verlust des Bewußtseins über die Verteidigungswürdigkeit des kapitalistischen Systems beklagt, wird bedauernd festgestellt, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung überhaupt der Verlust eines „Lebensideals“, für das zu kämpfen sich lohne, zu verzeichnen sei.

Diesem Zustand wollen die bürgerlichen Parteien besonders in Wahlzeiten durch die Propagierung „staatstragender Ideen“ abhelfen. Hier zeichnet sich die CDU durch ihr demagogisches Gerede über die Verteidigungswürdigkeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus, die es gegen „Radikale“ mit allen Mitteln, auch dem des Berufsverbots, zu verteidigen gelte. Die FDP pocht auf die Konkurrenz von Ideen und Meinungen, die sich im „freien Spiel der Kräfte“ durchsetzen müssen. Die SPD hingegen, die deutlich die Attraktivität des real existierenden Sozialismus und des sozialistischen Gedankenguts erkannt hat, versucht mit der Propagierung des „demokratischen Sozialismus“ vor allem die Jugend von der wirklichen sozialistischen Bewegung abzuhalten.

Aber alle Bemühungen dieser Parteien können die Auswirkungen der Kreise nicht übertünchen, tragen schon gar nicht zu einer realen Verbesserung der Situation der Werktätigen und anderer Schichten bei. Breite Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten (Angestellte, Bauern, Studenten u. a.) haben in den vergangenen Monaten ihre Bereitschaft gezeigt, für die Durchsetzung ihrer sozialen und politischen Rechte zu kämpfen.

Machtvolle Höhepunkte waren die Aktionen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, war der Marsch der 40 000 Studenten nach Bonn, die für die Er-

höhung des Ausbildungsförderungssatzes demonstierten, war der Streik der Metallarbeiter im Unterwesergebiet.

Angesichts der Zuspitzung der krisenhaften Entwicklungen nehmen die Kämpfe um die Erhaltung und Verbesserung des Lebensniveaus zu. Zugleich spielen Forderungen nach Verbesserung der Arbeitssituation – Pausenzeiten, Urlaubstage etc. – sowie nach Mitbestimmung eine wachsende Rolle.

Angesichts der sich ständig verschärfenden Situation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gilt es, durch Kampfaktionen der Arbeiterklasse unter breiter Einbeziehung anderer Schichten der Bevölkerung die schlimmsten Auswirkungen der Krise abzumildern und eine weitere Verschlechterung zu verhindern. Der Durchsetzung tagespolitischer Forderungen kommt in dieser Situation besonderes Gewicht zu.

Dem hat die Deutsche Kommunistische Partei durch die Entwicklung von 10 Sofortmaßnahmen Rechnung getragen, das hat der 3. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS durch die Aufstellung von Sofortforderungen zum BAFöG und zum Kampf gegen das HRG berücksichtigt.

DKP-Vorschläge zur Abwendung der Krisenlasten

„Um die arbeitende Bevölkerung unseres Landes soweit wie möglich vor den Auswirkungen einer Wirtschaftskrise zu schützen, hält unsere Partei folgendes für geboten:

- Notwendig ist jetzt vor allem eine massive Stärkung der Massenkaufkraft, weil nur so dem Absatz- und Produktionsrückgang in der Konsumgüterindustrie begegnet und einer entsprechenden Entwicklung bei der Erzeugung von Produktionsmitteln vorgebeugt werden könnte.
- Notwendig ist eine aktive Lohnpolitik; Tariferhöhungen von 15 oder 18 Prozent sind alles andere als maßlos. Die arbeitende Bevölkerung braucht derartige Lohnerhöhungen, und derartige Lohnerhöhungen sind wirtschaftspolitisch sinnvoll.
- Notwendig ist eine spürbare Steuerentlastung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie geringer und mittlerer Einkommen der Bauern, der Mittelschichten. Der Eingangssteuersatz ist von jetzt 19 Prozent auf 15 Prozent zu senken; die Grenze der Progression ist so heraufzusetzen, daß Löhne und Gehälter nicht erfaßt werden; die Steuerfreibeträge für Arbeiter und Angestellte sind wesentlich zu erhöhen.
- Notwendig sind Erhöhungen der Renten, der Stipendien; die Forderung der Studenten nach Erhöhung der BAFöG-Sätze sind berechtigt und müssen noch 1974 erfüllt werden.
- Notwendig ist die Ausschöpfung aller gesetzlichen Mittel für einen gezielten Preisstopp, um so der Preistreiberei der Großkonzerne entgegenzuwirken; Produktionsverlagerungen und Kapitalflucht ins Ausland sind zu verhindern.
- Notwendig ist jetzt die Orientierung auf eine antimonopolistische, nationale und demokratische Energiepolitik durch eine Steigerung der Steinkohleförderung, die Verstaatlichung westdeutscher Tochtergesellschaften multinationaler Ölkonzerne unter demokratischer Kontrolle sowie die Aufnahme von Direktbeziehungen zu den Förderländern, mit denen langfristige Verträge über den Import von Öl und den Export von Industrieausrüstungen abzuschließen sind.
- Notwendig ist die Ausschöpfung aller Möglichkeiten für die Ausweitung des Handels und der Kooperation mit den sozialistischen Ländern, was die Preisgabe der ständigen Versuche, Wirtschaftsbeziehungen für Zwecke politischer Erpressung zu benutzen, voraussetzt.
- Notwendig sind verstärkte öffentliche Investitionen auf dem Gebiet der Infrastruktur, das heißt vor allem auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und des öffentlichen Nahverkehrs; den Städten und Gemeinden ist ein höherer Anteil am Steueraufkommen zu gewähren.
- Notwendig ist eine unverzügliche Kürzung der Rüstungsausgaben um zunächst 15 Prozent, die Unterbindung der Steuerflucht ins Ausland, die Einziehung der aus Wirtschaftsverbrechen gewonnenen Profite, ist die Streichung der Milliarden-DM-Subventionen für das Großkapital.
- Notwendig ist das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben und in der Wirtschaft; die produktions- und marktbeherrschenden Konzerne müssen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden."*

MSB-Spartakus-Sofortforderungen gegen das HRG

„Als Sofortforderungen stellen wir auf:
1. Für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zur gesellschaftlichen Interessenvertretung der Studenten, d. h. dem politischen Mandat! Diese Forderungen werden auch von sämtlichen demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen und vor allem vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt.
2. Für das Recht auf uneingeschränkte Kritik arbeiterfeindlicher militaristischer Forschung und Lehre! Deshalb kein Ordnungsrecht in den Hochschulgesetzen! Auch die GEW und der Bund Demokratischer Wissenschaftler haben sich gegen solche Ordnungsbestimmungen gewandt.
3. Keine Regelstudienzeiten! Keine Zwangsexmatrikulationen! Aktuell wird es darum gehen, das Festschreiben solcher Regelstudienzeiten zu verhindern und bessere Bedingungen für die Verwirklichung einer demokratischen Ausbildungsreform zu schaffen. Die Alternative zur Regelstudienzeit kann allerdings nur sein: grundlegende Verbesserung der materiellen Studienbedingungen und eine Studienreform, die eine wissenschaftliche und demokratische Ausbildung ermöglicht. Dadurch grenzen wir uns auch ab von der Demagogie rechter Studentengruppen, die verbal ebenfalls die Regelstudienzeit angreifen. Daß die Herrschenden den Widerstand der Studenten gerade gegen diese Gesetzesbestimmung fürchten, beweist, daß die ersten Vorstellungen zu einer solchen Zwangsjacke für das Studium bereits 1966/67 entwickelt und veröffentlicht wurden, aber die herrschende Klasse es bis heute nicht gewagt hat, sie durchzusetzen.

* Herbert Mies, Der Ausweg aus der drohenden Krise, Referat auf d. 2. PV-Tagung der DKP 1974.

Die Geschichte der Studentenbewegung beweist uns, welche Möglichkeiten zur Massenmobilisierung gerade gegen diese Studienreglementierung bestehen.
4. Für die Verteidigung und Stärkung der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen! Keine staatliche Fachaufsicht in Forschung, Lehre und Berufungen!
5. Für die Kontrolle sämtlicher Forschungsvorhaben und Projekte durch die Fachbereiche!
Auch diese Forderungen treffen auf die Unterstützung der Gewerkschaften, fortschrifttlicher Hochschullehrer und von Teilen der Regierungsparteien.
Mit dieser Orientierung gilt es jetzt eine einheitliche, bundesweite Kampagne zu entwickeln, die die ganze Kraft der demokratischen Bewegung in die Waagschale wirft zur Durchsetzung unserer konkreten Forderungen und Ziele. Das heißt für uns auch: die Zeiten der bloßen Aufklärung über das Gesetz sind vorbei; es kommt darauf an, einen konsequenten Kampf für die Realisierung der Sofortforderungen zu entwickeln.'"*

Die Durchsetzung dieser Sofortforderungen verhindert zunächst die unmittelbare Verschlechterung der Situation der Arbeiter, Angestellten, Studenten und anderer. Der Kampf um ihre Durchsetzung ermöglicht es, weiter Teile der Bevölkerung einzubeziehen. Der Charakter der Forderungen wird von der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer Veränderung geprägt. Durch sie wird aber zugleich eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten erreicht.

Wie ernst nehmen die Marxisten die Sorgen und Nöte der Bevölkerung?

Viele Arbeiter und Studenten haben in den vergangenen Kämpfen selbst feststellen können, daß es gerade die Marxisten waren, die sich am aktivsten für ihre Interessen eingesetzt haben. Von der bürgerlichen Presse ist immer wieder die Behauptung verbreitet worden, daß die Kommunisten lediglich für die tagespolitischen Interessen der Arbeiterklasse und Studenten einträten, um diese Kämpfe für ihre Zwecke umzufunktionieren, den Kampf „für ihre Ziele zu mißbrauchen". Die Geschichte der kommunistischen Bewegung widerlegt diese Lüge. Schon im Kommunistischen Manifest ist deutlich das Verhältnis der Marxisten zu den tagespolitischen Kämpfen der Arbeiterklasse ausgedrückt: „Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung."[1] In Konsequenz dieser Aussage setzte sich die Sozialdemokratische Partei von Anfang an für die Tagesnöte der Arbeiterklasse ein: sie kämpfte gegen die Kinderarbeit, für den Achtstundentag, sie forderte eine Verbesserung des Bildungssystems. Die Sozialistische Jugendbewegung setzte sich vor allem für eine Verbesserung der Lage der Lehrlinge ein. So konnte z. B. durch eine breite Kampagne der sozialistischen Jugendorganisationen in den verschiedensten Gebieten verhindert werden, daß 1916 der sogenannte „Sparzwangerlaß", der die Einbehaltung eines Teils des Arbeitsentgeltes der Lehrlinge für Rüstungszwecke vorsah, voll zur Anwendung kam.

* aus: Bericht des Bundesvorstandes an den 3. Bundeskongreß des MSB Spartakus, Frankfurt/M., Febr. 1974, Berichterstatter: Steffen Lehndorff, in: Protokollbuch, S. 34.
1 Marx, Karl: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1972, 2. Aufl., S. 23.

Auch während der Weimarer Republik trat die KPD für die Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse ein. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Deutschland hatten verheerende Folgen angenommen. In der „Resolution zur politischen Lage und die Aufgaben der Partei", angenommen auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 1. September 1925 heißt es: „Neben unserer Losung: Für die Industrieverbände und Gewerkschaftseinheit! stellen wir folgende Hauptforderungen als nächste unmittelbare Kampfziele auf:
Kampf für höhere Löhne, Kampf dem Achtstundentag! Sechsstundenschicht für Feuer-, Berg- und Chemiearbeiter (weitere Lohnforderungen) ... Unentgeltliche Überlassung von Brennstoff, Gas, Wasser usw. durch die Kommunen an die Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte usw.! Mieterlassung für die Erwerbslosen! Kampf zur Erweiterung der Rechte der Betriebsräte auf dem Wege zur Kontrolle der Produktion, insbesondere aber ein unzweideutiges Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten!
... Kampf gegen die Teuerung (es folgen verschiedene Vorschläge).
Scharfe progressive Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen ... (es folgen weitere Forderungen)[2].
Vergleichen wir diese Forderungen mit den jetzt aufgestellten Sofortforderungen der DKP zur Abwendung der Auswirkungen der Krise, so stellen wir fest, daß sie auf dem Niveau der inzwischen erkämpften Erfolge ihrem Wesen nach die gleichen sind.
Auch unter den Bedingungen des Faschismus traten die Kommunisten mit aller Kraft für die tagespolitischen Interessen der Arbeiterklasse ein. Gerade für die Schaffung der Einheitsfront aller Antifaschisten, für die Schaffung eines breiten Bündnisses kam dem Kampf um die unmittelbaren tagespolitischen Interessen besonderes Gewicht zu. Georgi Dimitroff führte auf dem 7. Weltkongreß der Kommunisten Internationale im Juli 1935 in Moskau in seinem Referat „Was ist und was soll der Hauptinhalt der Einheitsfront in der gegenwärtigen Etappe sein" aus: „Die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus muß der Ausgangspunkt und der Hauptinhalt der Einheitsfront in allen kapitalistischen Ländern sein ... Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die breite Einheitsfront durch gemeinsame Aktionen der Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen zum Schutz der Lebensinteressen der werktätigen Massen hergestellt wird.
Das bedeutet erstens den gemeinsamen Kampf für die Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der herrschenden Klasse, auf die Schultern der Kapitalisten, der Grundherren, mit einem Wort auf die Schultern der Reichen."[3]

Als letztes Beispiel sei noch der Aufruf der Kreisleitung der KPD Frankfurt aus dem Jahre 1945 zur gemeinsamen Aktion aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte angeführt. Ein Teil der dort aufgestellten 10 Sofortforderungen zielt auf die

2 Autorenkollektiv, Geschichte der Arbeiterbewegung, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, S. 433.
3 VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Referate, Diskussion, Schlußwort, Resolutionen, Frankfurt 1971, S. 94.

Demokratisierung und Entnazifizierung der Gesellschaft ab, gleichermaßen wird aber den dringendsten Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen. So lautet die 4. Forderung: „Für die energische Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung, für die gerechte Verteilung der Lebensmittel, u. a." Die 7. Forderung: „Für die beschleunigte Säuberung unserer Stadt von Schutt und Trümmern. Für die schnelle Erstellung von Wohnraum durch Ermutigung der Volksinitiative durch saubere Lenkung der dringlichen Bedarfsdeckung."[4]

Die angeführten Beispiele dürften hinreichend beweisen, daß die Vertretung tagespolitischer Forderungen keine Erfindung bürgerlicher Parteien ist. Ganz im Gegenteil, auch unter den schwierigsten Bedingungen haben sich die Kommunisten für eine reale Verbesserung der Situation der Werktätigen und anderer Schichten eingesetzt.

Wie ordnet sich der Kampf für die tagespolitischen Interessen in die revolutionäre Strategie ein?

Die bürgerlichen Parteien versuchen durch das Aufstellen tagespolitischer Forderungen den Anschein zu erwecken, es ginge ihnen um die wirkliche Verbesserung der Situation der Werktätigen. Insbesondere die SPD hat „gesellschaftliche Reformen" auf ihr Schild geschrieben, ohne zugleich aber für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsordnung einzutreten. Deshalb muß geklärt werden, in welcher Weise sich der Kampf um die tagespolitischen Interessen, die Durchsetzung von Sofort- und Teilforderungen in die revolutionäre Strategie einordnet. Diese Frage spielt einerseits im Hinblick auf die Gewinnung breiter Massen für den Sozialismus, andererseits im Hinblick auf die Herstellung der Aktionseinheit eine große Rolle. Innerhalb der kommunistischen Parteien und der kommunistischen Weltbewegung nahm die Diskussion der Einordnung der tagespolitischen Forderungen in den revolutionären Kampf breiten Raum ein. Die Klärung dieser Frage war verbunden mit der Durchsetzung des Leninismus in der Frage des Verhältnisses von Reform und Revolution innerhalb der kommunistischen Parteien. Ihre Klärung beinhaltete zugleich eine entschiedene Abgrenzung von reformistischen und ultralinken Kräften.

In dem Bericht Clara Zetkins an den 8. Parteitag der KPD über den IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vom 30. Januar 1923 wird dieser Frage breiter Raum gewidmet. In ihren Ausführungen über den Programmentwurf der IV. Internationale kritisiert Clara Zetkin all jene Kräfte, die die Aufstellung von Übergangsforderungen als opportunistisch und reformistisch zurückweisen. Sie betonte nachdrücklich: „Für mich besteht kein trennender Strich zwischen Übergangsforderungen und grundsätzlichen Forderungen des Programms, weil kein Gegensatz bestehen darf zwischen unserer Theorie und Praxis, zwischen grundsätzlicher Einstellung und Taktik. Die praktischen Teil- und Übergangsforderungen müssen eines Wesens mit unseren Grundsätzen sein ... Unsere Teil- und Übergangsforderungen stehen in einem engen inneren organischen Zusammenhang mit unserem grundsätzlichen Programm. Sie sind nichts als praktische Auswirkungen unserer

4 Dokumente der KPD 1945–56, Berlin 1965, S. 23.

Grundsätze, diese übertragen auf die praktischen Tageskämpfe der breiten Massen unter den gegebenen tatsächlichen Verhältnissen, um die Massen zur Eroberung der politischen Macht zu führen."[5]

In den Thesen über die Taktik der Kommunistischen Parteien, die auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale am 8. Juli 1924 in Moskau angenommen wurden, finden wir nähere Ausführungen zum Charakter von Teilforderungen und ihrer Einordnung in die revolutionäre Strategie.

a) Die von uns aufgestellten Teilforderungen müssen der lebendigen Wirklichkeit entspringen, das heißt, sie müssen derart sein, daß mit der Unterstützung derselben durch die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung gerechnet werden kann.

b) Solche Forderungen müssen in der Richtung der revolutionären Entwicklung liegen.

c) Solche Forderungen müssen stets mit dem Endziel verknüpft werden.

Wir müssen vom Speziellen zum Allgemeinen, von Teilforderungen zum Gesamtsystem jener Forderungen schreiten, die zusammengefaßt die sozialistische Revolution bedeuten.[6]

Aus diesen Ausführungen können wir wichtige Punkte verallgemeinern: Tagespolitische (Sofort- und Teil-)Forderungen müssen auf die Gewinnung breiter Massen gerichtet sein, sie müssen dem Kampf eine Perspektive geben, d. h. sie müssen über das unmittelbare Ziel hinausweisen und die Arbeiterklasse mit der Machtfrage konfrontieren. Teilforderungen müssen auf die weitere Demokratisierung der Gesellschaft und auf die Einschränkung der Macht des Großkapitals gerichtet sein.

In den Thesen über die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei, die auf einer Sitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im April 1925 verabschiedet wurden, heißt es dazu:

„Die bolschewistische Partei ist in der Tat die Partei der Diktatur des Proletariats, gerade aber darum stellt sie zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats systematisch Teilforderungen auf, die sie mit den revolutionären Aufgaben verknüpft."[7] Im weiteren Verlauf der Thesen wird hervorgehoben, daß der Kampf um die Durchsetzung tagespolitischer Interessen breiten Massen an Hand eigener, konkreter Erfahrungen die Überlebtheit des kapitalistischen Systems insgesamt bewußt gemacht werden kann. Jedes Ablehnen von Teilforderungen und jedes Abrücken von den tagespolitischen Kämpfen bedeutet de facto eine Ablehnung der Entwicklung der Masseninitiative. Im Hinblick auf die Rolle der Kommunistischen Parteien heißt es in den Thesen: „Gleichzeitig zeigen die Kommunisten den Massen an Hand der Erfahrung, daß es gerade die Reformisten sind, die jeden ernsthaften Kampf um die Teilforderungen sabotieren, und daß gerade die Kommunistische Partei, die auf die Entfesselung der Machtkämpfe eingestellt ist, einzig und allein fähig ist, den Kampf um die Tagesinteressen der werktätigen Massen konsequent

5 Zetkin, Clara; Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 179.
6 Geschichte der, a. a. o. a., S. 403.
7 Geschichte der, a. a. o. a., S. 409.

zu führen und die Anschläge auf ihren Lebensstandard abzuwehren."[8] Angesichts der sich verschärfenden Krise und der drohenden Gefahr des Faschismus galt es, breite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Deshalb spielte die Frage der Kampfformen und Kampfmethoden eine wichtige Rolle. In dem Programm der Kommunistischen Internationale, das auf dem VI. Weltkongreß der Komintern am 1. September 1928 angenommen wurde, wurde noch einmal nachdrücklich die Notwendigkeit des Eintretens für die tagespolitischen Interessen zur Herstellung der Einheitsfront betont: „Die Tagesforderungen und Tageskämpfe der Arbeiterklasse zu vernachlässigen ist ebenso unzulässig wie die Beschränkung der Tätigkeit der Partei auf diese allein. Aufgabe der Partei ist es, ausgehend von den Tagesnöten, die Arbeiterklasse in den revolutionären Kampf um die Macht zu führen."[9]

Noch größere Bedeutung kam dieser Frage unter den Bedingungen des Faschismus für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront zu.

Der Inhalt tagespolitischer Forderungen ist abhängig von der nationalen und internationalen Lage, vom Verhältnis der Klassenkräfte und dem Grad der Festigkeit und Organisiertheit der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, sowie der Kampferfahrung und Kampfbereitschaft der Werktätigen und anderer Schichten. Unter faschistischen Bedingungen war für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront die Einschätzung dieser Faktoren von ausschlaggebender Bedeutung für die Aufstellung von tagespolitischen Forderungen. In seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß wies Georgi Dimitroff noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß es darauf ankomme, konkret am Bewußtseinsstand breiter Massen anknüpfende Forderungen zu stellen, und wies alle Ansätze sektiererischen Verhaltens in dieser Frage energisch zurück. „... Propaganda und Agitation (sind) allein nicht imstande, den Massen die **eigene** politische Erfahrung zu ersetzen, wenn es sich darum handelt, wirlich breite Massen auf die Seite der revolutionären Vorhut zu bringen, was für den siegreichen Kampf um die Revolution unerläßlich ist."[10]

Mit dieser Aussage grenzt er sich gegen all jene Kräfte ab, die (auch heute noch!) meinen, daß Bewußtseinsbildung allein durch Agitation zu betreiben ist und nicht durch die konkrete Kampferfahrung sich herausbildet. Zur Frage der Bewußtseinsbildung schlußfolgert Dimitroff: „... wir wollen immer breitete Massen in den revolutionären Kampf einbeziehen und sie, von ihren brennendsten Interessen und Nöten ausgehend, auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrung an die proletarische Revolution heranführen."[11]

Diese Aussagen haben für die aktuelle Situation nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Jedoch ergeben sich im Hinblick auf die Aufstellung tagespolitischer Forderungen noch einige weitere Momente, die berücksichtigt werden müssen.

Der faschistische Staat und die Periode des kalten Krieges haben tiefe Spuren im Bewußtsein der Arbeiterklasse hinterlassen. So ist das Klassenbewußtsein der Werktätigen weitgehend verschüttet (bzw. konnte sich kaum neu entwickeln), so bestand bis vor kurzem wenig Bereitschaft, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Allerdings sind spätestens seit 1967 durch die krisenhafte Entwicklung

8 Geschichte der, a. a. o. a., S. 409.
9 Geschichte der, a. a. o. a., S. 499.
10 VII. Weltkongreß, a. a. o. a., S. 124.
11 VII. Weltkongreß, a. a. o. a., S. 137.

des Kapitalismus und vor allem auch durch das veränderte nationale und internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, bedeutende Veränderungen erfolgt.

Seitens der Bourgeoisie werden immer stärkere Bemühungen unternommen, die Eindämmung der demokratischen und antimonopolistischen Bewegung durch eine langfristige Strategie, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfaßt, zu erreichen. Bei der Stabilisierung der Macht spielen auf Formierung und Integration gerichtete Methoden der politisch-ideologischen Beeinflussung der Massen eine besondere Rolle. So etwa das Bemühen der SPD-FDP-Regierung, den Forderungen nach Preisstopp für Grundnahrungsmittel mit dem Hinweis der Möglichkeit und angeblichen Wirksamkeit der Regulierung der Preise durch Käuferboykott zu begegnen; den berechtigten Forderungen nach höherem Lohn und größerer Beteiligung an den Profiten der Großkonzerne durch die Propagierung der sog. „Vermögensbildung" die Spitze zu brechen oder etwa, wie jüngst, die Forderung nach Preisstopp für Heizöl durch die Gewährung von Heizkostenzuschüssen (selbstverständlich aus Steuergeldern und nicht aus den Konzernprofiten) zu umgehen.

Aus diesen Beispielen wird sichtbar, daß die Vorschläge der SPD zur Schwächung des Kampfes der Arbeiterklasse beitragen, daß sie in keiner Weise dazu geeignet sind, das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zu entwickeln, sondern sie im Gegenteil in das staatsmonopolistische System integrieren. Den verstärkten Bemühungen der Bourgeoisie um die Gewinnung der Arbeiterklasse stellt die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ihre wissenschaftlich begründete Gesamtstrategie entgegen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfaßt, in der die Tagesaufgaben organisch verbunden sind mit dem Kampf um die antimonopolistische Umgestaltung und das sozialistische Ziel.

Zusammenfassend können wir für die Einordnung des Kampfes um die tagespolitischen Interessen in die revolutionäre Strategie feststellen:

Die antimonopolistisch-demokratische Alternativpolitik muß alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen, die tagespolitischen Sofort- und Teilforderungen müssen eingebettet sein in die revolutionäre Gesamtstrategie.

Revolutionäre tagespolitische Forderungen müssen sich in ihrer Gesamtheit und in ihrer konkreten Ausprägung gegen die Macht der Konzerne richten, sie müssen die Arbeiterklasse und andere Schichten an die Machtfrage heranführen.

Tagespolitische Forderungen müssen den konkret-historischen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse und anderer Schichten und ihre Kampferfahrung berücksichtigen. Sie dürfen nicht lediglich agitatorischen Charakter besitzen, sondern müssen auf die Durchsetzbarkeit hin formuliert werden. Erst die Erringung tatsächlicher Erfolge fördert das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, stärkt die Kampfbereitschaft. Anknüpfend an die konkreten Bedürfnisse und am tatsächlichen Bewußtseinsstand müssen sie das Bewußtsein der Beteiligten in der Auseinandersetzung selbst auf eine höhere Stufe heben. Das bedarf der ständigen Analyse des sich entwickelnden Bewußtseins der Arbeiterklasse und anderer Schichten, die genaue Beobachtung der

Veränderung der politischen Bedingungen, besonders der wissenschaftlichen Analyse der konkreten Bedingungs- und Erscheinungsformen der kapitalistischen Widersprüche.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die positive Orientierung. „Demokratische Alternativen sind nicht nur Anti, sondern vor allem Pro zugleich. Sie bedeuten eine Ablehnung billiger, rein demagogischer und wahltaktischer Losungen. Die gesamte Geschichte der revolutionären Klassenkämpfe bis zu den jüngsten Erfahrungen zeigt, daß irreale Forderungen und Losungen bzw. solche ohne Bezug auf die real möglichen Schritte der revolutionären Bewegung in der allernächsten Zeit auch keine echten bewußtseinsbildenden Wirkungen zeitigen, daß sie letztlich zu einer Trennung von der Masse des Volkes führen."[12] Das letztere trifft z. B. auf die Forderung des „KBW" zu, die Lehrer vom Volke wählen zu lassen, angesichts des wachsenden Anteils der von werktätigen Schichten entrichteten Lohnsteuer am staatlichen Steueraufkommen die indirekten Steuern abzuschaffen, oder etwa die Forderung, eine Volksarmee aufzustellen, die von den Kapitalisten bezahlt wird. Diese Forderungen entsprechen weder den realen Möglichkeiten noch berücksichtigen sie den Bewußtseinsstand der Bevölkerung noch weisen sie eine Kampfperspektive, die zu einer Veränderung der Gesellschaftsordnung führt. In der gegenwärtigen Situation haben diese Forderungen keinerlei bewußtseinsbildende Wirkungen. Echt bewußtseinsbildende Forderungen sind solche, die an den unmittelbaren Sorgen und Nöten der Arbeiterklasse anknüpfen, die praktikabel sind, die der Masse der Bevölkerung verständlich sind und ihr zugleich die Richtung des Kampfes weisen. Ausgehend von den grundlegenden Lebensinteressen des ganzen Volkes müssen solche tagespolitischen Forderungen entwickelt werden, die die Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Arbeitern, Angestellten und Studenten fördern, die der Herausbildung eines breiten antimonopolistischen Bündnisses dienen, in das verschiedene nichtproletarische Klassen und Schichten, politische Bewegungen und Gruppen einbezogen werden können. „Die demokratisch-antimonopolistischen Alternativen müssen im Schnittpunkt zwischen dem Postulat der Massenwirksamkeit und dem Postulat der Systemveränderung liegen."[13]

So eingeordnet in die revolutionäre Gesamtstrategie sind gerade auch die tagespolitischen Kämpfe geeignet, das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zu heben, ihre Kampfkraft zu stärken. Sie können eine Erweiterung und Vertiefung der Kampferfahrung bewirken und führen die Arbeiterklasse und andere Schichten an weitere und höhere Kampfpositionen heran. Gerade angesichts der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Systems, die weite Teile der Bevölkerung unmittelbar betrifft, gilt es, die neuen Möglichkeiten der Entfaltung des antimonopolistischen Kampfes zu nutzen, gilt es breite Teile unmittelbar in den Kampf einzubeziehen.

Dieser Erkenntnis tragen die 10 Sofortmaßnahmen der DKP und die Sofortforderungen des 3. Bundeskongresses des MSB Spartakus Rechnung. In den Thesen

12 Autorenkollek., Ltg.: Reißig, R.; Antimonopolistische Alternative – Sozialistische Perspektive, Zur Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Kampf um Demokratie und Sozialismus, Berlin, 1973, S. 93.

13 Autorenkollekt., Antimonopolistische Alternative. . ., a. a. o. a., S. 98.

der DKP heißt es in der Einleitung zur Verbindung der Tageskämpfe mit dem Kampf um den Sozialismus: „Für die DKP, als Partei der Arbeiterklasse, sind die Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der arbeitenden Menschen der Maßstab ihrer Politik."[14] „Die DKP bekämpft die verstärkten Bemühungen, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen den Interessen des Großkapitals und seines staatsmonopolistischen Systems unterzuordnen. Sie sieht ihre Aufgabe darin, der Arbeiterklasse und allen anderen nichtmonopolistischen Kräften bewußt zu machen, daß sie in ihrem Kampf um ihre elementaren Interessen nur dann dauerhafte Erfolge erreichen können, wenn das politische Kräfteverhältnis grundlegend zu ihren Gunsten verändert wird."[15]

Mit dieser Aussage und den konkreten Sofortmaßnahmen grenzt sich die DKP entschieden von allen reformistischen Kräften ab, aber auch von den Sektierern.

Ausgangspunkt der Forderungen ist die reale Lage der Werktätigen, ist der Angriff auf ihren Lebensstandard, der der Arbeiterklasse und anderen Bevölkerungsteilen allgegenwärtig ist. Anknüpfend an diesen Sachverhalt zeigen die Forderungen der Arbeiterklasse zugleich, gegen wen die Stoßrichtung des Kampfes gehen muß und in welcher Weise mit ihrer Durchsetzung auch eine wirksame Veränderung im Interesse der Arbeiterklasse zu erreichen ist. Sie unterscheiden sich damit entschieden von den Vorschlägen der SPD-Führung zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung. Die Verwirklichung der von ihr gemachten Vorschläge führt letztlich nur zu einer Verschiebung der Belastungen; so z. B. der Vorschlag, die hohen Mietkosten durch die Beantragung von Wohngeld (aus Steuergeldern selbstverständlich!) aufzufangen, oder die Tatsache, die Erhöhung der studentischen Ausbildungsförderung durch Kürzung des Etats für den Hochschulausbau zu ermöglichen.

Für die Maoisten bedeutet der Kampf um die unmittelbaren Interessen lediglich eine Methode, im konkreten Kampf „Aufklärung" über den Charakter des Systems zu betreiben. So haben sie in den Lohnkämpfen und im Kampf um die Erhöhung des BAFöG agitatorische Höchstforderungen gestellt, ohne der Arbeiterklasse und den Studenten zu sagen, wie diese durchzusetzen sind, gegen wen und was sie sich richten müssen. Ähnlich verhält es sich auch mit ihrem Kampf etwa um die Einstellung (bzw. Wiedereinstellung) vom Berufsverbot Betroffener. Anstatt im konkreten Fall den politischen Charakter einer solchen Maßnahme zu diskutieren, anstatt gegen die politische Disziplinierung durch die Forderung nach Einstellung der Betroffenen zu kämpfen, stellen sie abstrakte Forderungen etwa in der Richtung „Kampf der politischen Disziplinierung" o. ä.

Nur durch die Verbindung von Aktuellem und Grundsätzlichem in den Tageskämpfen werden diese auch zu einem Erfolg führen, werden sie einen Aufschwung des Massenkampfes mit sich bringen. Diese Erkenntnis bringt auch der MSB Spartakus in seiner Grundsatzerklärung zum Ausdruck. „Um dem Kampf der Studenten Richtung und Ziel zu geben, entwickelt der Marxistische Studentenbund Spartakus, ausgehend von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Mehrheit der Studenten, ein Programm der demokratischen Alternative zur Politik des

14 Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, Einleitung.

15 Thesen, a. a. o. a., These 3, S. 9.

Großkapitals im Wissenschafts- und Ausbildungssektor. Er entwickelt eine Strategie, die den Kampf an der Hochschule mit dem Kampf um den Sozialismus verbindet."[16]

Eine Konkretisierung dieser Aussage bildet das „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten". Entstanden aus den wirklichen Kämpfen an den bundesdeutschen Hochschulen knüpft es an dem Bewußtseinsstand der Studenten an, hebt ihren Kampf auf eine höhere Stufe. Die dort entwickelten Alternativforderungen ermöglichen die Einbeziehung weiter Teile der Studenten, machen diese sogar zur Voraussetzung ihrer Verwirklichung und führen den studentischen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse.

Die aktuellen Schwerpunkte des Kampfes allerdings werden durch die objektiven Entwicklungen bedingt, d. h. durch die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und den Grad der Entwicklung der Kämpfe.

So formulierte der 3. Bundeskongreß des MSB Spartakus nach umfassender Analyse der gegenwärtigen Lage für den Kampf der Studenten im nächsten Semester 4 Hauptaufgaben, die an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Studenten anknüpfen, die ihrem weitverbreiteten Protest gegen die undemokratische Bildungspolitik und die wirtschaftliche Lage Rechnung tragen. Sie sind von der Einschätzung geprägt, daß es gegenwärtig darauf ankommt, die errungenen Erfolge auszubauen, den Kampf zu stabilisieren und kontinuierlich weiterzuentwickeln.[17]

16 Grundsatzerklärung des MSB Spartakus, in: Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten, Bonn 1973, S. 98.
17 siehe: Bericht des Bundesvorstandes an den 3. Bundeskongreß, . . . a.a.O.

Ernst Busch

singt auf AURORA-Schallplatten

Chronik in Liedern, Balladen und Kantaten aus der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Interessant bei dieser Serie: Das als Heft aufgemachte Schallplattencover enthält viele Informationen: Liedtexte, Plakate, Noten, Dokumente.

Als NEUAUFLAGE stellen wir vor:

Rote Reihe:

Nr. 3 Trotz alledem! Sozialistenmarsch, Lied der Zuversicht.
Nr. 4 Kantate vom Krieg, Frieden, Inflation; Walter Mehring
Nr. 5 Kurt Tucholsky
Nr. 6 Erich Weinert — Lieder

Preis: DM 8,— je Heft (1 EP)

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (02 31) 57 20 10

Facit-Forum

Ralph Peters

Studentenschaft und imperatives Mandat

Wenn die revolutionäre Arbeiterbewegung ihr Verhältnis zu parlamentarischen Wahlen und zum Parlamentarismus überhaupt definierte, ging sie stets vom Primat des außerparlamentarischen Massenkampfes aus. Revolutionäre Politik heißt schließlich Aktivierung der Volksmassen für ihre eigenen Interessen mit dem Ziel der Erringung der politischen Macht für die Arbeiterklasse. Dennoch stand sie den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft nicht gleichgültig gegenüber. So hängt die Tatsache, daß der Parlamentarismus der entwickelten kapitalistischen Staaten auf dem Prinzip der allgemeinen und gleichen Wahlen beruht, eng mit dem Kampf der Arbeiterbewegung zusammen. Das Prinzip der allgemeinen und gleichen Wahlen kann nicht hinreichend als bürgerliches Prinzip gekennzeichnet werden. Für die Bourgeoisie war das Parlament stets Kampf- und Herrschaftsinstrument ihrer eigenen Klasse, so daß sie in der Regel an der Einführung von Klassenwahlrechten, nicht jedoch von allgemeinen und gleichen Wahlen interessiert war. Die allgemeinen und gleichen Wahlen wurden vielfach erst von der Arbeiterbewegung erkämpft, so in Deutschland im Jahre 1918.

Die allgemeine und gleiche Wahl ist ein allgemeindemokratisches Prinzip. Die Durchsetzung dieses Prinzips steht mit dem Wesen der revolutionären Arbeiterbewegung grundsätzlich in Übereinstimmung, da ihr strategisches Etappenziel die Erringung der Mehrheit der Arbeiterklasse und schließlich des Volkes ist und die von ihr erkämpfte Gesellschaftsordnung auf der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit beruht. Nicht nur das Wahlprinzip ist wichtig für die Arbeiterbewegung, sondern auch das Parlament selber: Sie strebt parlamentarische Positionen als Kampfpositionen an, die ein wichtiges Mittel zur Aktivierung der Massen sind, und strebt im Parlament die Mehrheit an, da diese eine wichtige Ausgangsbasis zur demokratischen Umwandlung des Staates sein kann.

Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung den Illusionen, die die Bourgeoisie über den Parlamentarismus verbreitet, Glauben schenkt. Dies gilt vor allem deshalb, weil die Bourgeoisie ein System des Parlamentarismus entwickelt hat, das einzig und allein der Ausschaltung der Massen von der Politik dient, und damit das wichtigste Herrschaftsorgan der Bourgeoisie ist. Gerade um dem zu begegnen, ist es für die Arbeiterbewegung richtig, den Willen des Volkes über allgemeine und gleiche Wahlen Ausdruck und — soweit möglich — Geltung zu verschaffen. Möglich ist dies nur auf der Basis des antimonopolistischen Massenkampfes.

Selbstverständlich kann man die Erfahrungen der Arbeiterbewegung nicht einfach auf die Studentenbewegung und die Organe der Studentenschaft übertragen. Für die Strategie und die Taktik der Arbeiterbewegung sind jedoch bestimmte Herangehensweisen und Grundüberlegungen typisch, die auch von der Studentenbewegung angewendet werden müssen.

Zu den wichtigsten Errungenschaften der Studentenbewegung im Bereich der Kampfformen gehören Formen der unmittelbaren Demokratie. Die ersten teach-ins und sit-ins bedeuteten faktisch, in einem enggezogenen Rahmen, eine gewisse Umwälzung des Demokratieverständnisses der Teilnehmer. So haben sich in der weiteren Entwicklung der Studentenbewegung vor allem die Studentenvollversammlungen zu einem zentralen Ort der unmittelbaren Organisierung des studentischen Interessenkampfes, der Diskussion und Beschlußfassung über Grund- und Tagesfragen der Studentenbewegung herausgebildet. Studentenparlament und Studentenparlamentswahlen waren der Studentenbewegung gewissermaßen als bürgerliche Form studentischer Interessenvertretung vorgegeben. Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Studentenbewegung war es, daß sie dieses Organ zunächst spontan, später bewußt als allgemeines Organ der Artikulation, Beschlußfassung und Organisierung des Interessenkampfes, aber auch als auf der Massenbewegung aufbauendes Organ der Interessenvertretung nutzte. Dies ist eine große Errungenschaft. Sie mußte gegen alle möglichen linksopportunistischen Strömungen verteidigt und ausgebaut werden, die das Wesen dieser Errungenschaft darin erblickten, mehr Geld und mehr Propagandamittel für die eine oder andere „sozialistische" Organisation zur Verfügung zu haben. Worin liegt aber das Wesen dieser Errungenschaft?

Es liegt darin, daß die fortschrittliche Studentenbewegung, die auf gemeinsamen Grundinteressen der Masse der Studenten beruht, einen solchen Einfluß unter den Studenten errungen hat, daß sie als legitimierter Sprecher studentischer Interessen auftreten kann, daß sie die gemeinsamen Grundinteressen der Masse der Studenten offiziell und institutionell abgesichert artiku-

lieren kann, also auch derjenigen Studenten, die für diese ihre Interessen noch nicht aktiv geworden sind. Damit stehen der demokratischen Studentenbewegung qualitativ neue Möglichkeiten zur Verfügung, immer mehr Studenten in den Kampf um ihre eigenen Interessen einzubeziehen.
Das heißt natürlich zunächst, daß die Organe der verfaßten Studentenschaft heute nicht mehr als Formen anzusehen sind, die die bürgerliche Gesellschaft den Studenten einfach vor die Nase setzt. Vielmehr haben sie sich in ihrem Wesen verändert. Dies wurde möglich, weil sie von der fortschrittlichen Studentenbewegung zu Kampforganen des studentischen Interessenkampfes gemacht wurden, deren Kraft auf der aktiven Einbeziehung der Masse der Studenten beruht. Deswegen hat die Studentenbewegung auch ein neues Organ des studentischen Kampfes, nämlich die Vollversammlung, hervorgebracht und dieses Organ zu einem unverzichtbaren Bestandteil der verfaßten Studentenschaft gemacht, das unbedingt in einer Studentenschaftssatzung verankert werden muß. Ein Vergleich mit anderen Ländern, wie Frankreich, zeigt, daß es hier darum geht, die gegebenen Möglichkeiten der Organisierung des studentischen Interessenkampfes optimal zu nutzen. Die Struktur der verfaßten Studentenschaft in der Bundesrepublik bietet dazu aufgrund der größtmöglichen Allgemeinheit ihres Organisationsprinzips und aufgrund der Anerkennung des allgemeindemokratischen Prinzips der allgemeinen und gleichen Wahlen sehr gute, wenn nicht sogar bestmögliche Voraussetzungen.
Aus unserer prinzipiellen Einschätzung, daß die Bourgeoisie den Parlamentarismus mißbraucht, ergibt sich natürlich, daß das Studentenparlament für den studentischen Interessenkampf keine unabdingbare Voraussetzung ist; ebenso wie seine Entscheidungen nicht per se verbindlich für die Studenten sind. Aber was bedeutet das?
Wenn das Studentenparlament die demokratischen Kräfte in der Minderheit sieht, dann sind Vollversammlungsbeschlüsse, die von demokratischen Mehrheiten getragen sind, wichtige Druckmittel zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Studentenschaft. Das Ziel ist dann die Erringung der Mehrheit in der Studentenschaft, mit der Möglichkeit, auf dieser Grundlage demokratische Organe der verfaßten Studentenschaft als Kampfinstrumente zu wählen. Würde uns in einer solchen Situation eine formale Verbindlichkeit von Vollversammlungsbeschlüssen für das Studentenparlament nutzen? Nein, eine derartige formale Satzungsregelung würde uns unserem Ziel, das politische Kräfteverhältnis zu verändern, keinen Schritt näher bringen.
Wenn die demokratischen Kräfte in den Studentenparlamentswahlen die Mehrheit errungen haben, wird die Vollversammlung zu einem entscheidenden Instrument der **Durchführung** der demokratischen Politik. D. h.: der AStA ist gezwungen, seine Politik öffentlich zu begründen. Der AStA ist gezwungen, für die Unterstützung seiner Politik durch die Masse der Studenten zu kämpfen. Oppositionellen Kräften steht es natürlich frei, zu versuchen, auf Vollversammlungen Mehrheiten zu erringen, um damit politischen Druck auf den AStA auszuüben.
Weiter: Die Vollversammlung organisiert die mehrheitlich von den Studenten beschlossene Politik. Damit unterstützt und stärkt sie die gewählten Organe der Studentenschaft. Oder anders herum: Die Studenten organisieren ihren Interessenkampf und nutzen dafür optimal die durch allgemeine und gleiche Wahl zustandegekommenen Organe der verfaßten Studentenschaft als ihre Kampfinstrumente. Dies bedeutet schließlich, daß die Vollversammlung die mehrheitlich von den Studenten beschlossene Politik konkretisiert und ausfüllt.
Die Stärke der traditionellen Form der verfaßten Studentenschaft besteht also im Zusammenwirken der Aktion der Masse der Studenten, wie sie unmittelbar auf Vollversammlungen wirksam wird, mit den mehrheitlich gewählten Organen des studentischen Interessenkampfes, die sich auf einen relativ breiten Konsens unter den Studenten stützen können. Die Vollversammlung als ein zentrales Organ der verfaßten Studentenschaft kann deshalb unter den heutigen Bedingungen nur dann zur Entfaltung der vollen Stärke der verfaßten Studentenschaft, also zur wirksamen Organisation des studentischen Interessenkampfes beitragen, wenn das Prinzip der allgemeinen und gleichen Wahl zur Bestimmung der Politik des AStA nicht angetastet wird. Jede Einschränkung der Entscheidungsgewalt von Studentenparlament und AStA durch formale Interventionsrechte von Vollversammlungen schwächt deshalb nicht nur SP und AStA, sondern die verfaßte Studentenschaft überhaupt. Die Bedeutung der Vollversammlung hängt nicht von ihren formalen Befugnissen gegenüber SP und AStA ab, sondern von der politischen Kraft, die von ihr ausgeht.
Auch generell in der Gesellschaft würde sich seine formalrechtliche Verankerung in keiner Weise den Bedingungen entsprechen, unter denen allein das politische Kräfteverhältnis zugunsten der demokratischen Volkskräfte verändert werden könnte: Diese Bedingungen bestehen ja auch nicht darin, etwa einzelne Abgeordnete an Beschlüsse von Wählerversammlungen zu binden, sondern sie bestehen im Kern darin, daß durch die gemeinsame Aktion der Volksmassen demokratischer Druck auf die Gesamtheit der Institutionen des imperialistischen Staates ausgeübt wird.
Das bedeutet natürlich nicht, daß die fortschrittlichen Kräfte und insbesondere die Kommunisten es ablehnten, für eine demokratische Reform bestimmter Verfassungsgrundsätze zu kämpfen. Ganz im Gegenteil. Die Kommunisten in der Bundesrepublik stellen Forderungen auf wie: Einführung des Volksentscheids; Verantwortlichkeit der Abgeordneten nicht gegenüber ihrem „Gewissen", sondern gegenüber den Wählern. Die Durchführung derartiger Verfassungsreformen würde tatsächlich die Volksrechte erweitern, da das Parlament enger an den Volkswillen herangerückt würde und der Einfluß des Volkes auf die Gesetzgebung politisch und juristisch erleichtert würde. Es handelt sich hier um Reformen, die bereits unter kapitalistischen Verhältnissen durchsetzbar sind.
Was bedeutet das für die verfaßte Studentenschaft?
Die Kernfrage heißt: Würden durch eine Verankerung des „imperativen Mandats" die demokratischen Elemente in der verfaßten Studentenschaft erweitert?
Oben wurde bereits darauf hingewiesen, daß eine Durchbrechung des Prinzips der allgemeinen und gleichen Wahlen, auf dem die Autorität der verfaßten Studentenschaft unter der Masse der Studenten beruht, die verfaßte Studentenschaft und damit die Kampforgane einem wichtigen Teil der Masse der Studenten ernstlich schwächen würde. So etwas kann von vornherein nicht demokratisch sein.
Das verweist uns auf die tieferliegende Frage: Worin besteht eigentlich die Demokratie in der Studentenbewegung, im Interessenkampf der Masse der Studenten? Wer sich von bürgerlichen Demokratiekonzeptionen löst, wird einsehen: Die Demokratie besteht im Kern darin, daß die Studenten für ihre eigenen Interessen aktiv werden, gegen das Monopolkapital kämpfen. Zur Organisierung und Stärkung dieses Kampfes wählen sie sich Kampforgane. In der BRD jedoch wählen nicht nur die bereits aktiven Studenten derartige Organe, sondern ein viel breiterer Kreis von Studenten, der in gewisser Weise die tatsächliche Massenstimmung der Studenten zum Ausdruck bringt. Für die Studenten, die für ihre Interessen aktiv geworden sind oder für ihre Interessen aktiv werden wollen, kommt es also darauf an, Mehrheiten in Wahlen zu gewinnen. Sie versuchen dies nicht nur, um die Organe für ihre unmittelbaren Ziele zu instrumentalisieren, sondern vor allem auch deshalb, um noch mehr Studenten in den Interessenkampf einzubeziehen. Diesem Erfordernis werden nur Mehrheiten für solche Kampfplattformen gerecht, die einen antimonopolistischen Charakter tragen. Derartige antimonopolistische Plattformen bieten die politische Grundlage für die Einbeziehung der Masse der Studenten in den Kampf um ihre eigenen Interessen. Demokratie in der Studentenschaft heißt deshalb, antimonopolistische Aktionsplattformen zu verwirklichen. Wenn eine antimonopolistische Plattform die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte und auf dieser Grundlage ein AStA gewählt wurde, heißt das: **Demokratie in der Studentenschaft ist die Durchführung des antimonopolistischen Aktionsprogramms, das aus allgemeinen und gleichen Wahlen als Mehrheitsprogramm hervorgegangen ist, also die Verwirklichung eines solchen AStA-Programms durch Massenaktion und Unterstützung des AStA.** Die Demokratie in etwas anderem zu sehen, bedeutete, sie auf ein formales Strukturprinzip zu reduzieren, es also der Bourgeoisie gleich zu tun.

Wirkliches imperatives Mandat heißt deshalb die Herstellung der Einheit des antimonopolitischen Interessenkampfes der Studenten auf allen Ebenen, die Einheit von Massenaktion, Vollversammlung, Studentenparlament und ASTA. Das und nichts anderes ist der Demokratiebegriff, den die fortschrittliche Studentenbewegung, und das gehört zu ihren großen Errungenschaften, hervorgebracht hat.

Aber sollte man den Studenten nicht doch die Möglichkeit geben, den AStA auf Vollversammlungen zu „kontrollieren"? Sollten die Studenten nicht die Möglichkeit haben, in solchen Fragen, die im AStA-Aktionsprogramm noch nicht behandelt werden konnten, dem AStA ein Mandat zu erteilen? Kommt es nicht darauf an, den Studenten zu zeigen, daß sie auch Beschlüsse fassen dürfen und nicht nur Kulisse für AStA-Politik darstellen sollen?

Hinter diesen Fragen steckt unausgesprochen die bürgerliche Konzeption der Basisdemokratie. Denn selbstverständlich sollen die Studenten nicht nur Kulisse darstellen, im Gegenteil: Sie können und sollen politische Beschlüsse fassen, Forderungen artikulieren (gegenüber dem AStA ebenso wie gegenüber anderen Instanzen). Sie sollen vor allem aber dazu beitragen, diese Beschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen. Dort fängt die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die revolutionäre Politik eigentlich erst an. Das bedeutet doch aber: Die Masse der Studenten, und nicht nur die Vollversammlungsbesucher, muß für die eigenen Interessen aktiv werden. Die demokratisch gewählten Organe der Studentenschaft können dazu eine große Hilfe sein. Wenn sie es noch nicht sind, müssen sie

durch politischen Kampf in Kampforgane umgewandelt werden. Nicht jedoch können sie unter Umgehung der Masse der Studenten von Vollversammlungen direkt und verkürzt zu Sachwaltern lediglich der Versammlungsteilnehmer gemacht werden. Das ist nicht nur deshalb falsch, weil das formaljuristisch nicht ginge. Sondern vor allem deshalb, weil damit die verfaßte Studentenschaft politisch geschwächt würde. Für die bürgerliche Konzeption der Basisdemokratie ist typisch, daß sie sich mit formalen Strukturprinzipien begnügt, die den inhaltlichen Zielen des politischen, revolutionären Kampfes in keiner Weise genügen. Die von einigen Studenten gewünschte Verankerung des imperativen Mandats in Studentenschaftssatzungen ist deshalb nichts weiter als ein später Aufguß von Rütli-Demokratie. Demgegenüber ist für revolutionäre Demokratiekonzeptionen typisch, daß sie von den Erfordernissen des lebendigen antimonopolistischen Kampfes ausgehen: Von der Herausforderung, das allgemeindemokratische Prinzip der allgemeinen und gleichen Wahlen für die Aktivierung der Massen und die Organisierung ihres Kampfes nutzbar zu machen. Genau diesen mitunter mühsamen Weg revolutionärer Politik versucht das „imperative Mandat" sektiererischer Prägung formaljuristisch „abzukürzen", womit der Studentenbewegung nicht nur kein Dienst erwiesen würde, sondern eines ihrer wichtigsten Kampfinstrumente geschwächt und damit den reaktionären Kräften immer mehr zur Disposition gestellt würde.

Anmerkung der Redaktion:
Wie alle unter der Rubrik „Facit-Forum" veröffentlichten Artikel geben diese Themen zum imperativen Mandat nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Vielmehr sollen sie weiter diskutiert werden, sollen weitere Stellungnahmen dazu abgedruckt werden.
Ebenso erwarten wir noch Stellungnahmen zu dem Facit-Forum-Artikel aus dem letzten Heft über die SLH-Gruppen.

Internationaler Klassenkampf

INHALTSVERZEICHNIS

180 Seiten, 5,— DM
facit-Reihe 5

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive
Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika
Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas
Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias
Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan
Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder
Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR
Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon
J. Enaruación Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie
Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien
C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien
Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei
Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika
Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse
Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse
Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien
Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur
Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens
Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas
Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Alle Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Boris Ponomarjow

Wladimir Iljitsch Lenin und die kommunistische Weltbewegung[1]

Ein halbes Jahrhundert ist seit dem Tode Wladimir Iljitsch Lenins, des Führers des Weltproletariats, des großen Denkers und Revolutionärs, des Begründers der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Sowjetstaates, vergangen. Niemand in der Welt nahm einen so gigantischen Einfluß auf das Denken und die Taten der Menschen wie Lenin. Er schrieb seinen Namen dadurch in die Geschichte ein, daß er wie kein anderer Veränderungen ihres Verlaufs im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen durchsetzte. „... welches auch immer die Höhen sein mögen, die die Menschheit erklimmt, sie wird nie vergessen, daß an den Anfängen der kommunistischen Zivilisation die Riesengestalt des Denkers und Revolutionärs Lenin steht", sagte Genosse L. I. Breshnew in seiner Rede anläßlich des 100. Geburtstages W. I. Lenins. „Es gibt für den Kommunisten, für den Leninisten nichts Heiligeres, als seine ganze Energie, seinen ganzen Verstand und seinen ganzen Willen dafür einzusetzen, daß die Zukunft, für die Lenin gekämpft hat, schneller zur Gegenwart wird."
Nachdem die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse Rußlands unter der Führung Lenins die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollendet hatten, bahnten sie den Weg für einen raschen sozialistischen Vormarsch.

Die Kommunisten gingen aus allen Kämpfen stärker hervor

Lenin hob die Lehre von Karl Marx auf eine neue Stufe, er schuf die logische und in sich geschlossene Theorie der Revolution, die die verschiedenartigen Formen der revolutionären Entwicklung im Maßstab der einzelnen Länder und im Maßstab der ganzen Welt erfaßt und verallgemeinert. Lenin ging in die Geschichte der revolutionären Bewegung als großer Internationalist ein. International ist die Lehre Lenins, die die Erfahrungen aller Länder und Völker in sich aufgenommen und die Erfordernisse des gesellschaftlichen Fortschritts zum Ausdruck gebracht hat. International ist die Praxis des Leninismus, die aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des revolutionären Kampfes resultiert. International ist auch die durch Lenin geschaffene kommunistische Weltbewegung.

Wladimir Iljitsch Lenin schmiedete eine proletarische Partei neuen Typs. Auf seine Initiative und unter seiner Führung entfaltete sich in allen Ländern ein großer Formierungsprozeß kommunistischer Parteien. Sie erwiesen sich sogleich als Parteien der revolutionären Aktion. Die Welt sah, daß eine neue, wirklich kämpferische, revolutionäre Kraft entstand, die die Massen im Kampf für grundlegende Umgestaltungen der menschlichen Gesellschaft zu führen vermag.

Sämtliche politischen, ökonomischen und ideologischen Mittel, sämtliche Repressionsarten wurden von den untergehenden Ausbeuterklassen verwendet, um die kommunistische Bewegung zu vernichten oder zu untergraben. Unfähig, sich gegen die Ideen des Kommunismus zu behaupten, strebten und streben die schwarzen Kräfte der Reaktion danach, die Kommunisten physisch zu vernichten, sie in Konzentrationslager und Gefängnisse zu sperren. Bis zum zweiten Weltkrieg und in den Jahren des kalten Krieges fielen Millionen von Kommunisten durch die Hand des Klassenfeindes. In den Nachkriegsjahren waren die Kommunisten in Indonesien und Südafrika, Griechenland und Spanien, Portugal und Guatemala, Chile und Brasilien, Paraguay und zahlreichen anderen Ländern besonders grausamen Repressalien ausgesetzt.
Trotz aller Verfolgungen und Grausamkeiten der Reaktion wuchs und wächst jedoch die Armee der Kommunisten zahlenmäßig, erstarkt organisatorisch und politisch. Wenn 1924 49 kommunistische und Arbeiterparteien bestanden, die 1,3 Millionen Mitglieder vereinten, wirken heute in 89 Ländern kommunistische Parteien, in deren Reihen über 50 Millionen Mitglieder vereint sind.

Man hat versucht, die kommunistische Bewegung ideologisch zu schwächen, Konzeptionen des Reformismus und des Versöhnlertums in sie hineinzutragen, sie auf den Weg des harmlosen Evolutionismus und Ökonomismus, auf den Weg des rechten und

1 Boris Ponomarjow ist Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU. Der Aufsatz erschien zuerst in „Kommunist", Moskau. Die vorliegende deutsche Übersetzung ist ein Nachdruck aus „Neues Deutschland", Berlin (DDR) v. 11. 4. 1974.

„linken" Opportunismus zu drängen. Aber auch diese Pläne der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer wurden zerstört.

Gewiß kannte die kommunistische Bewegung in dem verflossenen halben Jahrhundert auch Mißerfolge. In all diesen fünfzig Jahren war und ist jedoch das ununterbrochene Wachsen ihres Einflusses auf den Gang der Ereignisse und die Mehrung der Ergebnisse ihrer gesellschaftlich verändernden Tätigkeit ein ausschlaggebender Entwicklungszug der kommunistischen Weltbewegung. Wir dürfen mit Recht sagen, daß die Kommunisten und ihr Kampf heute bestimmenden Einfluß auf die gesamte internationale entwicklung nehmen. Im Grunde genommen wird in den Taten der kommunistischen Weltbewegung der Hauptinhalt des Fortschritts der Menschheit in der derzeitigen Epoche verkörpert.

Der Leninismus trat seinen Siegeszug um die Welt an

Erstens wurde auf der Grundlage der Ideen W. I. Lenins und nach seinem genialen Plan in der Sowjetunion der Sozialismus errichtet. Trotz der wütenden Feindschaft des Imperialismus und der Klassenfeinde im Lande, trotz des Widerstandes der Trotzkisten, rechter und anderer antisozialistischer Gruppen leistete die KPdSU eine fürwahr titanische Arbeit und setzte den Triumph der neuen Gesellschaftsordnung durch. Zum erstenmal verwandelte sich der Sozialismus aus einer wissenschaftlichen Theorie in lebendige Realität. Das Sowjetvolk schuf eine entwikkelte sozialistische Gesellschaft und verwirklichte zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit den Übergang zum Kommunismus.

Zweitens leisteten das von der Partei Lenins geführte sowjetische Volk und seine Armee während des zweiten Weltkrieges einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus. Die von den Kommunisten geleiteten sozialpolitischen Kräfte retteten die Weltzivilisation, verteidigten und festigten die sozialistische Perspektive der menschlichen Gesellschaft.

Drittens wurde vor einem Vierteljahrhundert unter der Führung der kommunistischen Parteien eine neue Etappe der weltweiten sozialistischen Revolution entfaltet. Es entstand das sozialistische Weltsystem — die Bastion und die Hauptkraft für die weitere Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses. Nachdem die sozialistische Staatengemeinschaft alle Attacken der Alten Welt und alle ihre Versuche, eine Wiederherstellung der Ausbeuterordnung zu erreichen und den Sozialismus „zurückzudrängen", abgewehrt und ein mächtiges ökonomisches, politisches und Verteidigungspotential geschaffen hatte, nahm sie entscheidenden Einfluß auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Erde.

Viertens wurden dadurch die siegreichen nationalen Befreiungsrevolutionen möglich, die zum Zusammenbruch des Kolonialreiches führten. Dutzende Völker schlugen den Weg der selbständigen Entwicklung ein, schalteten sich aktiv in die Weltpolitik ein, an Stelle der ehemaligen Kolonien entstand eine ganze Gruppe von Staaten, die eine sozialistische Orientierung wählten.

Fünftens spielten und spielen die Kommunisten die führende Rolle bei der Lösung der Aufgabe, die heute ohne Übertreibung die erstrangige, die lebenswichtigste für die gesamte Menschheit ist — bei der Erhaltung des Friedens und der Verhütung eines neuen Weltkrieges. Heute festigt sich wie nie zuvor im Bewußtsein der Völker die Überzeugung: Die Kommunisten sind die zuverlässigste und die aktivste Kraft bei der Erhaltung und Festigung des Friedens.

Sechstens wächst dank der Tätigkeit der Kommunisten unentwegt die Organisiertheit und Geschlossenheit des Proletariats in den Ländern des Kapitals, verstärkt sich der Ansturm gegen die Bourgeoisie, gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung.

Schließlich haben gerade im Ergebnis der Erfolge, die unter dem Banner des Leninismus und des selbstlosen Kampfes der Kommunisten für die Interessen der Werktätigen, für den Sozialismus erzielt wurden, seine Ideen heute auf allen Kontinenten, in allen Gebieten der Welt eine ungewöhnliche Anziehungskraft erreicht.

Das sind die großen Ergebnisse, auf die die Kommunisten mit Recht stolz sind. Das vergangene halbe Jahrhundert — das sind Jahre des steilen Aufschwungs des Sozialismus, der ständigen Ausdehnung seines Einflusses auf den Gang der Geschichte. Gleichzeitig sind dies Jahre des Niedergangs des Imperialismus, der ständigen Einengung seiner Herrschaftssphäre und der Schwächung seiner Positionen in der Welt.

Der reale Sozialismus — ausschlaggebender Faktor der internationalen Entwicklung

Die höchste Errungenschaft der kommunistischen Bewegung ist der reale Sozialismus, die neue, von Ausbeutung und Unterdrükkung freie Gesellschaft, für die Wladimir Iljitsch gelebt und gekämpft hat. Diese Gesellschaft ist die lebendige Verkörperung der gewaltigen, schöpferischen Kraft der Arbeiterklasse.

Die Schaffung der neuen, kommunistischen Zivilisation — das ist der wichtigste Faktor der revolutionären Umgestaltung der Welt und zugleich ein mächtiger Stimulus, eine Stütze des Befreiungskampfes aller Völker.

Von den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetrepublik an wurden die Revolutionäre der gesamten Welt schon allein durch die Tatsache angespornt, daß ein Arbeiter- und Bauernstaat entstanden war, in dem zum erstenmal die Ideale wirklicher sozialer Gleichheit, wirklicher Freiheit, Demokratie und Brüderlichkeit der Völker realisiert wurden.

Heute legt der Sozialismus überzeugende Errungenschaften bei der Verwirklichung solcher Aufgaben, wie sie früher nicht einmal gestellt werden konnten, in die Waagschale des historischen Ringens mit dem Kapitalismus. In der derzeitigen Etappe, da wir bei der Erfüllung des Vermächtnisses Lenins so weit vorangekommen sind, stützt sich die Verwirklichung der Ideale des Kommunismus auf eine enorme materiell-technische Basis, auf ein hohes Niveau der gesellschaftlichen Beziehungen und des sozialistischen Bewußtseins der Massen.

Der entwickelte Sozialismus demonstriert der Welt nicht nur ein stabiles, planmäßiges und rasches Tempo der Wirtschaftsentwicklung und der Hebung des materiellen Lebensniveaus. Er schafft für das gesamte Volk eine grundsätzlich andere Lebensqualität als beim Kapitalismus, die den persönlichen und gesellschaftlichen Interessen des Menschen, seiner geistigen und moralischen Vervollkommnung entspricht.

Ein unveräußerlicher und wichtiger Wesenszug der sozialistischen Gesellschaft ist die echte Volksherrschaft. Als eine der größten Errungenschaften der Oktoberrevolution sah Lenin die Entstehung der neuen, sozialistischen Demokratie an, die unermeßlich höher als die bürgerliche Demokratie steht. Die sozialistische Demokratie gewährleistet die realen Rechte der Werktätigen. Es ist dies in erster Linie das Recht auf Arbeit, auf Bildung, soziale Fürsorge, kostenlose medizinische Hilfe, Erholung usw. Es ist dies die Demokratie der echten Sorge um den Menschen, die Demokratie der gegenseitigen Unterstützung und der realen Gleichberechtigung. Sie garantiert die breite und effektive Teilnahme der Massen am schöpferischen, politischen und geistigen Leben des Landes, an der Leitung des Staates und der Produktion. In unserer Demokratie werden die moralisch-politische Einheit des Volkes, die Untrennbarkeit der Interessen von Persönlichkeit und Kollektiv verkörpert. Partei und Volk sind in den Ländern des Sozialismus eins. Die Führung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei garantiert die Berücksichtigung der Interessen aller Klassen, aller Gesellschaftsschichten. Die ständige Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie ist die unveränderliche Linie der KPdSU.

Das Friedensprogramm entspricht den Interessen der Völker

Die strategischen Richtungen der weiteren Entwicklung unseres Landes wurden vom XXIV. Parteitag der KPdSU bestimmt. Die Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse wird ein großer Schritt vorwärts bei der Festigung der Positionen des gesamten Weltsozialismus, bei der Vergrößerung der Anziehungskraft seiner Ideen sein. Das Dezemberplenum (1973) des ZK der KPdSU hat, wie bekannt ist, die zentralen Entwicklungsprobleme der Volkswirtschaft der UdSSR gründlich analysiert. In der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breshnew, wurden Maßnahmen zur radikalen Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, zur maximalen Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution und zur weiteren Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen umrissen.

Der große Lenin sah selbst in den schwersten, den ersten Entstehungsjahren der Sowjetmacht prophetisch die Unvermeidlichkeit des Sieges der Revolution in anderen Ländern voraus. Er sah sie nicht nur voraus, sondern unterstützte auch maximal diese Siege. Nun besteht schon über ein Vierteljahrhundert eine ganze Reihe sozialistischer Staaten. Allseitig festigt und entwickelt sich die sozialistische Staatengemeinschaft. Eine neue Stufe erreicht die ökonomische Integration der Länder des Sozialismus, ihre politische und militärische Zusammenarbeit, die Koordination der Aktionen auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens. Immer enger wirken die Bruderparteien auch auf ideologischem Gebiet zusammen.

Die zementierende Kraft des vielgestaltigen Prozesses beim Zusammenschluß der sozialistischen Staatengemeinschaft ist die Einheit der herrschenden kommunistischen Parteien gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Zur Festigung dieser Einheit tragen die allseitigen Kontakte zwischen diesen Parteien und ihren Führern bei. Dies wurde erneut durch das Krim-Treffen im vorigen Jahr demonstriert.

Eine bemerkenswerte Tendenz der Gegenwart ist die ständige Vergrößerung der Rolle, die die Außenpolitik des Sozialismus spielt. Das politische, ökonomische und militärische Potential des realen Sozialismus ermöglicht es diesem, immer größere außenpolitische Aufgaben zu lösen. Es geht nicht nur um

die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften vor äußeren Anschlägen und um die wirksame Abwehr der imperialistischen Politik der Aggression und des Diktats. Es geht auch um eine immer effektivere Gegenwirkung gegen die Kriegsgefahr, die vom Imperialismus ausgeht, dessen Klassencharakter und dessen Natur unverändert bleiben, es geht um den erfolgreichen Kampf für die Durchsetzung internationaler Beziehungen, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz basieren.

Die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft halten die außenpolitische Initiative fest in ihren Händen, vergrößern das Tempo der Friedensoffensive. Der Sozialismus und die kommunistische Weltbewegung, also jene Kräfte, deren ideologische Grundlage der Leninismus ist, spielen eine ausschlaggebende Rolle bei der Verhütung eines neuen Weltkrieges und führen einen erfolgreichen Kampf gegen lokale Kriege. Das vom XXIV. Parteitag der KPdSU aufgestellte Friedensprogramm ist in die Geschichte als wirkliches Volksprogramm eingegangen, dessen Ziele allen Kriegsgegnern, allen Anhängern gleichberechtigter, demokratischer internationaler Beziehungen nah und verständlich sind.

Wie bekannt ist, ist die Idee der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf W. I. Lenin zurückzuführen. Unter seiner unmittelbaren Führung wurden auch die ersten, grundsätzlich wichtigen Erfahrungen bei der Verwirklichung dieser Idee in der Praxis gesammelt.

Besonders eindrucksvoll waren die Erfolge der Außenpolitik der letzten Jahre. Durch die Bemühungen unserer Partei und unseres Staates, die abgestimmten Aktionen der sozialistischen Bruderstaaten konnten große Erfolge errungen werden. Es fand eine allgemeine Wandlung zugunsten der Entspannung, zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus, zugunsten aller antiimperialistischen Kräfte statt.

Unsere Partei schätzt diese Erfolge hoch ein und berücksichtigt gleichzeitig, daß die aggressivsten, militaristischen Kreise des Imperialismus versuchen, einen Gegenangriff zu führen, den Entspannungsprozeß zu schwächen oder sogar zu untergraben. Außerdem kann nicht übersehen werden, daß die materielle Vorbereitung auf einen Krieg fortgesetzt und in gewissem Sinne sogar verstärkt wird. Das Wettrüsten, das einen unheilschweren Schatten auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen wirft, dauert an. Es genügt der Hinweis, daß in den letzten drei Jahren, also in den Jahren, in denen viel für die Minderung der Spannung getan wurde, für militärische Zwecke in der ganzen Welt über 600 Milliarden Dollar verausgabt wurden. Die Militärhaushalte der NATO-Länder werden jährlich um Milliarden Dollar erhöht. Noch nie gesehene Dimensionen hat die qualitative Vervollkommnung der Waffen erreicht.

Mit einem Wort: Der Imperialismus streckt die Waffen nicht. Hiervon zeugen sowohl die Entfaltung von Propagandakampagnen gegen die sozialistischen Staaten als auch die Pläne, ein gewisses militärisch-politisches Bündnis der Länder Westeuropas zu schaffen, und andere Fakten.

Die Gewährleistung friedlicher Lebensbedingungen für die Sowjetmenschen, die Festigung des Friedens in der ganzen Welt – das war und bleibt für unsere Partei stets eine Aufgabe von größter Wichtigkeit. Die KPdSU trägt ständig Sorge um die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, um die Vergrößerung der Kampfkraft der ruhmreichen sowjetischen Streitkräfte.

Ebenso wie die anderen Friedenskräfte sieht die Sowjetunion ihre Aufgabe in der entschiedenen und konsequenten Abwehr negativer Tendenzen auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens, im beharrlichen und aktiven Kampf gegen jedwede Ränke der Reaktion und der imperialistischen Aggression mit dem Ziel, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen.

Die Maoisten arbeiten dem Imperialismus in die Hand

In den letzten Jahren wurde die kommunistische Bewegung mit einer weiteren feindlichen Kraft konfrontiert: mit der antileninistischen Politik der Führung der Volksrepublik China. Die maoistische Führung betreibt in allen Teilen der Welt hartnäckig einen Kurs, der gegen das sozialistische System, gegen den nationalen Befreiungskampf der Völker, gegen die kommunistischen Parteien gerichtet ist, die unter dem Banner des Marxismus-Leninismus wirken und unter den schweren Bedingungen der kapitalistischen Ordnung kämpfen. Indem die Führung Pekings mit allen Mitteln der Entspannung entgegenwirkt, zur Stärkung der NATO und anderer aggressiver Gruppierungen aufruft und sich gegen jegliche Initiativen und Gespräche über eine Reduzierung der Streitkräfte und eine Begrenzung des Wettrüstens wendet, strebt sie im Grunde genommen nach einer Wiederaufnahme des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft.

Auch dem chinesischen Volk selbst wurde durch die maoistischen Führer enormer Schaden zugefügt. Sie zwangen es, das Chaos und die Leiden der „Kulturrevolution" durchzumachen, isolierten es von den sozialistischen Ländern, setzten erprobte Kader von Partei und Staat Massenrepressalien aus.

Nachdem die Maoisten im Namen hegemonistischer Großmachtziele den Weg der Spaltertätigkeit eingeschlagen hatten, glitten sie auf die direkte Zusammenarbeit mit dem Imperialismus hinab. Gleichzeitig erfand Peking die nicht existierende „Gefahr aus dem Norden" und schürt unter der Bevölkerung eine anitsowjetische Psychose.

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die Frontalattacke des Maoismus auf die Kräfte des Sozialismus und der revolutionären Bewegung das Ziel nicht erreicht hat. In Peking hat man offenbar seine Fähigkeiten überschätzt, als man die Hand gegen die kommunistische Weltbewegung erhob, und die Wut zerschellt an der unzerstörbaren Treue der Kommunisten zum Leninismus.

All dies bedeutet natürlich nicht, daß die Gefahr, die der Kurs der chinesischen Führung in sich birgt, vorüber ist. Darum ist der konsequente Kampf gegen die äußerst schädliche Linie Pekings eine unbedingte Pflicht der Marxisten-Leninisten. Der vom XXIV. Parteitag der KPdSU bestimmte grundsätzliche Kurs gegenüber China besitzt ernorme Bedeutung sowohl hinsichtlich der staatlichen Interessen der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft als auch bezüglich der gesamten internationalen revolutionären Bewegung.

Leninsche Lehre von Imperialismus und den revolutionären Prozessen

Der erfolgreiche Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Welt erfordert gründliche Kenntnisse über Wirtschaft und Politik des Imperialismus, seine Widersprüche, seine schwachen und starken Seiten. In dieser Hinsicht war und bleibt die Leninsche Theorie des Imperialismus die unerschütterliche Grundlage für die richtige Analyse der Bedingungen und Voraussetzungen für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse sowohl in den einzelnen Ländern als auch im Weltmaßstab.

Natürlich unterscheidet sich die Lage, in der sich der Imperialismus gegenwärtig befindet, von jener, die bestand, als W. I. Lenin seine Untersuchungen vornahm. Diese Unterschiede sind jedoch gerade infolge der Entwicklung jener Tendenzen entstanden, die von Lenin aufgedeckt wurden.

Das Leben hat voll und ganz die Richtigkeit der Leninschen Analyse des Wesens des Imperialismus bestätigt. „Der Imperialismus", schrieb Lenin, „ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: Der Imperialismus ist: 1. monopolistischer Kapitalismus, 2. parasitärer oder fauler Kapitalismus, 3. sterbender Kapitalismus." (W. I. Lenin, Werke, Dietz Verlag, Berlin 1968, Bd. 23, S. 102.) Wie steht es gegenwärtig um jede dieser drei Seiten des Imperialismus?

Was die **erste** betrifft, so ist natürlich die Entstehung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus das wesentlichste Moment. Auf die Tendenz des Hinüberwachsens des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hat Lenin wiederholt hingewiesen. Unter dem Einfluß der Krisen und Kriege, der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Entwicklung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit, unter dem Einfluß des Kampfes mit dem Sozialismus und schließlich infolge des stärker gewordenen Ansturms der Arbeiterklasse sowie anderer Schichten der Werktätigen hat sich die staatliche Einmischung aus einem Ausnahmemittel, wie sie es früher war, in einen organischen Bestandteil des kapitalistischen Produktionsmechanismus verwandelt. Der bürgerliche Staatsapparat ist eng mit dem Apparat der Monopole zusammengewachsen. Die staatliche Einmischung garantierte dem Monopolkapital gigantische Superprofite, förderte die Schaffung unvergleichlich stärkerer Monopole im Vergleich zu jenen, die die Welt des Kapitalismus früher kannte.

Ein qualitativ neues Niveau erreichte auch die internationale Kapitalkonzentration, was ebenfalls untrennbar mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems verbunden ist. Schon existieren Hunderte übernationaler oder internationaler Gesellschaften, die zum wesentlichen Teil dem amerikanischen Kapital gehören, reißen einen immer größeren Anteil der kapitalistischen Weltproduktion an sich. Aber auch die westeuropäischen Staaten und Japan sind bemüht, in diesem Prozeß nicht zurückzubleiben.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist, um einen Ausdruck Lenins zu verwenden, jene Stufe der historischen Leiter, die sehr dicht an die neue Ordnung heranführt. Der Kapitalismus der Gegenwart, nimmt man die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder, ist nicht nur, wie Lenin sagte, „reif", sondern auch „überreif" im Sinne der ökonomischen Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung geworden. In seinem Schoße ist ein fertiger Apparat der Abrechnung und Kontrolle" entstanden, der heute kolossal angewachsen ist und nicht nur im nationalen Rahmen, sondern auch im zwischenstaatlichen Maßstab wirkt. Dieser Apparat wird jedoch von der Finanzoligarchie benutzt, um das System der kapitalistischen Ausbeutung zu erhalten und zu verstärken.

Der **zweite** von Lenin erwähnte Wesenszug des Imperialismus – die Fäulnis und der Parasitismus – tritt gegenwärtig ebenfalls mit besonderer Kraft zutage.

Die Gegner des Leninismus versuchten zu beweisen, daß durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Wachsen der Industrie der kapitalistischen Länder die Schlußfolgerung von der Unvermeidbarkeit der sozialistischen Revolution umgestoßen werde. Das Wirtschaftswachstum ist jedoch keineswegs ein Beweis für irgendeine Gesundung des Kapitalismus. Die Fäulnis und der Parasitismus sind, wie Lenin betonte, durchaus nicht identisch mit einem Abbruch des wirtschaftlichen Wachstums. Den wirklichen Kern der Fäulnis sah Lenin darin, daß die Bourgeoisie immer weniger in der Lage ist, die Produktivkräfte rationell zu nutzen, daß die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den Zweigen und den Ländern wächst, sich die Äußerungen des Parasitismus und die ständigen Erschütterungen in der Wirtschaft des Kapitalismus verstärken. Infolge all dieser Erscheinungen bestehen ständige Arbeitslosigkeit, Teuerung, Ungewißheit über die Zukunft.

Widersprüche des Kapitals spitzen sich weiter zu

Die bürgerlichen Apologeten behaupten, die Prinzipien der Planmäßigkeit und Organisiertheit hätten im Kapitalismus die Überhand über die Prinzipien der Spontaneität gewonnen, die bürgerliche Ordnung habe sich in ein regulierbares System verwandelt. Die Wirklichkeit widerlegt indes voll und ganz diese Apologeten. Die Versuche, die Planmäßigkeit zu verstärken, haben die kapitalistische Anarchie der Produktion und des Austauschs mit allen ihren verheerenden Folgen nicht beseitigt. Ein solches Chaos in der Währungssphäre zum Beispiel, wie es gegenwärtig in der kapitalistischen Welt herrscht, kannte der Kapitalismus noch nie.

Hemmungslose Inflation, wie sie für Friedenszeiten ungewöhnlich ist, krampfartige Übergänge von Booms zu Stagnationen, ständige Instabilität – sind das keine Beweise für die Haltlosigkeit der bürgerlichen Konzeptionen des „planmäßigen Kapitalismus"?! Die Verbindung von einander widersprechenden Faktoren, das heißt des Monopols und der Konkurrenz, von Versuchen der Planmäßigkeit und der Marktspontaneität, der kapitalistischen Organisation und der Anarchie der Produktion – das ist die tiefe Grundlage der heftigen Widersprüche des Kapitalismus der Gegenwart, auf die Lenin hinwies.

Die krasseste und zugleich gefährlichste Form, in der die Fäulnis Ausdruck findet, ist das enorme Anwachsen des militärisch-industriellen Komplexes, das Wachsen des Militarismus. Die mit dem Militärbusiness verbundenen Monopole ziehen es eher vor, die Welt „am Rande eines Krieges" zu halten, als sich mit einer Begrenzung des Wettrüstens oder gar mit der Abrüstung einverstanden zu erklären.

Die ganze Widernatürlichkeit einer solchen Lage zeigt sich besonders plastisch in unserer Zeit, da die Friedenspolitik des Sozialismus und seine ständigen Initiativen, die auf eine Reduzierung der Rüstungsausgaben und auf die Abrüstung gerichtet sind, für die Weltöffentlichkeit offensichtlich sind.

In den USA erkennen selbst jene, die weit vom Marxismus entfernt sind, daß die Militarisierung die Wirtschaft ernsthaft deformiert, der gesamten sozialen Entwicklung schadet, zu einer enormen Vergeudung der Ressourcen führt. So erklärte der frühere Präsident der amerikanischen Wirtschaftsvereinigung, K. Boulding: „Das Verteidigungsministerium der USA fügt den Vereinigten Staaten einen großen ökonomischen Schaden zu, es verringert den Inlandsverbrauch um rund 15 Prozent und wirft die Wachstumsressourcen in das bodenlose Loch der miteinander konkurrierenden Waffensysteme. Die Kriegsmaschinerie ist ein Krebsgeschwulst am Körper der amerikanischen Gesellschaft." Der verheerende Einfluß des Militarismus ist auch in anderen kapitalistischen Staaten zu spüren.

Nehmen wir das Umweltproblem. Die monopolistische Profitjagd vergrößert mit jedem Tag die räuberische Ausbeutung der Naturschätze, zerstört die Umwelt. Besonders groß sind die Dimensionen dieser Erscheinung in den USA. Aber auch in den anderen kapitalistischen Ländern hat sich die Erhaltung der ökologischen Bilanz in ein äußerst akutes soziales Problem verwandelt.

Mit zunehmender Stärke macht sich die Fäulnis des Kapitalismus auch auf politischem Gebiet bemerkbar. Davon zeugen die Tendenzen zur Verstärkung der Reaktion und des Faschismus. Die Feindschaft des Imperialismus gegenüber der Demokratie tritt sowohl in Form von blutigen Putschen, wie in Chile, als auch in Form des Mißbrauchs der Exekutivmacht zutage. Allesdurchdringende Korruption, Bestechlichkeit selbst in den höchsten Spitzen des Regierungsapparates, wachsende Kriminalität, sittlicher und geistiger Verfall sind zu unveräußerlichen Bestandteilen des imperialistischen Systems geworden. Die bürgerliche Ideologie macht eine permanente Krise durch.

Die **dritte** von Lenin erwähnte Besonderheit des Imperialismus besteht darin, daß er sterbender Kapitalismus, also eine ablebende Ordnung ist, die von der Geschichte verurteilt ist, dem Sozialismus Platz zu machen. Im Ergebnis der sozialistischen Revolutionen und des Abfalls zuerst des riesigen Rußland und später einer Reihe anderer Länder vom Kapitalismus wurde die Weltherrschaft des Imperialismus beseitigt. Und im Ergebnis

der Beseitigung des Kolonialsystems werden immer mehr die Möglichkeiten des Imperialismus eingeschränkt, die Länder der „dritten Welt" auszubeuten und sie unterzuordnen.

Neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Gegenwärtig wird die bürgerliche Gesellschaft mit einer Verschärfung aller ihrer Widersprüche konfrontiert, die es erlaubt, von einer bestimmten qualitativen Wandlung in der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, von einer allseitigen Vertiefung dieser Krise zu sprechen.

- Es ist dies eine Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus, eine Krise, die über den Rahmen der zyklischen Rückgänge hinausgeht und vor allem in einer fieberhaften Inflation, einer allgemeinen Preissteigerung in Friedenszeiten zum Ausdruck kommt.
- Es ist dies eine Währungskrise, die die Währungen einer Reihe kapitalistischer Länder bis in den Grund erschüttert.
- Es ist dies eine Krise des gesamten Systems der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Ländern, die sich vom Kolonialjoch befreit haben.
- Es ist dies eine Krise in den Beziehungen zwischen den gegenwärtigen Machtzentren des imperialistischen Lagers – den USA, den Ländern Westeuropas und Japan.
- Es ist dies eine Energiekrise, die gegenwärtig den Charakter einer echten Katastrophe in den kapitalistischen Ländern angenommen hat.
- Es ist dies eine ökologische Krise – ein heftiger Konflikt mit der Umwelt im Ergebnis der räuberischen, kapitalistischen Ausbeutung.
- Es ist dies eine Krise des gesamten außenpolitischen Kurses des Imperialismus und zahlreicher militärisch-politischer Doktrinen, die auf eine bewaffnete Unterdrückung des Sozialismus berechnet sind.
- Es ist dies schließlich eine politische und ideologische Krise, die in der allseitigen Verschärfung des Klassenkampfes an der „inneren Front" des Kapitalismus, sozusagen in seiner Zitadelle, Ausdruck findet.

In den letzten Monaten hat sich der Einfluß des „Erdölhungers" dramatisch auf die kapitalistische Wirtschaft ausgewirkt. Hier haben sich sowohl die Folgen des räuberischen Wirtschaftens der Monopole als auch die Vertiefung der Widersprüche zwischen dem Imperialismus und der „dritten Welt" sowie spekulative Machenschaften verschiedener Art des Finanzkapitals und die interimperialistische Rivalität zu einem Knäuel verflochten.

Das Globalsystem der militärisch-politischen Blöcke des Imperialismus gerät ins Wanken. Gegenwärtig werden hartnäckige Versuche unternommen, die Lage zu revidieren, dieses Bündnissystem zu erneuern. Es wurde zum Beispiel der Gedanke einer neuen Atlantik-Charta und anderes mehr aufgeworfen. Betrachtet man jedoch die Gesamtheit der Prozesse im imperialistischen Lager, dann zeichnet sich die Perspektive einer immer größeren Härte des interimperialistischen Kampfes ab.

Die Hoffnungen auf eine andauernde und feste sozialpolitische Stabilisierung innerhalb der kapitalistischen Staaten gehen offensichtlich nicht in Erfüllung. In breiten Bevölkerungsschichten wächst die Erkenntnis, daß die bestehende kapitalistische Ordnung untauglich und unannehmbar ist, daß sie grundlegend verändert werden muß.

Die Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung ist derart, daß mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in seiner Tiefe die gesellschaftlichen Kräfte wachsen und erstarken, die sich gegen die kapitalistische Ordnung wenden. Ständig wächst die Armee der Lohnarbeiter, deren Kern das Industrieproletariat darstellt. Es macht in der nichtsozialistischen Welt rund 500 Millionen Arbeiter aus. Das ist eine gewaltige gesellschaftliche Kraft. Die Arbeiterklasse nimmt eine Schlüsselstellung in den wichtigsten Lebenszentren des kapitalistischen Systems ein; ihre Stärke und ihr Einfluß, ihre Organisiertheit sind bedeutend gewachsen.

Qualitative Veränderung im Inhalt des Klassenkampfes

Es verstärkt sich der Ansturm der Arbeiterklasse. Die Zahl der Teilnehmer an den Streikkämpfen und anderen Massenaktionen in der Zone des entwickelten Kapitalismus betrug 1973 45 Millionen. Besondere Schärfe erreichte der Kampf in den letzten Monaten. Jeder Tag bringt neue Nachrichten über die Einsatzbereitschaft und Beharrlichkeit der Streikenden, die ihre gerechten Forderungen verteidigen, über den kämpferischen Offensivgeist der Arbeiter, über die wachsende Protestwelle gegen eine Politik die auf eine Überwindung der Krise auf Kosten der Werktätigen gerichtet ist, über die erstarkende proletarische Solidarität. Die Streiks entwickeln sich nicht selten zu Manifestationen und Meetings, zu Besetzungen von Betrieben, zu heftigen Konflikten zwischen den nationalen Gewerkschaftszentren und den

Regierungen. Es kommt zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei.

Die Hauptsache ist jedoch, daß eine bedeutende qualitative Veränderung im Inhalt des Klassenkampfes der Werktätigen stattfindet. Dieser Kampf richtet sich immer mehr direkt gegen das System der staatsmonopolistischen Herrschaft. Die Arbeiterklasse legt der Macht des Großkapitals im Namen des Volkes die Rechnung vor. Sie verkündet immer lauter ihr Recht gemeinsam mit anderen Schichten der Werktätigen die Hauptfragen der nationalen Entwicklung nicht im Interesse einer kleinen Gruppe von Monopolen, sondern im Interesse des Volkes zu lösen. Die Entfaltung des Kampfes der Bauernschaft, die großen Aktionen der Studenten und anderer Formationen der Jugend, die zahlreiche andere Fakten zeugen von einem Radikalisierung unter der Intelligenz und Anwachsen der revolutionären Bewegung.

Natürlich ist der Kampf des Proletariats nicht nur durch Erfolge gekennzeichnet. Bestimmte Schichten der Arbeiter beziehen passive Positionen oder sind von reformistischen Illusionen befangen. Sowohl die gewerkschaftliche und politische Organisiertheit erreicht in einigen Ländern noch nicht das Niveau, das den Anforderungen der gegenwärtigen Etappe des Klassenkampfes entspricht. Insgesamt entwickelt sich jedoch der Kampf der Arbeiterklasse erfolgreich. Neue Errungenschaften hat die nationale Befreiungsbewegung aufzuweisen. Die Voraussage W. I. Lenins, daß „In den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren wird" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 505), ist voll und ganz in Erfüllung gegangen. Dies ist heute nicht nur zum Beispiel für Indien, Sri Lanka und Nigeria, die schon lange auf antiimperialistischen Positionen stehen, sondern auch für einige andere Staaten charakteristisch, die noch unlängst Stützpunkte des Neokolonialismus waren (zum Beispiel Thailand, Madagassische Republik).

Grundlage für den weiteren Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung ist die Vertiefung und Verschärfung des Antagonismus zwischen den imperialistischen Mächten und den Entwicklungsländern. Dort finden wir Tendenzen unterschiedlicher Art.

Einerseits sind dies die mit der Entwicklung übernationaler Gesellschaften verbundenen Formen des Neokolonialismus. Auf diese Gesellschaften üben die Länder der „dritten Welt" sowohl durch die Rohstoffquellen als auch durch die dort vorhandenen billigen Arbeitskräfte eine Anziehungskraft aus. Die internationalen Monopole konzentrieren in diesen Ländern die Produktion der arbeitsintensivsten Industrieerzeugnisse. Mit anderen Worten, man ist bestrebt, eine neue Form der Ausbeutung zu entwickeln.

Andererseits verstärken sich Prozesse einer ganz anderen Art: die Einschränkung und Liquidierung der Positionen der größten Gesellschaften des kapitalistischen Westens in den Entwicklungsländern. In diesem Zusammenhang müssen auch die Maßnahmen dieser Länder – in erster Linie der Erdölexporteure, aber auch der Erzeuger anderer Rohstoffarten – gesehen werden, die darauf gerichtet sind, in einer einheitlichen Front aufzutreten, sich kollektiv der räuberischen Politik der imperialistischen Monopole zu widersetzen. Es geht keineswegs um eine episodische Erscheinung, sondern um eine große Wandlung im Kampf der Völker der „dritten Welt" für die ökonomische Befreiung vom Imperialismus, für wirtschaftliche Unabhängigkeit, für die Schaffung von Bedingungen zur Beseitigung der Rückständigkeit. Es versteht sich, daß alles, was über die Krise des Kapitalismus gesagt wurde, nicht den automatischen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems voraussagt. Die wichtigste Schlußfolgerung aus der Leninschen Theorie des Imperialismus besteht darin, daß diese Krise mit besonderer Stärke die Frage über die Notwendigkeit grundlegender revolutionärer Umgestaltungen aufwirft.

Die kommunistische Bewegung – die Avantgarde aller revolutionären Kräfte

Der revolutionär-umgestaltende Charakter des Leninismus findet seine Verkörperung in der Tätigkeit der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Aneignung des Leninismus und die Anwendung seiner Ideen und Prinzipien in der Praxis sind das Wichtigste in der Entwicklung dieser Bewegung. Nur wenn sich die Parteien der Arbeiterklasse auf den Leninismus stützen, besitzen sie den einzig richtigen, den konkreten historischen Bedingungen entsprechenden Kurs des revolutionären Kampfes, den Kurs auf den Sieg des Sozialismus und Kommunismus.

Alle wichtigen Leitsätze und Schlußfolgerungen W. I. Lenins haben die schwere Prüfung durch die Geschichte glänzend bestanden. Zu ihnen gehört vor allem die grundsätzliche Leninsche These über die Rolle der revolutionären Partei neuen Typus. Es ist gut bekannt, wie entschlossen Lenin danach strebte, daß die kommunistischen Parteien echte kämpferische Avantgarden, wirkliche Parteien der revolutionären Aktionen wurden. Die Kommunisten, sagte er, müssen

sowohl im nationalen Rahmen als auch auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens so handeln, „daß alle übrigen Trupps erkennen und gezwungen sind anzuerkennen, daß wir an der Spitze marschieren". (W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 440.)

Die meisten kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt stehen gegenwärtig mitten im Kampf der Massen gegen die Aktionen der Monopole und Regierungen im Zusammenhang mit der sich ausweitenden Wirtschaftskrise. Sie stehen an vorderster Front der Klassenkämpfe in Fragen des Lohns und der Arbeitsplätze, gegen Inflation und die ungestüme Vergrößerung der Teuerung, gegen Arbeitslosigkeit, gegen die Einschränkung der sozialen Errungenschaften der Werktätigen, für die Ausweitung der Aktionssphäre und der Rechte der Gewerkschaften. Die Kommunisten sind die aktivsten, einsatzbereitesten Kämpfer für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen. Sie mobilisieren die Massen gegen die rechte Gefahr, gegen die faschistische Bdrohung und die Diktatorenregime, die Kommunisten sind die Hauptstützpunkte und die kampffähigste, die organisierteste Kraft bei der Verteidigung der demokratischen Errungenschaften des Volkes, bei der Durchsetzung der nationalen Ziele. In dem äußerst heftigen Kampf gegen die bürgerliche und die reformistische Ideologie, gegen Revisionisten und „Pseudoradikale" verschiedener Art gewährleisten die Kommunisten das Wachsen des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse, streben sie die Einheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß anderer Schichten der Werktätigen um diese an. Eine große Rolle bei der Steigerung der Kampfkraft der Massen und der Vergrößerung ihres Glaubens an die eigene Kraft spielt die Entlarvung des Antikommunismus und Antisowjetismus, die Propagierung der Ideen des Leninismus durch die Kommunisten, die Erreichung des realen Sozialismus, seine Verteidigung vor den Angriffen des Klassenfeindes und Verleumder verschiedener Art.

Die Stärke der Kommunisten besteht darin, daß die den Kampf für die tagtäglichen, dringlichen Bedürfnisse und Interessen der Werktätigen mit dem Kampf gegen die Ausbeutergesellschaft im ganzen, für eine sozialistische Perspektive verbinden.

W. I. Lenin lehrte die Kommunisten beharrlich, sich die Gesetze des Klassenkampfes anzueignen. Die reichen Erfahrungen der Klassenkämpfe verallgemeinernd, unterstrich er, daß „die Politik eine Wissenschaft und Kunst ist, die nicht vom Himmel fällt, die einem nicht in die Wiege gelegt wird, und daß das Proletariat, wenn es die Bourgeoisie besiegen will, seine eigenen, proletarischen ‚Klassenpolitiker' hervorbringen muß, und zwar Politiker, die nicht schlechter sein dürfen als die bürgerlichen Politiker". (W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 60)

Rolle der Partei wächst in der Gegenwart bedeutend

Die Schärfe der Klassenwidersprüche im kapitalistischen System insgesamt, die Instabilität der Lage und die Unzufriedenheit der Massen in zahlreichen bürgerlichen Staaten haben heute einen solchen Grad erreicht, daß in jedem Moment in diesem oder jenem Glied dieses Systems eine Situation entstehen kann, die den Weg für grundlegende gesellschaftliche Umgestaltungen frei macht. In dieser Situation wächst unermeßlich die Rolle des subjektiven Faktors, das heißt der richtigen und wirksamen Politik der marxistisch-leninistischen Partei. Die Richtigkeit der Politik, die Entschlossenheit, die revolutionäre Bereitschaft und die Aktivität der Avantgarde der Arbeiterklasse, die Treue zu den Leninschen strategischen und taktischen Prinzipien ist die erste Bedingung für die Realisierung der vorhandenen Möglichkeiten.

Die Wege und Formen zur Gewährleistung des erforderlichen Niveaus der politischen Führung des Klassenkampfes sind vielfältig. Es ist dies erstens die Ausarbeitung und Vervollkommnung der wissenschaftlich begründeten Klassenpolitik.

Es ist dies zweitens die Erkenntnis der Partei, daß sie sowohl gegenüber der Arbeiterklasse des eigenen Landes als auch gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung Verantwortung trägt, die Festigung der Einheit mit anderen marxistisch-leninistischen Parteien, das allseitige Studium und die Aneignung der historischen Erfahrungen der Revolutionen und des sozialistischen Aufbaus.

Es ist dies drittens die schöpferische Entwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre und der entschlossene Kampf für ihre Reinheit, gegen alle und jede Erscheinungen des rechten und „linken" Opportunismus.

Es ist dies viertens die konsequente Einhaltung der Normen des Parteilebens und der Prinzipien des demokratischen Zentralismus, die Gewährleistung der ideologischen und politischen Einheit der Parteireihen, ihrer Kampffähigkeit.

Es ist dies schließlich die Fähigkeit, Schlußfolgerungen nicht nur aus den Erfolgen und Siegen, sondern auch aus den Mißerfolgen und Niederlagen zu ziehen.

Man kann mit voller Überzeugung sagen: allen Erfolgen der kommunistischen Bewegung, allen ihren hervorragenden Siegen liegt die strikte Verwirklichung der Leninschen Lehre über die führende und organi-

sierende Rolle der Partei durch die Kommunisten der verschiedenen Länder zugrunde.
Ob es um den revolutionären Kampf der einzelnen Bruderparteien oder um die Tätigkeit der kommunistischen Bewegung im ganzen geht, von wichtiger Bedeutung ist die Politik der breiten Klassenbündnisse des Proletariats mit nichtproletarischen Schichten der Werktätigen. W. I. Lenin brach entschlossen mit den doktrinären Schemata der Kautskyaner und Menschewiken und entwickelte die Lehre vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Dieses Bündnis machte den Weg zur sozialistischen Revolution und zum Sieg des Sozialismus in unserem Lande frei.
Die geniale Leninsche Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft behält auch unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre ganze Bedeutung. Gleichzeitig berücksichtigen die Kommunisten die tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, die sich in 50 Jahren vollzogen haben. W. I. Lenin stellte die Frage in weitem Sinne: Er sprach vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft sowie mit allen Werktätigen und ausgebeuteten Massen. In den Ländern des entwickelten Kapitalismus gehören heute zu den Werktätigen und den ausgebeuteten Massen die rasch wachsende Schicht der Arbeiter des Geistes sowie der Mittelschichten der Stadt, die zahlenmäßig bereits stärker als die Bauernschaft sind. Lenin folgend, kämpfen die Kommunisten in diesen Ländern heute für das Bündnis der Arbeiterklasse mit diesen Kategorien der Werktätigen.
Gegenwärtig richten die Bruderparteien zu Recht die Aufmerksamkeit auf das Wachsen der rechten Gefahr. Die Ereignisse in Chile haben in der schärfsten, dramatischsten Form gebieterisch an die Notwendigkeit erinnert, ständig gegenüber den Ränken der Reaktion wachsam zu sein. Unter Nutzung der wachsenden sozialen Instabilität und der Krisenerscheinungen in der Wirtschaft versuchen Reaktionäre – darunter auch neofaschistische Kräfte zahlreicher Länder, die Unzufriedenheit der Massen, vor allem der Mittelschichten der Bevölkerung, gegen die linken Kräfte, gegen die Kommunisten zu richten, wobei sie auch so sozialer Demagogie greifen.
Es handelt sich um eine auf ein fernes Ziel gerichtete Politik, die darauf berechnet ist, einen Keil zwischen die Avantgarde der Arbeiterklasse und die Massen, zwischen die kommunistischen Parteien und die Sowjetunion, die ganze sozialistische Staatengemeinschaft zu treiben und auf diese Weise zu versuchen, die gesamte politische Lage zu ändern und die Achse des politischen Lebens nach rechts zu verlagern.

Es ist bekannt, daß die Erfolge beim Zusammenschluß der antimonopolistischen Kräfte den Errungenschaften im Kampf für Einheit der Arbeiterklasse selbst direkt proportional sind. Die Einheit der Arbeiterklasse und die Schaffung breiter Klassenbündnisse unter ihrer Führung sind zwei miteinander verbundene Bedingungen für den Erfolg im Klassenkampf.
In diesem Zusammenhang besitzen die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aktuelle Bedeutung. Die Ergebnisse der beiden Wege in der internationalen Arbeiterbewegung in den 50 Jahren nach dem Tode W. I. Lenins sind für alle offensichtlich. Sie zeigen überzeugend den Triumph des Leninismus im historischen Streit mit dem Sozialreformismus. Sie bekräftigen auch etwas anderes: daß die Spaltung der Arbeiterklasse nur den Kräften der Reaktion und des Faschismus zum Vorteil gereicht, daß dort, wo ein gegenseitiges Einvernehmen, eine Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung, erreicht werden konnte, die Interessen der Werktätigen, die Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gewannen.

Arbeiterklasse muß alle ihre Kampfmittel einsetzen

Heute, unter den Bedingungen der internationalen Entspannung, vollziehen sich in den Reihen der Sozialdemokratie bestimmte Wandlungen. Sie finden ihren deutlichsten Ausdruck einerseits in dem Streben der Führung der meisten sozialdemokratischen Parteien Europas nach Entwicklung von Kontakten mit der sozialistischen Welt und andererseits in den realen und wichtigen Schritten auf eine Aktionseinheit der verschiedenen Formationen der Arbeiterbewegung in einigen Ländern, zum Beispiel in Frankreich. Es versteht sich jedoch, daß es nicht um irgendeine Schwächung des ideologischen Kampfes gegen Politik und Theorie des Sozialdemokratismus geht und nicht gehen kann. Die marxistisch-leninistische Linie auf die Einheit der Arbeiterklasse, die Entwicklung der Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien ist nicht zu trennen von dem grundsätzlichen Kampf gegen falsche, für die Arbeiterklasse schädliche Positionen und Ansichten des Sozialdemokratismus.
Die Leninschen Ideen geben heute den Schlüssel auch für die Erkenntnis, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und den revolutionären Demokraten in den Entwicklungsländern notwendig ist. Eine derartige Zusammenarbeit kann die parteipolitische Grundlage für eine einheitliche antiimperialistische Front in zahlreichen Entwicklungsländern werden.

Man darf jedoch die Augen nicht davor verschließen, daß man auf diesem Wege auch auf Schwierigkeiten stößt, die in erster Linie auf antikommunistische Ansichten und Vorurteile zurückzuführen sind. Diese Schwierigkeiten sind jedoch überwindbar. Davon zeugt die Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen zwischen den herrschenden kommunistischen und den revolutionären demokratischen Parteien. Davon zeugen auch die Erfahrungen, die zum Beispiel in solchen Ländern wie in Syrien und Irak gesammelt wurden, wo fortschrittliche nationalpatriotische Fronten mit Beteiligung der kommunistischen Parteien geschaffen und gemeinsame Aktionsprogramme angenommen wurden.
Die Erfahrungen der Siege und Niederlagen der Arbeiterklasse erinnern ständig an die Notwendigkeit, die Wege zum Sieg der Revolution richtig auszulegen. Es ist bekannt, daß die Marxisten-Leninisten je nach der Lage den bewaffneten oder den unbewaffneten Weg der Revolution für möglich ansehen. Dort, wo die Möglichkeit für eine friedliche Entwicklung der Revolution besteht, orientieren sich die Kommunisten auf diesen Weg. Aber in der Politik kann man nicht im voraus genau wissen, „welches Kampfmittel unter diesen oder jenen künftigen Umständen für uns anwendbar und vorteilhaft sein wird", unterstrich Lenin. „Beherrschen wir nicht alle Kampfmittel, so können wir eine schwere – manchmal sogar eine entscheidende – Niederlage erleiden, wenn von unserem Willen unabhängige Veränderungen in der Lage der anderen Klassen eine Form des Handelns auf die Tagesordnung setzen, in der wir besonders schwach sind. Beherrschen wir alle Kampfmittel, so siegen wir mit Sicherheit . . ." (W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 83)
Viele Jahre behaupteten die Ideologen des Antikommunismus, die Kommunisten seien gegen die Demokratie und der friedliche Weg der Revolution sei lediglich ein taktisches Verfahren. Heute hat die ganze Welt am Beispiel Chiles mit eigenen Augen gesehen, wer in Wirklichkeit ein Feind der Demokratie ist, wer die Gesetze verletzt, wer zum Terror greift. Das gerade ist die bürgerliche Reaktion.
Die Lehren der Gegenwart bekräftigen erneut die tiefe Wahrheit der Leninschen Schlußfolgerung: Die revolutionäre Klasse muß stets zur Verteidigung ihrer Errungenschaften vor den Attacken der Konterrevolution zu einer raschen Änderung der Kampfformen und dazu bereit sein, mit revolutionären Aktionen auf die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie zu antworten.
Unter den derzeitigen Bedingungen wird der ideologische Kampf eine immer wichtigere Richtung des weltweiten Klassenkampfes.

Das ist völlig gesetzmäßig. Die Kommunisten betrachteten den ideologischen Kampf stets nicht nur und nicht einfach als Konflikt der Ideen und Ansichten, der theoretischen Konzeptionen, sondern als einen wichtigen Bestandteil der politischen Arbeit der Bruderparteien unter den Massen, als Mittel der politischen Aufklärung und der Mobilisierung der Massen.
Keine politische Bewegung in der Geschichte besaß und hat auf ihrer Habenseite so große internationalistische Aktionen wie die kommunistische Bewegung. M. I. Kalinin sagte nach dem Tode Lenins zu den Delegierten des V. Kongresses der Komintern: „Das, was wir Leninismus nennen, schließt in sich den konsequentesten, den vollkommensten und den wirksamsten Internationalismus ein."
Unsere Partei ist stolz, daß sie sich in ihrer ganzen Geschichte stets als Partei von Internationalisten eingesetzt hat. Die Sowjetmenschen nahmen entschlossen den Kampf an der Seite der spanischen Republikaner, der deutschen, italienischen und ungarischen Antifaschisten auf. Große Unterstützung leistete die Sowjetunion der chinesischen Revolution, dem Kampf des Volkes Chinas gegen die japanischen Angreifer, bei der Entstehung der Volksrepublik China. Schulter an Schulter mit den Völkern der anderen sozialistischen Staaten schufen und festigten wir gemeinsam mit ihnen die sozialistische Staatengemeinschaft.
Die sowjetischen Kommunisten wandten sich entschieden gegen alle Anschläge gegen das revolutionäre Kuba, gegen die imperialistische Aggression in Vietnam und den anderen Ländern Indochinas. Die Sowjetunion unterstützt konsequent die Völker der arabischen Länder, alle Völker, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen.
Tausende Kämpfer gegen Imperialismus, Reaktion und Faschismus fanden und finden in unserem Land Zuflucht. Wir betrachten es stets als unsere internationalistische Pflicht, für die ausländischen Kommunisten und Demokraten einzutreten, die Opfer von polizeilichen Repressalien geworden waren. Über die ganze Welt erschallt heute die Stimme des Sowjetvolkes, das die Verbrechen der militärisch-faschistischen Clique in Chile empört verurteilt.
Gleichzeitig verspüren die KPdSU und das sowjetische Volk auf allen Etappen ihres Weges sowohl im Kampf für die Durchsetzung der Sowjetmacht als auch beim Aufbau des Sozialismus, sowohl in den Jahren des „kalten Krieges" als auch im Kampf für die Stärkung der Entspannung – ständig die brüderliche Solidarität und Unterstützung der Kommunisten anderer Länder. Im zweiten Weltkrieg kämpften Kommunisten zahlrei-

cher Länder mit der Waffe in der Hand gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus.
Der Internationalismus setzt die ständige Sorge um die Ausarbeitung von Formen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien voraus, die der internationalen Lage und den Erfordernissen der kommunistischen Bewegung entsprechen. Das heute wirkende System der Zusammenarbeit zwischen den Bruderparteien im Rahmen der internationalen kommunistischen Bewegung erfaßt alle ihre Wirkungsbereiche und stützt sich, ebenso wie früher auf die Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus. In den gemeinsamen Aktionen, in den umfassenden und systematischen zwischenparteilichen Beziehungen, in der kollektiven theoretischen Arbeit, auf Regional- und Welttreffen der Bruderparteien werden die Traditionen der proletarischen Solidarität bereichert und entwickelt, finden die Ideen der internationalen Einheit der Kommunisten praktische Verkörperung.

Nur der Weg des Leninismus weist den Weg der Zukunft

Die Ergebnisse der vergangenen Jahre zeigen, welche gewaltige internationale Rolle die internationale Beratung von 1969 spielte. Niemand – weder die Sozialreformisten noch die Maoisten, ganz zu schweigen von der imperialistischen Bourgeoisie – konnten dem von den Kommunisten aufgestellten Programm etwas entgegenhalten. Die Aktualität des von der Beratung angenommenen Programms der antiimperialistischen Einheitsaktionen wird dadurch bewiesen, daß es in großem Maße bereits erfüllt wurde.
Heutzutage werden die Bedingungen des revolutionären Kampfes immer vielfältiger. Gleichzeitig vergrößern sich stark Umfang und Bedeutung der internationalen Aufgaben jeder Partei. Auch bei der Lösung nationaler Aufgaben wird ein internationalistisches Vorgehen immer notwendiger. Das Leben selbst setzt neue große Initiativen zum weiteren Zusammenschluß und zur Mobilisierung der Kräfte der kommunistischen Weltbewegung auf die Tagesordnung.
Wir können kühn sagen: Den Kommunisten gehört die Initiative, wenn Kardinalfragen aufgeworfen werden, die das Schicksal der menschlichen Gesellschaft betreffen. Die Kommunisten handeln in den Hauptrichtungen der größten politischen Kämpfe unserer Zeit – im Kampf für Sozialismus und Kommunismus, für Frieden und Sicherheit der Völker, für nationale und soziale Befreiung der Völker, gegen Reaktion und Imperialismus.
Getreu der Lehre Lenins ist die kommunistische Bewegung voller Optimismus. Sie weiß, daß die kommenden Kämpfe noch größere Erfolge für den Leninismus bringen. Immer heller brennt in der Welt die vom großen Lenin entzündete Fackel des Sozialismus. Sie erhellt den Werktätigen aller Länder den Weg in eine bessere Zukunft. Der Weg des Leninismus ist der richtige Weg, der Weg des Sieges.

rote blätter

Erscheint vierwöchentlich, Preis 1,– DM

Organ des Bundesvorstandes des MSB Spartakus
Spartakus-Politik aus erster Hand

Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie

An allen Spartakus-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB Spartakus, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl. von rote blätter Nr. .....
☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name ..... Anschrift .....

Unterschrift .....

Rezensionen

Autorenkollektiv:
Einführung in die Politische Ökonomie des Kapitalismus, VMB 1973, 488 Seiten, 6,– DM

Diese neue Einführung ist wohl das erste Lehrbuch, das auf so kleinem Raum einen Abriß gibt über die Politische Ökonomie des Kapitalismus. Angefangen beim Warenkapitel bis zu Profit und Produktionspreis, Leihkapital und Zins werden die wichtigsten Kategorien, Gesetze und Bewegungsformen des Kapitalismus auf Grundlage des 1. und 3. Bandes des Kapitals dargestellt (ca. 140 S.). Es folgt ein eng an Lenins Analyse angelehnter Abschnitt über den Imperialismus, gegliedert nach seinen 3 Charakteristika: 1. monopolistischer, 2. parasitärer und faulender, 3. sterbender Kapitalismus und allgemeine Krise (ca. 100 S.). Den eigentlich letzten Teil bilden 6 Kapitel zum Stamokap (ca. 150 S.). Als Schluß folgt, m. E. etwas unvermittelt angehängt, ein Abschnitt zur Kritik bürgerlicher Wirtschaftstheorien und ein weiterer zum historischen Platz des Sozialismus (zusammen ca. 50 S.).
Hinzu kommt ein Anhang mit 25 Tabellen auf denen die Strukturen tragender Kategorien und vor allem statistisches Material über den gegenwärtigen Kapitalismus graphisch dargestellt werden.
Das Hauptproblem, das sich bei diesem Buch stellt, kann man schon beim flüchtigen Durchblättern ahnen: Auf diesem Raum einen umfassenden, dabei doch korrekten, nicht zu verkürzten Abriß über diesen wirklich riesenhaften Komplex zu geben. Dieses Dilemma zwischen exakter und knapper Darstellungsweise tritt eigentlich noch am wenigsten im ersten Kapitel: Gegenstand und Methode auf: Hier wird der Leser nicht überlastet mit langatmigem Lamentieren über Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten usw., sondern knapp und einigermaßen anschaulich werden der Reihe nach die Punkte: Bedeutung, Gegenstand, Methode, Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit der Politischen Ökonomie abgehandelt, soweit das eben nötig ist.
Was dennoch fehlt, wäre eigentlich, daß einige dieser Punkte im Folgenden noch einmal im konkreten Zusammenhang aufgegriffen werden, weil das Thema selbst doch ziemlich abstrakt ist; viele Grundlagen der Methode werden meistens erst dann verständlich, wenn man sie konkret mit Inhalten der Politischen Ökonomie verbinden kann; um nur zwei Beispiele zu nennen: Das Verhältnis von Wesen und Erscheinung, die Art der Abstraktion, ließen sich, wenn man es etwas mehr auswalzen würde, sehr anschaulich schon im Warenkapitel darstellen (Tauschwert – Wert) die Wirkungsweise von Gesetzen, ihr Charakter, wohl am besten im Zusammenhang mit dem Wertgesetz und vor allem dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.
Nicht ganz einsichtig ist auch, was die kurzen Einleitungen zu den folgenden Kapiteln leisten sollen: Meist werden da Punkte aufgeführt, die erst am Ende des Kapitels einsichtig sind; es wäre m. E. besser, statt dessen an den Schluß jedes Kapitels einen Teil zu setzen, in dem in Lehrsätzen oder Fragen das Thema noch einmal zusammengefaßt wird, um so eine gewisse Kontrolle für das Textverständnis zu geben.

– Die Kapitel, die ganz besonders unter der Kürze des Textes zu leiden haben, sind wohl das 2. (Warenprodukt, Geld und Mehrwertgesetz) und das dritte (Kapital und Mehrwert, kapitalistische Ausbeutung): Die Ableitung grundlegender Kategorien (z. B. Zurückführung des Tauschwertes auf den Wert und auf die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit) erfolgt hier nicht in der Ausführlichkeit, daß sie als zwingend erkannt werden kann. Wenn das Thema hier schon nicht breiter dargestellt werden soll, wären ganz besonders an dieser Stelle gezielte Verweise auf ausgesuchte Stellen in den Klassikerwerken nützlich, als Anleitung zu einem gezielten weitergehenden Studium; dasselbe gilt entsprechend auch für die anderen Kapitel, wo durchgängig Verweise auf die Klassiker nur in Fußnoten zu den jeweiligen Zitaten erfolgen. Ärgerlich ist auch, daß auf den Tabellenteil im Text nicht gezielt hingewiesen wird.

Der zweite Teil: Imperialismus und Stamokap, leistet in diesem Buch, was insgesamt auf diesem Raum möglich ist: Die Leninsche Analyse selbst wird ausführlich genug behandelt und angewandt auf die heutige Situation, v. a. mit anschaulichen Beispielen aus dem heute unmittelbar erfahrbaren Bereich (Verweise auf die heutigen Zentren des Imperialismus: BRD und Westeuropa, USA, Japan), Darstellung der Beziehungen der imperialistischen Zentren untereinander, ihre Beziehungen zum sozialistischen Weltsystem und des Neokolonialismus.

Zu erwähnen wäre vielleicht noch, daß zwar neben der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse auch die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Lage der Bauern behandelt wird, daß aber die Lage der Zwischenschichten und des Kleinbürgertums nur am Rande behandelt werden.

Zu den letzten zwei Kapiteln bliebe noch die Frage, warum sie einfach an den Schluß gehängt werden: bürgerliche Wirtschaftstheorien ließen sich wohl besser am Ende jedes Kapitels aufnehmen, angefangen bei Werttheorien (2. und 3. Kapitel) bis zu „Utraimperialismus" und Sozialpartnerschaftsideologie (entsprechende Kapitel zum Imperialismus). So könnte daraus eine zusätzliche Kontrollmöglichkeit für das Textverständnis werden, außerdem würde dadurch die Bedeutung und Leistung der marxistischen Politischen Ökonomie einsichtiger.

Zusammenfassend:

Die Schwächen dieser Einführung ergeben sich hauptsächlich aus der Kürze: Die Darstellung der Kategorien, Gesetze und Entwicklungen erscheint dadurch z. T. zu lehrsatzhaft, nicht ausführlich genug; wirklich negativ auswirken wird sich das, wenn man das Buch als Grundlage für isoliertes Selbststudium nimmt. – Wenn es unter Anleitung als Leitfaden für Schulungen o. ä. verwandt und durch gezielte Klassikerauswahl ergänzt wird, kann sein Vorteil voll zur Geltung kommen: eine kurzgefaßte, gut zu verarbeitende Einführung in die Politische Ökonomie, die nicht seminarmarxistisch bei der Entwicklung tragender Kategorien aus dem Kapital stehenbleibt, sondern v. a. deren Wirkungsweise und Modifizierung im heutigen Kapitalismus darstellt.

Frank Bartel

Robert Jungk:
Der Jahrtausendmensch
Bertelsmann-Verlag, Gütersloh 1973

Es ist schwer, so recht schlau zu werden aus dem Buch von Robert Jungk: naive Visionen, radikale Kritik, Zukunftsjournaille oder vielleicht geschickte Apologetik?

Ein roter Faden läßt sich jedoch entdecken: Das Buch ist der Versuch, die Hoffnung zu begründen, daß der Jahrtausendmensch, die Menschheit an der Wende der Jahrtausende, in der Lage sein wird, die Probleme zu lösen, die dann anstehen. Jungk erteilt damit jener Literatur eine entschiedene Abfuhr, in der uns die Zukunft als unabwendbares Grauen ausgemalt wird. Jungks Ideal des Jahrtausendmenschen ist der schöpferische, demokratisch engagierte, informierte Mensch. Aus diesen Grundhaltungen entwickelt Jungk scharfe Kritik an der entwürdigenden Lage der arbeitenden Menschen im Kapitalismus, er verurteilt die unheilvolle Priorität der Rüstung, er formuliert die grundlegenden Forderungen für ein demokratisches Bildungswesen.

Doch er nimmt allzuoft und allzuschnell die Haltung des über den Dingen, der Gegenwart, Stehenden an; die Visionen über das Jahr 2000 werden starr dem Heute gegenübergestellt, nur wenige Abenteurer haben sich aufgemacht, die neue Zeit zu entdecken, so wie einst Columbus die „neue Welt" entdeckte. Der Kampf der arbeitenden Menschen um ihre Zukunft, ihre bessere Zukunft, bleibt Marginalie, und genauso ist Jungks Verhältnis zur staatlich organisierten Arbeiterklasse – der Vorwurf ist nicht, daß er nicht rückhaltlos sich zur Sowjetunion bekennt, sondern daß er sich mit der platten Gleichung „Fließband = Fließband" um eine ernsthafte Diskussion herumdrückt: kein Wort über die Rechte der Bürger sozialistischer Staaten in allen gesellschaftlichen Bereichen, nur beiläufig hingeworfene Bemerkungen über das kulturelle Niveau im Sozialismus, nichts über die Bedeutung der sozialistischen Staatengemeinschaft für die Erreichung des Friedens.

Jungks Zukunft wird nicht dort vermittelt, von wo er sie erhofft: In den Laboratorien interdisziplinärer Experimente, in den Versuchsschulen neuer Pädagogik, in den Studierstuben genialer Visionäre, wenn Jungk die Probleme des internationalen und nationalen Klassenkampfes weiter so behandelt, als wären sie nur die subjektiven Fragestellungen von Doktrinären, die mehr oder weniger dem Alten verhaftet sind. Was Jungk sich wünscht: eine vom Menschen beherrschte Technik, die Freisetzung der schöpferischen Energie in allen, die völlige Information aller, sein „Projekt Jedermann", dies alles wird und kann nur Ergebnis harten Klassenkampfes sein.

Jungk selbst gelangt öfters zu der Erkenntnis, daß die Verwirklichung seiner Vorstellungen grundlegende gesellschaftliche Veränderungen voraussetzt, an vielen Stellen schreibt er gleich die Zweifel dazu, ob nicht dieses oder jenes hoffnungsvolle Experiment vielleicht doch als Instrument totaler Unterwerfung enden könnte.

Das Buch ist eine Fundgrube für Anregungen, für Ansätze zu einer ernsthaften und wichtigen Auseinandersetzung über die Erfordernisse der kommenden Jahrzehnte, ein lesenswertes Buch, ein lesenswerter Autor, mit dem Marxisten viel zu diskutieren haben.

Christian Planer

Florence Hervé:

Studentinnen in der BRD, eine soziologische Untersuchung, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1973, 206 Seiten, 12,80 DM

In diesem Buch sollen die Faktoren für die Benachteiligung der Mädchen in der Bildung dargestellt und analysiert werden. Gleichzeitig soll bewiesen werden, „daß die Frage des Frauenstudiums keine rein geschlechtsspezifische, sondern primär eine soziale Frage ist." (S. 7). Nach einer kurzen historischen Darstellung über den Kampf der Frau um das Recht auf Bildung wird die Situation der Frau von Kindheit an dargestellt.

Unter Berücksichtigung verschiedener Interessanter Aspekte werden die Fragen der Mädchenerziehung, der Schulbildung, des Universitätsstudiums, der Berufschancen aufschlußreich erörtert. Die Hinzunahme von konkreten Beispielen, Zahlenmaterial und Statistiken unterstützt die Erkenntnis: Schon in der Kindheit werden die Mädchen geschlechtsspezifisch erzogen. Danach setzt sich die Benachteiligung in der Schule und Universität fort bis hin zur Berufsausübung. Die Mädchen werden durch die Erziehung auf spezielle Frauenberufe hinorientiert. Im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Anforderungen nimmt nur ein äußerst geringer Teil eine mathematisch-technische Ausbildung wahr. An der Universität sind Frauen weit unterrepräsentiert, unter ihnen besonders die Arbeitertöchter. Die Wege zu einem qualifizierten Abschluß bleiben hauptsächlich den Frauen verschlossen, der wissenschaftliche Nachwuchs rekrutiert sich fast nur aus Männern. Gemäß dieser Ausbildungssituation sind die meisten Frauen in den für sie typischen Berufen zu finden, die ein geringes Prestige haben und in denen Frauen kaum Aufstiegschancen gegeben sind.

Als Gründe für die Benachteiligung der Frau in Bildung und Berufsausübung erwähnt die Autorin die herrschende Weiblichkeitsideologie und die fehlende materielle Unterstützung. Arbeiterkinder sind davon besonders stark betroffen.

Anschließend wird die Einstellung verschiedener gesellschaftlicher Institutionen zum Frauenstudium charakterisiert. Die Darstellung der Bildungsprogramme des DBG, der einzelnen Parteien und der staatlichen Maßnahmen ergeben, daß Bestrebungen vorhanden sind, um die Situation der Frau zu verbessern, daß sie alle aber nicht in der Lage sind, die vollständige Emanzipation der Frau zu gewährleisten.

Nach der Darstellung einiger Wege zur Lösung der Frauenbildungsfrage, stellt die Autorin einige Thesen auf, die darauf hinauslaufen, daß die Benachteiligung der Frau von ihrer durch den Kapitalismus bestimmten allgemeinen Stellung abhängt, daß Erziehung und Bildung zwar wichtige Mittel zur Befreiung der Frau sein können, daß die Voraussetzung für eine Befreiung aber die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist (S. 196-97).

In diesem Buch wird häufig betont, daß die Gründe für die Diskriminierung der Frau nicht geschlechtsspezifisch sind, andererseits werden die Ursachen für die gesellschaftliche Stellung der Frau nicht gründlich geklärt. Es reicht nicht aus zu sagen: die Benachteiligung der Frau hängt mit dem Kapitalismus zusammen. Um den Kampf der Frau um Emanzipation richtig einordnen zu können, muß deutlich gemacht werden, daß die Benachteiligung der Frau (nicht nur in der Bildung) bedingt ist durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der damit verbundenen Veränderung der Arbeitsteilung. Auf dieser Grundlage muß die Entwicklung und Funktion der Weiblichkeitsideologie erklärt werden. Da dieses nicht geleistet wird, kann an manchen Stellen der Eindruck entstehen, als verhindere **in erster Linie** die Weiblichkeitsideologie und nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Befreiung der Frau. In diesem Zusammenhang muß deutlich herausgestellt werden, daß der Grad der Befreiung der Arbeiterklasse unmittelbar mit dem Grad der Befreiung der Frau zusammenhängt und daß die Befreiung der Frau nur mit der Befreiung der Arbeiterklasse vonstatten gehen kann. Es muß klar gemacht werden, daß die „Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse" nur Veränderung des Kapitalismus zum Sozialismus heißen kann.

Annette Sudek

Literaturhinweis zum Thema des Heftes

1. Allgemein

ABENDROTH, Wolfgang, Zur Rolle des Antikommunismus heute, in Marxistische Blätter, Ffm. 11. Jg./5 (Sept./Okt.) 1973.

ARBATOW, G. A., Ideologischer Klassenkampf und Imperialismus, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1972, 458 S. (Übers. aus dem Russischen, besonders: Antikommunismus und außenpolitische Strategie und Taktik des Imperialismus.)

AUTORENKOLLEKTIV, Antikommunismus – Vom Kölner Kommunistenprozeß 1852 zu den Berufsverboten heute, Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1973, 168 S.

BERGNER, Dieter, Antikommunismus und Nationalismus im ideologischen Klassenkampf der Gegenwart, in: Einheit, Berlin 28. Jg. 4/73.

CHROMUSCHIN, G. B., u. a., Antikommunismus – ideologische Hauptwaffe des Imperialismus, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, 268 S. (Doktrinen, Apparat)

KNJASHINSKI, W. B., „Die internationale Strategie des Antikommunismus". übers. aus dem Russischen. Verlag Marxistische Blätter Ffm. 1974, 110 S., Reihe „Politik aktuell".

RYSHENKO, F. D./REINHOLD, O., Der gegenwärtige Antikommunismus – Politik und Ideologie, Dietz-Verlag Berlin 1974, 513 S. (Ergebnis der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern d. Institutes für Gesellschaftswissenschaften der UdSSR und der DDR.)

STEIGERWALD, Robert, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main. Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, besonders: Kap. Antikommunismus – seine Grundmythen und Grundmechanismen.

WRONA, Vera, Die Offensive des Marxismus-Leninismus und die Krise der Ideologie des Imperialismus, in: Einheit, Berlin 4/73.

2. Zu einzelnen Doktrinen

ROSE, Günter, „Industriegesellschaft" und Konvergenztheorie, Genesis, Strukturen und Funktionen, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1971, 396 S.

AUTORENKOLLEKTIV, Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Hrsg. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1972, 507 S.

KATSCHANOW/SCHUMSKI, Sozialdemokratie im Widerstreit zwischen Antikommunismus und Arbeiterinteressen, Verlag Marxistische Blätter, Reihe Politik Aktuell, Ffm. 1974, 103 S.

WEISS, Günter, Trotzkismus in der Gegenwart, in: Marxistische Blätter, Ffm. 6/73.

REUSCH, Jürgen, Der Maoismus, eine Variante des Großmachtchauvinismus, in: Marxistische Blätter 5/73.

MATTHIESSEN, Gunnar, Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, Pahl-Rugenstein:Verlag, Köln 1973, 216 S.

AUTORENKOLLEKTIV, Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-tungs, Dietz-Verlag, Berlin 1973, 359 S.

Unsere Autoren:

Peter Heß, Prof. Dr., Abteilungsleiter im Institut für internationale Politik und Wirtschaft Berlin, DDR

Christoph Strawe, geb. 1948, ehem. Vorsitzender des MSB Spartakus, Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus, stud. phil., Bonn.

Kaspar Maase, Dr., Lektor, Herausgeber der Reihe Marxistischer Ästhetik und Kulturpolitik von Kürbiskern und tendenzen, München, geb. 1946

Hans Dietz, geb. 1942, Bonn, stud. Päd., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des SCJ.

Renate Kunitz, geb. 1948, Bonn, Diplom-Soziologin, wiss. Angestellte

Edith Laudowicz, geb. 1946, Oldenburg, stud. Pädagogik, Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus

Ralf Peters, geb. 1950, Hamburg, stud. Psychologie

Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 35, 34, 33, 32, 31, 29, 27, 26, 25, 24, 22/23, 21

..... „Internationaler Klassenkampf", facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution", facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus" (Dimitroff), 3,50 DM + Porto

..... „Futurologie" (Prof. D. Klein), RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . .", facit-Reihe 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus
Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus", facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

..... Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 Seiten, 6,– DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 144 Seiten, 6,– DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus, „Mit Spartakus im Spartakus“, Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert“, von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayana. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

facit Nr. 33: Studentenbewegung im Klassenkampf; Studentenbewegung in der BRD; Die Avantgarde des Faschismus; Die Rolle der Münchner Studenten in der Revolution 1848/49; Studentenbewegung an den FHS; Internationale Entwicklung von der Moskauer Beratung bis zum Weltkongreß der Friedenskräfte; Konrad Lorenz oder die Entwicklung der Ethologie; Von der Wissenschaft zur Utopie. 120 S., 2,50 DM.

facit Nr. 32: Kommentar: Hamburger Parteitag der DKP; Bezirkssekretariat der DKP Ruhr-Westfalen: Zur Einschätzung der Sommerstreiks 1973; Martin Berner: Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung; Josef Schleifstein: Rosa Luxemburg und das Parteiproblem; Bernhard v. Mutius: Wider den Spontaneismus; Hans Hermsen/Klaus Prooft/Hans Dietz: Zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeitstheorie; Gerhard Friedrich: Berufsverbote im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis; Wie löst die DDR ihre Bildungsprobleme?; Dokumentation: L. I. Breshnew: Für einen gerechten, demokratischen Frieden, für die Sicherheit der Völker und internationale Zusammenarbeit. 118 S., 2,50 DM.

facit Nr. 31: KP Chile: Um die Zukunft des Landes – Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles; Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform; Gert Schubring: Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus; Stephan Voets: Demokratische Alternative in der Schule? – Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien; Christiane Reymann: Erfolg der antiimperialistischen Bewegung; Dokumentation: Forderungen des DGB zur Hochschulreform. 104 S., 2,50 DM.

Futurologie – Wer plant denn da? Was? Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia – Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS – Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** 124 S. DIN A 4, nur 1,– DM

facit Nr. 29: Ingo Hansen, Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz; Günter Klimaszewsky/Eberhard Thomas, Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?; Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel, Ostkunde im Schulunterricht – Antikommunismus in Aktion: E. Hexelschneider, Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik“, Wolfgang Bartels, Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele; u. a. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus – Ergänzungen und Entstellung; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? – Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse“; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft“; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung“ oder sozialistischer Hochschulkampf – Zur Politik des maoistischen „K“SB. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums“; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K“SG (ML) – Konkrete Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs; u. a. 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 25: Steffen Lehndorff: Bildungspolitik aus einem Guß – Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Uli Bange/Jürgen Büscher: Marx an die Hochschule; G. A. Arbatow: Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Raimund Teismann: Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam! 64 S., 2,50 DM

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital; Christof Kievenweim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische und demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie“?; u. a. **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,– DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie“; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,– DM

unsere zeit

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Die Zeitung
der arbeitenden Menschen

Zeitung der DKP

TAGESZEITUNG	WOCHENZEITUNG
☐ Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – als **TAGESZEITUNG** für mindestens 3 Monate (Abonnementspreis: monatlich DM 7,–)	☐ Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – als **WOCHENZEITUNG** für mindestens 1 Jahr (Abonnementspreis: vierteljährlich DM 6,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum Unterschrift

Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH
404 Neuss, Xantener Straße 7

VICTOR
JARA
LA
POBLACION

Sänger des Volkes.
Kämpfer der Unidad Popular.
Ermordet von den Faschisten.

Victor Jara: La Poblacion, 30 cm – LP – stereo, 22,– DM, Bestell – Nr. S 88 110. Erscheint im Mai bei Verlag "pläne" GmbH, 46 Dortmund, Ruhrallee 62

nur

rote blätter

1 Mark

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!

INFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION

rote blätter 19

sind da und bringen u. a.:

- Wie geht es weiter in der Bundesrepublik? rb-Gespräch mit DKP-Vorsitzendem Herbert Mies
- Franz Xaver Kroetz über Alfred Tetzlaff
- Israels Jugend zwischen Realismus und Illusion, von Hans Lebrecht, Tel Aviv
- Rausgeschmissener Sozialdemokrat, Volksfrontanhänger usw. Interview mit F. J. Degenhardt über seinen neuen Film und vieles andere
- Aktuelle Reportagen direkt aus Portugal und Chile
- rote blätter enthüllen: Bundesjugendplanmittel für Publik-Relations-Tour der chilenischen Junta
- 4 Seiten Fußballweltmeisterschaft
- Hochschulrahmengesetz – Wie geht es weiter?

Ab Nr. 20 gibt es rote blätter im Abonnement. 8 Ausgaben für 7 DM und Porto.

Bestellungen an:
MSB Spartakus
Bundesvorstand, 53 Bonn 1, Postfach

MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS